

H.V. 1286

-2-

20
Mounier's

Entwicklung der Ursachen

welche

Frankreich

gehindert haben

zur Freiheit zu gelangen.

Mit

Anmerkungen und Zusätzen

von

Friedrich Gentz.



2

Zweiter Theil.

Berlin 1795.

bei Friedrich Vieweg dem ältern.

5

Histor. Verein
für
Schwaben u.
Neuburg



Dreizehntes Kapitel.

Von den Vorzügen, die der Adel in einer (uneingeschränkten) Monarchie genießen muß.

Wenn man unter dem Adel die Auszeichnung gewisser Familien versteht, so kan man dreist sagen, daß der Adel fast so alt als das menschliche Geschlecht sey. Er hat unter allen Regierungsformen, er hat in allen Ländern Wurzel gefaßt: er ist sogar den Wilden nicht unbekannt. Nichts ist natürlicher, als daß man sich durch den Ruhm seiner Vorfahren geehrt findet, und daß die Dankbarkeit einer Nation sich auf die Nachkommenschaft ihrer Wohlthäter erstreckt!

Man wird das Volk allenthalben, wo es nicht durch strafbare Sophisten verkehrt ist, geneigt sehen, die Nachkommen derer, die sich um den Staat verdient gemacht haben,

zu ehren und zu lieben; sie verscherzten seine Achtung, wenn sie sie nicht besitzen: denn sie war ihnen ohne ihr Zuthun erworben.

Alle alte und neue Staaten bieten uns zahlreiche Beispiele von der Hochachtung der Völker gegen ausgezeichnete Familien und gegen die Abkömmlinge großer Männer dar. In Athen, welches an demokratischer Organisation kein Staat des Alterthums übertraf, erleichterte eine ausgezeichnete Geburt den Zugang zu den ersten Aemtern. Man hatte die Nachkommen des Harmodius und Aristogeton, des Chabrias, des Conon und verschiedner andern Bürger von allen öffentlichen Lasten befreit. Man stattete die Töchter des Aristides aus dem Nationalschatze aus; man ließ seinen Sohn auf dem Prytaneum erziehen *).

*) Barthelemi bemerkt in seiner Reise des Anacharsis, daß man bey den Atheniensern die Familien, welche von Göttern oder Helden entsprossen zu seyn behaupteten, noch mehr aber diejenigen, deren Stifter Beispiele großer Tugenden gegeben, die ersten Stellen im Staate bekleidet, Schlachten gewonnen, und Preise bey den öffentlichen Spielen davon getragen hatten, in beson-

Als in Rom das Volk den gerechtesten aller Siege davon getragen, als es die Zulassung der Plebejer zu den ersten Würden der Republik erkämpft hatte, begnügte es sich mit der Möglichkeit, zu diesen Würden zu gelangen, und wählte Jahrhunderte lang, trotz aller Cabalen und Bemühungen seiner Tribunen, keine andre als Patrizier.

In Frankreich hat eine große Anzahl adelicher Familien, Krieger, die sich durch ihren Muth auszeichneten, und Staatsmänner, die mit Ruhm den ersten Aemtern des Reichs vorstanden, hervorgebracht. Eingebildete Philosophen würdigen das Interesse, welches die Nachkommen verdienter Männer einflößen, zu einem lächerlichen Vorurtheil herab. Aber

drer Achtung hielt; dafs deshalb viele, um an dieser Achtung Theil zu haben, sich Stammbäume fabrizirten; dafs indessen jene geachteten Familien keinen besondern Stand ausmachten, keine Privilegien, keine gesetzlichen Vorzüge besaßen; dafs den Mitgliedern derselben ihre Abkunft und ihre Erziehung blofs höhere Ansprüche auf die ersten Aemter, und eine gröfsre Leichtigkeit, dazu zu gelangen, verlieh. M.

dies Vorurtheil ist gerecht und schätzbar, und es wird allenthalben, wo noch nicht der letzte Grad der Undankbarkeit und der Verderbniss eingekehrt ist, zu finden seyn.

Obgleich unter allen Regierungsformen die berühmten Familien ausgezeichnet worden sind, so gab es doch Unterschiede in der Art dieser Auszeichnung. In einigen neuern Staaten war sie, wie bey den Griechen und Römern, bloß durch die Meinung bestimmt: in den meisten aber sind jene Familien durch die Gesetze berechtigt, Titel, welche den Adel ihrer Geburt kenntlich machen, fortzupflanzen.

Der gesetzliche Adel, oder die erbliche Auszeichnung, wovon hier die Rede ist, findet sich in sehr despotischen Staaten, so gut als in gemäßigten Monarchien, und in Republiken. Es ist indessen einleuchtend, daß er sich mit der monarchischen Verfassung am besten verträgt.

Machiavell räth den Monarchen an, auf den Adel zu halten, und demselben die Güter und die Personen der Plebejer unterzuordnen, „damit,“ sagt er, „der Fürst, indem er den Ehrgeitz der Großen befriediget,

die andern zwingen, das Joch zu erdulden, welches nur die Gewalt sie tragen lehrt, und dafs auf diese Weise zwischen denen, die zwingen, und denen, die gezwungen werden, eine Proportion Statt finde“ *). Man sieht, dafs Machiavell hier von einer willkührlichen und tyrannischen Macht spricht, dafs er die Weisheit der Staatsverwaltung, und das Glück der Unterthanen, die festeste Stütze aller Staatsgebäude, für nichts rechnet. Die Verfassung, welche er vorschlägt, ist die Lehnverfassung, unter der die Europäischen Nationen so lange geseufzt haben. Diese Verfassung ist übrigens dem Königlichen Ansehen nicht weniger verderblich, als der allgemeinen Wohlfahrt. Das Joch, welches die privilegierten Unterdrücker dem Volk auflegen, fühlt zeitig genug der Monarch selbst. Es bleibt ihm alsdann kein andrer Ausweg, als, sich mit

*) *Gli altri siano costretti a sopportar quel giogo, che la forza e non altro mai puo far sopportare loro, ed essendo per questa via proportionone da chi sforza a chi e sforzato, stanno fermi gli uomini, ciascuno nel l'ordine loro.*

den Unterdrückten gegen den gemeinschaftlichen Feind zu verbinden: und auf diese Weise haben sich durch die Erhebung der untern Volksklassen alle Europäische Throne über den Trümmern der Lehnsgewalt erhoben.

Es ist, selbst in uneingeschränkten Monarchien, sehr gefährlich, dem Adel zu viel Privilegien einzuräumen, wenn gleich diese Privilegien anfänglich vom Monarchen abhängig sind. Die Erfahrung lehrt, wie leicht sich davon ein Mißbrauch gegen den Thron machen läßt. Wenn nun aber gar die Königliche Gewalt durch Grundgesetze und politische Corporationen beschränkt ist, mithin die Vorrechte des Adels dem Willen des Monarchen nicht untergeordnet sind, so ist dieser noch stärker dabey interessirt, daß die Geburt keinen Vortheil verleihe, der mit der Aufrechthaltung der Rechte der Krone und mit der öffentlichen Ordnung im geringsten Widerspruch stände.

Montesquieu hielt den Adel für einen so nothwendigen Bestandtheil monarchischer Verfassungen, daß er die allgemeine Maxime annahm: Keine Monarchie ohne

Adel *). Wie heilsam ist es in der That selbst für die Königliche Gewalt, daß Menschen, die einen großen Einfluß auf die untern Classen haben, an ihre Erhaltung und Befestigung geknüpft sind!

Einer unbegrenzten Ausübung des Despotismus könnte es vielleicht für einige Augenblicke zuträglich seyn, daß es gar keine

*) Der Grund von dieser Maxime läßt sich leicht auffinden. Montesquieu, war aufgeklärt und liberal genug, um einzusehen, daß uneingeschränkte Monarchien nach verschiedenen Prinzipien, die er einmal aufgestellt hatte, schwer zu verteidigen seyn möchten, daß die Gränze die sie von despotischen Verfassungen schied, sich nicht leicht angeben liefs, und daß er der Anwendung gewisser scharfer und schneidender Bemerkungen die er über den Despotismus gemacht hatte auf jene allzu einfache Regierungsformen, nicht würde ausweichen können. Er hatte überdies die Britische Constitution, also, eine Staatsverfassung des Gleichgewichts, schüchtern und verdeckt, aber doch kräftig und unverkennbar, als das Modell eines politischen Systems geschildert.

Er fühlte daher, daß alles, was sich der Vollkommenheit in der Regierungsform nähern sollte, beschränkt seyn mußte. Er liebte sein Vaterland; er durfte, er wollte die Verfassung desselben

Unterschiede in der Nation gebe, weil diejenigen, die Reichthümer und Privilegien auszeichnen, das Joch mit weniger Geduld tragen, wenn man es auch ihnen auflegen will: aber auf die Dauer ist die Macht des Fürsten schlecht gegründet, wo alle Unterthanen unter eine Linie gedrückt sind; denn, wenn das Volk in einem solchen Zustande unzu-

nicht verachten. Er fand keine kunstreiche Schranken: er fand statt ihrer große Corporationen, welche die Macht der Krone, wenn gleich ohne Regel, wenn gleich nur anomalisch limitirten, doch immer limitirten. Der Adel stand unter diesen Corporationen oben an. Er sah ihn in mehreren Europäischen Reichen eine ähnliche Rolle spielen. Die Alleinherrschaft war allenthalben, wo er ihn fand, mehr oder weniger gemildert. Nach und nach wurden ihm die Ausdrücke, Stände, politische Corporationen und Adel gleichbedeutend. Sein Grundsatz, daß Monarchien nur durch Ehre gedeihen, griff in seine Bemerkung ein. Endlich machte er es zur allgemeinen Maxime: Es giebt keine (dem Despotismus entgegen gesetzte, mithin beschränkte) Monarchie ohne Adel, d. h. keine Monarchie ohne einen (oder mehrere) mit unabhängigen Privilegien versehenen Stand.

frieden wird, so hat es keinen, an den es sich halten könnte.

Die Adelstitel geben der Krone ein Mittel in die Hände, durch Diplome und Standeserhöhungen Verdienste zu belohnen, oder diejenigen, von welchen sie wesentliche Vortheile erwarten darf, zu ermuntern. Es kann dadurch eine wohlthätige Nacheiferung unter den Bürgern erhalten werden, wenn die Regierung sie zu erwecken versteht. Jene werden zeigen wollen, daß sie es verdienen, zum Adel zu gehören; diese werden der für ein großes Herz viel empfindlichern Ehre nachstreben, selbst Schöpfer ihrer Erhebung zu seyn, und ihren Kindern einen ruhmvollen Namen zu hinterlassen *). Besonders ist der Adel ein großer Sporn für die militärische Tapferkeit. Es ist sehr selten, daß ein Mensch mit dem Andenken an glänzende Thaten seiner Vorfahren im Herzen sich so

*) Sallust legt dem Marius folgendes schöne Anmerkung in den Mund: „Stolz auf ihre Ahnen, und voll Verachtung gegen meinen neuen Adel, wollen sie meinen eignen Verdiensten verweigern, was sie sich um der Verdienste Anderer willen beilegen. Aber es ist sicherlich besser, sich sei-

weit erniedrigen sollte, Feigheit in einem Gefecht zu verrathen.

In einer uneingeschränkten Monarchie wird der Souverain am besten zu beurtheilen wissen, welche Prärogativen er dem Adel lassen muß. Es ist sehr schicklich, daß der Adel vorzugsweise zu den Stellen am Hofe und zu den Staatsämtern führe. Wenn sich zwey Menschen zu gleicher Zeit um eine Würde bewerben, wovon der eine die Dienste, die seine Familie geleistet hat, in Erinnerung bringt, und in dieselben Fußstapfen zu treten verspricht, der andre aber weder eignes, noch seiner Vorfahren Verdienst anführen kan, so ist es klar, daß jener den Sieg davon tragen muß. Aber vor persönlichen Verdiensten verschwinde sogleich der Vorthail eines berühmten Namens! Wenn die Adelichen alles vom Zufall der Geburt erwarten dürfen, so werden sie nichts thun, um sich der öffent-

nen Adel selbst schaffen, als den, welchen man ererbt hat, herabsetzen“. *Quod ex aliena virtute sibi arrogant, id mihi ex mea non concedunt; scilicet quia imagines non habeo, et mihi nova nobilitas est; quam certe peperisse melius est, quam acceptam corrupisse. Sallust. Bell. Jugurt.*

lichen Achtung und der Belohnungen des Souverains würdig zu machen; und bald wird sich aus Mangel der Aufmunterung das wahre Verdienst aus allen Classen verlieren.

Der Vorzug des Adels muß durch kein Gesetz vorgeschrieben seyn. Ein solches Gesetz würde den Monarchen in der Ausübung seiner Macht binden; man kan sich hierin vollkommen auf seine und seiner Minister Klugheit verlassen. Ueberdies haben die Adlichen durch ihre Familienverbindungen, und durch die Achtung, welche die Dienste ihrer Verwandten einflößen, so viel Mittel in Händen, am Hofe bekannt und begünstiget zu werden, daß eine solche Vorschrift ihnen eben so unnütz, als dem allgemeinen Besten nachtheilig seyn würde.

Es ist in einer monarchischen Verfassung äußerst vortheilhaft, daß bey der Austheilung der Aemter eine gewisse Classe besonders begünstiget sey, und daß die übrigen Bürger, um dazu zu gelangen, Schwierigkeiten zu überwinden haben, die nur ein anerkanntes Verdienst übersteigt. Wenn alle gleiche Hoffnungen hätten, so würde die beträchtliche Anzahl von Stellen, die in einem

Staate von grossem Umfange unentbehrlich ist, eine allgemeine Bewerbung veranlassen. Niemand würde sich mehr den nützlichen Beschäftigungen, die dem Stolz nicht schmeicheln und zu keiner Auszeichnung führen, widmen wollen. Die mechanischen Künste und der Landbau würden herabgesetzt werden *). Eine liberale Erziehung und ein gewisser Grad von Wohlstand sind in der Regel unentbehrlich, um zur Verwaltung grosser Aemter vorzubereiten. Die Tyrannen allein haben es in der Verachtung des Volkes so weit gebracht, dafs sie seine Wohlfahrt Leuten anvertrauen, welche für die Fehler einer schlechten Erziehung durch kein Verdienst schadlos halten, und welche durch das Uebermafs der Niedrigkeit empor gestiegen waren.

Ein guter Souverain wird bey gleichem Verdienst den Adelichen vorziehen, wo es

*) Jeder der sich in einem grossen Staat befindet, und auf die Erziehung, auf die Lebensart, auf die Bestrebungen, auf die Beschäftigungen, auf die Urtheile und Meinungen der Individuen aufmerksam ist, wird Gelegenheit haben, von der ausserordentlichen Richtigkeit dieser Bemerkungen überzeugt zu werden. G.

auf Stellenbesetzung ankömmt, aber er wird nie vergessen, daß Bürger, welche durch ihre Talente und durch ihre Tugenden die allgemeine Bewunderung auf sich zogen, in der untersten Classe des Volks geboren wurden. Er wird sich nie von den Cabalen, von der Eifersucht der alten Familien, die stets die Feinde des neuen Verdienstes sind *), hinreißen lassen.

*) Dies ist nicht bloß in monarchischen Verfassungen der Fall: auch in Republiken, wo der *novus homo* keine andre Stütze hat, als sich selbst, findet diese Verfolgung Statt. Wer sich davon überzeugen will, wie schwer es in den blühendsten Zeiten der Römischen Republik, in den Zeiten, wo der Römische Adel keinen privilegierten Stand ausmachte, dem Nicht-Adelichen wurde, mit großen Ansprüchen durchzudringen, und empor zu kommen, der lese unter andern den Schluss von Cicero's letzter Rede gegen den Verres. „Nicht zum Vergnügen“ sagt er „habe er die ungeheure Arbeit (alle Verbrechen des Verres aufzudecken) unternommen: dies sey seine Bestimmung, dies sey sein Loos in dieser Republik, während daß den Adelichen von Geburt alle Vortheile im Schlafe zufließen. Nur durch Mühe und Arbeit könne er zum Ziel gelangen. So habe Cato

Der aufgeklärte Monarch wird nicht nur dem Adel alles das entziehen, was ihn zu mächtig machen, und in den Stand setzen kan, der rechtmässigen Gewalt zu widerstehen: er wird sich auch bemühen, alle Vorzüge abzuschaffen, die für die andern Bürger drückend oder demüthigend seyn können. Jede Prærogative, die nicht mit der Souverainität wesentlich zusammenhängt, muß von ihr abhängig bleiben, und darf nur so lange geachtet werden, als sie dem allgemeinen Besten

(der Censor) so Pompejus (eines Flötenspielers Sohn) so Fimbria, Marius, Coelius, ihr Leben unter beständigen Anstrengungen zubringen müssen, um das zu erlangen und zu bewahren, was der alte Adel spielend erhalte. Er und seines Gleichen dürfen keinen Augenblick ihr Ziel aus dem Gesicht verlieren u. s. f. „*Videmus quanta sit in invidia, quantoque in odio apud quosdam homines nobiles novorum hominum virtus et industria si tantulum oculos dejecerimus, praesto esse insidias, si ullum locum aperuerimus suspicioni, aut crimini, accipiendum esse statim vulnus: esse nobis semper vigilandum, semper laborandum videmus*“ Cic. in Verrem V. c. 71.

Es hat in allen Zeitaltern und unter allen Regierungsformen — beglücktes Verdienst — verdienstloses Glück — und naktes Verdienst

Besten nicht zuwider ist. Um diesen Zweck zu erreichen wird der Monarch den Adel in eine bloß ehrenvolle Auszierung ohne allen Druck für das Volk, in einen Titel verwandeln, der den Rang am Hofe und in der Gesellschaft bestimmt, und allenfalls zu einer Empfehlung bey Besetzung der Aemter dient. Er wird auf Zeiten und Umstände Rücksicht nehmen, und sich hüten, dem Adel zu Liebe ein allgemeines Mißvergnügen zu erregen, das seinem Ansehen weit verderblicher seyn

dienst gegeben. Wo Glück mit Glückswürdigkeit gepaart war, hat zwar der Neid noch gemurrt, aber die Gerechtigkeit selbst hat geschwiegen, wenn sie beide auf Rosenpfaden wandeln sah. — Blindes unverdientes Glück ist stets der Gegenstand der Verachtung gewesen, selbst wo es auf Thronen saß. — Naktes Verdienst endlich hat allenthalben auf sauren Wegen, durch Dornen und Disteln, häufig verfolgt und zurückgedrängt, das Loos was ihm beschieden war, erringen müssen: die Achtung der Welt ist sein wahrer Preis.

So wollen es nicht etwa aristokratische, monarchische, despotische oder tyrannische Einrichtungen und Mißbräuche: so wollen es — das unabänderliche Verhängniß, und die ewigen Gesetze der menschlichen Natur. G.

würde, als ihm die Zufriedenheit jenes Standes je vortheilhaft seyn kan.

Wir haben bisher von den Vorzügen des Adels in der Voraussetzung, daß der Monarch unumschränkter Gesetzgeber sey, gesprochen. Jetzt bleibt uns noch die Untersuchung der wichtigsten Fragen übrig, die in der Staatswissenschaft abgehandelt werden können: eine Untersuchung, die wir mit der angestrengtesten Aufmerksamkeit verfolgen müssen, wenn wir einen richtigen Begriff von den Ursachen unsers Unglücks erlangen, und das Ziel kennen lernen wollen, auf welches die Blicke und die Bemühungen aller guten Bürger hätten gerichtet werden sollen. Es kömmt nemlich darauf an, zu wissen, ob in einer Monarchie, in welcher zur Bewilligung der Abgaben und zur Entstehung der Gesetze die Beistimmung der Repräsentanten der Nation erforderlich ist, die adelichen Familien von den nicht-adelichen durch eine besondre Repräsentation gänzlich getrennt seyn, oder ob sie an der allgemeinen Repräsentation Theil nehmen müssen, und wie diejenige Section des Adels, welche die Rechte des Throns und die Rechte des Volks beschützen soll, organisirt seyn muß.

Vierzehntes Kapitel.

Untersuchung der Wirkungen, welche Reichsstände, mit abgesonderter Repräsentation der Geistlichkeit, des Adels, und des Volks haben müssen.

Wir haben bereits bemerkt *), daß in einem Lande, wo die Versammlung der National-Repräsentanten das Recht hat, Abgaben zu bewilligen, ihre Stimme zu den Gesetzen zu geben, und die Minister zur Verantwortung zu ziehen, der Thron bald über den Haufen gestürzt seyn wird, wenn nicht die Organisation jener Versammlung selbst, jedes Unternehmen gegen das Ansehen des Monarchen unmöglich macht. Diese Organisation muß sich auch noch einen andern Zweck vorsetzen, nemlich, innerlichen Unruhen vorzubeugen.

Wir haben gesehen, daß im Anfange der Revolution die Parlamentarier und ein groß-

B 2

*) Oben Kap. 7.

ser Theil des Adels für die Reichsstände von 1789 eben die Form verlangten, welche die von 1614 gehabt hatten, das heisst, drey abgesonderte Versammlungen, aus den Repräsentanten der Geistlichkeit, des Adels und des Bürgerstandes zusammengesetzt. Ueberdies gingen sie fast alle von der Meinung aus, daß zum adelichen Stande die sämtlichen Individuen der Familien, die den adelichen Titel führten, mithin mehr als hunderttausend Personen von beiden Geschlechtern gehörten.

Die Verteidiger der Form von 1614, glaubten, daß diese Form, zum größern Vortheil des Adels auf die eben erwähnte Weise näher bestimmt, ein wesentlicher Bestandtheil der Reichsverfassung, und zugleich die einzige Grundlage wäre, auf welcher man die allgemeine Glückseligkeit erbauen könnte.

Ich behaupte dagegen, daß die Organisation des Reichstages nach drey abgesonderten Ständen, der Adelstand mochte nun alle Edelleute oder bloß alle Lehnsbesitzer in sich begreifen, weder den Thron, noch die allgemeine Ruhe sicher stellen konnte.

Um die Folgen einer politischen Anstalt zu übersehen, muß man die Leidenschaften der Menschen zum Augenmerk nehmen. Die Revolution sollte jeden, der noch der Belehrung fähig ist, hinlänglich überzeugt haben, daß es die gefährlichste aller Schimären sey, Staatsverfassungen auf die Hoffnung der Tugend und der Vaterlandsliebe der Bürger zu bauen *). Wenn ich also vom persönlichen

*) Das Schimärische in dem Verfahren wird auch keinesweges geringer, wenn die, welche eine Staatsverfassung gründen auf künftige Tugend und künftige Vaterlandsliebe derer, für welche sie arbeiten, Rechnung machen. Die Tugend und der uneigennützig Eifer einzelner Bürger wird zu allen Zeiten die Arzney einer schlechten, und die Stütze einer guten Verfassung seyn. Da aber diese ausgezeichneten Sterblichen, der Natur der Dinge gemäß, ewig nur die Ausnahmen in jedem Zustande, worin Menschen sich befinden können, seyn werden, da sie ganz Meteorenartig, ohne sich an irgend eine bekannte Vorschrift zu kehren, aufgehen, glänzen und untersinken, oft, wenn man sie am wenigsten erwartete, ihr Licht verbreiten, oft, wenn man ihrer in misslichen Zeiten am meisten bedürfte, die Welt in Dunkelheit lassen, so

Eigennutz sprechen, wenn ich ihn zur Regel und zum Mafsstabe der Wirkungen einer politischen Anstalt annehmen, wenn ich in dieser Rücksicht von der Denkungsart ganzer Stände und Corporationen reden werde, so halte sich Niemand durch das, was ich sage, beleidiget, so überlege der, welcher sich reiner Absichten bewußt ist, welch eine geringe Anzahl ihm hierin gleicht, und vergesse

wäre nichts lächerlicher, als, ein System zu gründen, das ohne diese seltenen Helden der Menschheit nicht bestehen kan.

Die Staatskunst darf durchaus nicht, wie die Moral es muß, den Menschen betrachten, wie er seyn soll, sondern lediglich, wie er ist. Staatsverfassungen sind menschlichen Bedürfnissen gewidmet: und wo vom Bedürfnis die Rede ist, muß man von der Vollkommenheit schweigen.

So klar diese Sätze auch seyn mögen, so giebt es doch in unsern Tagen eine sehr ansehnliche Menge schwärmerischer Cosmopoliten, die die Würde der Menschheit erniedrigt glauben, wenn man bey irgend einem großen Unternehmen nicht von dem Glauben an die moralische Vortreflichkeit des Menschen ausgeht. Da die Erfahrung ihnen umsonst predigte, wird schwerlich ein Raisonne-

nie, daß es unsre Fehler allein sind, was eine Regierung überhaupt nöthig macht, und daß sie in einem Lande, wo die Tugend Alleinherrscherin wäre, vollkommen überflüssig seyn würde.

Der Unterschied der Himmelsstriche kan die Kraft der Leidenschaften vermehren oder vermindern, aber ihre Natur nicht ändern. Aus dem, was die Menschen gethan haben,

ment sie überzeugen: aber folgende Bemerkung ist doch vielleicht ihrer Beherzigung werth. Staatsverfassungen sollen, wie alle künstliche Werkzeuge, wodurch den menschlichen Verhältnissen eine Form gegeben wird, mächtig dazu beitragen, unser Geschlecht seiner Bestimmung zu nähern: und sie vermögen es wahrlich, wenn sie auf richtige Grundsätze gebaut sind. Sie machen also einen Theil der Erziehung des Menschen aus. Was wäre nun thörigter, als das, was ihr letztes, vielleicht ihr weit entferntes Ziel seyn soll zugleich zu dem Punkt, von welchem man sie auslaufen lassen will, zu machen. Staatsverfassungen sollen den Menschen zur moralischen so wie zu jeder andern Vollkommenheit führen: aber sie gestatten nicht, daß man das schon als gegeben voraussetze, was sie erst erreichen helfen sollen. G.

kan man ziemlich sicher auf das, was sie unter ähnlichen Umständen thun werden, schliessen, so, daß das Vergangne der sicherste Leitstern für die Zukunft ist. Machiavell, den man oft in Verdacht hat, daß er die Grundsätze der natürlichen Gerechtigkeit nicht achtete, den aber Jedermann für einen der geübtesten Beobachter in der Politik erklären muß, ist der Meinung, daß man bey der Vergleichung des Gegenwärtigen mit dem Vergangnen in allen Staaten und bey allen Völkern dieselben Begierden und dieselben Leidenschaften findet; daß man daher wohl thut, die Mittel, deren man sich einmal mit Erfolge bedient hat, beyzubehalten, und da, wo noch keine gebraucht worden sind, die man nachahmen könnte, bey Erfindung neuer auf die Aehnlichkeit der Situation Rücksicht zu nehmen.

In einer jeden Regierungsform ohne Ausnahme wählt man die fehlerhafteste Grundlage, wenn man von der Masse des Volks alle Individuen der adelichen Familien trennt, daraus einen besondern Stand macht, die Nation in zwey Casten (denn Caste ist das einzige Wort, das den Begriff vollständig aus-

drückt) zerspaltet, und dann diesen Casten einen Theil der öffentlichen Macht überläßt. Wenn es nicht so weit kömmt, daß eine die andre völlig unterjocht, wenn ihre Gewalt ungefähr gleich groß bleibt, so werden sie einen fast unablässigen Krieg mit einander führen.

Ich will zur Unterstützung dieses Satzes ein Beispiel anführen, dessen man sich sehr oft bedient, um ihn zu bekämpfen: die Unterscheidung der Römer in Patrizier und Plebejer. Wie war die Lage der Republik beschaffen, so lange diese Unterscheidung besondere Vorrechte verlieh, so lange besonders der Eintritt in den Senat nur den Patriziern frei stand?

Die Patrizier hatten unter einander einen Bund gegen das Volk geschlossen, und mißbrauchten ihre Vorrechte aufs äußerste. Sie setzten die Plebejer zu wirklichen Sklaven herab: sie bemächtigten sich aller eroberten Ländereyen. Die Armuth, die sie überall verbreiteten, vermehrte die Anzahl ihrer Schuldner, die sie mit der größten Grausamkeit behandelten. Der Senat, den sie allein ausmachten, entschloß sich nie, Mißbräuche auszurotten, aus welchen die Unterdrücker

Vortheile zogen. Die Versuche der Plebejer, das Joch abzuschütteln, unterhielten beständige Unruhen im Staate. Der Krieg allein machte den innern Uneinigkeiten ein Ende; und selbst im Kriege ließen sich die Plebejer, von Verzweiflung getrieben, mehr als einmal geflissentlich überwinden, um den Patriziern, die sie anführten, die Ehre des Sieges zu entreißen.

Die, welche von diesen Unterscheidungen die Wohlfahrt der römischen Republik herleiten, irren sich gewaltig in den Perioden der Geschichte. Es vergingen von der Vertreibung der Tarquinier an nur sechs und sechzig Jahr, ehe man die Plebejer zum Militärtribunat, welches vom Consulat nur dem Namen nach unterschieden war, fähig erklärte, sechs und neunzig Jahr ehe sie zur Quästur, und hundert zwey und vierzig, ehe sie zum Consulat zugelassen wurden. Einige Funktionen behielten sich freilich die Patrizier noch bis ans Ende des zweiten Jahrhunderts der Republik vor *); aber man kan

*) Das Censor - Amt haben sie am längsten ausschliessend verwaltet. G.

sie nur so lange als einen vom Volk abgesonderten, mit eigenthümlicher Macht bekleideten Stand ansehen, als sie allein in den Senat aufgenommen wurden. Sobald die Plebejer zu den ersten Aemtern gelangten, war ihnen auch der Eintritt in den Senat offen. Die Senatoren, welche der Volksgewalt das Gegengewicht halten, und die Demokratie mäßigen sollten, waren nicht mehr den Vortheilen einer kleinen Anzahl von Bürgern blindlings ergeben. Es wäre sehr heilsam gewesen, wenn der Senat zu allen Zeiten einen Theil der Souverainität unabhängig besessen hätte: es war indessen nicht weniger heilsam, daß er aufhörte, ein dem Interesse des Volks entgegengesetztes Interesse zu haben.

Der Untergang der Republik kam also gewiß nicht von der Aufhebung der Privilegien der Patrizier her, weil ihre ausschließende Herrschaft nicht viel über ein Jahrhundert gedauert, und die Republik sich fünf Jahrhunderte lang erhalten hat. Der unaufhörliche Anwachs der Bürgerzahl, wodurch die öffentlichen Versammlungen zuletzt mit Pöbel, der den Bürgernamen nicht verdiente

angefüllt wurden; die übertriebne Gewalt und der Ehrgeitz der Volkstribunen; die Methode bey überwundnen Völkern Armeen anzuwerben, welche ihren Generalen blind und unbekümmert um das Schicksal einer ihnen unbekannten Stadt, folgten — das war, was den Faktionisten die Macht gab, den Senat herunter zu setzen, die Zügellosigkeit einzuführen, und endlich unter dem Vorwande, daß sie für die Freiheit kämpften, Tyrannen zu werden *).

*) Es war im Grunde zu allen Zeiten ein leichtes Unternehmen, die römische Freiheit zu stürzen, weil sie durch die Organisation des Staats nicht im geringsten gesichert ward. Was wir in unsern Tagen eine Constitution nennen, hatte Rom nie. Seine bürgerliche Verfassung war ein buntes Aggregat zufällig versammelter, an vielen Stellen sehr discordirender Institute: der geringste Stoß an dieses unzusammenhängende Ganze konnte es über den Haufen werfen. Ein so organisirter Staat vermöchte heut zu Tage vielleicht nicht ein Jahr sich zu halten. Die beständigen Kriege, die Energie, welche diese Kriege im Charakter der Nation schufen, und mehr als alles, ihre wundervolle Beharrlichkeit in ihren alten Gebräuchen (S. Cicero *de haruspicum responsis* cap. 9. eine Stelle, in

Noch öfter als mit dem Beispiel der Römischen Patrizier tritt man, wenn von diesem Gegenstande die Rede ist, mit Montesquieu's Autorität auf. Ich fühle ganz die Hochachtung, welche der Verfasser des Geistes der Gesetze, eines der herrlichsten Werke, die der menschliche Verstand zu seinem Ruhme hervorgebracht hat, verdient *). Man kan mehrere von Montesquieu's historischen Bemerkungen widerlegen, aber unter den Prinzipien, die er aufgestellt hat, sind

welcher der wahre Aufschluss über die Dauer ihrer Gröfse liegt) gaben ihrer unvollkommenen Verfassung eine Festigkeit, die vielleicht kein modernes Produkt der politisirenden Vernunft je erreichen wird. G.

*) Der Geist der Gesetze ist eins der lehrreichsten und tiefsinnigsten Bücher, die in irgend einer Sprache existiren. Aber wer dieses Buch gefast, und aus diesem Buche den Umfang des Montesquienschen Geistes kennen gelernt hat, der muß mit allen Kräften seiner Seele bedauern, daß Montesquieu nicht den Entschluß fassen konnte — ein lehrreicheres und vollkommneres Buch zu schreiben.

Es vereinigte sich alles in ihm, was den Gesetzgeber für Jahrhunderte charakterisirte. Er hatte

sehr wenige, die auch nur eine Modifikation zuließen. Es ist leicht möglich, daß man

alle Staatsformen durchdacht, alle politische Combinationen geprüft, alle Elemente der Regierungsarten einzeln und in ihren kunstreichsten Mischungen erforscht. Er hatte alles gewogen und alles gewürdigt. Er kannte die Geschichte und die Alterthümer seiner und der meisten andern ältern und neuern Nationen. Es gab kaum ein Gesetz, von dem er nicht Grund und Ursprung anzugeben wußte. Die Grenzen seines Scharfsinns waren höchst wahrscheinlich die Grenzen des menschlichen. Jeder Art von Darstellung gewachsen, durfte er nur wählen, von welcher Seite er seinen Eindruck auf die Menschen machen wollte. Er war zugleich eins der erhabensten und eins der schönsten Genies der neuern Zeitalter.

Muth und Entschlossenheit waren vielleicht die wesentlichsten Eigenschaften, die ihm fehlten, wenn nicht — wie die Billigkeit uns zuruft — die Periode in der er lebte die ganze Schuld seiner Mängel tragen soll. Er hätte es wagen müssen, zu sagen, was er sagen konnte: er hätte sich entschließen müssen, Schätze von Gelehrsamkeit zu verstossen, um den Operationen seines entfesselten Geistes Spielraum zu verschaffen.

Es war ein kleinliches Ziel, welches er sich vorsteckte; „das Gute in allen Staatsverfassungen

dies ganze Kapitel mit einem ungünstigen Vorurtheil zur Hand nehme, wenn man glaubt,

aufzusuchen, und Jedermann mit dem, was er in seinem Lande fand, zufrieden und vergnügt zu machen“. Gerade er war dazu geschaffen, allenthalben wo die Umstände es verlangten, die wohlthätige Unzufriedenheit zu wecken, die den Einzelnen und die Nationen die ersten Schritte zur Verbesserung ihres Zustandes thun heisst. Gerade ihm kam es zu, die Unvollkommenheit aller fehlerhaften Regierungsformen aufzudecken, und mit kühner Hand den Weg des Heils, den Niemand richtiger kannte, als er, zu zeigen. Seine Nüchternheit, seine Mäßigung, sein Talent die Mittelstrasse zu halten, seine Menschenkenntniß, die Reinigkeit seiner Absichten, und die Klugheit und Zweckmäßigkeit seiner Mittel — alles dies hätte bewirkt, daß in seinem Munde keine Wahrheit gefährlich gewesen wäre. Es läßt sich nicht berechnen, welche Wohlthat er der Menschheit erwies, wenn er anstatt abgerissener Bemerkungen, und willkührlicher Principien über alle bürgerliche Verfassungen, die je existirten, eine Theorie der Regierungsformen lieferte, die zuerst die Bewunderung, vielleicht das Erstaunen, weiterhin das Studium, und endlich das Modell des ganzen civilisirten Europa werden mußte.

Montesquieu's Werk, so wie es jetzt gestaltet ist, für ein untrügliches Orakel zu halten,

dafs es mit seiner Theorie im Widerspruch stehe. Ich kan nicht läugnen, dafs er, indem er von der monarchischen Verfassung überhaupt spricht, den Adel als eine unentbehrliche Zwischengewalt schildert: aber man mufs diesen Ausdruck hier in keinem andern Sinne nehmen, als in dem, welchen er damit

wäre ein gewaltiger Irrthum. Es kan für eine herrliche Rhapsodie, aber für nichts höheres gelten. Es giebt fast keinen Gegenstand in der Staatswissenschaft und Gesetzgebung, über welchen dies Werk nicht mehr oder weniger entwickelte Keime zu den kostbarsten Ideen und fruchtbarsten Betrachtungen ausstreute. Aber es ist unmöglich, jeden Grundsatz desselben zu unterschreiben, für einen Selbstdenkenden unmöglich, in den oft willkührlichen Definitionen nie einen Tadel, in dem oft unregelmässigen Gange des Raisonnements nie einen Sprung oder eine Lücke zu finden. Trotz seiner Unvollkommenheit enthält der Geist der Gesetze einen Schatz von Wahrheit und Belehrung, aus dem noch manches Jahrhundert reichen Stoff für seine politische Meditationen hernehmen kan: ich würde mich aber sorgfältig hüten, dem Urtheil Mounier's „dafs unter Montesquieu's Principien sehr wenige sind, die auch nur eine Modifikation zuliefsen“ — beyzutreten. G.

damit verknüpfte *). Er hat alle Merkmale der Regierungsform, die er die monarchische nennt, von der französischen, so wie sie, als er schrieb, beschaffen war, hergenommen. Er drückt sich über diesen Gegenstand mit einer solchen Zurückhaltung aus, daß man lange nachdenken muß, ehe man es dahin bringt, ihn zu verstehen. Er sagt nirgends deutlich, worin die Zwischengewalt, welche die Adelichen ausüben sollen, eigentlich besteht **); manchmal hat es den An-

*) Ich habe schon oben (S. 9. Note) versucht, den Ursprung und die Bedeutung dieses Montesquieuschen Prinzips zu erklären. G.

**) Die Ursach, weshalb er dies nicht sagt, läßt sich leicht begreifen. In der Staatsverfassung, die er ganz eigentlich Monarchie nennt, giebt es gar keine constituirten, keine regelmässig-begrenzten und abgeschnittenen Zwischen-Gewalten. Der Adel ist ein bloßes Analogon einer solchen Zwischengewalt. Er wirkt auf die Mäßigung der obersten Macht mehr durch Sitten und Gebräuche, als durch Gesetze. Es ist also zwar sichtbar, daß er von dieser Seite einen heilsamen Einfluss auf die Regierung hat: die Natur und die Gränzen dieses Einflusses können aber nicht logisch definirt werden. G.

schein, daß er sie auf die Lehnsprärogativen gründen will, weil er irgendwo äußert: „die „Würde des Edelmanns lasse sich von der „Würde seines Lehns nicht trennen“. Da aber diese Prärogativen, seit Richelieu's Zeiten nicht das geringste gesetzliche Ansehen verliehen, so möchte es schwer halten, zu begreifen, wie sie in Frankreich eine Zwischengewalt einführen konnten.

Montesquieu kennt zwischen dem, was er Monarchie nennt, und dem Despotismus keinen andern Unterschied als den, daß in jener der Fürst aufgeklärter ist, und die Minister unendlich geschickter sind *). Er macht die Anmerkung, daß in diesen beiden Regierungsformen „die Gewalt dieselbe

*) Ich finde bey ihm noch einen andern Unterschied, der doch etwas mehr Aehnlichkeit von einem wesentlichen hat. In einer Monarchie handelt der Fürst nach Gesetzen, die freilich seiner Hände Werk und daher in einer beständigen Abhängigkeit von ihm sind. In einer despotischen Verfassung bestimmt er sich bloß nach Launen, und augenblicklicher Willkühr.

Ich enthalte mich aller Bemerkungen über diese Distinction: aber daß sie wenigstens die von

„sey, und daß der Fürst, wohin er sich
„wenden mag, das Uebergewicht und den
„Gehorsam nach sich ziehe.“ Da er nun den
Despotismus so sehr verabscheut, daß er so-
gar „das Uebel, welches ihm Schranken setzt,
„ein Gut“ nennt, so durfte er natürlich in
Ansehung der Beschaffenheit der Mittel, durch
welche er ihn zu mäßigen glaubt, nicht über-
trieben strenge seyn. Er scheut sich nicht
einmal verschiedene offenbare Mißbräuche als
nothwendig mit dieser Staatsverfassung ver-
knüpft anzugeben. Man kan wirklich sagen,
daß seine Schilderung der Monarchie eine zu
weit getriebne Satyre ist, ob er sich gleich
gegen den Verdacht, eine Satyre geliefert zu
haben, ausdrücklich zu schützen sucht. Wer
jenes bezweifelt, der lese nur mit Aufmerk-
samkeit das fünfte, sechste und sie-

C 2

Mounier angeführte, so wie die, welche die be-
rühmte Theorie von den Regierungs-Princi-
pien (in der Monarchie Ehre, in der Despotie
Furcht) aufstellt, an Gründlichkeit übertreffe,
das scheint mir einleuchtend. G.

bente Kapitel des dritten, und das zweite Kapitel des vierten Buchs *).

Wir sprechen aber hier gar nicht von der Monarchie, so wie sie Montesquieu in diesen Kapiteln geschildert hat, sondern von einer Monarchie mit periodischen Reichs-

*) Nur eine einzige von den stärksten Stellen zur Probe:

„Ich weiß zwar, daß tugendhafte Fürsten nicht durchaus eine Seltenheit sind, aber ich behaupte, es hält in einer Monarchie schwer, daß das Volk tugendhaft sey“.

„Man lese, was die Geschichtschreiber aller Zeiten über die Höfe der Monarchen geschrieben, man erinnre sich, was verständige Männer in allen Ländern über den erbärmlichen Charakter der Hofleute gesagt haben: dies sind Wahrheiten, die uns nicht die Spekulation, sondern die uns eine traurige Erfahrung gelehrt hat.“

„Ehrsucht mit Müßiggang, Niedrigkeit mit Stolz verbunden, die Begierde ohne Arbeit reich zu werden, Abscheu gegen die Wahrheit, Lust an der Schmeicheley, Treulosigkeit, Verrätherey, Vernachlässigung aller Obliegenheiten, Verachtung der Bürgerpflichten, Furcht vor der Tugend des Fürsten, Aufmerksamkeit, seine Schwächen zu benutzen, und mehr als alles, eine beständige Neigung, die Redlichkeit zu verspotten — diese Eigenschaften mach-

ständen, denen der freie Consens zu den Abgaben zusteht. Montesquieu erwähnt, indem er von der monarchischen Regierungsform spricht, der Reichsstände mit keinem Worte: er setzt voraus, daß der König das ausschließende Recht habe, alle Auflagen,

ten zu allen Zeiten und an allen Orten den Charakter der Höflinge aus. Nun ist es aber nicht leicht möglich, daß da, wo die Vornehmsten unredlich sind, der große Haufe viel Rechtschaffenheit besitze; daß jene unaufhörlich betrügen, und diese sich gefallen lassen sollten, nur immer betrogen zu werden“.

„Fände sich auch einmal unter dem Volke irgend ein unglücklicher ehrlicher Mann so hat der Cardinal Richelieu in seinem Politischen Testament dafür gesorgt, daß es einem Monarchen nicht einfallen wird, sich seiner zu bedienen. So sehr ist es wahr, daß die Tugend nicht die Triebfeder der monarchischen Verfassung heißen kan“.

Das schlimmste ist, daß er bald darauf die Ehre, welche das Princip der Monarchie das Surrogat der Tugend, und der Ersatz für alle dieser Verfassung eigne Uebel seyn soll, nur für eine falsche Ehre gelten läßt, die aber alles bewirkt, was nur die wahre bewirken kan. Es scheint, daß er sich gegen die Macht seiner eignen Ueberzeugung nicht zu retten wußte! — G.

die er für nothwendig hält, einzuführen. Die meisten seiner Bemerkungen über die monarchische Verfassung lassen sich also auf die gemischte Regierungsform, welche ganz Frankreich verlangte, gar nicht anwenden; und diejenigen, welche sich auf ihn beriefen, um zu beweisen, daß der Adel eine abgesonderte Repräsentation auf dem Reichstage haben müßte, legten bloß an den Tag, daß sie ihn nicht verstanden hatten.

Montesquieu hat nur in einem einzigen Kapitel von den Formen der Nationalrepräsentation in einer beschränkten Monarchie, und von dem Einfluß, den der Adel in einer solchen Verfassung haben muß, gesprochen: nemlich in seiner Schilderung der brittischen Constitution *). Die Folge wird

*) *Esprit des loix*. L. XI. c. 5. — Diese meisterhafte Schilderung, die auf wenig Seiten alles enthält, was man in dicken Bänden über die Natur und die Vorzüge der brittischen Verfassung finden kann, giebt doch einige einleuchtende Beweise von der übertriebenen Behutsamkeit und Schüchternheit, mit welcher Montesquieu allenthalben, wo er andre Regierungsformen auf Unkosten seiner vaterländischen preisen mußte, zu Werke ging. Ich

genungsam zeigen, daß ich, weit entfernt eine der seinigen entgegengesetzte Theorie zu behaupten, oft genöthiget seyn werde, seine Autorität für mich anzurufen.

Wenn die Reichsstände aus verschiedenen Kammern bestehen, wenn in einer derselben alle adeliche, in einer andern alle nicht-ade-

bleibe nur bey dem Eingange und bey dem Schluß dieses Gemähltes stehen. Er fängt damit an, von den verschiednen Zwecken zu sprechen, welche verschiedene Nationen bey ihren politischen Verfassungen hatten. Eine die Vergrößerung ihres Gebiets, eine andre die Religion, eine andre den Handel, eine andre die Schiffarth, eine andre den Ruhm der Fürsten u. s. f. „Eine Nation gebe es in der Welt, welche politische Freiheit zum unmittelbaren Endzweck ihrer Constitution gewählt habe“ — Gleich als wenn politische Freiheit ein willkührliches Ziel einer Staatsverfassung seyn, als wenn man sie nach Belieben suchen oder bey Seite setzen könnte, als wenn man sie, wo von Staats-Theorien die Rede ist, mit Schiffahrt, und Handel, und Vergrößerung u. s. f. in eine und dieselbe Classe werfen dürfte.

Eben so entkräftet der Schluß (bey einem flüchtigen Leser unfehlbar) den Eindruck, den die Schilderung gemacht hatte. Anstatt wenigstens durch ein absolutes Stillschweigen, welches mit

liche Bürger repräsentirt werden sollten: welche Mittel blieben denn dem Monarchen, um sein Ansehen aufrecht zu erhalten. Die Erfahrung hat gelehrt, daß eine vornehme Geburt nicht immer hinreicht, um den, welchem sie zu Theil ward, an das Interesse des Throns zu knüpfen. Obgleich

dem Ton des ganzen Kapitels vortreflich harmonirt hätte, die Aufmerksamkeit und das Nachdenken gespannt zu erhalten, setzt er hinzu: „Ich will hiedurch nicht die andern Verfassungen herabwürdigen, oder den Gedanken erregen, daß dieses Maximum von politischer Freiheit die, welche einen geringern Grad davon besitzen, demüthigen solle. Wie könnte auch ich dies sagen, der ich überzeugt bin, daß selbst das Uebermaß der Vernunft nicht immer wünschenswerth ist, und daß die Menschen sich fast ohne Ausnahme auf der Mittelstrasse besser befinden als in den Extremen“!

Man muß von dem lebhaften Gefühl, welches die vorhergehende trefliche Darstellung erregt, ganz durchdrungen seyn, um den unangenehmen Contrast gehörig zu empfinden, den dieser Anhang hervorbringt. Wo soll die Mittelstrasse zu suchen seyn, wenn das größte Kunststück des politischen Gleichgewichts — ein Extrem genannt wird. G.

der Adel seiner Natur nach ein Feind der reinen Demokratie, der populären Formen, und einer absoluten Gleichheit seyn muß, so läßt er sich doch mit einer republikanischen Verfassung, besonders wenn sie aristokratisch geformt ist, vereinigen: um so mehr also kan er, ohne daß darin ein Widerspruch läge, zur Herabsetzung der Königlichen Würde beytragen.

Der alte französische Adel hegte überdies eine schimärische, aber der Königlichen Macht sehr gefährliche Meinung von seinem Range, indem er seinen Ursprung bis auf die Eroberung von Gallien hinaufführte, sich als den Stifter der Monarchie ansah, und die Privilegien, deren er genoß, nie als Wohlthaten der Krone betrachten wollte. Der neue Adel, dessen einziges Bestreben dahin ging, mit dem alten auf einer Linie zu stehen, verfocht diesen Irrthum aus allen Kräften. Der König war in diesem System nichts mehr, als der erste Edelmann *).

*) Zwey von unsern Königen, Franz I und Heinrich IV, haben sich in ihren Unterredungen mit denen welche sie umgaben, öfters Edel-

Die adelichen Familien werden nur dann anhaltend geneigt seyn, die Rechte des Monarchen zu verteidigen, wenn sie Begünstigungen von ihm zu erwarten haben; wenn er sie an seiner Gewalt Theil nehmen läßt;

leute genannt: dies war aber zu einer Zeit, wo Jeder, der ritterliche Waffen trug, ein Edelmann war. Man hat diese Redensarten sehr häufig angeführt, ohne auf den Unterschied der Zeiten Rücksicht zu nehmen. Der Thron, die Quelle aller Ehrenstellen, ist so sehr über alle im Staate eingeführte Distinktionen erhaben, daß man, ohne seine Würde anzugreifen, keinen Titel damit verbinden kan, der den König mit seinen Unterthanen in einen Rang setzt. Das Oberhaupt der Nation muß zu keiner Classe in derselben gehören: und wollte er sich ja entschliessen einen gemeinschaftlichen Titel mit denen, welche ihm Gehorsam schuldig sind, anzunehmen, so müßte es der Titel eines Bürgers seyn, weil dieser Pflichten gegen den Staat ausdrückt, da der Titel eines Edelmanns nichts weiter als einen Vorzug bezeichnet, der vor der Majestät des Throns verschwinden muß, und der nicht einmal den Prinzen vom Königlichen Geblüt anständig ist, weil er mit dem Vorzuge den sie durch ihre Verwandschaft mit dem Monarchen genießten, nicht in Vergleichung kömmt. M.

wenn sie ihn als den Beschützer ihrer Privilegien betrachten, oder, in Streitigkeiten mit den Plebejern verflochten, es für nöthig halten, sich mit ihm zu verbinden: sobald sie aber mächtig genug zu seyn glauben, um ihre Prärogativen selbst zu verfechten, oder sobald sie den Fürsten im Verdacht haben, daß er diese Prärogativen einschränken wolle, so haben sie fast eben so viel Hang zum Ungehorsam, fast eben so viel Faktionsgeist als die andern Volksklassen *). Freilich müssen sie große Unruhen mehr fürchten, als diese, weil sie mehr dabey aufs Spiel setzen: dieser Unterschied wird aber durch die Leichtigkeit, sich schnell zu vereinigen, und eine mächtige Partey zu bilden, ausgeglichen.

Edelleute waren es, die während der ganzen Dauer des Lehnssystems, das heißt, sieben Jahrhunderte hindurch, alle Zepter von Europa herabwürdigten **). Die Geschichte

*) Von der Richtigkeit dieser Behauptung hat uns noch vor wenig Jahren die Geschichte der ersten Niederländischen Unruhen überzeugen können. G.

**) Die Kämpfe zwischen den Monarchen und ihren großen Vasallen machen einen Haupttheil

Frankreichs und der andern Monarchien ist voll von den Unruhen, welche sie veranlaßt haben *).

Es ist sehr merkwürdig, daß das Land, in welchem das Königliche Ansehen beynahe am längsten auf der untersten Stufe der Abhängigkeit und Ohnmacht geblieben ist, gerade dasselbige war, in welchem alle Adlichen von Geburt die größten Prärogativen beibehalten haben.

Ich behaupte nicht etwa, daß der Adel dem Throne niemals nützlich sey. Ich habe

der Geschichte des Mittelalters aus. Merkwürdig genug ist es, daß diese Kämpfe, die fast in jedem Staat einen besondern Gang und ein besondres Endenahmen, nur in einem einzigen den Grund zu einer wahren Constitution legten. G.

*) Es ist sogar selten und schwer, daß gefährliche Unruhen entstehen, ohne daß einige vom Adel oder von den ersten Bürgern Theil daran haben. (Dies hat das erste Jahr der französischen Revolution von neuem bestätigt. G.) Dagegen kan man auch von ihnen in großen Gefahren die meiste Hülfe erwarten, weil sie die großen Mittel, die der Reichthum giebt, in Händen, und den Muth, den ihnen das Ehrgefühl, oder die Furcht vor der Verachtung einflößt, im Herzen haben. M.

bereits den entgegen gesetzten Grundsatz anerkannt, und es wäre mir leicht, zur Unterstützung desselben viele merkwürdige Beispiele anzuführen: ich erkläre nur, weshalb der Adel dem Throne nicht immer nützlich ist, und weshalb man in einen Irrthum verfiere, wenn man sich einbildete, daß ein Haus von Repräsentanten aller adelichen Familien in Frankreich der Aufrechthaltung des Königlichen Ansehens unablässig ergeben gewesen seyn würde.

Obgleich alle Könige von Europa den größten Theil ihrer Macht der Entstehung der städtischen Gemeinheiten zu danken haben, so würde es doch noch viel schwerer halten, in einer abgesonderten Repräsentation aller nicht-adelichen Bürger eine dauerhafte Stütze für den Monarchen zu finden. Sie sind, wie der Adel, nach Zeit und Umständen, nach herrschenden Vorurtheilen, je nachdem sie sich mißvergnügt oder zufrieden fühlen, bald zu Angriffen gegen den Thron, bald zur Unterstützung desselben geneigt: und es ist von ihnen noch weit eher als vom Adel zu befürchten, daß sie große Veränderungen im Staat verlangen werden.

Hätten die Adelichen eine besondre Repräsentation, so würden die übrigen Bürger mit Recht, um ein gewisses Gleichgewicht zu erhalten, und aus Furcht, jenen einen doppelten Einfluß zu verschaffen, keinen Edelmann zu ihrem Repräsentanten wählen, es müßte denn hin und wieder ein Faktionist seyn, der ihnen Hoffnung machte, ihren Leidenschaften zu dienen.

In Frankreich hatte der größte Theil der Reichen durch Aemter oder Königliche Diplome den Adel erhalten. Nur eine geringe Anzahl nicht-adelicher Bürger konnte reichlich von ihren Einkünften leben. Sobald man also alle Adelichen und Geadelten vom dritten Stande losriß, so war nichts natürlicher, als daß sich unter den Repräsentanten desselben wenig Personen, denen die Erhaltung der öffentlichen Ruhe am Herzen lag, wenig Personen, die nicht bey der Anarchie mehr zu gewinnen als zu verlieren hatten, finden würden. Rechtsgelehrte mußten schlechterdings den größten Theil dieser Repräsentanten ausmachen. Man kan sogar sagen, daß man es durch die gänzliche Absonderung aller derer, welche einen adelichen Titel führten,

ausdrücklich auf eine Repräsentation des dritten Standes anlegte, die stets bereit seyn mußte, die Leidenschaften der Menge in Bewegung zu bringen. Nichts desto weniger lag es in der Natur der Sache, daß diese so organisirte Repräsentation die mächtigste wurde, weil man in ihr die Abgeordneten der ganzen Nation (mit Ausschluß eines verhältnißmäßig kleinen Theils derselben) erblickte, weil ihr die Liebe und das Vertrauen der untern Volksklassen nicht entgehen, und weil es ihr nie an Mitteln fehlen konnte, diese untern Volksklassen nach ihrem Belieben zu lenken *).

*) Dieses Raisonnement ist von einer solchen Klarheit und Ueberzeugungskraft, daß Niemand einen Augenblick anstehen kan, demselben seinen völligen Beyfall zu geben. Ueberdies hat es von dem Tage an, wo die abgesonderte Repräsentation der drey Stände als ausgemacht angesehen ward, eine traurige Erfahrung im Ganzen und in jedem einzelnen Punkte aufs merkwürdigste bestätigt. Nichts desto weniger wollte das feindselige Verhängnis, welches Frankreich verfolgte, daß die in deren Gewalt es stand, die Folgen eines fehlerhaften Systems wo nicht ganz zu heben, doch beträchtlich zu mildern, mit unbegreiflicher Blindheit ge-

Die Repräsentation des ersten Standes, oder der Geistlichkeit hätte zwar an und für sich dem Königlichen Ansehen günstiger seyn sollen: aber sie würde zu viel Ursachen zur Behutsamkeit, zu viel Bewegungsgründe gehabt haben, die andern Stände zu schonen, selbst ihre Existenz als politische Corporation würde immer zu unsicher gewesen seyn, als daß sie der Krone eine zuverlässige Schutzwehr bereiten könnte.

Eine abgesonderte Repräsentation der Geistlichkeit hat überdies ihre ganz eignen Inconvenienzen. So ehrwürdig dieser Stand auch seyn mag, so bleibt es doch immer wahr, daß seine Form und Disciplin von der Regierung gewissermaßen abhängig seyn muß. Wenn nun die Geistlichen einen besondern Zweig der gesetzgebenden Macht abgäben, und ihre Einwilligung zu allen Gesetzen erforderlich wäre, so würden sie eine vollkommene

schlagen, in der strengen Aufrechthaltung dieses fehlerhaften Systems ihre eigne Rettung, und die Rettung ihres Vaterlandes zu sehen glaubten, und daß ihnen, selbst nachdem dies System unsägliche Uebel über sie gebracht hatte, der Schleyer nicht vom Auge fiel. G.

kommne Unabhängigkeit erlangen, und die Abstellung der Misbräuche, die sich in die Kirchenverfassung einschleichen können, würde unmöglich werden, wenn sie ihnen nicht anstände. Es ist billig, daß die Geistlichkeit ihre Versammlungen habe, um das, was auf den religiösen Unterricht Bezug hat, anzuordnen: aber es ist allen guten Grundsätzen, es ist ihrer eignen Bestimmung geradehin zuwider, daß sie, als ein besondrer Stand, an der Staatsverwaltung Theil nehme. Diese Prærogative konnte ihr bloß in den Jahrhunderten der Unwissenheit, wo die Könige vor ihr zitterten, eingeräumt werden. Zu einer Zeit, wo die Reichsstände nur Klage-Protokolle übergaben, und selten versammelt wurden, war es weit weniger gefährlich, daß die Geistlichkeit einen eignen Stand ausmache: aber es war leicht vorauszusehen, was daraus entstehen würde, wenn man sie zum Bestandtheil einer wahren gesetzgebenden Macht erhöhe *).

*) Die Geistlichkeit zu einem constituirenden Theil der Staatsverfassung zu machen, wäre in un-

Man stelle sich die schreckliche Lage eines Königes vor, der von der freien Beistimmung dieser abgesonderten Stände, alle Einkünfte, deren er bedarf, und alle Gesetze, welche die öffentliche Ruhe erfordert, erwarten muß. Nie, auch nicht mit den reinsten Absichten könnte er auf eine ihm günstige Majorität in den drey Häusern zugleich rechnen. Nie würde er auf die Wahlen Einfluß

sen Tagen ein ganz grundloser, und ein lächerlicher Schritt. In den Zeiten der Barbarey; wo sie sich dieses Recht anmaßte, war es von mehrern Seiten ein Glück für die Menschheit daß sie es that; und in sofern es ein Uebel war, mußte man es als ein völlig unentbehrliches Uebel ansehen. Die letzten Reste der Aufklärung und der Wissenschaft hatten sich in ihren Schoofs geflüchtet: die Geschicklichkeit, ein Geschäft zu betreiben, besaß Niemand weiter als sie: wenn sie nicht an den Höfen und in den Reichsversammlungen geherrscht hatte, so hätte man das, was verhandelt wurde, nicht einmal aufschreiben können. — Wie mächtig haben sich alle diese Verhältnisse geändert! Und wie thörigt wäre es, in Rücksicht auf das, was vor einem Jahrtausend geschah, die Organisation des Staats durch ein unnützes Glied zu verwirren, zu verunstalten und zu belasten.

genung haben, um die Ernennung unruhiger Köpfe zu verhindern. Er müßte einen unerschöpflichen Ueberfluß von Gunstbezeugungen besitzen, um sich die Stimmen der Geistlichkeit, des Adels und des dritten Standes, deren Deputirten bey jeder Berufung des Reichstages verändert werden dürften, zu allen Zeiten zu sichern *). Da keins der drey

D 2

Man muß immer an die brittische Verfassung erinnern, wenn von Kunst und Weisheit in der politischen Struktur die Rede ist. Die Geistlichkeit machte im Englischen Parlament nie einen besondern Stand aus: gleichwohl sind noch bis auf diesen Augenblick die Vornehmsten derselben (Erzbischöfe und Bischöfe) Mitglieder des Oberhauses. Ohne ihnen einen abgesonderten Einfluß zu gewähren, that man doch alles für sie, was die Aufrechterhaltung der äußern Würde der Staats-Religion verlangte. Man gab ihnen an der gesetzgebenden Macht gerade so viel Antheil als sie haben mußten, um niemals schädlich werden zu können, und öfters nützlich zu seyn. G.

*) So schlimm wäre noch kein einziger beschränkter Monarch gesetzt gewesen, als der König von Frankreich, wenn diese Form Platz gewonnen hätte. In allen Reichen, wo die Monarchen ihre Macht

Häuser aus beständigen Mitgliedern zusammengesetzt wäre, so würde kein zusammenhängendes System, keine feste Maxime in der Gesetzgebung zu finden seyn.

Wenn die hundert tausend Adelichen, die in Frankreich existirten, ihre Privilegien bei-

mit Reichsständen theilen mußten. (England, Schweden, Deutschland, Polen) war doch von jeher ein Theil der Mitglieder dieser Stände (wenn sie es nicht sämtlich waren) perpetuirlich; der Regent hatte doch also immer Eine oder einige Classen auf dem Reichstage, die zu gewinnen, wenigstens Möglichkeit und Hoffnung blieb. Selbst der Präsident der Amerikanischen Staaten, (ein weit mächtigerer Regent, als mancher, der von der Amerikanischen Verfassung reden gehört hat, sich einbildet) wäre besser daran gewesen, als der König von Frankreich. Sein nach den weitesten Vorschriften ausgewählter Senat wechselt nur alle sechs Jahr, indess das Haus der Repräsentanten in zwey Jahren umgeschaffen wird. Schon dieser Umstand ist von großer Wichtigkeit für seinen Einfluß: aber drey gleichförmig-organisirte, drei immer-wechselnde und immer zugleich wechselnde Repräsentantenhäuser lassen dem Monarchen keinen Schimmer der Hoffnung, daß er seine gesetzliche Macht erhalten werde, übrig.

G.

behalten hätten, wenn sie von dem Monarchen darin geschützt, und überdies noch bey Austheilung der Aemter und Wohlthaten vorzüglich begünstigt worden wären, so mußte sich der dritte Stand der Krone, die er im Bündniß mit seinen Nebenbuhlern sah, unablässig entgegen setzen. Wenn im Gegentheil der Hof sich überzeugt hätte, daß es klüger war, durch gleichförmige Auspendung der Vortheile in jedem Stande so viel Freunde, als nur immer möglich, anzuwerben, so würde der Adel, von dem Monarchen mit andern Bürgern auf gleichen Fuß behandelt, nicht das geringste Interesse mehr gehabt haben, die Rechte des Throns zu verteidigen.

Alle Mitglieder einer Classe würden, weil sie ihre eigne Deputirten hatten, die ganze Summe ihrer Neigungen, ihren ganzen Eifer und ihr ganzes Interesse an die abgesonderte Versammlung dieser Deputirten geknüpft, die Edelleute würden bloß die Adelskammer, die Bürgerlichen bloß die Kammer des dritten Standes gekannt haben. Diese beiden Kammern würden ewig Nebenbuhler gewesen seyn, wenn auch der Adel jeder andern Prärogative, als seinen Titeln und seiner abge-

sonderten Repräsentation entsagt hätte. Hätte es ihnen an reellen Gründen zur Uneinigkeit gefehlt, so würden eingebildete an deren Stelle getreten seyn, welches in der Wirkung auf Eins hinaus lief. Jeder Widerstand des einen Hauses gegen die Entscheidungen des andern, wäre in den Augen des letztern als eine Feindseligkeit angesehen, eine Gelegenheit zu wechselseitigen Vorwürfen, und ein Vorwand zur Erbitterung des ganzen Standes geworden. Die Masse des Volks konnte nie zu der Adelskammer Zutrauen fassen: sie mußte ihm durchaus fremd seyn, und sogar eine Feindin seiner Rechte scheinen. Unabhängig von den ernsthaften Gegenständen des Zwistes, wären stets Uneinigkeiten durch Ausbrüche der Ehrsucht entstanden; die geringste Unvorsichtigkeit, das kleinste Versehen, hätte deren täglich erzeugt; und es ist bekannt, daß Auftritte dieser Art einen Grad von Haß hervorbringen, der nur mit der gänzlichen Zerstörung einer Partey oder beider endiget *).

*) Um sich alles hier gesagte recht anschaulich zu machen, darf man sich nur die Reihe der anstößigen und bitteren Szenen, die vom 6ten May

Die Zwietracht wäre um so unheilbarer geworden, da zwischen den beiden Classen der Repräsentirten so wenig als zwischen ihren Repräsentanten ein Mittel zur Vereinigung Statt fand, weil die adelichen Familien von der Nation völlig getrennt wurden. Man hätte Frankreich in der That wie ein von zwey verschiednen Nationen bewohntes Land ansehen können.

Jedermann kennt die gefährlichen Wirkungen, welche die Begierde nach allgemeinem Beyfall, der Wunsch, sich dem grofsen Haufen beliebt zu machen, seine Meinungen durchzu-

bis zum 26ten Juny 1789 in der Versammlung des französischen Adels, und in der Versammlung der französischen Volks-Repräsentanten vorfielen, noch um einige Monate verlängert denken. Ich weifs sehr wohl dafs die Vereinigung der Häuser schrecklichere Szenen nach sich zog; aber hier haben wir es mit der (gewifs heilsamen) Betrachtung der vorhergehenden zu thun: und es ist eine grofse und wichtige Frage, ob ohne die verhasste, gefahrvolle, und alle Gemüther (der Handelnden so wie der Zuschauer) empörende Trennung der Repräsentationen, ihre nachmalige Vereinigung so äufserst verderblich gewesen seyn würde. G.

setzen, und mit einem überwiegenden Credit zu glänzen, in zahlreichen Versammlungen hervorbringen. Ich frage jeden Vernünftigen, ob die Adelichen und die Nicht-Adelichen, um des Zutrauens ihrer Mitbrüder sicher zu seyn, nicht ihrem Stolz und ihrer Eifersucht geschmeichelt haben würden. In den verschiedenen Repräsentanten-Häusern hätte es ganz verschiedene Wege zur Popularität gegeben: beym dritten Stande wäre man durch Deklamationen gegen den Adel, beym Adel durch übertriebne Erhebung seiner Prärogativen, durch Zurückrufung aller romantischen Ideen der Ritterzeit dazu gelangt. Zwey gerade entgegen gesetzte Lehren würden also in dem einen und in dem andern Hause ihr Glück gemacht haben, und die Redner, die in jenem beliebt waren, in diesem verabscheut worden seyn.

Da die Adelichen nicht nöthig gehabt hätten, sich um die Stimme des Volks zu bekümmern, so würden sie sich nie sorgfältig genug gehütet haben, die unadelichen Bürger zu demüthigen. Hörte der König auf, Adelsbriefe zu ertheilen, so wurde die Scheidewand zwischen den Ständen noch

kenntlicher, der Adel stolzer, der dritte Stand eifersüchtiger. Fuhr er fort zu adeln, und nahm also die Begüterten, und die, welche eine sorgfältige Erziehung genossen hatten, aus dem Bürgerstande, so beraubte er sie, so beraubte er sich selbst ihres bisherigen Einflusses, und veranlasste, indem er die Anzahl der Eigenthümer, die Repräsentanten dieses Standes werden konnten, verminderte, daß die Repräsentation desselben immer gefährlicher wurde.

Die Gewohnheit, einander mit Mißtrauen zu beobachten, und beständig auf ein Gleichgewicht zwischen den Kräften beider Häuser zu denken, würde bald in alle Zweige der Staatsverwaltung übergegangen seyn. Allenthalben hätte man nach Gleichheit der Vortheile gestrebt, sogar in den Tribunälen, und bey Besetzung der Militärstellen immer nur das Uebergewicht dieses oder jenen Standes berechnet. Die Adelichen würden sich gefürchtet haben von Bürgerlichen, die Bürgerlichen von Adelichen gerichtet zu werden, und alles wäre vom Parteygeist angesteckt worden *).

*) Es ist bereits erwähnt worden, daß im Anfange der Revolution, und besonders zu der Zeit,

Es ließen sich Fälle denken, wo dieser Zustand der Uneinigkeit und des Hasses zwischen den verschiedenen Ständen dem Interesse des Throns vortheilhaft wäre, wenn nemlich der Monarch unabhängige und beständige Einkünfte hätte, oder wenn er Abgaben ohne Einwilligung der Stände erhe-

wo man die Mandate für die Repräsentanten entwarf, ein großer Theil des Adels mehreren seiner wesentlichsten Prärogativen, unter andern auch jedem Vorzuge bey der Ernennung zu Civil- und Militär-Stellen mit aufgeklärter Großmuth entsagte. Hätte aber in Frankreich die alte Form des Reichstages, das heißt, die abgesonderte Repräsentation der drey Stände, Bestand haben können, und wäre diese Form auf einen Reichstag, der sich periodisch versammelte, und wirklich großen Antheil an der Gesetzgebung hatte, übertragen worden, so würde wahrscheinlich jene ganze Entsagung fruchtlos gewesen seyn: die stets abgesonderte, stets mit ihrem Interesse beschäftigte Adelskammer hätte entweder mit der Zeit Mittel gefunden, ihre alten Vorzüge wieder geltend zu machen, oder sie wäre mit der Repräsentation des dritten Standes in Zwistigkeiten gerathen, welche die Angelegenheiten des allgemeinen Besten verdrängt, und in kurzem der Wohlfarth und der Ruhe des Landes ein Ende gemacht haben würden. G.

ben dürfte: da aber im gegenwärtigen Falle die Einstimmigkeit der Häuser erforderlich war, um die Auflagen zu genehmigen, so hätte der König unablässig an der Versöhnung arbeiten, oder sich zuletzt für eine der Parteyen erklären müssen: und hatte er dies einmal gethan, so war nun sein Schicksal, mit denen, auf deren Seite er stand, gemeinschaftlich zu siegen, und unterzuliegen.

Es ist eine sehr richtige Maxime: Man muß trennen, um zu herrschen; wenn man aber herrschen will, muß man dergestalt trennen, daß man sein Reich aufrecht hält, nicht selbst über den Haufen wirft.

Gesetzt auch, die Harmonie zwischen den verschiednen Ständen, könnte auf einige Zeit festgestellt werden, so wäre der Thron noch weniger gesichert, als zuvor. Sie würden nun gemeinschaftlich daran arbeiten, das Ansehen des Königs zu entkräften, und das Ansehen der Reichsstände zu vermehren *).

*) Das Englische Parlament ist so vortreflich organisirt, daß der Monarch weder vor der Uneinigkeit noch vor der Einigkeit der beiden

Fast alle Nachteile, die mit einer abgesonderten Repräsentation der adelichen Familien verknüpft waren, würden auch bey einer abgesonderten Repräsentation aller Lehnbesitzer Statt gefunden haben. Ihre Deputirten hätten sich, wie in ältern Zeiten, für die Repräsentanten des gesammten Adels

Häuser zittern darf. Weder diese noch jene kan je so groß werden, daß sie ihm mit reellen Gefahren drohte. Die Repräsentation im Unterhause, welches eine große Anzahl von Männern aus den ersten Familien in sich faßt, ist so beschaffen, daß merkliche Eifersucht, oder gar Feindseligkeit zwischen demselben und dem Oberhause fast in keinem Falle entstehen, vielweniger aber zum habituellen Zustande, wie in jener Art von Repräsentation, deren Mängel wir hier betrachten, werden kan. Daß also die beiden Häuser irgend einen zur allgemeinen Wohlfarth des Landes oder zur Aufrechthaltung des Throns nothwendigen Beschlufs aus wechselseitiger Privat-Animosität hintertreiben sollten, ist nie zu besorgen. — Auf der andern Seite ist das Oberhaus so constituirt, daß eine Vereinigung desselben mit dem Unterhause in irgend einem für die Sicherheit oder Würde des Monarchen bedenklichen Unternehmen im gewöhnlichen Laufe der Dinge unter die Unmöglichkeiten gehört. G.

angesehen, und bloß die Ansprüche einer einzigen Classe von Bürgern verteidiget. Wenn man auch wirklich die bürgerlichen Lehnbesitzer mit in die Repräsentation dieses Standes aufgenommen hätte, würde sie nicht demohnachtet ein andres Interesse, als der König und die Nation gehabt haben? würde sie nicht mit der Befriedigung der großen Anzahl derer, für welche sie sprechen sollte, allein beschäftigt, würde sie nicht des allgemeinen Vertrauens beraubt gewesen seyn? Der König konnte nicht den geringsten bestimmten Einfluß auf diese Repräsentation erlangen, weil es ihm nicht frei stand, Mitglieder, die ihm ergeben waren, oder die ihm durch ihre Talente und Tugenden nützlich zu werden vermochten, dazu zu ernennen. Die Prärogativen der Lehnbesitzer standen in keiner Verbindung mit den Prärogativen der Krone; die Erhaltung der Lehnseinkünfte läßt sich mit einer reinen Demokratie, und die Macht der Vasallen mit der Ohnmacht des Monarchen vereinigen.

Außer den Fehlern, welche die abgesonderte Repräsentation der Lehnbesitzer mit der Repräsentation der adelichen Familien ge-

mein hat, kommen ihr noch einige ganz eigenthümlich zu. Sie würde die Privatgerichtsbarkeiten verewiget, und die Loskaufung der Lehnspflichten, die man gestatten muß, wenn der Lehnsherr nur nach der strengsten Gerechtigkeit entschädiget wird, unmöglich gemacht, sie würde sich der Reform aller Mißbräuche der Lehnjurisprudenz widersetzt, und jeden günstigen Umstand benutzt haben, um den Lehen einen Theil ihres alten Ansehens wieder zu verschaffen *).

Man wäre den schlimmen Folgen der Absonderung der Stände nicht entgangen, wenn man eine gewisse Anzahl von Ahnen denen die den Adel repräsentiren wollten,

*) So deutlich auch Mounier (im eilften Kapitel) bewiesen hat, daß auf den ältern Reichstagen der Adelstand bloß aus den Deputirten der Lehnbesitzer bestand, so war es doch aus den hier angeführten, und aus mehreren wichtigen Gründen, sehr vernünftig, daß die Notabeln von 1788, die Idee, bloß die Lehnbesitzer in die Adelskammer zu berufen aufgaben, und, wenn einmal abgesonderte Repräsentationen existiren sollten, lieber den gesammten Adel ein Haus formiren ließen: G:

zur Bedingung gemacht, oder durch irgend ein andres Mittel einen Theil der Edellente von der Repräsentation entfernt hätte *). Man würde es doch nie dahin gebracht haben, daß der dritte Stand die Adelichen, die nicht wahlfähig für den zweiten waren, wählte. So lange eine Classe ihre abgesonderten Deputirten gehabt hätte, würde auch die andre davon nicht abgegangen seyn: die Bürgerlichen würden sich eben so wenig beeifert haben, ihre Vortheile Adelichen, als diese, Bürgerlichen die ihrigen anzuvertrauen.

Die Organisation des Reichstages würde noch mangelhafter geworden seyn, wenn man die Repräsentanten des Adels und der Geistlichkeit in einem und demselben Hause hätte vereinigen wollen. So lange der König das Recht behielt, zu den wichtigsten geistlichen Benefizien zu ernennen, wäre die Geistlichkeit immer der Stand gewesen, auf den er den stärksten Einfluß behalten hätte: sollten also einmal abgeson-

*) Und mit welchen unsäglichen Schwierigkeiten wäre eine solche Malsregel verknüpft gewesen! Welch eine unversiegbare Quelle neuer innrer Feindseligkeiten im Adelstande selbst wäre sie geworden! G.

derte Stände vorhanden seyn, so war es für den Monarchen vortheilhafter, daß die Geistlichen einen eignen ausmachten *). Da allen
Bür-

*) Dieser Meinung kan ich nicht beitreten. Hätte gleich die Geistlichkeit dem Könige (so lange seine Macht hierunter nicht beschränkt worden wäre!) alles zu danken gehabt, so folgte daraus, wie die Geschichte der menschlichen Leidenschaften und der menschlichen Undankbarkeit hinlänglich gelehrt hat, gar nicht, daß sie ihm immer, daß sie ihm auch dann ergeben blieb, wenn ein mächtiges Interesse sie reizte, mit einem der andern Stände gemeinschaftliche Sache zu machen. Verlor nun gar der König (wozu vielleicht diese abgesonderten geistlichen Repräsentanten das Ihrige in vollem Mafse beitragen konnten) sein Recht, die großen Benefizien zu vergeben, oder auch nur einen ansehnlichen Theil desselben, so war der einzig-denkbare Vortheil verschwunden, und es blieb nichts übrig, als ein (mit drey Ständen vergleichungsweise gegen zwey nothwendig verknüpfter) unendlich höherer Grad von Verwirrung, Stockung im Lauf der wichtigsten Geschäfte, Gefahr und Mühseligkeit für den Monarchen.

Behielt der Monarch seinen Einfluß auf die Geistlichkeit, so konnte er ihn unendlich besser benutzen, wenn die Repräsentanten derselben Mitglieder

gern der Weg zu den hohen geistlichen Aemtern offen stand, so würden sie durch Unterschied der Geburt weit weniger von der Masse der Bürger getrennt gewesen seyn, als

glieder der Adelskammer waren. In welchem Verhältniß ihre Anzahl auch zur Anzahl der adelichen Deputirten stand, warfen sie doch immer, wenn sie den Thron unterstützten, ein beträchtliches Gewicht in die Schale des Königs. Wurden sie ihm untreu, so konnten sie ihm weit weniger hier, als wenn sie ein besondres Haus constituirten, schaden. Hiezu kömmt, daß sie gewissermaßen ein Band zwischen dem Adel und dem dritten Stande ausmachten. Da es keiner vornehmen Geburt bedurfte, um zu den höchsten kirchlichen Würden zu gelangen, so hätten die Bürgerlichen im Adels-
hause eine gewisse Zahl angesehner Männer, die der Geburt nach ihres Gleichen waren, erblickt: die Eifersucht zwischen beiden Häusern wäre wenigstens etwas gemildert worden, und wurde sie in diesem oder jenem Fall lebhaft und gefährlich, so hätten die Geistlichen, ihrer Abkunft nach (großen Theils) mit dem dritten Stande, ihren jetzigen Funktionen nach mit dem Adel verknüpft, zuweilen wohlthätige Mittler abgeben können.

Der abgeschmakte Vorschlag, die adelichen, Geistlichen in die Adelskammer, die nicht-adelichen in die bürgerliche zu setzen, verdient ganz

wenn man, wie einige vorschlugen, die adelichen zu der Repräsentation des Adels, die nicht-adelichen zu der Repräsentation des dritten Standes geschlagen hätte. Eine schimpflichere Neuerung für die letztern und für die geistliche Würde im Ganzen, liefs sich überhaupt nicht erdenken. Man erklärte dadurch feyerlich, dafs die allerehrwürdigsten Funktionen, den, welcher dazu berufen ist, niemals zu einer Gleichheit mit denen, welche den Titel eines Adelichen führen, erheben können.

Die einzige Hoffnung, welche dem Freunde der Menschheit bey politischen Versammlungen mit abgesonderten Repräsentationen der Stände übrig bleibt, ist die, dafs sie durch

den Tadel, den Mounier darüber auspricht. Es scheint mir aber noch eine Bemerkung von einiger Erheblichkeit, dafs es, sobald man zu der Repräsentation des geistlichen Standes, auch die niedre Geistlichkeit (die schlechterdings von diesem Amte ausgeschlossen bleiben mufs, wenn eine abgesonderte geistliche Repräsentation existiren soll) ziehen will, durchaus kein Mittel giebt, die Repräsentanten dieses Standes einer vernünftigen Organisation zu unterwerfen. G.

die wechselseitigen Stöße ihrer unzusammenhängenden Bestandtheile sich selbst zerstören müssen. Gewöhnlich bereiten sie die unumschränkte Gewalt des Monarchen vor: aber sie führen sie oft nur nach Jahrhunderten voll Elend herbey. Ich glaube, daß in einer solchen Verfassung nicht allein der Vortheil des Königes, sondern sogar die Pflicht gebietet, alles zu versuchen, um sich der absoluten Herrschaft zu bemächtigen: sie ist eine Wohlthat für eine Nation, wenn sie sie von den Schrecknissen der Anarchie erlöset *).

E 2

*) Die Verschiedenheit der Urtheile über das Verfahren des vorigen Königes von Schweden der sich (wie in diesem Kapitel noch näher gezeigt werden wird) gerade in dem hier geschilderten Falle befand, zeigt schon sehr deutlich, daß die hier aufgestellte Maxime auf keine allgemeine Annahme zu rechnen hat.

Ueberhaupt scheint in dem jetzigen, unruhigen, revolutionistischen, in so vielen Gegenden zur Anarchie neigenden Zustande von Europa, und bey der gegenwärtigen Stimmung der meisten politischen Schriftsteller, der Grundsatz „daß es „Situationen giebt, wo ein Souverain aus Pflicht „genöthiget ist, seinen Posten und seine Rechte zu

Mich dünkt, daß durch die hier aufgestellten Gründe die schlimmen Folgen einer nach Ständen abgesonderten Repräsentation

„behaupten“ nur wenig Anhänger zu haben. Da ein großer Theil der Menschen sich daran gewöhnt, alle politische Macht für Usurpation zu halten, so ist nichts natürlicher, als daß man jeden Versuch dessen der die Macht besitzt, sie in seinen Händen zu erhalten, für ein Verbrechen erklärt.

Gleichwol ist nichts unstreitiger, als daß es eine solche Pflicht des Regenten giebt: und mag sie doch in ihrer Ausübung noch so sehr Gefahr laufen, mit dem Eigennutz verwechselt zu werden, mag es auch wirklich äußerst schwer halten, da, wo ein so ungeheures Interesse im Spiel ist, die Scheidewand zwischen dem was das Gefühl jener Pflicht, und was das Dringen dieses Interesse anrieth, im einzelnen Fall anzugeben, so ist es für den, der menschliches Verdienst und menschliche Schuld ohne Leidenschaft beurtheilt, genug zu wissen, daß in den Lagen, von denen hier die Rede ist, eine Scheidewand dieser Art wirklich existirt.

Es gehört vielleicht unter die mißlichen Probleme, anzugeben, was das herrschende Motiv bey Gustav III war, als er (dem in der That eine Pflicht gebot, sein Vaterland von einer abgeschmakten und verderblichen Regierungsform zu befreien) den Entschluß faßte, sich der Souverainität zu bemächti-

genungsam dargethan sind: einige historische Anmerkungen werden die Sache hoffentlich noch unbezweifelter machen.

gen. Ein junger, geistvoller, thätiger, nach Ruhm dürstender Mann, konnte allzuleicht, wenn auch ein besrer Bewegungsgrund da war, nach einem schlechtern (d. i. nach einem selbstsüchtigen) handeln, und Niemand würde es daher wagen, sich für die reine Moralität seines Unternehmens zu verbürgen.

Die neuste Geschichte hat uns aber eine Begebenheit geliefert, auf welche der Grundsatz mit weit mehr Sicherheit und Klarheit angewendet werden kan: das Schicksal des unglücklichen Monarchen, der im Anfange des Jahrs 1793 seine beispiellosen Wohlthaten, und seine gutgemeinten Fehler auf dem Schaffot büßen mußte. Nie war die Pflicht eines Regenten seine Macht um jeden Preis zu retten, entschiedner und dringender, als in seinem gefahrvollen und traurigen Verhältniß. Sein Reich lag von dem Augenblick an, da der Zepter seinen Händen entsunken war (14ten July 1789) in den Krallen der scheußlichsten Anarchie: die Zukunft sah schwärzer aus als die Gegenwart: mit den ersten Haupt-Fehlritten einer theils unredlichen, theils unfähigen, theils kurzsichtigen Nationalversammlung verschwand in den Augen des einsichtsvollen Beobachters jeder Schimmer von Hoffnung auf eine gerechte und weise Consti-

Man kan die Resultate der vorigen Reichstage, die selten berufen wurden, und keine bestimmten Rechte, keine anerkannte Macht

tution: die Nation sank täglich tiefer in den Abgrund, und wurde täglich verblendeter über die Natur und Folgen ihrer eignen Raserey. — — Wenn es erlaubt wäre einem schwachen Charakter seine Schwäche zum Vergehen anzurechnen, wenn die Menschlichkeit nicht geböte, hier von der Strenge der Beurtheilung nachzulassen, so müßte man schlechterdings sagen: Ludwig XVI war strafbar, und in hohem Grade strafbar, daß er nicht frühzeitig, sey es auch durch die kühnsten Wagestücke und mit den größten persönlichen Opferungen und Gefahren, Versuche, unablässige Versuche machte, seine Nation vom Verderben zu retten, und seinen Thron auf den Trümmern eines Systems zu befestigen, dessen Verwerflichkeit gleich in den ersten Monaten der Revolution hinlänglich anerkannt war.

Wenn ihm dies seine Ohnmacht nicht verstatete, so ist es unläugbar, daß bey den wenigen Schritten, die er that, um seine und seines Volks Lage zu verbessern, das Bewußtseyn seiner Pflicht mächtig in Anschlag kam. Gesetzt man wollte die Armuth seines Geistes für so groß ausgeben, daß er sich zu einer solchen Idee nicht hätte emporschwingen können (eine Behauptung die sich durch nichts erweisen läßt,) so wird doch

besaßen, mit denen, welche regelmäfsig wiederkehrende Versammlungen, die über die Einkünfte des Staats zu gebieten hatten, her-

Niemand bezweifeln, dafs unter denen die ihn umgaben, einige redliche Männer waren, die ihm sein Schicksal mit dem Schicksal des Staats enge verknüpft, die Wiederkehr seiner verlornen Macht als die Bedingung der wiederkehrenden National-Wohlfarth, und das Bestreben, sein Ansehen wieder herzustellen als heilige und unnachlässliche Schuldigkeit gegen sein Land darstellten. Diese Vorstellungen verfehlten bey ihm ihre Wirkung nicht, und es ist bey seiner nie-angefochtenen Liebe zur Nation, und bey seiner religiösen Gewissenhaftigkeit unläugbar (was verschiedne seiner ungeheuchelten Aeufserungen ins hellste Licht stellten) dafs auf die wenigen herzhaften, und auf verschiedene geheime Schritte, die er zur Umänderung der Lage der Dinge that, die (vollkommen wahre) Idee, dafs er verpflichtet war, zum Besten des Ganzen zu arbeiten, einen wesentlichen Einflufs hatte. Ich sage nicht, dafs nie ein andrer Bewegungsgrund ihn leitete, weil ich seinem Charakter nicht die Heiligkeit zuschreibe: aber ich behaupte — auf die Gefahr von den zahlreichen Freunden und Anhängern der Revolution verhöhnt und verlacht zu werden — dafs Ludwig XVI in einer gewissen Rücksicht, als Märtyrer der Pflicht gestorben ist. G.

vorbringen mußten, gar nicht vergleichen. So lange der König nicht in Ansehung der Geldbedürfnisse von den Reichsständen abhängig war, konnte ihm ihre Zusammenkunft nicht furchtbar seyn: und dessen ungeachtet wußten jene ältern Reichsstände in einer berühmten Periode unsrer Geschichte, die Gewalt, welche ihnen die Verlegenheit des Königlichen Schatzes in die Hände gab, zu benutzen und bis zum höchsten Mißbrauch zu benutzen.

Im Jahr 1355 wagten es die Reichsstände aus den nördlichen Provinzen (*de la langue d'oïl*) nachdem sie dem König Johann Subsidien bewilliget hatten, ihm die Verwaltung und Verwendung dieser Subsidien zu verweigern; sie ernannten Obergerichter und Commissarien, die aus den drey Ständen genommen wurden, um die neuen Auflagen zu erheben, und auf die Kriegeskosten, wozu sie bestimmt waren, zu verwenden; sie bevollmächtigten diese Commissarien, gegen die Beamten des Königes, wenn sie sich in seinem Namen des Ertrages der Abgaben bemächtigen wollten, Gewalt zu gebrauchen, und sogar den Beystand der guten Städte

aufzufordern: dieß hieß gerade so viel als eine Erlaubniß, mit dem Könige Krieg anzufangen: und doch mußte er selbst durch eine Ordonanz diese gefährlichen Beschlüsse bestätigen. Sie erhielten von ihm verschiedene sehr nützliche Verfügungen, zwangen ihn aber zu versprechen, daß er den Heerbann nicht mehr berufen, ohne ihre Einwilligung keinen Frieden schließen, und in den Ländereyen der Vasallen keine Strafgelder erheben würde. Die Sitzungen dieser Stände dauerten nur sechzehn Tage *).

Die Ständerversammlung von 1356 zeigt uns noch viel deutlicher, welche Gewalt, das Recht Auflagen zu verweigern, verleihen kan, und wie unzureichend zur Aufrechthaltung des Königlichen Ansehens eine nicht unmit-

*) Es verdient jedoch bemerkt zu werden, daß die Stände fast auf keinem Reichstage so wenig getrennt waren, als auf diesem für die Königliche Gewalt so bedenklichen. Mounier hat dies selbst in einer frühern Schrift angeführt, und durch bewährte Zeugnisse unterstützt. (S. *Observations sur les états généraux* c. 6. p. 32) — Dafür muß man auch eingestehen, daß diese Stände, ob sie gleich ihre Macht offenbar mißbrauchten, mehrere Ver-

telbar bey den Prärogativen der Krone interessirte Congregation von Lehnsbesitzern oder Edelleuten ist.

Der König Johann befand sich in England in der Gefangenschaft, die Finanzen waren erschöpft, Frankreich ward von innern Feinden, und von den Cabalen des Königs von Navarra zerfleischt. Der Dauphin Carl bemächtigte sich der Regierung, als Statthalter seines Vaters, und berief die Reichsstände im Monat Oktober 1356. Die drey Stände hätten sich nur mit einer einzigen Angelegenheit, mit der Befreiung des Monarchen beschäftigen sollen: sie fingen aber gleich an, von Mißbräuchen und Reformen zu sprechen; sie erboten sich zu Subsidien, doch unter der Bedingung, daß der König von Navarra, der seiner Verbrechen wegen eingekerkert war,

ordnungen gaben, die unter den Beschlüssen der Reichstage an Gerechtigkeit und Billigkeit nicht viel ihres Gleichen hatten. Ich citire nur eine einzige zum Beispiel: Sie setzten fest, daß die Abgaben, die sie zur Führung des Krieges bewilligten, von allen Personen im Reich ohne Unterschied, selbst die Prinzen nicht ausgenommen, entrichtet werden sollten. G.

in Freiheit gesetzt würde, daß man zwey und zwanzig Personen, theils Minister, theils hohe Kronbeamten, theils Mitglieder des Könighchen Raths, verabschiedete, und ihre Stellen durch andre, in den drey Ständen gewählte, besetzte. Drey Männer zeichneten sich in der Versammlung durch ihren Einfluß und durch ihre Bosheit aus: Johann von Pequigny unter dem Adel; Robert Le Coq, der schwärzesten Undankbarkeit gegen den König schuldig, der ihn von einem Advokaten zum Bischofe von Laon befördert hatte, unter der Geistlichkeit; und im dritten Stande Marcel, Bürgermeister von Paris (*prévot des marchands*), der Verwegenste von den Unruhestiftern.

Carl, der sich diesen harten Bedingungen nicht unterwerfen wollte, entsagte lieber den Subsidien, stellte sich, als wenn er ohne seines Vaters Befehl nichts entscheiden könnte, und ließ die Stände auseinander gehen. Er wollte zu dem gefährlichern Hülfsmittel einer Alteration der Münze seine Zuflucht nehmen: aber Marcel bewog das Volk von Paris, sich zu bewaffnen. Um die Gährung zu dämpfen, mußte der Dauphin nicht nur

sein Projekt in Ansehung der Münze aufgeben, sondern auch die Staatsbeamten, deren Entfernung die Stände verlangt hatten, wirklich absetzen, und dem Marcel Vollmacht geben, sie in Verhaft, und ihre Güter in Beschlagnahme zu nehmen. Diese proscribirten Personen ergriffen die Flucht; und Carl, der sich ohne Stütze und ohne Geld mitten in einer rebellischen Stadt befand, mußte sich entschließen, im nächsten Monat Februar (1357) die Stände von neuem zu berufen, und von ihnen Gesetze zu empfangen. Sie legten die ganze Regierung in die Hände von sechs und dreißigen ihrer Mitglieder, die aus den drey Ständen gewählt*), und zu Ober-Gouver-

*) Sie gingen überhaupt wieder sehr gemeinschaftlich zu Werke, wie alle Geschichtschreiber bezeugen. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so hätten sie vielleicht den Dauphin eben so sehr gekränkt, und ihm eben so sehr geschadet, aber sie hätten nie so rasche, kraftvolle und verwegne Beschlüsse gegen ihn gefaßt. — Bey ihrer zweiten Zusammenkunft im Jahr 1357 wurden sie so kühn, daß sie alle Kronbeamten, sogar die Mitglieder des Parlaments (sechzehn ausgenommen) absetzten.

G.

neurs ernannt wurden. Sie ließen den Dauphin eine Ordonanz unterschreiben, wovon verschiedene Artikel den Lehnbesitzern vortheilhaft waren, ein Beweis, daß die Mitglieder des Adels mit den Städtischen Deputirten einstimmig handelten, um Vergünstigungen, unter welchen das Königliche Ansehen litt, an sich zu reißen. Es ward beschlossen, daß sie im künftigen Jahre, so oft sie es nöthig finden würden, zusammen kommen wollten; daß jedes Mitglied der Stände von sechs Bewaffneten begleitet werden, daß kein Königlicher Beamter etwas gegen die Territorialgerichtsbarkeiten unternehmen, und die Berufung des Heerbanns nicht ohne Genehmigung des Reichstages Statt finden sollte. Sie verlangten die Absetzung der Räthe des Parlaments und der Rechen - Kammer, und brachten Leute, die ihnen völlig ergeben waren, in diese Tribunäle. Um diesen hohen Preis gaben sie ihre Einwilligung zu einigen Auflagen, über deren Einhebung und Verwaltung Commissarien der drey Stände, nach dem Beispiel der Versammlung von 1355 die Aufsicht hatten.

Der König Johann schickte von London aus Befehle, wodurch er alle diese Beschlüsse für nichtig erklärte, und die Erhebung der neuen Abgaben, die sich von den harten Bedingungen nicht trennen liefs, untersagte. Die Faktionisten hatten eine solche Herrschaft über den Pariser Pöbel, dafs sie es dahin brachten, ihm die Weigerung des Königs, die Abgaben anzunehmen, als eine Verletzung der Rechte des Volks vorzustellen und einen Aufruhr zu erregen, dessen Gegenstand die Realisirung der Abgaben war. Das Volk ergriff unter Marcel's Anführung die Waffen: die, welche die Befehle des Königs überbracht hatten, mußten die Flucht nehmen, und der Dauphin sah sich genöthigt, entgegen gesetzte zu geben. Marcel und Robert Le Coq, die den Pöbel nach ihrem Belieben regierten, schrieben den sechs und dreyfsig Ober-Gouverneurs alle ihre Beschlüsse vor, und zerstörten alle Freiheit der Stimmen in der Ständerversammlung.

Wenn die Edelleute auch die Rechte des Throns angreifen, so sind sie doch nicht geneigt, die Macht mit dem Pöbel zu theilen, oder vielmehr Sklaven derer, die den Pöbel

leiten, zu werden. Die Mitglieder des Adels und der Geistlichkeit, welche die ersten Usurpationen der Stände gebilliget hatten, wollten das Joch nicht tragen, das sie von dem Augenblick an befürchten mußten, da der große Haufe entzügelt, und Marcel Herr von Paris war: trotz aller Vorstellungen, durch die Johann von Pequigny, und Robert Le Coq sie zurückzuhalten suchten, hörten sie auf den Sitzungen beizuwohnen, eine kleine Anzahl ausgenommen, welche aus den Anhängern Carls des Bösen, Königes von Navarra bestand. Selbst der größte Theil der Städtischen Deputirten ahmte diesem Beispiel nach: sie verließen eine Versammlung und eine Stadt, die sie als strafbar betrachteten. Von den sechs und dreyßig Gouverneurs behielten nur zehn oder zwölf, die in Paris wohnten, ihr Amt. Die Geistlichkeit und die Adelichen weigerten sich im ganzen Reiche, die neuen Abgaben zu entrichten, die daher auch nur eine geringe, von den Factionisten bald verschleuderte Summe einbrachten.

Mittlerweile hatte der Dauphin Paris verlassen, und fruchtlose Versuche, Geld-Beystand in den Provinzen zu finden, angestellt:

ein betrügliches Versprechen der Pariser bewog ihn, zurückzukehren. Aber bald durch Drohungen und Gewaltthätigkeiten aller Art eingeschränkt, sieht er zwey seiner Diener an seiner Seite ermorden, einen andern, der zur Wiederherstellung seines Ansehens wirken wollte, auf dem Schaffott umkommen. Man zwingt ihn, das Kennzeichen der Rebellion selbst anzulegen, die Opfer der Rebellen selbst zu verdammen, die Mörder zu entschuldigen, den Triumph seines ärgsten Feindes, des Königes von Navarra, der Ansprüche auf die Krone machte, zu gestatten, und ein bloßes Werkzeug in den Händen der Faktionisten zu werden, die jeden, der ihnen nicht gehorchen wollte, der Wuth und den Grausamkeiten des Pöbels Preis gaben *).

Es

*) Es giebt in der französischen Geschichte (wenn man von den neusten Begebenheiten abstrahirt) keine Periode, wo der Thron so gemißhandelt worden wäre. Sie war kurz, aber schrecklich. Der Dauphin stand gänzlich unter der willkührlichen Gewalt einer Handvoll verzweifelter Aufrührer. Sie hatten ihm alle Königliche Rechte genommen, ihn aller seiner Rathe und Vertrauten beraubt,

alle

Es wurde ein andrer Reichstag berufen, auf welchem aber nur die Deputirten einiger Städte erschienen. Endlich verließ der Prinz, nachdem er zwey Jahre in dieser fürchterlichen Knechtschaft zugebracht hatte, abermals die Hauptstadt, von deren Beispiel und Aufmunterungen nur ein kleiner Theil des Reichs angesteckt worden war; er versammelte zu

alle seine Hülfquellen gänzlich verstopft. Dem Burgemeister der Stadt Soissons, die ihm, wie viele andre Provinzial-Städte, ergeben blieb, Namens Chippe, liessen sie ohne weitem Prozeß das Leben absprechen.

Die schrecklichste Scene für den bedrängten Prinzen trug sich im dritten Jahre dieser Unruhen (1358) zu. Einer von Marcel's Gefolge, Namens Perrin Macé, hatte den Schatzmeister Baillet erstochen. Der Dauphin, der dieser Frevelthat nicht ruhig zusehen wollte, beorderte Robert von Clermont, Marschall der Normandie, und Johann von Conflans, Marschall von Champagne, den Verbrecher aus einer Kirche, wohin er geflüchtet war, abzuholen. Sie verrichteten ihr Geschäft, und beförderten ihn an den Galgen. Kaum war dies geschehen, als Marcell an der Spitze von dreytausend Bewaffneten ins Schloß einbrach, und die Ausfühler jenes Befehls, im Zimmer und in der nahen Gegenwart des Prinzen,

Meaux die drey Stände der Provinz Champagne, die Gerechtigkeit gegen die Rebellen forderten. Endlich beruft er einen allgemeinen Reichstag nach Compiègne *), der das Betragen der Pariser für strafbar erklärt, und dem Dauphin Subsidien bewilligt, wovon jedoch nur der zehnte Theil seiner Verwaltung übergeben wird.

mit eigener Hand ermordete. Alles, was den Prinzen umringte nimmt die Flucht: er steht allein mitten unter seinen Feinden: er muß Marcel um sein Leben bitten: dieser überreicht ihm einen halb-rothen, halb grünen Hut, den alle seine Anhänger als das Signal des Aufbruchs trugen: der Dauphin setzt ihn auf, und erwartet in dieser demüthigenden Lage seine Befreiung, indess vor seinen Augen die Leichname seiner ermordeten Diener die Treppen hinabgeworfen, und noch auf den Straßen beschimpft werden. G.

*) Nehmlich von den nördlichen Provinzen (*de la langue d'oïl*) die aber auch bey weitem nicht vollständig deputirten, weil natürlicher Weise von Paris, und allen die es mit Paris hielten, kein Abgeordneter erschien. — Merkwürdig ist es das die Stände der mittäglichen Provinzen (*de la langue d'oc*) sich in alle diese Unruhen nicht mischten, und dem Könige und Dauphin unabänderlich getreu blieben. G.

Die Geschichte spricht laut genug von den Uebeln, welche in dieser unglücklichen Zeit, die Cabalen und nachher die Verzweiflung der Faktionisten, das Aufhören aller militärischen Disciplin, die allgemeine Empörung der Bauern gegen den Adel, und der schreckliche Krieg der Jacquerie anrichteten *).

F 2

*) Räuberisch-gesinnte Edelleute, und sich selbst überlassne Kriegesmäner, benutzten die Anarchie dieser traurigen Jahre, und erlaubten sich unbegranzte und empörende Bedrückungen gegen die Landleute. Dies wahrte so lange, bis diese den Entschluß faßten, Selbstverteidigung und Rache auszuüben. Der erste Ausbruch erfolgte im Beauvoisis unter der Anführung eines Bauern Caillet. Die Gefahr verbreitete sich so schnell, daß der Adel, und vielleicht die monarchische Regierungsform in Frankreich verloren war, wenn sie die Städte in ihr Interesse ziehen konnten: aber keine einzige öffnete ihnen die Thore. Ihre Grausamkeiten gingen so weit, daß alle Parteyen sich gegen sie vereinigten. Der König von Navarra, der sonst kein Feind von innern Unruhen war, zog gegen sie mit Glück zu Felde. Der Dauphin ließ ihrer mehr als zwanzigtausend erschla-

Man weiß, welches Elend die Pariser auszustehen hatten, bis sie endlich, nach ihrer vorigen Ruhe verlangend, die ärgsten Aufrührer selbst bestraften *), und Verzeihung vom Dauphin erhielten, der nur die ersten Urheber so vieler Schandthaten und Verwüstungen von der Amnestie ausschloß.

Auf diese Weise hatten die Stände von 1356, ohne die Absicht, für Marcel und Carl den Bösen zu arbeiten, die Plane derselben befördert, und die Anarchie vorbeugen, und machte dadurch dem ganzen Kriege ein baldiges Ende.

Uebrigens führte dieser fürchterliche Bauernaufruhr deshalb den Nahmen der *Jacquerie*, weil die Edelleute, welche die ersten Angreifer waren, diejenigen, die sie plünderten und mißhandelten, spottweise: *Jacques bon homme* genannt hatten. G.

*) Johann Maillard, ein tapfrer Pariser Bürger versetzte dem Marcel, der eben im Begriff war, dem König von Navarra die Stadt Paris zu überliefern, einen Hieb mit einer Streit-Axt, wovon er gleich zu Boden fiel. Das Volk schleppte den Leichnam seines gewesnen Helden durch die Strafsen, und ermordete seine Freunde. Die Rebellion hatte mit seinem Tode ein Ende. G.

reitet, indem sie die Prärogativen der Krone unvorsichtiger Weise antasteten, den Statthalter des Reichs zwangen, seine Minister und Rätthe abzusetzen, ihm die ausübende Gewalt nahmen, um sechs und dreyßig aus ihrer Mitte gewählte Gouverneurs damit zu bekleiden, und die Mitglieder der Gerichtshöfe willkührlich von ihren Stellen vertrieben *).

Wir haben wenig umständliche Nachrichten über die Reichstage, die unter Carl VI gehalten wurden: wir wissen nur, daß die Stände sich einigemal über Minister beklagten, welche die Strafen, die sie verdient hatten, durch Geldbußen in den Königlichen Schatz loskauften. Die, welche Ludwig XI berief, deliberirten nur über einen einzigen, vom Könige vorgelegten Gegenstand **). Die

*) Wie viel nützliche Lehren hätten wir aus der Geschichte der Reichsstände von 1356 schöpfen können! Aber im Jahr 1788 waren die Mißbräuche der Königlichen Gewalt im frischen Andenken, und Niemand mochte sich um die Gefahren der Anarchie bekümmern. M.

**) Karl, der Bruder des Königs, verlangte, vom Herzoge von Burgund, und mehreren Gro-

Stände von 1483 mißbrauchten die Minderjährigkeit Carls des VIII nicht. Nachdem sie ihr Gutachten über die zwischen den Prinzen vom Geblüt wegen der Regentschaft entstandnen Streitigkeiten abgegeben hatten, so bestimmten sie die Abgaben, freilich viel geringer als sie unter Ludwig XI gewesen waren. Nach der Regulirung dieses Punktes entliefs man sie so bald als möglich. Man behielt sich vor, über ihre Protokolle, die nichts ungerechtes enthielten, zu entscheiden. Ihre Sitzungen dauerten nicht zwey Monate *).

Die Ständerversammlungen zu Orleans und Blois wurden durch die Sorge für die Unterdrückung des Calvinismus, die sie ausschliessend beschäftigte, und die auch der einzige Bewegungsgrund war, um deswillen man sie berufen hatte, von allen Unterneh-

lsen unterstützt, die Normandie, von der er eine Zeitlang Gouverneur gewesen war, als Apagne zu erhalten. Ludwig berief die Reichsstände im Jahr 1468 nach Tours; sie entschieden einmüthig, dafs die Normandie nicht von Frankreich getrennt werden könnte. G.

*) S. Th. 1. S. 104. Note.

mungen gegen die Königliche Macht zurückgehalten. Ueberdies konnte auch ihre Gewalt nicht groß seyn, da man ihnen keine Subsidien abforderte. Eben dies war der Fall mit der Versammlung von 1614: aber der zweite und dritte Stand geriethen hier in sehr bittre Kämpfe. Alle Deliberationen, alle Reden die gehalten wurden, gaben Veranlassung zu Streitigkeiten *). Man sah schon aus den Mandaten, welche die verschiednen Stände ihren Deputirten gegeben hatten, in welchem Grade diese Form der Repräsentation das Privatinteresse entflammt. Die Geistlichkeit verlangte, daß man ihr von jeder Art von Gewinn Zehnten bezahlen, daß man sie sogar von den indirekten Auflagen befreien sollte. Die Deputirten des Adels, die zugleich als Lehnsbesitzer, und als Edelleute handelten, wollten allen Allodial-Besitz **) aufge-

*) S. Th. I. S. 133. Note.

**) Sie wollten, heißt es im Original „die *Francs-aleux* verbannen“ — *Francs-aleux*, oder Allodial-Güter waren solche, die sich (zum Theil von den ältesten Zeiten der Monarchie her) von allem Lehnsnexus, allen Arten von Lehnsdiensten, Lehnsfervituten, und Lehnsabgaben frei erhal-

hoben wissen, und von Grundstücken, die nie Abgaben entrichtet hatten, Abgaben erheben; sie verlangten, daß durch einen Besitz von dreißig Jahren die Lehnrechte gegen alle Einwendungen gedeckt seyn, daß die Adelichen den dritten Theil aller Stellen in den Tribunälen erhalten, daß alle andre wichtige Aemter ihnen ausschließend zugesichert werden, daß sie den Rang über alle öffentliche Beamten, sogar über die Präsidenten der höhern Tribunäle haben, daß die Nicht-

ten hatten. Das einzige was sie über sich erkennen mußten, war eine adeliche Gerichtsbarkeit. Zwarscheint es auf den ersten Anblick, daß dies nur von unadelichen Allodial-Gütern (*francs-alleux roturiers*) hätte gelten können: es ist aber zu bemerken, daß die französischen Geschichtsforscher und Alterthumskenner keine andere als eben diese unadelichen für wahre Allodia anerkennen wollten, und aus Gründen, die hier auszuführen nicht der Ort ist, behaupteten, alle adeliche Güter dieser Art (*francs-alleux nobles*) wären nichts als Lehen, die unter diesen oder jenen Umständen, von den Lehnverbindlichkeiten befreit worden wären.

Die bürgerlichen Allodia bestanden fast durchgehends in kleinen Besitzungen, 6.

Adelichen auf keine Pensionen Ansprüche machen, daß die Stände sich sogar in der Kleidung unterscheiden sollten; sie trieben es so weit, daß sie nach dem Beispiel der Römischen Dezemvirn, die Heirathen zwischen den Plebejern und den Töchtern des Adels zu verhindern suchten. Es wäre überflüssig, alle die empörenden Forderungen anzuführen, welche die Deputirten der Lehnbesitzer zu Gunsten des Adels vortrugen.

Der dritte Stand war bey dieser Versammlung den Rechten des Monarchen weit mehr zugethan, als die Geistlichkeit und der Adel. Er wollte die Unabhängigkeit der Krone vom römischen Stuhl förmlich anerkennen lassen: aber die beiden andern Stände widersetzten sich diesem Antrage.

Um den Streitigkeiten ein Ende zu machen, sah man kein anderes Mittel, als die Stände zu entlassen, sobald sie ihre Protokolle, an deren Inhalt Niemand weiter dachte, eingegeben hatten.

Wenn die Ständeversammlung von 1614 den Monarchen in der Nothwendigkeit gefunden hätte, sich um ihren Beystand zu bewerben, so würde sich wahrscheinlich eine

Partey ihre Bereitwilligkeit mit dem Ruin der andern haben bezahlen lassen, und Frankreich in neue Unruhen verwickelt worden seyn.

Die besondern Stände, die sich in einigen Provinzen erhalten hatten, konnten dem Thron, ob sie gleich eben so fehlerhaft organisirt waren, als die Reichsstände, nie sehr gefährlich werden, weil ihn die Macht, die er in den übrigen Theilen des Königreichs besaß, gegen ihre Angriffe sicherte. Die Einkünfte des Monarchen, und die Verwaltung des Schatzes hingen überdies nicht von ihnen ab. Und dennoch haben die Streitigkeiten der Stände diese Provinzen öfters in Bewegung gebracht *). In verschiednen andern Ländern von Europa sieht man noch Ständeversammlungen, aus zwey, drey, vier Ständen zusammengesetzt; aber sie haben mit Fürsten zu thun, die über mehrere Völker von verschiednen Sitten und nach ver-

*) Die welche in Dauphiné vorfielen, gaben die Veranlassung dazu, daß die Stände dieser Provinz gänzlich aufgehoben wurden. S. Th. 1. S. 221. Note. G.

schiednen Gesetzen herrschen, und die mit den Kräften der einen Nation die Unzufriedenheit der andern bekämpfen können. Die ersten Stände der Provinzen Flandern und Brabant hatten den Souverain oft gezwungen, zu diesem Hülfsmittel seine Zuflucht zu nehmen. Ueberhaupt darf man sicher darauf rechnen, daß Stände, in welchen die Geistlichkeit und die Lehnsbesitzer die vornehmste Rolle spielen, die selten zusammenberufen werden, und deren Einwilligung der Regent zur Aufbringung und Sicherheit seiner Einkünfte nicht bedarf, in Ruhe existiren können, so lange die ersten Classen mit ihrem Schicksal zufrieden sind, so lange keine Umstände eintreten, die eine Abänderung nothwendig machen, so lange man die Mißbräuche gelassen erträgt, so lange dem Fürsten an seinen oft beschränkten Prärogativen genügt, und — so lange er Verzicht darauf thut, seine Unterthanen glücklich zu machen.

Allenthalben aber, wo Versammlungen, die aus Repräsentanten verschiedner Stände bestehen, einen constituirenden Theil der Regierungsform ausmachen, wird die Königliche Würde herabgesetzt, das Volk unter-

drückt, oder der Staat von Faktionen zerrissen werden.

In Dännemark waren die Reichstage oder Ständeversammlungen aus Deputirten der Geistlichkeit, des Adels, der Bürgerschaft und (einigen) Bauern zusammen gesetzt *).

*) Das Beispiel von Dännemark ist eins der brauchbarsten zur Bestätigung der hier abgehandelten Theorie, und überhaupt eins der lehrreichsten in der Geschichte der politischen Verfassungen.

Die rechtlichen Prärogativen des Dänischen Adels waren groß, ungerecht und drückend: die, welche sie sich widerrechtlich anmaßten, waren noch weit drückender. Von ihnen allein hing die Wahl der Könige (die sie zwar aus einer und derselben Familie nahmen, aber durch die allerhärtesten Capitulationen fesselten) ab; der Reichsrath, der immer ihr Geschöpf war, betrieb alle wichtige Angelegenheiten des Landes: auf den Reichstagen durften zuweilen die untern Stände kaum den Mund öffnen, wenn der Adel es nicht gestatten wollte. Was aber das ärgste ist: sie hatten der Krone alle ihre Güter (oder Lehne) gegen höchst geringe Renten abgedrängt, verzehrten also recht eigentlich das Vermögen des Staats, und — wollten nichts zu den Steuern beitragen. Dabey war der Adel nichtschlaugenung, seine wirklich ungeheuren Privilegien durch ein bescheidnes

Die Adelichen hatten sich von den andern Bürgern gänzlich getrennt, und wurden auch von ihnen nie gewählt. Sie hatten das entschiedenste Uebergewicht auf dem Reichstage. Die untern Stände wagten es nicht, sich ihren Beschlüssen zu widersetzen. Sie stießen ihre

und gefälliges Betragen gegen die andern Stände einigermaßen zu bemänteln: sein Uebermuth glich seiner Tyranney: er ließ es die Bürger geflissentlich empfinden, daß es außer ihm fast nichts als Sklaven im Lande gebe.

Noch auf dem letzten aller dänischen Reichstage (im Jahr 1660) wo Friedrich III — ihm selbst so unerwartet als dem Adel und dem ganzen Reiche — die uneingeschränkte Souverainität erhielt, brachten die Edelleute, zur Aufrichtung des tief verfallnen Staats, Taxen in Vorschlag, die sie selbst nicht bezahlen wollten. Die Geistlichkeit und der Bürgerstand (denn es gab nur drey Stände in dieser Verfassung, weil die wenigen Bauern die auf dem Reichstage erschienen, keinen besondern, und die mit ausgezeichneten Vorrechten versehne Stadt Kopenhagen nur eine Art von Mittel-Stand ausmachten) fanden sich empört durch diese Anträge; noch tiefer empört, als ein Reichs-Rath Krag sich erkühnte, ihnen zu sagen: „Ihr untern Stände müßt wissen, „daß es Euch nicht zukömmt, Abgaben anzuordnen.

Könige vom Thron, und gaben die Krone den Fürsten, die ihnen die größten Prärogativen versprachen. Christian I König von Dännemark und Schweden, mußte erklären, daß jeder Edelmann der König seiner Bauern seyn sollte. Man gestand ihnen das Recht

„Ihr kennt entweder die Vorrechte des Adels und
„Eure eigne Lage nicht, oder wollt sie nicht kennen, und stellt Euch, als ob Ihr nicht wüßet,
„daß der Adel frei ist, und Ihr nicht
„frei seyd“.

Zwey unternehmende Männer, Svane, Bischof von Seeland, und Nansen, Burgemeister von Kopenhagen, faßten plötzlich den kühnen Entschluß, dem Könige, dem durch die Unglücksfälle des Reichs tiefgebeugten und entkräfteten Könige, die ganze Macht des Staats in die Hände zu geben, um ein für allemal dem tyrannischen Despotismus des Adels zu entgehen. Dieser Plan — einer der außerordentlichsten und verwegensten, die je entworfen wurden — gedieh in weniger als drey Wochen aus dem Nichts zur höchsten Reife. Die adelichen Deputirten erblassten, als man ihnen zuerst das ungeheure Vorhaben ankündigte: sie hofften, es unter seiner eignen Gröfse zu ersticken: aber diese Hoffnung schwand von Tage zu Tage: die Furcht, jene blinde Furcht, die dem Tyrannen in der Gefahr so eigen ist, entschied ih-

über Leben und Tod in Ansehung ihrer Knechte zu. Der Monarch war bey der gewöhnlichen Staats-Administration einem Reichsrath unterworfen, zu welchem sie allein den Zutritt hatten: sie ließen ihm nicht einmal die Wahl der Mitglieder zu diesem Rath: das Colle-

ren Beitritt: das ganze Gebäude ihrer Privilegien sank in einem Augenblick zu Boden.

Am 19ten Oktober 1660 überreichten die drey Stände dem Könige ein Akte, wodurch Dänemark aus einem Wahlreich in ein Erbreich verwandelt, und die unumschränkte und ungetheilte Staatsgewalt, dem Monarchen auf ewige Zeiten übergeben ward. — Von Stunde an stieß Friedrich III die ganze bisherige Reichs-Verfassung und Verwaltung um, und setzte fünf Jahre darauf, (1665) ein von ihm selbst (ohne Stände und ohne Adel) erschaffnes Gesetz (das Königs-Gesetz genannt) an die Stelle aller bisherigen Grundgesetze und Statuten — Siehe F. D. Häberlins Umständliche historische Nachrichten von Einführung der Souverainität und Erbgerechtigkeit in Dänemark. Wolfenbüttel. 1760. 4. — Gebhardi Geschichte von Dänemark. Th. II. S. 455 sqq.

Diese stille, aber große Revolution ist für den politischen Beobachter von zwey Seiten äußerst wichtig geworden:

gium selbst mußte sie aus einer gewissen Anzahl von Candidaten, die ihm der Adel vorschlug, wählen. Die Bürger in den Städten, die durch ihre Lage fähiger wurden, ihre Rechte zu fühlen, und die der Druck, unter

1. Sie hat uns deutlicher als irgend eine andre Begebenheit dieser Art gezeigt, an welchen Abgrund die Uebermacht eines privilegierten Standes, und ein fehlerhaftes Repräsentations-System einen Staat führen kan. Der Entschluß der untern Stände war ein Wagestück der letzten Verzweiflung: sie gingen aus einer Lage, die bey aller ihrer Schrecklichkeit immer noch eine Aussicht auf Verbesserung übrig liefs, in eine Lage über, die, wenn sie unglücklich ward, fast ohne Rettung unglücklich werden mußte. Das Gegenwärtige war ihnen so verhaßt, daß sie auf die Ungewitter, die sie vielleicht der Zukunft entgegen thürmten, nicht achteten. Auch muß man den Ausgang jenes beispiellosen Unternehmens, dem Glück und nicht dem Verdienst der Urheber desselben zuschreiben.

2. Wer Staatswissenschaft als ein wahres Studium betreibt, muß sich durch nichts in dem vernünftigen Glauben wankend machen lassen: daß es zur guten Verwaltung und zur Glückseligkeit eines Staates keinesweges gleich-

unter dem sie standen, tiefer erbitterte, nahmen oft die Parthey des Throns, und man sah zuweilen Kopenhagen belagert, um einem Könige beizustehen, den die Adelichen abgesetzt hatten.

gleichgültig sey, welche Constitution er besitze. — Es giebt aber einen Irrthum, den Unwissende mit diesem Grundsatz öfters verwechseln, und den französische Allwiser der staunenden und gelehrigen Welt, als das erste aller politischen Principien, aufgehängt haben: dafs nemlich gute Verwaltung und Glückseligkeit des Staats nur bey einer einzigen Constitution (bey welcher recht eigentlich, werden sie wohl in der Vorbereitungs-Periode ihres Revolutions - Regiments ausmachen) gedenkbar und mit allen andern durchaus unvereinbar wären. Wenn ein solches Princip auch nicht die Erfahrung geradezu ins Angesicht schläge, so ist es schon darum äußerst verderblich, weil es den Fortgang von einer unvollkommenen Staatsverfassung zu einer vollkommenen im höchsten Grade erschwert. Der schwärmerische Bürger wird es nie der Mühe werth halten, nach etwas Besserm zu streben, wenn er nicht das, was man ihm als das Beste vorhielt, erreichen kan; und mancher talentvolle Mann, der seinem Vaterland, trotz einer höchst fehlerhaften Regie-

II.

G



Endlich beschloß die Bürgerschaft und die Geistlichkeit, die seit der Reformation größtentheils aus Unadelichen bestand, das Joch, welches ihnen der Adel aufgelegt hatte, auf einmal zu zerstören, und sich den Schutz

rungsform, die glänzendsten Dienste leisten könnte, wird über dem müßigen Anschau'n eines leeren oder zu entfernten Ideals sein Vaterland verachten und vergessen.

Dänemark hat in einem Zeitraum von Ein Hundert Vier und Dreißig Jahren jene falsche Maxime siegreicher widerlegt, als es die vereinten Bemühungen aller Philosophen in einem Jahrtausend vermocht hätten. Von dem Augenblick an, da die Souverainitäts-Akte, und das Königs-Gesetz abgefaßt wurden, ist der innre Wohlstand und das äußre Ansehen, dieses sonst so oft bedrängten, so oft erschütterten Reichs unaufhörlich gestiegen. Mit einem weit kleinern Gebiet als Schweden, und unendlich geringern Machtquellen als Rußland, hat es in diesem ganzen Jahrhundert eine ehrenvolle Stelle im Norden, und unter den sämtlichen Europäischen Mächten behauptet. Es genießt seit Vier und Siebzig Jahren, eines immerwährenden Friedens, während dessen jede Art von Industrie, Ackerbau, Manufakturen Handel, Schiffahrt, Kunst, die Produkte des Geistes (von keinem Press-Gesetze gedrückt)



des Monarchen dadurch zu verschaffen, daß sie ihm eine unbegrenzte Gewalt übertrugen. Die Umstände begünstigten dieses Vorhaben. Friedrich III hatte im Jahr 1660 einen Reichstag nach Kopenhagen berufen, da kurz zuvor die Bürger dieser Stadt unter seiner Anführung den größten Ruhm eingeerntet, sie gegen eine Schwedische Armee verteidiget und das Reich gerettet hatten. Die Deputirten der Geistlichkeit, und die der Bür-

G 2

Fortschritte gemacht haben, welche die Bewunderung aller Zeitgenossen fordern können.

Wenn die Bescheidenheit, die eines Schriftstellers Pflicht ist, es erlaubte, von dem reinen Wohlwollen, von der viel-umfassenden Einsicht, von der überschwenglichen Weisheit zu reden, mit welcher die Administration dieses beglückten Landes bis auf den heutigen Tag im Großen wie im Kleinen zu Werke ging — welche Vollendung könnte diesem Argument verliehen werden! Aber es wird ohnehin kein Europäer die Augen gegen das einzig-reitzende Bild verschließen, das uns mit dieser grauenvollen Weltperiode einigermaßen ausöhnen kan, und die, welche so unerschöpflich, so groß im Guten waren, werden ihrer wohl-verdienten Unsterblichkeit nicht entgehen. G.

ger, welche mit einigen freien Bauern den dritten Stand ausmachten, kamen überein, dem Könige eine unbegrenzte Souverainität zu übergeben, und die Krone für erblich zu erklären. Der Adel mußte dem allgemeinen Verlangen beitreten; und nur von diesem Tage an genießen die Dänen aller Wohlthaten einer guten Administration, und eines höhern Grades von Freiheit, als sie je von ihren Reichsständen erlangen konnten.

Schweden hatte Reichstage und einen Senat, die den Dänischen ähnlich waren, und die auch dieselbige Begebenheiten, das heißt, eine ununterbrochne Reihe von Unruhen und Rebellionen hervorbrachten. Stockholm, und andre Handeltreibende Städte waren der Königlichen Macht zugethan: aber es fehlte ihnen an Kräften, sie gegen den Adel, der sich keine Einschränkung gefallen ließ, zu unterstützen: die Könige wurden daher häufig abgesetzt. Die Vertreibung eines dieser Könige *) führte zu dem unglücklichen Kal-

*) Albrechts von Meklenburg. — Merkwürdig ist es, daß die Kalmarsche Union, die von so vielen Seiten für Schweden verderblich

marschen Verein, und warf Schweden in das Joch einer langen und grausamen Unterdrückung von Seiten der Dänen, die nicht eher aufhörte, als bis Gustav Wasa an der Spitze seiner Dalecarlischen Bauern so glücklich war, sein Vaterland zu befreien.

Gustav Wasa und sein Enkel Gustav Adolph, beides muthvolle Könige, beides Eroberer, ließen keine Faktionen auf den Reichstagen emporkommen: alles schmiegte sich in ihren Willen. Während der Minderjährigkeit der Königin Christine stieg die Macht des Adels und des Senats wieder beträchtlich. Der Sohn ihres unmittelbaren Nachfolgers (Carl Gustavs) Carl XI mußte schwören, daß er nie einen Beschluß fassen wollte, ohne die Reichsräthe oder den

war, nicht einmal einen Zustand der Ruhe einzuführen vermochte. So lange diese sogenannte Union währte (von 1397 bis 1523) hatten die innern Streitigkeiten, die Empörungen, die Absetzungen und Einsetzungen der Regenten kein Ende. Christoph III der aber nur sieben Jahr über alle drey Reiche herrschte, war der einzige von allen Unions-Königen, dem die Schweden bis an seinen Tod gehorsam blieben. G.

Reichstag darüber zu befragen: die Uneinig-
keiten aber, die sich unter seiner Regierung
zwischen den Ständen erhoben, veranlaßten
die Geistlichkeit, die Bürgerschaft und den
Bauernstand, sich gegen den Adel zu verei-
nigen. Sie brachten es dahin, daß der Kro-
ne alle die Güter, die zu Gunsten der Edel-
leute davon losgerissen worden waren, zurück
gegeben werden mußten; sie erklärten, daß
den Monarchen kein Gesetz binde, daß es
ihm frei stehe, die Reichsräthe zu consulti-
ren, oder nicht zu consultiren; daß er nur
Gott von seinen Handlungen Rechenschaft
schuldig sey. Der Haß der Stände gegen ein-
ander oder die Fehlerhaftigkeit der Repräsen-
tation erzeugte also in Dännemark und in
Schweden, hier nur einige Jahre später, eine
und dieselbe Revolution *).

*) Der Schwedische Adel scheint zwar die
untern Volks-Classen nie in dem Grade gedrückt
zu haben, wie der Dänische; aber die Haupt-
Ursach zur gerechten Unzufriedenheit des Landes
existirte in Schweden wie in Dännemark: die Ade-
lichen besaßen die Krongüter, und wollten keine
Steuern bezahlen.

Die Ausschweifungen Carl des XII erweckten bey den Schweden die Sehnsucht nach der alten Eingeschränktheit der König-

Wenn man die Revolution die sich im Jahre 1680 in Schweden zutrug, mit der Dänischen von 1660 vergleicht, so wird die Gefahr, der eine Nation bey einem Unternehmen dieser Art entgegen geht, recht einleuchtend, und das, was vorhin bemerkt worden ist, dafs blofs das Glück solchen Wagestücken ihre günstige oder ungünstige Wendung giebt, auffallend bestätigt. Die Folgen einer und derselben Begebenheit waren in Dänemark — Wohlfarth des Landes und Zufriedenheit der Einwohner; in Schweden — zwey tyrannische Regierungen, und eine neue Revolution.

Kaum hatte Carl XI die uneingeschränkte Souverainität in Händen, als er auch schon alle Stände den Druck seines Despotismus fühlen liefs. Durch die immer fortdauende, und sehr häufig mit den gröbsten Ungerechtigkeiten verknüpfte Einziehung der Domainen verwandelte er eine Menge, besonders adelicher Familien in Bettler, und durch eine ganz willkührliche, Erhöhung des Münzfusses ohne Erhöhung des innern Gehalts, deren er sich zur Tilgung der ansehnlichen Kronschulden bediente, verwickelte er alle Bürger seines Staats in einen allgemeinen Ruin.

Dafs indessen die Periode, in der er herrschte, ein goldnes Zeitalter gegen diejenige war,

lichen Macht, Die Nationen fühlen immer nur das gegenwärtige Uebel lebhaft. Nach Carl des XII Tode dachte alles nur an die

welche sich unter seinem Sohn und Nachfolger Carl XII eröffnete, wird Niemand bezweifeln, der die Geschichte seiner zwanzigjährigen Regierung, oder vielmehr seiner zwanzigjährigen Rasereyen kennt, und der sich erinnert, daß dieser unerschrockene Abentheurer aus dem türkischen Flecken Demotica, wo er seit zehn Monaten in Armuth und Elend schmachtete, während daß ganz Europa ihn für todt hielt, dem Reichs-Rath, der seiner Schwester die Schließung eines (über alles nothwendigen) Friedens mit Dännemark vorgeschlagen hatte, den Bescheid ertheilen liefs: „er werde wenn es ihnen einfallen sollte zu regieren, einen seiner Stiefeln nach Schweden schicken, um Befehle zu geben.“

Nach Carl des XII Tode befanden sich die Schweden in Rücksicht auf die Verbesserung der Regierungsform in einer sehr günstigen Lage. Sie benutzten diese Lage schlecht, indem sie eine Constitution ans Licht brachten, die mit den mangelhaftesten und unbrauchbarsten um den Preis der Untauglichkeit streiten konnte, und — die eine abermalige Revolution (obgleich diese erst nach einem halben Jahrhundert eintraf) unvermeidlich machte. G.

Uebel, die einer absoluten Monarchie eigen sind, weil man sie so eben in vollem Mafse ausgestanden hatte, und vergafs die Widerwärtigkeiten, welche in frühern Zeiten aus einer schlechten Organisation der Reichsstände entsprungen war. Die vier Stände hatten jetzt gleiche Absichten und gleiche Grundsätze: aber ihre Einigkeit war hier verderblicher als sonst ihre Kämpfe. Die Gesetze der Thronfolge wurden übertreten *), damit die Prinzessin Ulrike Eleonore (Carl des XII jüngre Schwester) und ihr Gemahl Friedrich I (Erbprinz von Hessen-Cassel) mit der eingeschränkten Gewalt, die dem Throne für die Zukunft beschieden war, und die, weil sie ihnen nach den Gesetzen nicht

*) Karl Friedrich, Herzog von Holstein, der Sohn von der ältern Schwester Carl des XII mußte nach den Gesetzen succediren. Dafs die Stände hievon abgingen war schon eine förmliche Revolution: denn Karl XI hatte im Jahr 1682 mit Hülfe seiner neu-erworbnen Souverainität eine Akte ausgewirkt, worin die Thronfolge ausdrücklich auf seine weiblichen Nachkommen und deren Descendenten ausgedehnt ward. G.

zukam, immer noch ihre Hoffnungen übertreffen mußte, zufrieden seyn sollten.

Zufolge der Regierungsform, welche im Jahr 1720 errichtet ward, hatten die Stände das Recht, sich alle drey Jahr von selbst zu versammeln, und ihre Sitzungen nach Belieben zu verlängern, ohne daß der König sie aufheben durfte. Er durfte eben so wenig ihren Ausprüchen, welche gleich vollkommne Gesetze waren, Widerstand leisten. In dem Zwischenraum von einem Reichstage zum andern, befand sich die ausübende Macht in den Händen des Reichsraths, dessen Mitglieder der König, jedoch so, daß ihm die Stände zu jedem erledigten Posten drey Candidaten vorschlugen, erwählte. Diese Senatoren, die allemal von adelicher Geburt seyn mußten, waren vom Monarchen unabhängig, nicht aber von den Ständen, denen sie von ihrer Verwaltung Rechenschaft abzugeben hatten, und von denen sie allein abgesetzt werden konnten. Der König hatte nur zwey Stimmen im Reichsrath.

So lange die Sitzungen des Reichstages währten, waren die Funktionen des Reichsraths und des Königes suspendirt. Die Stän-

de vertrauten die Ausführung ihrer Beschlüsse einer geheimen Commission an, die aus Mitgliedern jedes Standes zusammengesetzt ward, in welcher aber der Adel immer das Uebergewicht besaß: diese geheime Commission liefs die, welche sie Staatsverbrecher nannte, zum Tode verdammen. Der König hatte keine andre Prærogative, als das unbedeutende Recht, auf den Vorschlag des Senats einige Stellen zu besetzen: ein bloßes Schattenbild von Macht und weiter nichts *).

Es war nicht schwer die Anarchie und das Verderbnifs, welche die Folgen einer solchen Regierungsform seyn, nicht schwer, das Uebermafs der Tyrannei, zu welchem die

*) Sheridan versichert auch, daß die Königswürde damals ganz abgeschafft worden seyn würde, wenn nicht die Masse des Volks noch dafür eingenommen gewesen wäre. Er setzt sinnreich hinzu: „Da sie bloß deshalb einen König beibehalten mußten, so scheinen sie ihn behandelt zu haben, wie man ein wildes und gefährliches Thier behandelt, das man nicht gerade umbringen will, aber doch aller seiner Kräfte beraubt, indem man ihm Ketten anlegt. S. *History of the Revolution in Sweden*, p. 152 (Second Ed.) G.

Reichsstände, und ihre Untergeordneten, die Senatoren, gelangen mußten, vor auszusehen. Die Repräsentanten der verschiedenen Stände verkauften sich an die auswärtigen Mächte: und eben die, welche sich für Verteidiger der Freiheit gegen ihren König ausgaben, schämten sich nicht, ihre Ehre und ihr Vaterland dem Meistbietenden aufzuopfern. Sie entzogen übrigens der Krone auch noch die unbedeutenden Vorrechte, die ihr die neue Regierungsform gelassen hatte.

Von den Beschimpfungen, welche die Stände und ihr Organ, der Reichsrath, dem Könige Friedrich Adolph, dem Vater Gustav des III zufügten, wollen wir nur folgender erwähnen: sie ernannten der Constitution von 1720 zuwider, ohne den König zu fragen, einen Oberhofmeister für seinen Sohn *); sie erklärten, daß der hohe Na-

*) Gerade zu derselben Zeit verlangten sie eine Revision der Juwelen, welche die Königin (Louise Ulrike) von ihrem Gemahl empfangen hatte, vorzunehmen: und als dieser Antrag mit einiger Empfindlichkeit beantwortet ward, erließen sie ein Schreiben an den König, nach dessen Tone man glauben sollte, daß wenigstens von Hochverrath

me des Königes, der jedem Befehl mehr Wirksamkeit gäbe, in allen Fällen, wo seine Unterschrift nöthig war, wenn er sie auf Requisition des Senats verweigerte, durch einen Stempel hinzugefügt werden sollte. Der Graf Brahe, der Baron Horn, der Kron-Marschall und sechs andre Personen, die den Entwurf gemacht hatten, dem Throne wenigstens die durch die letzte Constitution festgesetzten Rechte wieder zu verschaffen *), wurden auf Befehl der Geheimen Commission in Verhaft genommen: ein von

die Rede sey, worin sie ihm die glänzenden Wohlthaten vorwarfen, die er ihnen zu verdanken hätte, und worin sie von der Königin in den drohendsten Ausdrücken sprachen. G.

*) Es ist nie bewiesen worden, daß diese unglücklichen Edelleute auch nur einen Schritt weiter hätten gehen, und den König zu einem uneingeschränkten Souverain erheben wollen. Die Art wie ihre Richter ernannt wurden, die Heimlichkeit ihres Verhörs, die Tortur, deren man sich gegen sie bediente, die Willkührlichkeit der Form, die Armseligkeit der Beweise — alles dies war von der Art, daß Sheridan mit Recht sagen durfte, ein Asiatischer Despotismus hätte kein tyrannischer Verfahren erdenken können. G.

den Ständen niedergesetztes Gericht liefs sie enthaupten. Vergebens nahmen der König und die Königin um sie zu retten, zu den demüthigendsten Schritten ihre Zuflucht.

Als Gustav III den Thron bestieg, wufste er sich mit vieler Geschicklichkeit die Uneinigkeiten, die zwischen den Ständen auf dem Reichstage von 1772 ausgebrochen waren, zu Nutze zu machen; er zog die Augen des Volks auf die Bestechlichkeit der Stände, und die Aristokratie, welche alle Bürger unterdrückte; er gewann die Zuneigung der Einwohner und der Garnison von Stockholm; plötzlich wurden die Reichsräthe in Verhaft genommen; er rief alle Stände zusammen, verbot ihnen, in ihren abgesonderten Häusern zu deliberiren, und zwang sie, durch einstimmigen Zuruf neue Fundamentalgesetze anzuerkennen.

Vermöge der Constitution von 1772 ward die Macht des Königs beinahe uneingeschränkt: indessen liefs er sich doch gefallen, dafs zu neuen Gesetzen, zu einer Vermehrung der Staatseinkünfte, und zur Ankündigung eines Krieges, die Einwilligung des Reichstages

eben so nothwendig seyn sollte, als die Einwilligung des Monarchen.

In ihren Berathschlagungen über diese Regierungsform räumten die Stände selbst ein, daß sie dadurch von der Anarchie und von der willkührlichen Gewalt der Aristokraten befreit wären. Am Tage, da der Reichstag geschlossen ward, sagte der Redner des Adels, daß die Reichsstände ihre Achtung für die Rechte des Monarchen an den Tag gelegt hätten: und die Redner der andern Stände freuten sich mit Recht, daß dem Volk seine Ketten abgenommen worden wären.

Die Edelleute sehnten sich bald wieder nach dem Einfluß, den sie auf dem Reichstage besessen hatten. Verschiedne fremde Mächte waren unzufrieden mit einer Revolution, die ihnen die Mittel, das Reich zu entkräften und zu beunruhigen, und allenthalben mit Geld darin zu wirken, abschnitt. Sie beschlossen, die Regierungsform von 1720, wo möglich, wieder einzuführen. Im Jahr 1789 hatten die geheimen Bemühungen eines benachbarten Hofes einen schnellen Fortgang. Man fürchtete sich um so weniger, den König aufzubringen, da er nach der Constitu-

tion von 1772 nicht das Recht hatte, für sich allein Krieg anzukündigen.

Gustav III wäre, wie sein Vater, Sklave des Reichstags und der Senatoren geworden, oder er hätte die Krone: verloren er entschloß sich aber, der Gefahr entgegen zu gehen, und die Russen anzugreifen: unter dem Vorwande, daß die Feindseligkeiten ohne die Einwilligung der Stände nicht angefangen werden durften, weigerte sich ein Theil der Offiziere, Kriegesdienste zu thun. Sie wurden auf Befehl des Königs in Verhaft genommen. Er ließ die treuen Dalecarlischen Bauern und die Bürger von Stockholm bewaffnen. Er berief die Stände, um sich die erforderlichen Subsidien zu verschaffen. Vielleicht hatte er im voraus den Plan entworfen, die Krone der Fesseln zu entledigen, welche nach der Constitution von 1772 in Rücksicht auf das Recht Krieg zu erklären, ohne welches der Schwedische Thron nie Ansehen im Auslande erlangen konnte, noch übrig geblieben waren. Die Versammlung des Adels zeigte grofse Widersetzlichkeit gegen die Absichten des Königs. Ihr Zögern war um so gefährlich, da die Russen und Dänen
ins

ins Reich eindringen, und ankündigten, daß sie die Freiheit wieder herstellen wollten. Der Reichstags-Marschall, den der König ernannt hatte, wurde bey der Ausübung seines Amtes von verschiednen Mitgliedern des Adels beleidiget. Die andern Stände waren dem Könige aufs äußerste ergeben. Um ihren Eifer noch zu erhöhen, faßte er den Entschluß, alle Bürger an den Vorzügen Theil nehmen zu lassen, die bis dahin der Adel ausschließend besessen hatte. Er übertrug dem Bürgerstande die Sorge für die Ruhe in Stockholm, und die Wache in dieser Stadt. Dreyßig adeliche Repräsentanten wurden in Verhaft genommen. Hierauf ging mit Hülfe der Deputirten der Geistlichkeit, der Bürger und der Bauern ein Gesetz durch, welches das Unionsedikt genannt ward, welches dem Könige das Recht verlieh, Krieg und Frieden zu beschließen, und den Ständen, die der König nach Gefallen zusammenberufen sollte, gebot, über keine andre Gegenstände, als solche, die er selbst in Vorschlag bringen würde, zu deliberiren.

Gustav that also alles, was in seinen Kräften stand, um den Folgen der fehlerhaf-

ten Struktur der Ständeversammlung vorzubeugen *). Wenn er die Stände nicht ganz aufhob, so nahm er ihnen wenigstens ihre Gewalt. So lange die Berufung derselben vom Könige abhängt, so lange er die Gegenstände wählt, mit denen sie sich beschäftigen sollen, werden sie weder häufig, noch gefährlich seyn: indessen kan die geringste Vermehrung der Ausgaben, obgleich der König von Schweden ein für die gewöhnlichen Bedürfnisse hinreichendes unabhängiges Einkommen besitzt, hierin eine Aenderung machen: Gustav selbst mußte wieder seine Zuflucht zu ihnen nehmen. Sobald man sie noch berufen muß, um Subsidien zu bewilligen, sind ihre alten Prärogativen noch nicht für immer verloren. Unter gewissen Umständen könnten sie ihre Gaben für einen

*) Es ist indessen unlängbar, und ein Umstand der unter die belehrendsten gehört, welche uns diese ganze Begebenheit darbietet, daß er nur durch den fast gänzlichen Umsturz aller Constitution zu seinem Zweck gelangte. Es war eine harte Cur, wodurch er die Krankheiten seines Vaterlandes heilen wollte. G.

großen Preis verkaufen, und das was ihnen genommen ward, wieder erhalten. Das Genie und die Standhaftigkeit Gustav's sicherten während des letzten Reichstages die Ausführung des Edikts von 1789. Die Verzweiflung über das Mißlingen aller Projekte der Mißvergnügten auf diesem Reichstage flößte einigen Edelleuten den abscheulichen Entschluß ein, ihn ermorden zu lassen, ein Verbrechen, welches den Adel wie die andern Stände empörte. So mußte der dritte von den Schwedischen Helden, welche den Namen Gustav groß gemacht haben, als das Opfer einer Frevelthat, die fanatische Anhänger der Macht des Adels ausbrüteten, fallen, zu eben der Zeit, da der König von Frankreich, in seiner Hauptstadt eingekerkert, alle Schmach zu erdulden hatte, die ihm fanatische Anhänger der Volksgewalt zufügten.

Um Schwedens Ruhe und Glückseligkeit zu gründen, müßte man entweder die Stände für die Zukunft ganz unnütz machen, oder eine Veränderung in den Formen der Repräsentation bewirken. Das letztre Unternehmen wäre, wenn man Hoffnung hätte, es

ohne Unruhen durchzusetzen, ruhmvoller und wohlthätiger *).

Es ist noch eine Bemerkung von Wichtigkeit, daß die Repräsentation des Adels auf dem Schwedischen Reichstage der Krone weit mehr Vortheile gewährt, als der König von Frankreich je gehabt haben würde, wenn alle Edelleute einen besondern Stand ausgemacht hätten. In Schweden sind die Häupter der adelichen Familien die beständigen Deputirten aller jüngern Brüder und aller Seitenlinien. Der Monarch hat also viel mehr Mittel, sich der Stimmen von zwölfhundert Familienhäuptern zu versichern, als der französische Monarch gehabt hätte, sich bey den Wahlen, und nachher in den verschiednen Ständerversammlungen zwanzig oder dreyßig tausend Edelleute zu Freunden zu machen: nichts desto weniger ist es den Schwedischen

*) Es wäre auch das einzige, welches eines erleuchteten Zeitalters würdig seyn würde: der schwedische Bürger dem dieses Unternehmen gelänge, verdiente in der That, der Befreyer seines Vaterlandes zu heißen G.

Königen immer schwer geworden, die Repräsentanten des Adels auf ihre Seite zu bringen, weil die Repräsentanten-Würde derselben nicht vom Throne ausging, und weil sie mit allen Adelichen im Reich, deren Vortheilen sie dienstbar waren, zusammenhingen.

Man könnte vielleicht sagen, daß die Prärogativen des Monarchen fester stehen würden, wenn man jedem Stande das Recht, die Beschlüsse der andern zu verwerfen, zuerkennen wollte, anstatt daß in Schweden drey Stände eine Majorität gegen den vierten ausmachten. Aber damals, wie der Reichstag die Königliche Gewalt zerstörte, handelten alle Stände in Gemeinschaft, da im Gegentheil die Majorität von drey Ständen verschiedentlich das Ansehen des Monarchen gegen den vierten aufrecht gehalten hat. Sobald die Stände nicht unter dem Einfluß der Krone sind, dient jenes Recht weit eher den Repräsentanten eines jeden Standes als dem Könige zur Schutzwehr; es ist ein Hinderniß mehr zur Bewilligung der Subsidien oder zur Anordnung der Gesetze, welche er für nöthig hält. Ein einziger Stand kan dadurch,

dafs er die Abgaben verweigert, dem Monarchen seine Prärogativen entreißen. Und was kan zuletzt, wenn Reichsstände einmal so beschaffen sind, dafs sie Faktionen hervorbringen, oder Volksunruhen begünstigen müssen, mitten unter den Stürmen, der Widerstand eines einzelnen Standes, oder der Widerstand des Monarchen ausrichten?

Mably, einer der bittersten Feinde der Königlichen Macht, war auf die Vermuthung gerathen, dafs die Parlamenter einst das Protokolliren neuer Taxen verweigern und die Reichsstände verlangen könnten *): er hatte vorausgesehen, dafs dieses Verlangen eine Revolution bewirken würde. Er wünschte, dafs auf diesen Fall die Stände allein die Souverainität ausüben, alle Aemter besetzen, alle Theile der Staatsverwaltung regieren möchten, und dafs der König unter ihrer Oberherrschaft nichts als ein gewöhnlicher General, allenfalls ein Minister der auswärtigen Ange-

*) In dem Buche: *Des droits et des devoirs du citoyen*, das erst kurz vor der Revolution zum Vorschein kam, und eine unglaubliche Sensation in Frankreich machte. G.

legenheiten seyn sollte. Er war aber weit entfernt zu glauben, daß eine nach Ständen abgetheilte Repräsentation seinem Plan hinderlich seyn würde. Er trug nicht darauf an, diese Form abzuändern: er stellte die Constitution von Schweden (von 1720) als ein Muster auf: er rieth selbst den Franzosen, zur Verminderung der Schwierigkeiten, die Privilegien der Großen nicht anzugreifen, sogar Hoffnung auf noch schmeichelhaftere Distinctionen in ihnen zu nähren. Seine Hauptabsicht, die Königliche Würde gestürzt zu sehen, ist nunmehr über seine kühnsten Wünsche hinaus erreicht: ob die Wiederherstellung des Throns, wenn man seinen fernern Rathschlägen folgte, eher zu erwarten war, als jetzt, läßt sich mit gutem Grunde fragen, und nicht ohne Schwierigkeit beantworten.

Funfzehntes Kapitel.

Folgerungen aus den beiden vorhergehenden Kapiteln.

Wenn die hunderttausend Individuen, die in Frankreich den Adelstitel führten, die Privilegien des Adels, wenn die Lehnsbesitzer die Prärogativen ihrer Lehne genießen konnten, ohne darum der Rechte des Monarchen zu schonen, wenn kein Grund vorhanden ist, zu glauben, daß sie es fortdauernd mit der Macht des Königes und zugleich mit der Freiheit der Nation gehalten hätten, so darf man in einer abgesonderten Repräsentation dieser Stände die Mittel zur Aufrechthaltung der Freiheit und des Thrones nicht suchen.

Wenn die Vertheilung der Bürger in mehrere Classen und nach Maßgabe der Familien zum Behuf der Repräsentanten-Wahl leicht zu Unruhen Anlaß giebt; wenn das Haus, welches das Volk oder den Bürgerstand

repräsentirt, nothwendig immer das mächtigste ist; wenn dieses Haus seiner Natur nach die Neigung hat, seine Gewalt zu mißbrauchen, dem großen Haufen zu schmeicheln, und ihn in Bewegung zu setzen, und wenn diese Neigung in dem Mafse zunimmt, als die Mitglieder mit den ärmeren Classen in näherer Verbindung stehen; wenn die Wohlfahrt des Staats es verlangt, daß man, um Repräsentant zu werden, bey der Fortdauer der Ordnung interessirt, und durch eine sorgfältige Erziehung zum Nachdenken über die Prinzipien der Staatsverfassung vorbereitet sey; wenn, aus diesen beiden Gesichtspunkten betrachtet, die Adelichen zur Mäßigung des demokratischen Geistes geschickt, und von den Leidenschaften der Menge entfernter sind — so muß man sie in die allgemeine Repräsentation der Staatsbürger mit aufnehmen, alles was das Zutrauen zu ihnen entkräften kan, wegschaffen, und vermeiden, daß man bey ihnen kein abgesondertes Interesse vermuthet, damit auf diese Weise die Anzahl derer, welche alle Qualitäten eines Deputirten besitzen, vermehrt werde, und eine Repräsentantenversammlung, welche die Freiheit

verteidiget, aber die Anarchie scheut, entstehe.

Was übrigens den Senat betrifft, der die Repräsentanten des Volks in ihren rechtmäßigen Schranken halten, und für die Rechte des Throns kämpfen soll, so muß dieser nicht aus Mitgliedern eines einzigen Standes bestehen, damit der Vortheil dieses Standes ihn nicht verblende. Die Mitglieder dieses Senats werden freilich ein abgesondertes Interesse, das Interesse ihrer Würde haben: aber es wird mit dem allgemeinen Besten unmittelbar verknüpft seyn, weil ihre Würde auf einer Seite mit der Königlichen Macht, auf der andern mit der Nationalfreiheit in Verbindung stehen wird. Sie werden adelich heißen, in dem Sinn des Worts, in welchem sich ein hohes Amt von der Erhebung der Person, die es bekleidet, nicht trennen läßt: sie werden aber nicht schlechterdings von adelicher Geburt seyn dürfen, und jeder Bürger wird die Hoffnung hegen können, zu dieser Würde empor zu steigen.

Sechzehntes Kapitel.

Unterschied zwischen den beiden Häusern des britischen Parlaments, und den Kammern des Adels und des dritten Standes, wie man sie in Frankreich vorschlug.

Ich sollte zwar nicht glauben, daß es für den größten Theil der Leser nöthig wäre, dieses Kapitel zu schreiben. Wenn man nur die oberflächlichsten Kenntnisse von der Englischen Staatsverfassung hat, so ist es kaum möglich, das Oberhaus des Englischen Parlaments mit einer Repräsentation der adelichen Familien zu verwechseln: ich bin indessen so oft Zeuge dieses Irrthums gewesen, daß es mir nicht ganz unnütz scheint, etwas über diesen Punkt zu sagen.

Um über die Pairschaft in England zu urtheilen, muß man nicht in die Zeiten zurückgehen, wo die Pairs den Gesetzgebenden Versammlungen oder Parlamenten, als unmittelbare Kronvasallen, als Lehnsbaronen

beywohnten. Damals waren die Englischen Großen allen andern in Europa ähnlich. Die Macht, welche ihnen das Lehnsystem gab, benutzten sie, um unter den Nachfolgern Wilhelm des Eroberers Nebenbuhler, und oft Unterdrücker ihrer Könige zu werden. Sie betrugen sich zu dieser Zeit noch weit unruhiger als die französischen Baronen, und führten weit öfter Kriege mit ihren obersten Lehnsherren, davon verschiedne abgesetzt, verschiedne das Opfer ihrer Rebellionen wurden. Hier wird die Pairschaft nur von der Zeit an betrachtet, wo die Pairs aufhörten, andre Prärogativen, als die, welche sich auf ihre Funktionen im Oberhause beziehen, zu genießen, wo es dem Könige frei stand, jeden, den er dessen werth findet, zu einem Sitz in diesem Hause zu erheben, wo das Unterhaus ein Bestandtheil der gesetzgebenden Macht geworden war *).

*) Die Entstehung dieser neuen (bis auf den heutigen Tag fortdauernden) Form des brittischen Parlaments fällt zwischen die Jahre 1265, und 1388. Folgendes sind die Haupt-Epochen in diesem Zeitraum.

Montesquieu nennt die Englischen Pairs ein Corpus von Adelichen. Der

Im Jahr 1265 (unter Heinrich III Regierung) rief der aufrührerische Graf von Leicester zum erstenmale um die Stellen der abwesenden dem Könige zugethanen Bischöfe und Lords zu ersetzen, Repräsentanten der Grafschaften (zwey für jede) und Repräsentanten verschiedner grossen und kleinen Städte (*cities and boroughs*) ins Parlament. So ungünstig auch die erste Veranlassung war, fand doch diese neue Methode bald Eingang und Beyfall.

Eduard I liess bey verschiedenen Gelegenheiten Repräsentanten der Grafschaften und Städte im Parlament erscheinen, er berief sogar zuweilen Repräsentanten der niedern Geistlichkeit (daher der Ausdruck *spiritual and temporal commons* entstand) er hielt aber auch viele Parlamenter nach der alten Form, wobey sich bloß die unmittelbaren Kron-Vasallen, (Bischöfe und Baronen) einfanden. Es war also unter seiner Regierung noch nichts festes in der Constitution.

Sein Sohn Eduard II hielt im Jahr 1307 ein Parlament, worin Repräsentanten der Grafschaften und Städte, und zwar von jeder Grafschaft und Stadt zwey, vorkommen. Sie machten aber mit den Bischöfen, Baronen und geistlichen Repräsentanten Eine Versammlung aus: an abgesonderte Häuser war noch nicht zu denken.

Ausdruck ist richtig, wenn man unter adelich nichts anders als ausgezeichnet, oder mit

Unter Eduard III gingen groſſe Veränderungen mit dem Parlament vor. Im Anfange seiner Regierung versammelten sich noch die verschiedenen Classen von Mitgliedern desselben in Einem Hause, ob sie sich gleich bey gewissen Deliberationen trennten, und in drey verschiedene Sale, die hohe Geistlichkeit und die Repräsentanten der niedern in einen, die Baronen und die Repräsentanten der Grafschaften in den andern, die Deputirten der Städte in den dritten, begaben, so daſs man in gewisser Rücksicht sagen kan, es habe damals in England, wie in Frankreich, drey Stände in der Nationalversammlung gegeben. Diese Verfassung war aber nicht von Dauer. Von dem Jahre 1341 an hatte die Repräsentation der niedern Geistlichkeit auf inständiges Bitten derselben (denn damals hielt man es noch für eine Last im Parlament zu erscheinen,) ein Ende: und im Jahr 1343 lieſs der König (wahrscheinlich zum erstenmale) die hohe Geistlichkeit und die Baronen in einer, und die Repräsentanten der Grafschaften und Städte in einer andern Kammer deliberiren. Freilich schwankten damals noch alle Regeln und Formen: aber dies scheint doch der erste Ursprung der beiden Parliamentshäuser gewesen zu seyn.

Unter Richard II waren diese beiden Häuser ganz so formirt, (obgleich bey weitem noch nicht

einer ansehnlichen Würde begabt, verstehen will: er würde aber sehr unpassend seyn, wenn man die Pairschaft in England mit dem, was man in irgend einem andern Lande den Adel nennt, vergleichen zu können glaubte. Sie ist weder der Inbegriff privilegirter Güterbesitzer, noch die Repräsentation aller Edelleute: sie hängt mit keiner Classe von Bürgern ausschliessend zusammen: sie ist im Grunde nichts als ein erbliches Staatsamt, dessen Geschäfte darin bestehen, dem Könige Rath zu geben, seine Prärogativen zu verteidigen, und zwischen ihm und der Nation die Wage zu halten. Die übrigen Personen, welche in England Edelleute heissen, Ritter, Baronets, Squires, können nur im Unterhause des Parlaments einen Sitz erlan-

so regelmässig, so fest und so vortheilhaft constituirt) als sie es heute sind. Im Jahr 1377 ward der erste Sprecher des Unterhauses, und im Jahr 1388 der erste Baron, oder Pair des Reichs mit erblichen Prärogativen durch bloße Königliche Autorität ernannt. Von dieser Zeit an existirten also die Grundzüge der Constitution vollständig: und den folgenden Jahrhunderten blieb nur die Ausbildung und Vervollkommnung überlassen. G.

gen. Eben so verhält es sich mit den Söhnen und Brüdern der Pairs: da diese auf keine Art privilegiert sind, so können die Pairs gegen das Wohl der Nation im Ganzen nicht gleichgültig seyn, ohne zugleich das Wohl ihrer eignen Familien zu vernachlässigen.

Das Unterhaus besteht aus großen Eigenthümern, aus Männern von Bildung und Kenntnissen. Auch befinden sich zu allen Zeiten Personen von der vornehmsten Abkunft darin. Natürlich kan zwischen zwey Häusern, welche, eins so gut wie das andre, von den ersten Familien des Reichs besetzt werden, Stolz und Eifersucht nur selten Zwietracht erregen.

Ein Pair, der als solcher die höchste Würde erreicht hat, zu der es ein Bürger des Staats bringen kan, ist vermöge seiner Lage ein Feind aller Revolution, weil er dabey jedesmal verlieren müßte. Uneingeschränkte Monarchie würde eben so gewiß als eine republikanische Regierungsform seinem hohen Amte ein Ende machen.

Der Hof, welcher auf die Mehrheit der Stimmen im Oberhause, so lange seine Absichten mit der Constitution und dem Besten
des

des Staats vereinbar sind, beständig rechnen kan, hat dadurch freie Hand, seine ganze Wirksamkeit auf das Unterhaus zu richten.

Die Nation betrachtet die Pairs keinesweges als eine ihr fremde oder gar feindliche Classe von Bürgern: sie kennt vielmehr den heilsamen Einfluß der Prärogativen derselben: sie weiß, daß die Pairs, wenn die Agenten der öffentlichen Macht ihre Befugnisse überschreiten und die Gesetze nicht achten sollten, Rächer der Freiheit seyn werden: sie weiß, daß ein Mann von niedriger Abkunft ins Oberhaus eintreten kan, und daß er deshalb nicht aufhört durch die stärksten und theuersten Bande an das allgemeine Wohl geknüpft zu seyn. Auch ist das Recht der Krone, neue Pairs zu ernennen, dem Unterhause so wenig verhaßt, daß es im Gegentheile zu einer Festsetzung ihrer Anzahl nie seine Einwilligung hat geben wollen *).

*) Im Jahr 1718 brachte der Herzog von Somerset eine Bill ins Oberhaus, deren Endzweck war, die damalige Anzahl der Pairs zur Richtschnur für alle künftige Zeiten festzusetzen, und nur noch höchstens um sechs Mitglieder vermehren zu lassen.

Wer wollte es wagen zu behaupten, daß die Franzosen jemals zu einer Versammlung, welche das Interesse von hunderttausend Edelleuten vertreten sollte, dasselbe Vertrauen gehabt haben würden? Wer wollte es wagen, einer solchen Versammlung die Funktionen eines höchsten Gerichtshofes, wie sie das Parlament in England bey großen Vorfällen versehen muß, und die Befugniss das Urtheil

Diese Bill fand großen Eingang im Hause: und, was beinahe räthselhaft scheint, der König (George I) selbst, der die außerordentliche Wichtigkeit dieser Neuerung nicht hinlänglich gefühlt haben muß, gab ihr seinen vorläufigen Beyfall. — In der folgenden Sitzung des Parlaments (Im Jahr 1719) kam der Antrag, welchen man das Jahr zuvor aus Furcht vor allgemeiner Unzufriedenheit bey Seite gesetzt hatte, von neuem zum Vorschein, und die Bill ging endlich im Oberhause wirklich durch. Sobald sie aber ins Unterhaus gelangte, erhoben sich mächtige Oppositionen, und Robert Walpole, (der damals nicht im Ministerium war) brachte es durch seinen beredten und überaus heftigen Widerstand dahin, daß das grundverderbliche Projekt vernichtet, und die Bill verworfen ward. Bey dieser Gelegenheit handelte er gewiß nicht als ein Feind seines Vaterlandes. G.

zu sprechen, wenn die Deputirten des dritten Standes einen Staatsverbrecher vor ihnen anklagten, zu übertragen *)? Nie würde der Bürgerstand Hoffnung gehabt haben, zu dieser Versammlung Zutritt zu finden, weil außer dem Adelsdiplom auch noch die Wahlstimme der Edelleute Erforderniß gewesen wäre. Und überdies — welcher Bürgerliche hätte sich bey dem Mißtrauen und der Eifersucht, die immer zwischen beiden Ständen herrschen mußten, überwinden können, für einen Verräther der Sache des Volks zu gelten, und auf die Seite seiner Widersacher zu treten?

Man frage einen Engländer, was aus der Verfassung seines Vaterlandes werden würde,

I 2

*) Ein Zusatz zum vierten Bande dieses Werks enthält eine Darstellung und Beurtheilung der Haupt-Momente der brittischen Constitution. Sollten irgend einem Leser, dem diese Haupt-Momente nicht gleich gegenwärtig sind, hier oder in den folgenden Abschnitten Stellen die auf die Brittische Constitution Bezug haben, dunkel bleiben, so hoffe ich, daß in jenem Zusatz die Aufklärung zu finden seyn werde. G.

wenn alle die, welche wir nach den französischen Gebräuchen als adelich ansehen müßten, für das Oberhaus aufbewahrt werden, und für das Unterhaus keine andre, als Kaufleute, Advokaten, Künstler, und eine geringe Anzahl kleiner Güterbesitzer übrig bleiben sollten.

Es verdient noch bemerkt zu werden, daß ungeachtet der vielfachen wechselseitigen Verhältnisse, welche in England die Pairs und die Mitglieder des Unterhauses verbinden, zwischen beiden Häusern öfters Streitigkeiten *) obgewaltet haben, die vielleicht von schlimmen Folgen gewesen wären, wenn der König ihnen nicht durch eine Prorogation oder durch eine gänzliche Aufhebung des Parlaments ein Ende gemacht hätte.

*) In den neuern Zeiten ist jedoch dieser Fall gar nicht vorgekommen. G.

Siebzehntes Kapitel.

Ueber die Befugniss des Königes, die Form der Ständerversammlung zu bestimmen, und die Schwierigkeiten die er gefunden haben würde, wenn er die Form der alten Parlamenter dabey zum Grunde gelegt hätte.

Jedes politische Gebäude muß so eingerichtet seyn, wie es die Beschaffenheit seines Zwecks erfordert. Sobald es ausgemacht war, daß der bevorstehenden Ständerversammlung Rechte beygelegt werden sollten, die keine der vorhergehenden gehabt hatte, so wurde auch eine Veränderung in den Formen wesentlich nöthig, zumal wenn die alten Formen ganz offenbar mit den neuen Rechten nicht stimmten. Man verlangte, zum Beispiel, daß die Ständerversammlung ihre Einwilligung zu allen Gesetzen geben sollte, und doch fand sich in den alten Formen, nach welchen die drey Stände ihre Protokolle be-

sonders übergaben, nicht einmal ein Mittel, eine solche Einwilligung hervorzubringen, weil gar nicht festgesetzt war, auf welche Weise etwas gemeinschaftlich beschlossen werden konnte.

Die Anhänger der abgesonderten Repräsentation behaupteten zwar, daß auf den ehemaligen Reichstagen jeder Stand ein Veto oder ein Verwerfungsrecht in Ansehung der Beschlüsse der beiden andern gehabt habe. Sie beriefen sich auf die Ordonanz von 1355, welche festsetzte, daß auf den Fall eines Krieges dem Könige eine hinreichende Beysteuer bewilliget werden sollte, „auf vorhergegangne Berathschlagung der Stände, jedoch so, daß zwey den dritten nicht binden könnten, und daß, wenn sie nicht alle drey einig wären, die Sache unausgemacht bliebe.“ Diese Bedingung galt aber bloß für die Subsidien. Sie hatte die Absicht, den dritten Stand vor Abgaben zu sichern, welche die Geistlichkeit und der Adel, die selten Abgaben bezahlten, zum Nachtheil desselben einführen konnten. In der Ordonanz von Orleans vom Jahr 1561 findet sich eine ähnliche Anordnung, die so klar ist, daß über ihre

Absicht kein Zweifel bleiben kan; es heist nehmlich, das in allen Versammlungen der Reichs- oder Provinzialstände, wo von Abgaben die Rede ist, die drey Stände sich über den Antheil, den jeder zu tragen hätte vereinigen, „und das die Geistlichkeit und „der Adel, unter dem Vorwande, das sie „zwey gegen einen wären, nicht berechtigt „seyn sollten, einen Beschlufs zu fassen.“

Im Ganzen aber, und wo es nicht auf Subsidien ankam, hatte kein Stand das Recht, die Beschlüsse der andern aufzuheben: und woher wäre denn auch ein solches Recht gekommen, da die Reichsstände den König als den einzigen Gesetzgeber betrachteten, und nie glaubten, das ihre Einwilligung nöthig wäre, um Gesetze zu Stande zu bringen? Aus diesem Grundsatz folgte ja ganz natürlich, das der König über die Klageprotokolle wie es ihm beliebte, zu Gunsten eines Standes gegen zwey, oder zu Gunsten zweyer Stände gegen einen entscheiden konnte *).

*) Auf dem Reichstage von 1576 beschlossen die drey Stände gleich Anfangs, das der König gebeten werden sollte, das, worüber sie einstimm-

Da die Ständeversammlung einen Antheil an der gesetzgebenden Gewalt haben sollte,

mig seyn würden, zu genehmigen, die Artikel, in welchen sie von einander abwichen, in seinem Conseil prüfen zu lassen, und über diese Artikel zwölf Deputirte aus jedem Stande zu Rathe zu ziehen. Bodin (der bekannte politische Schriftsteller, der Redner des dritten Standes auf diesem Reichstage war) besorgte indessen, daß die Einwilligung dieser zwölf Deputirten die Erneuerung gewisser verworfnen Anträge unmöglich machen möchte, und drang daher auf Abänderung des letzten Punkts; es ward auch entschieden, daß man keine Deputirten schicken, und sich bloß auf die unbestechliche Gerechtigkeit und Güte des Königes verlassen wollte. Es ward also förmlich anerkannt, daß der König das Recht hatte die Artikel über welche sich die Stände nicht vereinigen konnten, zu reguliren.

Da es dem dritten Stande nachtheilig gewesen wäre, wenn die andern beiden Stände Deputirte ins Conseil des Königes geschickt hätten, so erhielt Bodin den Auftrag, die Geistlichkeit und den Adel zu bewegen, daß sie diesem Vorhaben ebenfalls entsagten. Er eröffnete ihnen „daß der dritte „Stand verschiedne Beschwerden und Vorstellungen „wider die andern beiden Stände vorzutragen hätte, „und daß es gegen alle göttliche und menschliche „Rechte seyn würde, wenn diese zugleich Beklagte

musste folglich festgesetzt werden, auf welche Weise man die Stimmenmehrheit ausmitteln

„und Richter seyn wollten“, Er fügte übrigens hinzu „es sey der alte Gebrauch im Reiche und „überhaupt in der Christenheit, daß zwey Stände „nichts zum Nachtheil des dritten beschließen könnten“ eine sonderbare und nichtsbedeutende Behauptung, die indessen der dritte Stand in seinem Protokoll wiederholte, und zwar so wiederholte, als wenn er daraus ein ausschließendes Privilegium zu machen gedächte, weil er sich zugleich befugt glaubte, Vorschläge zu thun, die der Geistlichkeit und dem Adel zum Nachtheil gereichten, und um allen Streitigkeiten vorzubeugen sich weigerte, ihnen das Protokoll mitzutheilen.

Bey der Ständerversammlung von 1614 baten die Geistlichkeit und der Adel den König, daß er dem dritten Stande nichts ihnen nachtheiliges zugestehen möchte, ohne sie gehört zu haben. Sie setzten also voraus, daß der König, nachdem er sie gehört hatte, berechtigt war, einen Ausspruch gegen zwey Stände zu thun.

Die Geistlichkeit behauptete nachher, daß man sich in der Verordnung des Staats-Raths, wodurch den Ständen verboten ward, über die Frage von der Unabhängigkeit der Krone (in Ansehung der geistlichen Macht) zu deliberiren, nicht des Ausdrucks „die Stände seyen unter einander uneins gewesen“ hätte bedienen sollen, weil sie mit dem

wollte. So lange die Krone sichre und für die gewöhnlichen Bedürfnisse hinreichende Einkünfte hatte, konnte man allenfalls jedem Stande das Recht einräumen, die Beschlüsse der andern, wo es auf Subsidien ankam, zu verwerfen; aber alle Staatsverwaltung mußte ein Ende haben, wenn man im gegenwärtigen Jahrhundert den Eigensinn eines einzigen Standes zum Schiedsrichter über die Abgaben gemacht hätte.

Die Könige von Frankreich hatten zu allen Zeiten die Form der Ständerversammlung nach eignen Belieben bestimmt: sie hatten aus freiem Entschlus Deputirte der Commünen, zuerst der städtischen, endlich auch der ländlichen dazu berufen; sie ver-

Adel völlig gleiche Meinung über diesen Gegenstand gehabt habe, zwey Stände aber den dritten überstimmen mußten.

Aus diesen offenbaren Widersprüchen geht hervor, daß es nie festgesetzt war, ob zwey Stände den dritten binden sollten oder nicht, desto unzweifelter aber, daß der König sie alle drey nach Willkühr bestimmen konnte, und daß also, aus allen Gesichtspunkten betrachtet, keinem Stande ein Veto gegen den andern zukam. M.

sammelten, wie es ihnen gut dünkte, bald die drey Stände des Reichs, bald nur der nördlichen oder südlichen Provinzen; sie erlaubten ihren Vasallen, sich durch Mandatarien repräsentiren zu lassen: sie ordneten zuweilen die Anzahl der Deputirten an; und während der Minderjährigkeit Carl des IX berief die Regentin nach der Ständeverammlung von Orleans sogar eine andre, die aus drey und dreyßig Personen bestand *). Die Notabeln von 1788 brachten die Convocation aller Edelleute, wenn sie auch kein Lehn besaßen, in Antrag: sie erkannten also in dem Monarchen das Recht, Hauptveränderungen in der Reichsverfassung vorzunehmen **).

Gesetzt aber auch, es hätte kein Beispiel von solchen durch die Macht des Monarchen veranstalteten Veränderungen gegeben, so fragt sich doch immer: wer konnte sie denn, sobald sie einmal unvermeidlich waren, beschließen, wenn es der König, der sich im Besitz der gesetzgebenden Macht befand, nicht thun sollte?

*) S. 1. Th. S. 108. Note.

**) S. 1. Th. S. 218.

Der König hätte also ankündigen können, daß er ohne Einwilligung der Stände keine Auflage machen, und kein Gesetz einführen wollte, daß er aber, um den Inconvenienzen auszuweichen, durch welche alle vorhergehende Ständerversammlungen unnütz oder verderblich geworden waren, Repräsentanten, welche das Interesse aller Classen von Bürgern verträten, berufen, und zwischen diese und den Thron ein Haus von Senatoren, deren Einwilligung eben so unentbehrlich als die der Repräsentanten seyn sollte, einsetzen würde.

Keiner der alten Stände hätte sich mit Recht über die Einführung einer allgemeinen Repräsentation beschweren dürfen: dem Besten der Nation wäre sie höchst angemessen gewesen. Die Geistlichkeit konnte schlechterdings nicht verlangen, fernerhin, als eigener Stand einen Theil der gesetzgebenden Gewalt auszumachen, und zu jeder Auflage, zu jedem Landesgesetz ihre Zustimmung zu geben.

Was die Besitzer der Lehne betrifft, unter welchem Vorwande hätten diese eine abgesonderte Repräsentation begehren können, da die Macht, welche sie in ihren Gütern

besaßen, ehemals der einzige Grund dieser Prærogative war? Die Monarchen hatten seit mehrern Jahrhunderten, indem sie die Lehnrechte, welche Einkünfte ohne Macht trugen, schonten, alle andre Privilegien der Lehnbesitzer dem obersten gesetzgebenden Willen unterworfen. Hätte also das Recht, einen abgesonderten Stand auf dem Reichstage auszumachen, mit unter diese Privilegien gehört, so konnte es abgeschafft werden, wie mehrere mit der Staatsverfassung zusammenhängende abgeschafft worden waren *). Man hatte den Lehnsherrn die Privatfehden, die Waffenbündnisse, die festen Plätze untersagt, man hatte die Huldigung auf eine leere Formalität herabgesetzt, und die herrschaftlichen Gerichtsbarkeiten dergestalt eingeschränkt, daß sie fast von keinem Werth mehr waren, daß sie eine ganz unnütze, und eben deshalb drückende Stufe in der Gerichtsverfassung abgaben, die im größten Theile des Reichs zu nichts als zum Unheil der ärmern Volksklasse

*) Es war ja auch durch den Beschluß der Notabeln von 1788, alle Edelleute zu berufen, bereits wirklich abgeschafft. G.

dienten. Es blieb den Gerichtsherren von ihrem alten Ansehen nichts übrig, als das Vorrecht, ihren Gerichtsverwalter zu ernennen, welches von einem Tage zum andern aufgehoben werden konnte.

Der Senat, welcher die Rechte des Throns verteidigen, und der Macht der Volksrepräsentanten das Gegengewicht halten sollte, konnte nicht besser und seinem Zweck angemessener eingerichtet werden, als wenn man ihn aus den Prinzen vom Geblüt und den französischen Pairs zusammengesetzt hätte: die Anzahl der Letztern mußte der König vermehren, indem er einem gewissen Theil der bischöflichen Sitze, den Oberhäuptern der ausgezeichnetsten Familien in den verschiedenen Provinzen, einigen adelichen Mitgliedern der Provinzialstände, und einigen Bürgern von anerkanntem Verdienst und großem Vermögen die Pairschaft verlieh. Die schon vorhandenen Pairs mußten nicht übergangen werden, theils weil sie vermöge ihres Verhältnisses sich zu Mitgliedern des Senats völlig schickten, theils weil man dadurch ihren alten Privilegien Gerechtigkeit widerfahren liefs.

Man begriff anfänglich unter dem Namen der Pairs die großen Kron-Vasallen. Späterhin ertheilten die Könige diese Würde; sie erhoben gewisse Ländereyen zu Pairschaften *).

*) In den ältesten Zeiten der Monarchie dachte man sich unter dem Worte Pair immer nur eine persönliche Qualität. Die welche von einem und demselben Range waren, hießen *pairs* (*pares*) der Rang mochte übrigens hoch oder niedrig seyn. So nannten sich die Söhne Ludwig des Frommen bey einer Zusammenkunft im Jahr 851 *pares*; die Fürsten, welche Tassilo, Herzog von Bayern zum Tode verdammten, hießen seine Pairs; und das alte Gesetz der Alemannen sagte: wenn man einen Verbrecher strafen wollte, *mittunt in vicino et congregant pares*.

Nach der Einführung des Lehnsystems wurde die Würde eines Pairs eine reelle, mit dem Besitz eines größern oder kleinern Lehns verknüpfte. Die unmittelbaren Vasallen eines und desselben Lehnsherrn waren Pairs unter einander, und hießen auch zuweilen, obgleich uneigentlich, *seine* (d. h. ihm untergebne) Pairs.

Von dieser Zeit an mußte nothwendig ein großer Unterschied zwischen hohen und niedern Pairs entstehen. Die Vasallen eines Vasallen hießen eben so gut Pairs unter sich, und Pairs dieses

Während der Lehnsvorfassung war es eine der vornehmsten Verbindlichkeiten des Vasallen, besonders aber des Pairs, dem Könige in seinem Rath beyzustehen. Man be-
rief

Vasallen, als dieser und seine Neben-Vasallen Pairs unter sich und Pairs des obern Lehnsherrn waren. Die letzten aber standen um eine ganze Stufe höher als die erstern.

Natürlicher Weise mußten also diejenigen, welche im unmittelbaren Lehns-Nexus mit der Krone standen, die höchsten aller Pairs seyn. Diese waren es, welche man Pairs von Frankreich nannte. Nach Boulainvilliers und andern war Hugo Capet einer dieser Pairs, und fünf andre große Vasallen bekleideten neben ihm diese Würde.

Es haben indessen über die Entstehung jener sechs Pairs, die mit sechs geistlichen die zwölf alten Pairs von Frankreich ausmachten, sehr verschiedene Meinungen obgewaltet. Fabelhafte Schriftsteller leiteten sie von Carl dem Großen her; nach andern existirten sie wenigstens schon vor dem Untergange des Carolingischen Regentenstamms; andre hingegen halten den König Robert (Hugo Capets Sohn) für den Urheber derselben; endlich wird die Errichtung dieser zwölf Pairschaften von einigen erst Ludwig dem VII zugeschrieben.

Das

rief zu den Versammlungen oder Parlamen-
tern, die der König hielt, die Pairs, und die

Das einzige, was unter allen diesen Muthma-
sungen feststeht, ist, daß zu den Zeiten Ludwig
des VII folgende sechs weltliche: der Herzog von
Bourgogne, der Herzog von Normandie, der
Herzog von Aquitanien, der Graf von Cham-
pagne, der Graf von Flandern, der Graf von
Toulouse, und folgende sechs geistliche Her-
ren: der Erzbischof von Rheims, die Bischöfe
von Laon, Beauvais, Chalons, Noyon und
Langres (den letzten hatte Ludwig VII erst
zu diesem Range erhoben) als Pairs des Reichs
erscheinen. Sie kommen zuerst bey Gelegenheit der
Krönung des Thronfolgers, nachmaligen Philipp
August, (im Jahr 1179) vor.

Da verschiedne dieser alten Pairschaften nach
und nach eingingen, so fingen die Könige an, zu
Gunsten der Prinzen vom Geblüt neue zu errichten.
Philipp der Schöne erhob zuerst auf diese
Weise (im Jahr 1297) Artois und Bretagne zu
Pairschaften: weiterhin wurden es Alençon, Bour-
bon, Orleans, Normandie (von neuem) u. s. f.
für andre Prinzen. Um diese Zeit war die Würde
eines Pairs so groß, daß er den Vorsitz vor ei-
nem Prinzen von Geblüt hatte, der nicht Pair
war. Erst Heinrich III schaffte diese Rangord-
nung ab, und legte den Prinzen den Charakter ge-
borner Pairs bey.

andern Baronen, die unmittelbare Kron-Vasallen waren *). Diese Versammlungen hat-

Unter Ludwig XI war von allen alten (weltlichen) Pairschaften nur noch die Grafschaft Flandern übrig, die bald nachher auch zersplittert ward. Die Könige errichteten nunmehr neue Pairschaften, Anfangs bloß für auswärtige Prinzen, in der Folge aber auch für einheimische Herren, die keine Prinzen waren. Im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert geschah dies, so oft der Hof eine Familie ganz besonders belohnen und auszeichnen wollte.

Beym Ausbruch der Revolution bestand die französische Pairschaft aus folgenden Personen.

1. Aus den Prinzen von Geblüt, als gebornen Pairs vom 20ten Jahre (der Lehns-Volljährigkeit) an.

2. Aus den legitimirten Prinzen, welchen dasselbe Vorrecht beigelegt war.

3. Aus sieben geistlichen Pairs: zu den sechs oben angeführten, war noch im Jahr 1690 der Erzbischof von Paris gekommen.

4. Aus Ein und Vierzig weltlichen Pairs.

Der Stamm eines französischen Oberhauses hätte also ungefähr aus sechzig Personen bestanden. G.

*) Nach dem was so eben über die französische Pairschaft gesagt worden, ist es klar, daß eigentlich alle unmittelbare Kron-Vasallen den Titel

ten mannichfaltige Zwecke: bald, die allgemeinen Ordonanzen, welche in den Ländereyen der Vasallen Gesetzeskraft haben sollten, festzusetzen; bald, über angeklagte Pairs das Urtheil zu sprechen, und Streitigkeiten zwischen dem Lehnsherrn und den Vasallen zu schlichten. Andre Parlamenter hatten nichts als die gewöhnliche Justizpflege zur Absicht. In die letztern schickte der König nur eine geringe Anzahl von Pairs oder Baronen, nebst verschiedenen Rittern, Geistlichen, Rechtsgelehrten, und Mitgliedern des gewöhnlichen Königlichen Rathes. In den Parlamenten, die sich mit der Gesetzgebung und mit der obern Lehnjustiz beschäftigten, waren die Baronen zahlreicher. Neben ihnen erschienen dort die hohen Kron-Beamten, einige Prälaten, Ritter, und nach der Ent-

K 2

der Pairs des Reichs hätten führen sollen. Woher es gekommen daß hierin eine Distinction entstand, liegt in der Periode zwischen den letztern Carolingern und Ludwig VII verborgen. Die Dunkelheit, in welcher dieser Punkt schwebt, wird schwerlich je zerstreut werden. G.

stehung der Städtischen Privilegien sogar Deputirte der guten Städte *).

So wie die grossen Lehne nach und nach zur Krone eingezogen wurden, mußte das Ansehen der hohen Baronen nothwendig abnehmen; die niedrigern Lehnsleute, die bis dahin nur mittelbare Vasallen des Königes gewesen waren, kamen nun in die unmittelbare Abhängigkeit von der Krone. Sie vermochten es nicht, den Fortschritten der Königlichen Macht Widerstand zu leisten. Der Monarch, der einen von diesen kleinern Vasallen dem andern entgegen setz-

*) Villaret hat in seiner Geschichte von Frankreich den Umstand aufgezeichnet, daß sich in einem Parlament, welches im Jahr 1241 bey Gelegenheit der Huldigung des Grafen la Marche gehalten ward, Prälaten, Pairs, Baronen und Deputirte der guten Städte befinden. M — Ich habe die Stelle, worauf hier Bezug genommen wird, im Villaret (eigentlich ist es wohl noch Velly, der die Geschichte dieser Periode schrieb) vergebens gesucht. Indessen hat jeder Geschichtschreiber der dieses Umstands erwähnt, das Zeugniß des Nicolaus Gilles, mit dessen Autorität die Sache steht oder fällt, vor Augen gehabt. S. Th. 1. S. 213. Note. G.

te, und durch seinen Gerichtshof, den er nach Belieben einrichtete, auf alle wirken konnte, brachte es endlich so weit, daß seinen Verordnungen allenthalben im Reiche Folge geleistet ward. Man fing an die Baronen von den gesetzgebenden Versammlungen zu entfernen. Endlich hörten diese Versammlungen unter Philipp dem Schönen gänzlich auf: denn Niemand wird sie mit den Ständeversammlungen verwechseln, die dieser Monarch einführte, und die nie anders, als um Subsidien zu erhalten, oder um eines einzelnen Gegenstandes Willen zusammen kamen.

In den Versammlungen der Reichsstände bekleideten die Pairs fortdauernd den ersten Rang unter den unmittelbaren Kron-Vasallen, so lange sich diese noch in Person und nicht durch Deputirte einfanden; nachdem man aber zur Befriedigung der großen Menge von Vasallen des Königs in seinen Domainen von Burgund, Provence, Dauphiné u. s. f. denselben die Erlaubniß ertheilt hatte, Deputirte zu schicken, hörten die Prinzen und Pairs auf, Mitglieder des Reichstages zu seyn; sie beklagten sich darüber gar nicht,

weil dieser Reichstag selten und vorübergehend war, und ihren Prärogativen keinen Schaden zufügen konnte.

Der Präsident Henault bemerkt, daß eine von einem Lehnsherrn oder auch vom Könige als Domainen-Besitzer ressortirende Herrschaft, die zu einer Pairschaft erhoben wird, sofort aus ihrem zeitherigen Lehnsexus gerissen, und von der Krone unmittelbar abhängig wird. Diejenigen also, die der König zu französischen Pairs machte, wurden dadurch seine unmittelbare Vasallen, und nahmen die Stelle der alten Baronen ein. Folglich hätte man sich, wenn man die Pairs in Person zur Ständerversammlung berief, der Form der ältern gesetzgebenden Versammlungen genähert.

Seitdem zur Verwaltung der Justitz ein immerwährendes Parlament errichtet war, wurden die Mitglieder desselben Beysitzer der Pairschaft, wenn es auf das Urtheil über einen Pair ankam, ein Umstand, welcher jenem Gerichtshofe die Veranlassung gab, sich für das Tribunal der Pairs, selbst in solchen Fällen, wo keine Pairs bey den Sitzungen gegenwärtig waren, auszugeben. Als

geborne Rathgeber der Krone, hatten die Pairs eine aktive Stimme in diesem Gerichtshofe. Bis auf Ludwig XIV besaßen sie noch das Recht, in das Conseil des Königs zu gehen, und selbst, nachdem sie dies Recht verloren hatten, versprachen sie in dem Eide, den sie bey ihrer Aufnahme leisteten, dem Könige in seinen allerhöchsten und allerwichtigsten Angelegenheiten treulich zu dienen. Es ist einleuchtend, daß die Mitglieder des Pariser Parlaments nie auf den Gedanken gekommen wären, einen Antheil an der gesetzgebenden Macht zu verlangen, wenn sie nicht ihre Rechte mit den Rechten der Pairs und Baronen verwechselt hätten.

Obgleich die Pairschaft nur noch der Schatten von dem war, was sie sonst gewesen ist, so blieb sie doch noch immer die höchste Würde, welche ein französischer Unterthan erreichen konnte. Die Pairs berathschlagten noch im Parlament über öffentliche Angelegenheiten. Es hing nur von ihnen ab, sich von den gewöhnlichen Richtern abzusondern, und ein wirkliches Tribunal der Pairs zu bilden. Sie folgten in der politi-

schen Rangordnung unmittelbar auf die Prinzen vom Geblüt, oder vielmehr, die Prinzen waren die ersten ihres Standes. In den Sitzungen, welche der König im Parlament hielt, saßen sie an seiner Seite. Hätte man die Ständerversammlung in einen bleibenden Bestandtheil der gesetzgebenden Macht verwandelt, und ihnen in dieser Versammlung nicht ihren besondern Posten, und besondere Geschäfte angewiesen, so mußten sie ihre Würde auf immer einbüßen.

Mit Recht wiederholte der Graf Lauragais vor der Zusammenkunft der Reichsstände oftmals, daß wir durch eine Organisation derselben nach dem Modell des brittischen Parlaments nicht fremde Gebräuche einführen, sondern unsre ehemaligen wiederherstellen würden. Der Graf Lally-Tolendal und Herr von Montlausier trugen in verschiedenen mit Recht geschätzten Schriften denselbigen Grundsatz vor. Unsre alten Formen sind durch Wilhelm den Eroberer nach England gebracht worden: alles stellt sie uns noch heute in den Formen des Parlaments dar. Hume sagt, die Privilegien der Pairs, so wohl als die Freiheit der Com-

münen hätten ihren Ursprung in Frankreich genommen. *)

*) Es war eine Lieblings-Idee derer, welche im Anfange der Revolution eine der brittischen ähnliche Verfassung für Frankreich wünschten, die Grundzüge dieser Verfassung in alten französischen Gebräuchen und Staatsformen aufzusuchen. Ein unparteyischer Forscher kan schwerlich viel reelles in dem Resultat dieser Bemühungen entdecken.

Wilhelm der Eroberer brachte nichts als das reine Lehnsystem nach England. Erst zwey hundert Jahre nach ihm wurden die ersten Grundsteine zu der heutigen Verfassung von England gelegt.

Diese Verfassung ward allerdings auf das Lehnsystem gebaut, aber ungefähr in eben dem Sinne des Worts, in welchem die Könige von Frankreich eine absolute Monarchie darauf bauten. Das Lehnsystem lieferte einen Bestandtheil zu der Brittischen Constitution.

Das was die charakteristische Vortreflichkeit dieser Constitution ausmacht, die Form des Repräsentantenhauses, und die Verbindung desselben mit der Kammer der Pairs, hat England wohl weder dem Lehnsystem noch Frankreich zu danken. Ich will nicht in Zweifel ziehen, daß die Methode, den Städten Privilegien und Corporations-Briefe zu ertheilen in Frankreich älter als in England gewesen sey, und daß jenes vielleicht diesem hier-

Vor der Einführung der Städtischen Deputirten ins Parlament gab es auch in Eng-

in zum Modell 'gedient habe (obgleich das letztere schwer zu erweisen seyn würde, und überdies in England Corporations-Dokumente aus den ersten Regierungs-Jahren Heinrich II existiren, die folglich nur etwa dreißig Jahr jünger sind, als die ältesten französischen). War denn aber die Existenz der Städte, und nicht vielmehr die Stelle die man ihren Deputirten frühzeitig in der gesetzgebenden Versammlung anwies, das wesentliche in der Brittischen Verfassung? Und gab Frankreich irgend ein Vorbild zu diesem ganz neuen Verhältniß her?

Wo wäre ein solches Vorbild zu finden? In den alten Gesetzgebenden Versammlungen (Parlamentern) war selten oder nie von Städtischen Deputirten die Rede: vielleicht würde es Mühe kosten, dem vorhin angeführten Beyspiel (S. oben S. 148 Note) ein zweites beyzufügen. Diese Parlamenter, die mit dem Anfange des vierzehnten Jahrhunderts völlig aufhörten, konnten unmöglich Modelle des brittischen seyn. Die Versammlungen der drey Stände, die seit jener Epoche gebräuchlich wurden, konnten es ebenso wenig: denn den dritten Stand in diesen neuern Versammlungen wird doch wohl Niemand mit dem (in der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts schon völlig gebildeten) Unterhause des Englischen Parlaments verwechseln.

land mehrere Arten von Versammlungen der Baronen: einige hatten Gesetzgebung zum Zweck: andre machten den Lehns-Gerichtshof aus.

Die gesetzgebenden Versammlungen der Baronen hörten in England nie auf, weil die alten unmittelbaren Vasallen der Krone zu allen Zeiten zahlreicher, und für ihre Prärogativen wachsamer waren, als in Frankreich. Nachdem man den Baronen der zweiten Classe, oder den Besitzern der Ritter-Lehne

Es ist also immer sehr uneigentlich gesprochen, wenn man sagt, die brittische Verfassung stamme von der alten französischen her. Frankreich hatte mit England nie etwas gemein als das Lehns-System. Der Ursprung des Englischen Oberhauses ist freilich in diesem zu suchen: der Ursprung des Unterhauses aber, ohne welches doch weder die brittische Constitution noch selbst ein Oberhaus (in dem jetzigen Sinne des Worts) vorhanden wäre, liegt so wenig im Lehnssystem, daß es vielmehr einzig und allein durch Umstände und Verhältnisse, welche den Ruin dieses Systems entweder schon ankündigten oder herbeyführten, erzeugt worden ist. Wer sich mit der Geschichte der Englischen Staatsverfassung näher bekannt gemacht hat, wird dieser Bemerkung hoffentlich Beyfall geben. G.

erlaubt hatte, Deputirte zu den Versammlungen zu schicken, wurden nichts desto weniger die unmittelbaren Vasallen fortdaurend in Person berufen. Die Deputirten der geringern Vasallen trennten sich bald von den beständigen Mitgliedern des Parlaments, und bildeten einen abgesonderten Stand: die Qualität von Repräsentanten aber, die sie mit den Deputirten der Städte gemein hatten, und ein gleiches Interesse verknüpften in der Folge jene und diese in einem und demselben Repräsentations-Hause. Der Unterschied zwischen einem Repräsentanten der Grafschaft und einem Repräsentanten der Stadt lag endlich nur noch in dem Worte, und jeder Engländer, der ein gewisses Vermögen befaß, konnte so gut von einer Grafschaft als von einem Flecken gewählt werden.

Um uns also eine Ständerversammlung zu geben, die dem Englischen Parlament ähnlich war, durfte der König von Frankreich nur unsre alte Verfassung wieder einführen. Da man die Funktionen unsrer gesetzgebenden Versammlungen, die erst im vierzehnten Jahrhundert ein Ende hatten, herstellen wollte, so war nichts natürlicher, als

dafs man ihre Form zur Richtschnur nahm, die einmal vorhandenen Pairs (als die grofsen Kron-Vasallen) zu Mitgliedern machte, die Anzahl derselben durch Erhebung einer gewissen Anzahl von Lehen zu unmittelbaren Kron-Lehen, vermehrte, und alle andern Vasallen in die allgemeine Landesrepräsentation einschlofs *).

Hielt man es nicht für möglich, eine Kammer von Pairs, oder irgend einen andern erblichen Senat zu errichten, so hätte

*) So weise und zweckmäfsig auch dieser Vorschlag war, so verräth er doch, wenn man ihn mit Aufmerksamkeit betrachtet, die Wahrheit dessen, was in der vorigen Note behauptet worden ist. Um das Modell einer nachahmungswürdigen Verfassung in den französischen Alterthümern zu finden, setzt Mounier offenbar Züge zusammen, die gar nicht in ein und dasselbe Gemälde gehören. In den ältern gesetzgebenden Versammlungen gab es keine allgemeine Landes-Repräsentation: und zu der Zeit, da man einen Schatten dieser letztern in den neuern Ständeversammlungen sah, erschienen wieder die Pairs nicht mehr als Mitglieder dieser Versammlungen. — Das ganze Modell sucht man also in der französischen Geschichte umsonst.

man wenigstens versuchen sollen, die Vortheile einer solchen Anstalt zum Theil zu erreichen; man konnte zum Beispiel, eine Kammer von Senatoren auf Lebzeit einführen, und bey Ernennung dieser Senatoren die Mittel, welche ihnen das öffentliche Vertrauen sichern konnten, mit den Prärogativen des Königes, soviel es möglich war, vereinigen.

Nachdem ich gezeigt habe, daß der Monarch das Recht besaß, eine Kammer von Senatoren zu errichten, fordert die Billigkeit mich auf, die mit einem solchen Plan verbundenen Schwierigkeiten darzustellen. Fürs erste hätte das Königliche Conseil von den Inconvenienzen einer abgesonderten Repräsentation der Stände vollkommen überzeugt seyn müssen. Wenn es die Eigenschaften kannte, die eine gute Organisation der Reichsstände haben mußte, so ist wenigstens offenbar, daß es nicht an die Möglichkeit einer solchen Organisation für die Versammlung von 1789 glaubte, indem alle Fragen, welche den Notabeln vorgelegt wurden, die Repräsentation nach Ständen voraussetzten; und in der That, es würde schwer gewesen seyn, sich von dieser Form loszumachen.

Von dem Augenblick an, da man die Vorboten einer grossen Veränderung im Staat gewahr ward, suchte jeder bey den Projekten, die er für das Ganze machte, seine eigne Person nicht zu vergessen. Die Liebe zum Vaterlande und zur Menschheit war auf allen Lippen, aber in sehr wenig Herzen. Bey dieser allgemeinen Stimmung wurde jedem Vortheil eines andern, den man selbst zu geniessen nicht hoffen durfte, ein offner Krieg angekündigt.

So erklärte sich eine grosse Anzahl von Edelleuten, die keine Lehne besaßen, für die freye Wahl der Deputirten ohne Unterschied des Eigenthums, und wollten doch zugleich schlechterdings einen abgesonderten Stand ausmachen, zu welchem man durch die bloße Geburt Zutritt haben sollte, und alle sammt und sonders von den ersten Häusern an bis auf den letzten Geadelten glaubten mit den Prinzen und Pairs in einem Range zu stehen. Der grösste Theil der Bürger in den Städten war von ähnlichen Empfindungen der Eifersucht, sogar einer gegen den andern beseelt.

Der Despotismus der letzten Minister hatte die Gemüther dergestalt gegen die Kö-

nigliche Macht eingenommen, daß alles, was der Hof aus eigener Bewegung beschlossen hätte, verhaßt gewesen seyn würde. Nur eine große Standhaftigkeit, nur eine seltne Kunst, welche die Gemüther der Nation für die Neuerungen, die man einführen wollte, zu gewinnen gewußt, und sich nachher das Ansehen gegeben hätte, ganz nach den Wünschen des Publikums zu verfahren, konnte diese Abneigung überwinden. Aber der Königliche Schatz war in zu bedrängten Umständen, das Geschrey nach den Reichsständen war zu mächtig; und welche Zeit und Bemühungen hätte es erfordert, um den einen Theil dahin zu bringen, daß er die Vortheile eines erblichen Senats, selbst auf die Gefahr nicht dazu ernannt zu werden, anerkannte, und den andern, daß er eine mit höherer Würde begabte Kammer als nothwendig betrachtete, um dem Mißbrauch der Macht von Seiten der Volksrepräsentanten zuvor zu kommen?

Die Repräsentation nach Ständen war in den Provinzialversammlungen, welche im Jahr 1787 errichtet wurden, beobachtet worden, und die ganze Nation machte sich darauf gefaßt,

gefaßt, diese Repräsentation bey dem bevorstehenden Reichstage eingeführt zu sehen. Das größte Hinderniß einer guten Organisation desselben lag gerade in den Formen, deren man sich bedient hatte, um den thörigten Unternehmungen des Erzbischofs von Sens Widerstand zu leisten. Die Edelleute die sich in verschiednen Provinzen versammelten, nannten sich den Adelsstand. Die Geistlichen und die Nicht-Adelichen waren also, wenn sie mit den Adelichen gemeinschaftliche Sache machen wollten, genöthiget, diesem Beispiel zu folgen. Die Feinde des Souverainen Rathes *) sahen sich gezwungen, um nur nicht Uneinigkeit unter den Mißvergnügten zu bewirken, die Ausdrücke, an die man einmal gewöhnt war, beyzubehalten; es wurden Versammlungen nach drey Ständen berufen. Einzig mit der Sorge beschäftigt, der Opposition gegen die Minister immer mehr Kraft zu verleihen, untersuchte man gar nicht, ob diese drey Stände wirklich aus eben den Elementen bestanden, aus welchen sie in frühern Jahrhun-

*) S. 1 Th. S. 81.

derten zusammengesetzt waren. Man nahm jeden Edelmann in den adelichen, jeden Geistlichen in den geistlichen Stand auf, ohne sich um die Vorrechte, die ehemals mit den Lehen und mit den geistlichen Benefizien verknüpft gewesen waren, einen Augenblick bekümmern zu wollen.

So lange die Stände einen gemeinschaftlichen Krieg gegen die Urheber des Souverainen Rathes führten, herrschte Einigkeit unter ihnen; sobald aber die Gefahr verschwunden war, überliessen sie sich ohne Rückhalt den Unruhen, welche diese Form der Repräsentation nothwendig hervorbringt und unterhält. Es blieb ihnen nun, so zu sagen, kein andres Geschäft mehr, als sich gegen einander zu rüsten, um Vorthelle zu erkämpfen, oder zu verteidigen. Auf diese Weise hatten die Mittel, deren man sich in der Eil und ohne Prüfung bediente, um dem souverainen Rath entgegen zu arbeiten, die Repräsentation nach Ständen befestiget, und die nachtheiligen Folgen derselben ins Dunkel gestellt.

Achtzehntes Kapitel.

Ob es royalistischer gesinnt war, eine Repräsentation nach drey Ständen, oder eine dem Englischen Parlament ähnliche Organisation des Reichstages zu begehren.

Das Vorhaben derer, welche die Organisation der französischen Reichsstände der Form des Englischen Parlaments nähern wollten, ist von einigen als der Beweis eines armseligen, zur Nachahmung geneigten Geistes, von andern als eine politische Absurdität angesehen worden, weil wir weder die Sitten der Engländer haben, noch uns in ihrer Lage befinden.

Jede nur erdenkliche Regierungsform ist bey einem der verschiedenen Völker, mit denen uns die Geschichte bekannt macht, eingeführt gewesen *).

L 2

*) In Ansehung der einfachen Regierungsformen ist die Sache klar. Was die gemisch-

Staatsmanns besteht weit mehr in Vergleichung und Beurtheilung derselben nach ihren Wirkungen, als im Grübeln über neuen. Niemals wird ein guter Bürger, wenn die Umstände Veränderungen in seinem Vaterlande erheischen, andre als solche, deren Vorthelle durch die Erfahrung erwiesen sind, vorschlagen, niemals wird er eine Constitution auf leere Theorien bauen wollen. Lycurg begab sich auf Reisen, um die Staatsverfassungen andrer Völker kennen zu lernen, ehe er den Lacedämoniern Gesetze verlieh. Er wollte nachahmen, nicht erschaffen: die Constitution von Creta wurde das Modell, welches er erwählte. Als die Römer ein Civilgesetzbuch zu haben wünschten,

ten betrifft, so läßt sich zwar der Satz nicht in aller Strenge behaupten, weil sie ins Unendliche vervielfältiget werden können; da aber die Vergleichung einer Regierungsform mit der andern nicht nach zufälligen Eigenheiten, sondern nach den Grundzügen geschehen muß, so schwindet alle Mannichfaltigkeit der politischen Verfassungen auf eine gewisse Anzahl von Hauptformen herab; und von diesen kan man mit Wahrheit sagen, daß kaum Eine unversucht geblieben ist. G.

setzten sie es nicht aus den Schriften der Philosophen zusammen, sie nahmen aus den griechischen Gesetzen diejenigen, welche sich zu ihrer Lage schickten.

Die brittische Staatsverfassung hat mehr als ein Jahrhundert steigender Nationalwohl- fahrt für sich aufzuweisen: sie ist überdies, wenn auch gleich der Lauf der Begebenhei- ten großen Einfluß auf ihre Bildung gehabt hat, so gut, als wenn sie bloß eine Anwen- dung der vortreflichsten Theorie wäre *). Ich spreche hier ganz mit Montesquieu. Um das Gemählde der brittischen Constitution zu entwerfen, hat er eine Reihe von unumstöß- lichen allgemeinen Grundsätzen aufgestellt. Er ist weit entfernt, die heilsamen Wirkun- gen dieser Constitution, wie andre für gut finden, besondern Umständen zuzuschreiben. Bey der Beschreibung der übrigen Regierungs- formen giebt er die Eigenschaften, die Vor- züge, die Fehler an: er empfiehlt aber keine

*) Die Ursachen hiervon habe ich in der Dar- stellung dieser Staatsverfassung, welche sich am Schlusse des dritten Theils findet, zu entwickeln gesucht. G.

davon zum Muster. Die brittische allein führt er als ein Beispiel des höchsten Grades von Freiheit auf, welchen eine Constitution erreichen kan. Montesquieu konnte sie auch als ein Beispiel des höchsten Grades von Festigkeit anführen, dessen in einer eingeschränkten Monarchie, wo eine Volksrepräsentation an der Anordnung der Abgaben Theil nimmt, die Königliche Macht fähig ist. Es ist nicht zu verwundern, daß ein durch mehrere Jahrhunderte fortdauernder Kampf zwischen der Königswürde und der Freiheit endlich die wahren Mittel hervorgebracht hat, durch welche sie neben einander bestehen können.

Uebrigens müssen wir nie aus dem Gesicht verlieren, daß es hier gar nicht auf die brittische Constitution im Ganzen, auch nicht auf die Frage, wieviel oder wie wenig Prärogativen der König haben sollte, ankömmt. Wir wollen hier bloß wissen, welches das beste Modell für die Ständerversammlung war: und sobald dies die Frage ist, behaupte ich, daß es in einer Monarchie, worin man die Nothwendigkeit einer Volksrepräsentation einmal anerkannt hat, durch-

aus kein bessres geben kan, als die brittischen Parlamenter.

Denen, welche uns die Verschiedenheit der Situation beyder Reiche entgegensetzen, können wir antworten, das die Constitution von England die natürlichste für eine jede Monarchie ist, die aus der Lehnsvfassung zur politischen Freiheit übergehen will, und das unsre Situation, weit entfernt uns mehr Freiheit als den Engländern zu gestatten, eine viel grössre Gewalt in den Händen des Monarchen nöthig macht. Wenn die brittische Constitution nicht ohne Einschränkung bey uns angenommen werden konnte, so war es deshalb, weil sie der Krone nicht Prärogativen genung eingeräumt hätte *); mußte aber der König von Frankreich sogar mehr Macht als der König von England haben, so war es unumgänglich nöthig, ihm wenigstens die Vorrechte, die dieser besitzt, nicht zu verweigern. Welche Form ist nun dem Ansehen des Thrones günstiger, eine Repräsentation in zwey oder drey Stände getheilt, oder

*) Hierüber wird in einem andern Kapitel ausführlicher gesprochen werden. G.

ein dem Englischen Parlament ähnlicher Reichstag? Sollte man nach allem, was bisher über beide gesagt worden, noch zweifelhaft bleiben können? Wenn aber die letztre zur Aufrechthaltung der Königlichen Prärogativen offenbar geschickter ist, zwang uns nicht gerade die Verschiedenheit unsrer Lage, sie vorzuziehen?

Nachdem man einmal erklärt hatte, daß der französische Monarch mehr Macht haben mußte, als sich mit einer nach dem Modell des brittischen Parlaments organisirten Ständerversammlung vereinigen liefs, mußte man, um eine lächerliche Inconsequenz zu vermeiden, nun nicht eine Repräsentation in drey Ständen vorschlagen, weil diese der Macht, die man schützen wollte, noch weit gefährlicher war. Man mußte, wenn man consequent bleiben wollte, geradehin eingestehen, daß man keine Reichsstände, sondern eine absolute Monarchie verlangte. Wer jenen Widerspruch nicht fühlt, der ist noch mit den ersten Elementen der Staatswissenschaft unbekannt.

Man wirft den Anhängern der zwey Kammern vor, daß sie von der wahren Consti-

tution des Königreichs, die, wie es heißt, eine aus Deputirten der drey Stände zusammengesetzte Versammlung verlangte, muthwillig abgewichen wären. Man geht so weit, sie mit den Faktionisten, die alles in Frankreich umgestürzt haben, zu vermengen. Wie ungerecht! Wenn auch wirklich ihr System gefährlich gewesen wäre, wie konnten sie strafbar seyn, da sie das Gelingen ihrer Entwürfe von einer freien Deliberation, und von der ungezwungenen Einwilligung des Monarchen erwarteten? Ueberdies ist hier hinlänglich bewiesen worden, daß die ehemaligen Reichsstände keinen Bestandtheil der Staatsverfassung ausmachten, daß die drey Stände nicht das waren, was man sich heut zu Tage unter ihnen dachte, und daß sie nie die Rechte hatten, die sie jetzt haben sollten. Es entfernten sich also die, welche zwey Kammern, so gut als die, welche drey Stände wünschten, von der alten Verfassung, nur mit dem Unterschiede, daß die Meinungen der erstern dem Könige und der Nation günstiger waren; daß sie der Form unsrer alten gesetzgebenden Versammlung näher kamen, und daß man sie mit allem Recht nicht allein

für bessere Royalisten, sondern auch für geringere Neuerer halten mußte *).

Es ist unmöglich, daß der Monarch eine große Macht besitze, ohne daß der Glanz derselben mit auf seine Familie strahlen sollte. Die Prinzen vom Königlichen Geblüt hatten in den frühern Zeiten der Monarchie Rechte, welche der Untheilbarkeit der Krone nachtheilig waren **); die Lehnsvfassung aber machte sie den andern Vasallen gleich, und wies ihnen ihren Rang nach der Beschaffen-

*) Die letzte Behauptung klingt etwas paradox, und sie ist es wirklich, in so fern sie auf der luftigen Aehnlichkeit zwischen der brittischen und altfranzösischen Constitution beruht (S. S. 153 Note). Für den ersten Augenblick war die Neuerung derer, welche die beiden Kammern eingeführt wissen wollten, unstreitig weit größer als die Neuerung derer, die eine veränderte Repräsentation nach Ständen beehrten. Wenn man aber auf den Erfolg beider Neuerungen sieht, dann wäre vielleicht jene die geringere gewesen. G.

**) Bekanntlich wurden in dem Zeitraum der Merovingischen und Carolingischen Regenten die Länder die ein König nachließ, wie das Vermögen eines Privatmanns unter seine Kinder getheilt. — Nachdem die Capetingische Familie den Thron be-

heit ihrer Appanagen, oder der Anciennität ihrer Pairschaften an. Seit dem sechzehnten Jahrhundert befanden sie sich wieder auf der Stelle, die ihnen in Rücksicht auf ihre Geburt und die Majestät des Throns zukam. Sie hatten den Rang über den Pairs und gleiche Functionen mit denselben. Sollten die drey Stände abgesondert repräsentirt werden, und die Ständeversammlung einen Antheil an der gesetzgebenden Macht haben, so

stiegen hatte, hörte diese Methode, den Grundsätzen des Lehnsystems (in welchem der Thron nur als das höchste aller Lehne, *suprema Baronia*, angesehen ward) gemäß, zwar auf; die jüngern Prinzen pflegten jedoch immer noch ansehnliche Ländereyen zu erhalten, die sie ganz als ihr Eigenthum behandeln und vererben konnten. — Erst Philipp der Schöne machte im Jahr 1314 die wichtige Anordnung, daß ein Besitzstück, welches der regierende König einem Prinzen von Geblüt verliehe, in Ermangelung männlicher Erben desselben, allemal zur Krone zurückfallen sollte. Nur eigentlich von dieser Zeit an hießen die den Prinzen verliehne Ländereyen, Appanagen d. h. gesetzlich - limitirte Besitzungen; (obgleich das Wort sonst im Lehnsystem eine weitre Bedeutung hatte. S. Du Cange Glossar. h. v.) G.

verlor die Pairschaft ihren ganzen Werth, und den Prinzen blieb nichts weiter übrig, als in eine adeliche Wahlversammlung zu gehen, und sich zu Deputirten ernennen zu lassen, wenn sie noch den geringsten Einfluß auf die Verwaltung der Staatsgeschäfte behalten wollten. Dagegen war es die Absicht derer, welche das Englische Parlament zum Modell vorschlugen, daß die Prinzen geborne Mitglieder des Senats oder Oberhauses seyn sollten. Nur auf diese Weise war es möglich, ihnen einen ihrem Range angemessenen Platz in der gesetzgebenden Versammlung anzuweisen, und sie von Cabalen und Faktionen zurück zu halten, wozu die Begierde gewählt zu werden, und sich unter dem großen Haufen der Deputirten auszuzeichnen, sie sehr leicht bewegen konnte.

Die Repräsentation nach Ständen wünschen, hieß, die Constitution von Schweden, so wie sie unter den nächsten Vorgängern Gustav III beschaffen war, verlangen. Jedermann mag nun entscheiden, wer größeres Ansehen besaß: die beiden Vorgänger Gustavs oder der König von England.

Indem die Verteidiger der abgesonderten Repräsentation den Reichsständen die Rechte einräumten, welche ganz Frankreich ihnen zugedacht hatte, bewilligten sie ihnen alle diejenigen, welche das Englische Parlament ebenfalls besitzt: sie ließen also alles geschehen, was das Königliche Ansehen schwächen konnte, und widersetzten sich gerade dem, was im Stande war, sie zu beschützen. Die bessern Royalisten waren also die, welche durch die Organisation der Ständerversammlung zugleich die Rechte des Throns und die Freiheit der Nation zu sichern wünschten.

Neunzehntes Kapitel.

Von der doppelten Repräsentation des dritten Standes und den Gründen, welche eine Deliberation nach Köpfen wünschenswertig machten.

Indem man drey verschiedene Classen von Repräsentanten anordnete, nahm man auf ein dreyfaches Interesse, das der Geistlichkeit, des Adels, und des dritten Standes Rücksicht. Nothwendig mußte man die überwiegende Wichtigkeit des letztern fühlen, da der dritte Stand die Gesammtheit des Volkes in sich begriff. Am Ende des achtzehnten Jahrhunderts glaubte man wahrscheinlich nicht zu viel für diesen Stand zu thun, als man verordnete, daß seine Deputirte soviel Einfluß bey den Deliberationen als die Deputirte der beiden andern Stände zusammen genommen haben sollten.

Die Regierung hatte lange vorher festgesetzt, daß in den neuerrichteten Provin-

zialadministrationen die Deputirten des dritten Standes in eben so großer Anzahl als die Deputirten der beiden andern Stände zusammengenommen gewählt, und daß die Stimmen nicht nach Ständen, sondern nach Köpfen gezählt werden sollten. Von dieser Zeit an waren die meisten Bürger überzeugt, daß jene doppelte Repräsentation ein Recht des dritten Standes sey.

Man sagt heut zu Tage, daß die doppelte Repräsentation in den Provinzialadministrationen nicht dieselben Folgen haben konnte, als in der Ständeverammlung. Allerdings waren die erstern von einer ganz verschiednen Natur und hätten mit der letztern eben so wenig Aehnlichkeit in Ansehung der Formen haben sollen, als sie in Ansehung der Gegenstände hatten: da man aber unklug genug gewesen war, sogar bey bloß administrirenden Versammlungen das Interesse abgesonderter Stände zur Sprache zu bringen, so konnte man mit Recht voraussetzen, daß mit der Wichtigkeit einer Versammlung die Wichtigkeit der Gründe, dem dritten Stande eine doppelte Repräsentation zu bewilligen, steigen würde.

In einer Versammlung, die am 14ten Juny zu Grenoble unter dem Namen der drey Stände dieser Stadt gehalten wurde, in welcher man den Entschluß faßte, die drey Stände von Dauphiné zu einer Vereinigung gegen die verderblichen Projekte des damaligen Ministeriums einzuladen, beschloß man zugleich auf Wiederherstellung der alten Ständeversammlungen, jedoch in einer weniger fehlerhaften Form, zu dringen. Es war ein Edelmann, der damals ausrief: „wobey sich von selbst versteht, daß die Deputirten des dritten Standes in eben so großer Anzahl seyn werden, als die der beiden übrigen Stände zusammengenommen.“ Wer diesen Mann kennt, der weiß, daß er nicht dazu gemacht ist, um Volksgunst zu betteln, und daß er bloß den Eingebungen seines Herzens folgte. Die Sache schien keinem Zweifel unterworfen zu seyn: Niemand sagte ein Wort gegen diesen Antrag, der sogleich von allen Anwesenden angenommen ward *).

*) In der öffentlichen Bibliothek zu Grenoble findet sich eine im sechzehnten Jahrhundert bey Gele-

In einer Versammlung zu Visille am 20ten Juny, bey welcher sich der grösste Theil von den Edelleuten der Provinz einfand, wurde nochmals erklärt, daß die doppelte Repräsentation des dritten Standes ein wesentliches Erforderniß der neuen Reichsversammlungen sey, die man vom Könige erbitten wollte.

Gelegenheit der damaligen Streitigkeiten zwischen dem Adel und dem dritten Stande verfasste Schrift: *Defense de la noblesse de Dauphiné contre le tiers-état* worin der Adel den Bürgerlichen, welche den König um Abschaffung aller Abgaben-Privilegien gebeten, und sich in dieser Rücksicht über die Beschlüsse der Stände beschwert hatten, erwiedert, „sie hätten gar keine Ursach Beschwerde zu führen, weil in den Versammlungen dieser Stände die Deputirten des dritten Standes um mehr als die Hälfte zahlreicher als die übrigen wären“. Die alten Formen der Stände von Dauphiné waren also dem dritten Stande vortheilhafter als die neuern. M. — Es ist nur zu bedauern, daß M. oder die alte Druckschrift nicht, hinzufügt, ob in diesen Versammlungen nach Köpfen deliberirt wurde. Geschah dies nicht, so half dem dritten Stande die große Anzahl seiner Deputirten nichts: geschah es, so begreift man kaum, wie die Klagen dieses Standes entstehen konnten. G.

II.

M

Ein Beschluss des Staatsraths vom 2ten August berief eine abermalige Versammlung nach Romans, um sie über die Formen des Reichstages, welche die Provinz wünschte, zu consultiren, und ordnete zugleich für den dritten Stand eine doppelte Anzahl von Deputirten an. Durch eben diesen Beschluss erklärte der König, dafs in gewissen Fällen nach Ständen, in gewissen Fällen nach Köpfen gestimmt werden sollte.

Die drey Stände kamen zu Romans im Monat September zusammen, um den Plan zum Reichstage vorzubereiten; die doppelte Repräsentation des dritten Standes, zu welcher keine andre als Bürgerliche gelassen wurden, machte die Grundfläche dieses ganzen Plans aus; Niemand kam auch nur auf den Gedanken, die Nothwendigkeit derselben zu bezweifeln.

Die Stände wollten sich zu verschiednen Mahlen der Freiheit, abgesondert zu deliberriren, welche ihnen der König gelassen hatte, bedienen; aber sobald sie dies thaten, herrschte der Geist des Mißtrauens und der Eifersucht in ihren Beschlüssen; jeder Patriot erschrock über die bösen Folgen, welche die

Fortdauer einer solchen Trennung hervorbringen konnte: indessen wollte man aus Eigenliebe von den in diesen abgesonderten Zusammenkünften einmal genommenen Verabredungen nicht abgehen, ein Umstand, der in die Constitution der Stände von Dauphiné einige ihrer Ungerechtigkeit halber mit den übrigen contrastirende Artikel brachte.

Da man keine andre Zuflucht gegen die Zwietracht fand, als die Vereinigung aller Deputirten, da man bemerkte, daß Mäßigung und wechselseitiges Nachgeben nur dann bey den Ständen einkehrte, wenn sie gemeinschaftlich deliberirten, so wurde einmüthig beschlossen, die abgesonderten Deliberationen auf immer zu verbannen. Es kam ein Artikel in den Plan, welcher festsetzte, daß in der Provinz Dauphiné die Stände hinfort immer vereinigt seyn würden: durch einen andern Artikel ward bestimmt, daß man eifrigst bemüht seyn sollte, dem dritten Stande bey dem allgemeinen Reichstage eine doppelte Repräsentation zu verschaffen. Auch dieser Artikel ging mit ungetheilten Stimmen durch.

Die Untersuchungen, die ich über die Ständerversammlungen in Frankreich und in andern Ländern, wo eine abgesonderte Repräsentation eingeführt war, angestellt hatte, noch mehr aber die Begebenheiten, welche sich unter meinen Augen in Dauphiné zutragen, machten mich besorgt für die Zukunft. Ich glaubte vorausszusehen, daß es in der bevorstehenden Reichsversammlung, wenn die Stände sich trennen sollten, äußerst schwer halten würde, zu einer Reform der Mißbräuche zu gelangen, daß gar leicht Zwietracht unter ihnen ausbrechen, und alle unsre Hoffnungen vereiteln könnte; daß selbst in der Voraussetzung der Eintracht und der nützlichen Thätigkeit derselben, das Gute, das sie bewirkten, von kurzer Dauer, und ihre Form, die sie auf alle künftige Versammlungen fortpflanzten, auf jeden Fall eine fruchtbare Quelle von Uebeln seyn möchte.

Da die Bürger, welche das Wohl ihres Vaterlandes wünschten, einsahen, daß sie vom Throne herab eine gute Organisation des Reichstages nicht zu erwarten hatten, so blieb ihnen durchaus nichts mehr übrig, als diesen Reichstag in den Stand zu setzen, daß er

gemeinschaftlich mit dem Könige die Form der künftigen Reichstage verbessern könnte. Liefs es sich nun aber wohl denken, daß die Majorität eines jeden Standes, wenn die Stände abgesondert deliberirten, Veränderungen zugeben würde, die vielleicht ihre eigne Vernichtung forderten?

Da einmal die alten Gebräuche, die eingewurzelten Vorurtheile, der Gang der Begebenheiten, die Entscheidungen des Staatsraths, für den Reichstag von 1789 die Repräsentation nach Ständen herbey gezogen hatten, so mußte man wenigstens unter den in den vorigen Jahrhunderten beobachteten Formen die fehlerfreisten ausfuchen. Da diese Versammlung die Organisation der künftigen Versammlungen gleicher Art bestimmen sollte, so mußte man den Deliberationen die Gestalt geben, welche die Veränderungen, deren wir bedurften, am leichtesten herbeyführen konnten; dies war die Deliberation nach Köpfen oder die Vereinigung der Stände; ich fand Beispiele davon in verschiednen ältern Reichstagen. Ich konnte um so weniger die abgesonderten Deliberationen der Stände für die einzigen constitutionsmäßigen hal-

ten, als die Provinzialstände in Languedoc, in Provence, und in Dauphiné, beständig ungetrennt deliberirt, und die Stimmen nach Köpfen gezählt hatten.

Ich schlug daher der Versammlung von Dauphiné vor, ihren Wunsch in Rücksicht auf die Vereinigung der Stände laut werden zu lassen, und am 8ten November 1788 schrieb sie einen Brief an den König, um die Vortheile dieser Vereinigung darzuthun *).

In verschiednen Provinzen des Reichs beeiferten sich Versammlungen des dritten Standes, ja Versammlungen der drey Stände

*) Mounier war selbst, als Secretair der Stände von Dauphiné, Verfasser dieses Briefes, in welchem man folgende mit der Ruhe und Mäßigung des Ganzen einigermaßen contrastirende, kühne Stelle bemerkt: „Sollte das verderbliche Beispiel der „Stände von 1614 Nachahmung finden, so müssen „wir mit Recht besorgen, die bevorstehende Versammlung werde nichts für die Wohlfarth des „Reichs und die Ehre der Krone thun können, und „Europa mit Verwunderung erfahren, dafs die „Franzosen weder die Knechtschaft zu „ertragen, noch die Freiheit zu verdienen wissen.“ — S. *Second Procés Verbal de l'Assemblée de Romans*. Grenoble 1788. p. 105. G.

eben die Grundsätze anzunehmen, die in Dauphiné allgemein geworden waren. Ausgezeichnete Schriftsteller erklärten sich für die Deliberation nach Köpfen.

Es war unmöglich, die Gefahren zu übersehen, welche ein ungetheiltes Haus darbot. Es war allerdings nöthig, den Reichsständen von 1789 grofse Gewalt zu verschaffen; mußte man aber nicht zugleich befürchten, daß sie diese Gewalt mißbrauchen möchten? und auf welche Weise sollte der Monarch und das Reich gegen die Fehler einer so zahlreichen Versammlung sicher gestellt werden? Ich hatte mir diese Einwürfe nicht verhehlt; folgende Umstände aber gaben mir Muth ein:

Ich hoffte, daß die Inconvenienzen eines ungetheilten Hauses durch die Liebe und Dankbarkeit, welche damals die Tugenden und die Aufopferungen des Königs allgemein einflößten, durch die mit der Wähl- und Wahlfähigkeit zu verknüpfenden Bedingungen, durch den Einfluß der Krone auf eine grofse Anzahl Mitglieder der Geistlichkeit und des Adels, welche ihr ihre Erhebung verdankten, oder sie noch von ihr erwarteten, endlich durch die Nothwendigkeit einer freien Bei-

stimmung des Königs, ohne welche ich mir keinen Beschluß gültig denken konnte, gemäfsiget werden sollten. Ueber den letztern Punkt waren damals alle Classen von Bürgern einig. Ich hoffte, daß die Freiheit der Deliberation und die Langsamkeit der Entscheidung durch die Vorschriften von Seiten des Monarchen gesichert werden, und daß man sich, da Truppen, Gerichtshöfe, und alle andre Werkzeuge der öffentlichen Ordnung unter seinem Befehl standen, fürchten würde, ihn mit ungleichen Kräften anzugreifen.

Ich hatte wahrgenommen, daß in meiner Provinz, wenn die Stände vereinigt operirten, nichts als das allgemeine Interesse den Ausschlag gab, und daß man, um mit Gunst gehört zu werden, sich an die Ansprüche keiner einzelnen Classe wenden, sondern die Sprache der Vernunft reden mußte. Ich schmeichelte mir also, daß die Reichsstände in jener Form ihre Arbeiten ohne Unruhen zu Stande bringen würden, und hielt es für sehr möglich, ihnen den Vortheil zweyer gesetzgebender Kammern fühlbar zu machen, und unter den Deputirten der drey vereinigten

Stände eine überwiegende Anzahl aufgeklärter und rechtschaffner Männer zu finden, welche eine allgemeine Volksrepräsentation, und außerdem einen Senat eingeführt hätten.

Man hat mich getadelt, daß ich glauben konnte, eine einzige Kammer werde sich je entschliessen, deren zwey zu errichten *). So wenig Wahrscheinlichkeit man aber auch hierin finden mag, muß man doch gestehen, daß es noch weit weniger wahrscheinlich war, die Errichtung zweyer Kammern, so wie ich sie wünschte, von drey abgesondert deliberirenden, und mit einem wechselseitigen Veto versehenen Ständen zu erwarten. Es liefs sich doch viel eher denken, daß die Nicht-Adelichen, welche die Hälfte der Versammlung ausmachten, am Ende die Wohlthätigkeit einer allgemeinen Repräsentation einsehen würden, zumal, wenn man erst die Privilegien, welche ihren Haß gegen den Adel unterhielten, aufgehoben hatte.

Herr Bergasse hatte die Gefahren von beiden, von der Deliberation nach Ständen,

*) S. hierüber und über diese ganze Materie den Zusatz Nro. I. G.

und von der Deliberation nach Köpfen eingesehen: er blieb streng bey den Grundsätzen, die ihn, wo es auf eine eingeschränkte Monarchie ankam, die wesentlichen dünkten, und schrieb für einen Senat von Pairs: der Klarheit ungeachtet, welche er über die abstraktesten Materien zu verbreiten weiß, gelang es ihm nicht, die öffentliche Meinung in den gewünschten Weg zu leiten, und er sah sich ebenfalls gezwungen, Frankreichs Heil von der Vereinigung der Stände zu erwarten, für die er sich endlich erklärte.

Diese Vereinigung schien mir so nöthig, um die Grundflächen einer guten Constitution zu erhalten *), daß ich den Ständen von Dauphiné den Vorschlag that, sie zu einer ausdrücklichen Clausel in ihrem Mandat zu machen. Sie untersagten ihren Deputirten alle abgesonderte Deliberation. Diese Provinz war die erste, welche ihre Repräsentanten ernannte; sie hatte noch vor der allgemeinen Zusammenberufung die Erlaubniß erhalten, sie zu wählen. Ihre Voll-

*) Ein Mehreres verlangte die Provinz Dauphiné von ihren Deputirten nicht. M.

machten lagen schon seit einigen Tagen bereit, als den Wählern der Bericht, den Herr Necker im Conseil des Königes abgestattet hatte, bekannt wurde. Die Provinz Dauphiné wollte die Constitution, die sie sich gegeben, einem nach abgesonderten Ständen deliberirenden Reichstage nicht unterwerfen. Sie konnte dies allenfalls zu einer Bedingung bey der Aufopferung ihrer Privilegien machen, welche sie sich jedoch auf den Fall, daß die Ständeversammlung das Gute nicht stiften sollte, das man von ihr erwartete, ausdrücklich vorbehielt. Das Mandat von Dauphiné mußte natürlich das Verlangen nach der vereinten Deliberation immer mehr ausbreiten.

Man wird mich nicht beschuldigen, das, was ich gethan, um das System der Vereinigung der Stände zu befördern, verheimlicht zu haben. Ich bin noch jetzt der Meinung, daß, wenn sie getrennt blieben, unser Untergang unvermeidlich war, und daß wir nur gerettet werden konnten, wenn sie gemeinschaftlich deliberirten. Uebrigens kan man mir nicht vorwerfen, dies System erfunden zu haben. Ganz Frankreich wünschte die doppelte Repräsentation des dritten Stan-

des: die Vereinigung der Stände war eine nothwendige Folge derselben. Ich habe also die Idee zu dieser Vereinigung nicht angegeben, ich habe sie bloß verteidiget; und wenn ich kein einziges Wort für diese Idee gesagt hätte, so wäre sie doch die herrschende geworden.

Von der andern Seite bin ich weit entfernt, auf meine Bemühungen stolz zu seyn: ich denke mit Betrübniß daran zurück, weil sich Bösewichter ihrer bedient haben, ihre strafbaren Plane auszuführen. Ja! ich verfiel mit mehreren Freunden des allgemeinen Wohls in den Fehler, zu viel Hoffnungen zu nähren: aber wie sehr wurde ich durch meine Lage in diesen Hoffnungen bestärkt! Alles, was sich in meiner Provinz beynahe ein Jahr vor der Zusammenkunft der Stände zutrug, war dazu gemacht, mich in täuschende Träume zu wiegen, und mir die Hindernisse zu verbergen. Wenn ich mir noch jetzt vorstelle, wieviel wir in Dauphiné bloß durch die Macht der Gerechtigkeit und der Vernunft ausgerichtet haben, so begreife ich, wie ich mir einbilden konnte, daß die Franzosen verdienten frei zu seyn. Die untern Classen des

Volks erwarteten in Ruhe das Resultat unserer Arbeiten. Nie hatte der große Haufe einen Einfluß auf unsre Versammlungen. Die Zuhörer blieben beständig in den Schranken des Anstandes, und die Stimmenfreiheit war immer ungekränkt. Die Geistlichkeit und der Adel bewiesen Großmuth, die Mitglieder des dritten Standes Mäßigung. Viele von denen, die sich nachher durch ihren Eifer für die Neuerungen in Dauphiné auszeichneten, waren damals, so wie sie es heute sind, nichts anders, als die verächtlichen Agenten des Despotismus. Niemand hätte nur ahnen können, daß sie es dereinst dahin bringen würden, ein verführtes Volk von ihrer Liebe zur Freiheit zu überzeugen. Einige Mitglieder unsrer Stände haben sich durch ihre Verbindung mit den Feinden des Throns berühmt zu machen gesucht: zu jener Zeit aber äußerten sie eben dieselben Meinungen, zu denen ich mich bekannte. Sie verteidigten öffentlich das System der zwey Kammern; sie mäßigten die Aufwallung einiger leidenschaftlichen Menschen, und predigten dem dritten Stande, daß man nicht zur Freiheit gelange, wenn man seinen Begierden keine

Gränzen zu setzen wisse, und wenn man die erlangten Vortheile nur zum Vorwand, neue zu begehren, gebrauchen wolle.

Es ist also gar nicht zu verwundern, daß die Versammlungen in Dauphiné alle Besorgnisse über die Vereinigung der Stände bey mir gehoben hatten; ich bin in der That so weit gegangen, daß ich erklärt habe, der Tag, wo man die Deliberation nach Köpfen annehmen würde, müßte ein Tag des Jubels für ganz Frankreich seyn.

Eins muß indessen hiebey nicht unbenutzt bleiben. Ich hatte vorausgesehen, daß sich Umstände denken ließen, unter welchen eine ungetheilte, aus den drey vereinten Ständen zusammengesetzte Versammlung, die Wichtigkeit der Prärogativen des Monarchen und die Gefahren der Demokratie vergessen konnte *); wenn nemlich eine solche Versammlung ihre Existenz einem aufgebrachten Volke zu danken haben sollte, und ihre Mitglieder durch die Erinnerung an vergangenen Druck erbittert, durch den

*) *Observations sur les états-généraux. chap. 29.*

Wunsch nach Rache belebt würden. Die, welche die vereinte Deliberation aus reinen Absichten wünschten, hielten diesen Fall für sehr entfernt. Es ist wahr, daß in einer großen Menge von Schriften die wegensten Maximen ausgestreut wurden, daß die Prinzen und verschiedne für die Erhaltung des Throns eifrig-besorgte Bürger nicht Unrecht hatten, sich dadurch erschrecken zu lassen; aber die Versicherungen der Treue und Dankbarkeit, die Ludwig XVI aus allen Städten des Reichs erhielt, befestigten uns in unserm falschen Vertrauen. Wir glaubten, es würde dem Monarchen ein leichtes seyn, die gute Stimmung des Volks zu unterhalten, und zu erhöhen. Es wird sich bald zeigen, daß wir weder die Fehler, die Schwachheiten und den Wankelmuth des Königlichen Conseil, noch die tiefe Verruchtheit einiger Faktionisten mit in unsre Rechnung aufgenommen hatten.

Hätte ich eine vollständigere Kenntniß von dem Charakter und den Planen der Diener der Regierung auf einer, und der eingebildeten Philosophen der Hauptstadt auf der andern Seite, oder mehr Talent in der Zu-

kunft zu lesen gehabt, so hätte ich die Deliberation nach Köpfen aufgegeben; aber ich würde mich demohnerachtet nicht für die Trennung der Stände erklärt, ich würde in der festen Ueberzeugung, daß unser Vaterland nur die Wahl zwischen zwey Uebeln hatte, ein tiefes Stillschweigen beobachtet, und, wenn ich mich ja befugt glaubte, meine Meinung zu sagen, mit Wehmuth erklärt haben: daß zu viel Hindernisse sich gegen uns vereinigten, daß wir der Ständerversammlung entsagen, und daß wir den Despotismus eines Einzigen den Schrecknissen der Anarchie vorziehen müßten.

Zwanzigstes Kapitel.

Ueber den Zusammenhang der doppelten Repräsentation des dritten Standes, und der Deliberation nach Köpfen.

Die Nothwendigkeit, in der sich die Regierung befand, dem dritten Stande eine der Anzahl der Deputirten aus den beiden andern Ständen gleiche Anzahl von Repräsentanten zu bewilligen, wird genugsam einleuchtend, wenn man sich den Zustand der Gemüther am Schlusse des Jahrs 1788 denkt. „Die allgemeine Stimme“ sagte der Siegelbewahrer Barentin in seiner Rede bey Eröffnung der Ständerversammlung „hat für den „zahlreichsten der drey Stände eine doppelte „Repräsentation gefordert“. Die Regierung hätte sich, um diesem Verlangen auszuweichen, auf die Vorstellungen des Adels in einigen Provinzen, auf das Gutachten verschiedener Parlamentarier, auf die Majorität von fünf

Sectionen der Notabeln stützen können: aber hätte sie dadurch der Meinung der Section des Grafen von Provence *), und dem Wunsch aller nicht-adelichen Bürger, ja damals selbst eines grossen Theils des Adels das Gegengewicht gehalten?

Man mußte die Versammlung der Stände fahren lassen, wenn man diese doppelte Repräsentation nicht bewilligen wollte. Der dritte Stand legte einen solchen Werth darauf, daß er sich, fast in allen Provinzen, geweigert haben würde, Deputirte zu wäh-

*) Die Notabeln, welche Necker im Jahr 1788 versammelte, um ein Gutachten über die Form des bevorstehenden Reichstages abzugeben, waren in sechs Sectionen (jede zu fünf und zwanzig Personen) getheilt, bey welchen sechs Prinzen, der Graf von Provence, der Graf von Artois, der Herzog von Orleans, der Prinz von Condé, der Herzog von Bourbon, und der Prinz von Conti das Präsidium führten. Die Mitglieder der Section des Grafen von Provence zeichneten sich von Anfang bis zu Ende durch populäre, der Freiheit günstige, und zum Theil sehr vernünftige Grundsätze aus. Sie erklärten, daß es dem Könige freistehe, die Form der Ständerversamm-

len, oder dafs diese so lange, bis die Gleichheit der Zahl mit den Deputirten der andern Stände hergestellt war, in Unthätigkeit geblieben wären: da aber der Zustand der Finanzen jene Versammlung unentbehrlich machte, so mußte man sich durchaus zu der doppelten Repräsentation entschliessen. Wenn sie, wie viele der Meinung sind, ein großes Unglück für Frankreich war, so muß man dies Unglück mehr den Umständen, als dem Minister, der durch seinen Bericht vom

N 2

lung, so wie es das allgemeine Beste verlangte, zu bestimmen; sie weigerten sich über die Frage, ob diese Versammlung getrennt oder vereint deliberiren sollte, einen Ausspruch zu thun; sie räumten den größern Distrikten eine zahlreichere Repräsentation als den kleinern ein; sie verlangten endlich (gegen das Gutachten der fünf übrigen Sectionen) vielleicht schon von einem übertriebnen Bestreben nach Popularität geleitet, dafs sich die Anzahl der Repräsentanten des dritten Standes zu der Anzahl der Deputirten der beiden übrigen, wie dreizehn zu zwölf verhalten, also noch mehr als Gleichheit Statt finden sollte. G.

27ten Dezember 1788 den letzten Druck gab, beimessen *).

Offenbar beging das Ministerium bey dieser Gelegenheit einen sehr grossen Fehler, indem es die nothwendigen Folgen der bewilligten doppelten Repräsentation übersah, und nicht bemerkte, dass sie die Deliberation nach Köpfen unvermeidlich nach sich zog.

In einer Menge von Vorstellungen und Adressen, worin um die doppelte Repräsentation gebeten ward, war zugleich auf die Vereinigung der Stände angetragen worden: und wenn auch diese beiden Gegenstände nicht in den Wünschen des Volks verknüpft gewesen wären, so konnte man doch ohne alle Schwierigkeit einsehen, dass einer die Wirkung des andern seyn müsse. Liefs es sich denken, dass der dritte Stand, nachdem er einmal soviel Deputirten, als die beiden andern zusammen genommen, erhalten hatte, nicht auch eben so viel Einfluss auf die Deliberation als diese verlangen würde? Was

*) Hierüber und über alles was das Verfahren des Ministers in Rücksicht auf die Vorbereitungen zum Reichstage betrifft, S. den Zusatz Nro. II. G.

half ihm die doppelte Repräsentation, wenn die Stände abgesondert bleiben sollten? Wenn er nicht den Vorsatz gehabt hätte, Gebrauch davon zu machen, warum würde er sich so viel Mühe gegeben haben, sie zu erlangen?

Es ist ganz klar, daß die Zahl der Deputirten eines jeden Standes gleichgültig ward, sobald die Stände nicht gemeinschaftlich deliberiren sollten; aber gerade, weil der dritte Stand mit einem so außerordentlichen Eifer die Vermehrung der seinigen gesucht hatte, konnte man gar nicht zweifeln, daß seine Absicht war, sich ein größeres Gewicht in der Versammlung und eine größere Anzahl von Stimmen zu verschaffen, eine Absicht, die nur erreicht werden konnte, wenn man die Stimmen nach Köpfen zählte.

Wollte also die Regierung die vereinte Deliberation der Stände nicht zugeben, so mußte sie alles thun, um die doppelte Repräsentation des dritten Standes zu verhindern: hielt sie diese doppelte Repräsentation für unvermeidlich, so mußte sie sich auf die Deliberation nach Köpfen gefaßt machen, und sie bey allen ihren Planen, bey allen

ihren Vorsichtsmafsregeln für die Zukunft, als etwas sicher-bevorstehendes voraussetzen.

Der König und die Minister schienen mir damals für die Vereinigung der Stände auf der Reichsversammlung so eingenommen zu seyn, dafs ich ihren Absichten keinesweges entgegen zu handeln glaubte, indem ich die Stände von Dauphiné aufforderte, die Deliberation nach Köpfen zu verlangen. Ich war überzeugt, dafs diese Form noch vor der Eröffnung des Reichstages angeordnet werden würde. Selbst der Bericht im Königlichen Conseil am 27ten Dezember 1788 benahm mir meinen Irrthum nicht *). Es kam mir

*) Dieses Geständnifs ist unbegreiflich, wenn man folgende Stelle, welche gleich zu Anfange des Berichts steht, betrachtet: „Der Eifer, womit „man diese Materie (die doppelte Repräsentation „des dritten Standes) behandelt, scheint von beiden „Seiten übertrieben zu seyn; denn, da die alte Con- „stitution oder die alten Gebräuche die drey Stän- „de zur abgesonderten Deliberation und Stimmen- „gebung berechtigen, so dünkt mich, dafs die Fra- „ge über die Anzahl der Deputirten eines jeden „Standes, der Wärme, mit welcher man darüber „disputirt, nicht ganz werth sey. Es wäre zwar „zu wünschen dafs die Stände sich in solchen

vor, als wollte man die Entscheidung nur aufschieben. Da ich mit keinem der Minister in Verbindung stand, so konnte ich nach nichts, als nach dem Anschein urtheilen. Alles bewog mich zu glauben, daß die Deliberation nach Ständen verbannt werden sollte.

Freilich ist es, wenn man über die natürlichen Folgen der doppelten Repräsentation des dritten Standes nachdenkt, klar, daß man sie bey der Abfassung des Berichts nicht deutlich vor Augen hatte. Es fehlte an einem

„Angelegenheiten, wo ihr Interesse dasselbe ist, „freiwillig vereinigten; da aber dieser Entschluß „von dem ausdrücklichen Verlangen eines jeden „der drey Stände abhängt; so muß man die Erfüllung jenes Wunsches bloß von ihrer gemeinschaftlichen Neigung zur Wohlfarth des Staats erwarten.“ — Deutlicher konnte sich das Ministerium unmöglich erklären: in dieser Stelle lag das Prognostikon aller Stürme, die gegen Frankreich zusammen zogen, und man mußte schon leidenschaftlich für die vereinte Deliberation eingenommen seyn, um nach einer so bedenklichen Aeufserung nicht in seinem Plane wankend, und für das Schicksal seines Vaterlandes im höchsten Grade besorgt zu werden. G.

recht vollständigen Begriff von dem Umfange einer solchen Veränderung. Man verlangte die Deliberation nach Köpfen nur für Gegenstände, die ein gemeinschaftliches Interesse hatten, und man ließ die Einführung derselben von dem freien Willen eines jeden Standes abhängen; das heißt, man erwartete, was man aus hundert Gründen nie hätte erwarten sollen.

Ein und zwanzigstes Kapitel.

Von den Convocatorien, und den durch das Reglement für die Reichsstände vorgeschriebnen Formen.

Das Conseil des Königes, welches den Entschluß gefaßt zu haben schien *), die Reichsstände, trotz der doppelten Repräsentation,

*) Mounier sagt eigentlich: „gefaßt hatte.“ — Ich begreife aber nicht mit welchem Grunde. Necker hatte zu der Zeit, da die Convocatorien und das Reglement ausgefertigt wurden, gewiß noch die Oberhand im Conseil und daß Necker kein Beförderer der abgesonderten Repräsentation war, ist bekannt. Daß aber vermöge der allgemeinen Zweideutigkeit, die das ganze Betragen dieses Ministers charakterisirte, aus der Art und Weise, die Wahlen einzurichten, die Vermuthung, daß man die abgesonderte Deliberation begünstigte, gezogen werden konnte, und daß es daher schien, als hätte das Ministerium jenen Entschluß gefaßt, das läßt sich nicht läugnen. G.

die dem dritten Stande bewilliget war, nach den Formen von 1614 deliberiren zu lassen, richtete alle seine Schritte nach diesem Ziele hin; und man kan wirklich sagen, daß es sich in Rücksicht auf die Absonderung der Stände bestimmter erklärte, als man es in frühern Perioden vernommen hatte.

In verschiedenen Theilen des Reichs hatte sich sogar noch im Jahr 1614 die Gewohnheit erhalten, die Wahlen in einer Versammlung der drey Stände vorzunehmen. Die ältern Convocatorien verordneten bloß, daß der Oberamtmann des Distrikts die drey Stände versammeln sollte, damit sie mit einander berathschlagten, und alsdann Deputirte — — — wenigstens Einen von jedem Stande wählten; in den von 1789 aber hieß es ausdrücklich, und ohne irgend eine Provinz dabey auszunehmen, daß die Wahlen von jedem Stande abgesondert, und nur, wenn jeder Stand besonders dazu seine Einwilligung gäbe, gemeinschaftlich geschehen sollten. Auf diese Art zog man muthwillig das schrecklichste Ungewitter zusammen, indem man von einer Seite die beiden privilegierten Stände gegen

jeden Plan einer Vereinigung mit dem dritten waffnete, und von der andern, den dritten Stand durch die bewilligte doppelte Repräsentation für die gemeinschaftliche Deliberation noch geneigter als vorher machte.

Zu den Wahlversammlungen des Adels berief man nicht allein, wie es noch im Jahr 1614 der Fall war, alle Besitzer der Lehen, sondern alle Edelleute und Geadelte, wenn sie auch keine Art von Eigenthum hatten. Zu den Versammlungen der Geistlichkeit verstattete man nicht blofs den Benefiziarien, und den Capiteln, sondern auch der Ordens-Geistlichkeit, den Pfarrern, und einem jeden Priester *), endlich zu den Versammlungen

*) Die Wirkungen der Vorschrift, welche jeden Edelmann (nicht blofs jeden Lehnbesitzer) wähl- und wahl-fähig machte, und die Wirkungen der damit verschwisterten, welche jedem Geistlichen (nicht blofs jedem Benefiziar) diese Rechte ertheilte, waren aber keinesweges dieselben. Der Adel wählte fast nichts als Eigenthümer, und nur äufserst wenige güterlose Edelleute: die Geistlichkeit wählte ein großes Heer dürftiger Pfarrer, und eine verhältnißmäfsig-geringe Anzahl aus den höhern und reichern geistlichen Classen. G.

des dritten Standes jedem Franzosen, der fünf und zwanzig Jahr alt, und in die Abgaben-Rollen eingeschrieben war, den Zutritt.

Man entfernte sich also von der ersten Regel in der Theorie der politischen Repräsentation, indem man die Unabhängigkeit der Wähler nicht hinreichend sicher stellte, und eine gewisse Masse von Eigenthum, welche allein den Besitzer für die öffentliche Ordnung interessiren kan, nicht zur Bedingung der Wahlfähigkeit machte.

Viele Pfarrer waren gewiss der Achtung des Publikums werth; dadurch aber, daß man sie alle bey den Wahlen zuließ, bewirkte man offenbar, daß sie ihrer größern Anzahl halber mehr Repräsentanten als die übrige Geistlichkeit lieferten, und daß also eine beträchtliche Anzahl Deputirten entstehen mußte, die kein andres Vermögen, als ein magres Gehalt besaßen.

Die, welche den meisten Einfluß auf das Convocations-Reglement hatten, gingen freilich nach dem Gutachten der Notabeln zu Werke: da sie aber bey der doppelten Repräsentation des dritten Standes dieses Gutachten schon überschritten hatten, so mußten sie dies weit ehe

in Ansehung der Erfordernisse zum Wähler und zum Deputirten thun: sie mußten einsehen, daß durch ihre Vorschriften die Inconvenienzen der vereinigten Deliberation, und die Besorgnisse des Adels vermehrt wurden. Wenn gleich die Stimme der Nation die doppelte Repräsentation verlangt hatte, so würde sie sich doch gewissen Bedingungen, denen alle Stände in Ansehung der Wahl unterworfen worden wären, nicht widersetzt haben. Der Vorzug, welchen das in Dauphiné beobachtete Reglement den Eigenthümern zusicherte, hatte allgemeinen Beyfall gefunden.

Auch das war eine höchst verderbliche Mafsregel, daß man die Anzahl der sämtlichen Repräsentanten bis auf zwölfhundert vermehrte. Der Vorwurf über diese Mafsregel trifft indessen fast alle Franzosen: denn es war der allgemeine Wunsch, eine recht zahlreiche Versammlung zu erhalten *). Das

*) Es ist auffallend, wie sehr sich dieser thörichte Wunsch, selbst der einsichtsvollsten Männer bemächtigt hatte. Gudin, der Verfasser von zwey ganz vorzüglichen Werken, die um diese Zeit

größte aller Uebel war aber, die Reichsstände nach Versailles zu bringen. Wenn wir an den Anfang des Jahrs 1789 zurück denken, so müssen wir uns erinnern, daß damals die meisten Royalisten die Bestimmung des Orts, wo die Deputirten sich versammeln sollten, für ziemlich gleichgültig hielten. Die vorige Ständerversammlung war zu Paris gewesen. Das Parlament von England hält seine Sitzungen zu London. Da man nicht vorausfah, daß es Unruhestiftern gelingen würde, den Pöbel in Bewegung zu setzen, so fürchtete

erschienen (*Essai sur l'Histoire des Comices de Rome, des Etats-generaux de la France et du Parlement d'Angleterre, und Supplement au Contrat social*) und unstreitig einer der besten Köpfe Frankreichs ging von der Grille aus, daß die Anzahl der Repräsentanten nach der Volkszahl eines Landes genau berechnet werden müßte, und glaubte, eine Versammlung von sechstausend Personen würde für Frankreich nicht zu groß seyn. S. *Essai sur les comices etc. Tom. II. p. 198.* — Wenn man in einem Buche, welches fast auf jeder Seite großen Geist, und ausgebreitete Kenntnisse verräth, dergleichen Ideen findet, so hat man noch Ursach sich zu wundern, daß es nur zwölf hundert wurden.

G.

man sich auch nicht, mitten unter einer ungeheuren Volksmenge zu deliberiren *).

Wenn es wahr ist, daß einer der Minister durch die Berufung der Deputirten nach Versailles das Interesse der Staatsgläubiger befördern wollte, so hätte man alle Ursach, sich über einen solchen Bewegungsgrund zu be-

*) Necker, der sogar, wie er selbst eingesteht, die Absicht hatte, die Stände zu Paris zu versammeln (welches aber der König aus wichtigen Gründen verwarf) führt in einer seiner neuern Schriften (*Sur l'Administration de Mr. Necker. 1791. p. 61 sqq.*) drey Gründe zur Verteidigung des Entschlusses, die Reichsversammlung nach Versailles zu berufen an: 1. Es würde das größte Mißtrauen bey der ganzen Nation erregt haben, wenn man diese Versammlung in irgend eine von der Residenz entfernte Stadt verwiesen hätte. 2. Die Finanz-Administration, mit welcher doch die Versammlung so wichtige Angelegenheiten zu verhandeln hatte, konnte sich ihrer andern Geschäfte wegen nichtfüglich von Paris entfernen: dies würde ein sehr lästiges Verhältniß veranlaßt haben. 3. Das Interesse der Staatsgläubiger war besser gesichert, wenn die Provinzial-Deputirten, von deren Seite man eine Vernachlässigung desselben besorgte, sich in der Nähe von Paris befanden.

schweren. Es war weit weniger nöthig, den Einfluß der Staatsgläubiger sicher zu stellen, als den Einfluß des Monarchen. Ihre Rechte waren durch die in Ansehung ihrer im ganzen Reiche herrschenden Gesinnungen hinreichend anerkannt und verbürgt; welchen Einfluß

Der letzte Bewegungsgrund, dessen Mounier allein erwähnt, hätte füglich mit Stillschweigen übergangen werden können: er war verwerflicher, als der Minister, der sich hier darauf beruft, vielleicht selbst vermuthete. Gegen die Solidität der beiden andern hingegen, läßt sich, meines Erachtens, sehr wenig einwenden. Ueberdies war das Ministerium durch den Umstand, daß (nach Mounier's eigner Geständnisse) Niemand den schrecklichen Einfluß den die Nähe von Paris auf die Versammlung haben würde, voraussehen konnte, schon vollkommen gerechtfertiget. — Und wer kan endlich mit Zuverlässigkeit angeben, ob man nicht die Reichsversammlung eben so gut aus Troyes oder Soissons nach Paris geführt hätte, als man sie im Oktober 1789 aus Versailles dahin zu ziehen bewog, und ob nicht alles das Elend, das sie veranlaßt hat, von einem andern Orte aus ebenfalls vielleicht in etwas veränderter Gestalt über Frankreich gekommen wäre. G.

fluß wollte man ihnen denn verschaffen? —
Wahrscheinlich doch keinen andern, als den
auf die Gerechtigkeit ihrer Forderungen und
auf die Achtung gegen den öffentlichen Cre-
dit gegründeten? Wenn dies der Fall war,
konnte sie ihre Dokumente eben so gut zu
Soissons oder in irgend einer Stadt, als zu
Versailles oder Paris überreichen.

Zwei und zwanzigstes Kapitel.

**Von den Mandaten der Wähler und dem Ausfall
der Wahlen.**

Wo die Funktionen der Repräsentanten einmal durch langen und anhaltenden Gebrauch oder durch Fundamentalgesetze bestimmt sind, da thut man sehr wohl, die Rechte der Wählenden, so wie es in England geschieht, auf die bloße Ernennung der Deputirten einzuschränken, und diese nicht weiter durch Vorschriften ihrer Committenten binden zu lassen. Anstatt in einer jeden Wahlversammlung zu den gefährlichsten Anträgen Gelegenheit zu geben, anstatt der Neuerungsflucht und der Lust zu glänzen ein erwünschtes Feld und allen schwärmerischen Köpfen eine bequeme Laufbahn zu eröffnen, ist es doch of-

fenbar weiser, den Repräsentanten die Sorge für die Verteidigung der Volksrechte zu überlassen, und ihnen dadurch, daß man ihre Beschlüsse der Revision eines Senats oder eines höchsten Conseil unterwirft, Schranken zu setzen. Wie soll man eine unübersehbliche Anzahl von Wählern, denen man erlaubt zu deliberiren, in Ordnung halten? Wie soll man ihrem Enthusiasmus entgegen wirken, oder sich gegen ihre Irrthümer sicher stellen? Wie soll man verhindern, daß sie die abgeschmacktesten Projekte über alle Theile der Staatsverwaltung in ihre Mandate bringen?

Man muß durch J. J. Rousseau's System äußerst verblendet seyn, um in diesen abgesonderten Deliberationen die Freiheit des Staats zu suchen. Das Beispiel der Pohlischen Landtage ist gewiß nicht dazu gemacht, eine solche Verfassung zu rechtfertigen oder zu empfehlen *). In Frankreich

O 2

*) Bekanntlich geben die Pohlischen Landtage den Nunzien, welche sie zum Reichstage gewählt haben, Instructionen mit. Diese

war sie unschädlich, so lange die Stände nur Klage-Protokolle ablasen, und nicht das ganze Einkommen des Staats von ihnen abhing.

Ich bin weit entfernt, durch diese Bemerkungen das Betragen jener Mitglieder

Einrichtung nannte Rousseau (*Sur le gouvernement de Pologne. c. 7.*) das Palladium der Pohlischen Freiheit. Nach seiner Idee sollte kein Nunzius ein Wort auf dem Reichstage sprechen, ohne diese Instruktion vor Augen zu haben: wenn er vom Reichstage zurückkehrte, sollte der Landtag aufs strengste untersuchen, ob der Deputirte seinem Mandat treu geblieben war: fand sich, daß er es übertreten hatte, so sollte er nie wieder zum Nunzius gewählt werden können; der Landtag sollte sogar, wenn die Uebertretung groß war, die Befugniß haben, ihm den Kopf abschlagen zu lassen! Nichts desto weniger sollte das, was der Reichstag einmal beschlossen hatte, ohne Widerspruch (selbst von denen, die ihre Deputirten dafür enthaupteten) als Gesetz anerkannt werden!

Mich dünkt, wenn irgend etwas die Untauglichkeit der Spezial-Instructionen in einer repräsentativen Verfassung ins Licht setzen kan, so ist es die zu ihrer Empfehlung von Rousseau vortragene Theorie. G.

der Versammlung von 1789, welche ihre Mandate übertreten, und die Vorschriften ihrer Committenten verachtet haben, entschuldigen zu wollen. Da der König die Obliegenheiten der Repräsentanten nicht bestimmt, da er die Bürger eingeladen hatte, sich nach Ständen zu versammeln, und den von ihnen erwählten Deputirten Mandate und Vollmachten zu geben, so konnten diese Deputirten offenbar keine andre Rechte, und keinen andern Beruf, als welche ihnen die Wahlversammlung verlieh, erhalten.

Was war im Grunde ein Deputirter? der Abgesandte der Versammlung eines Distrikts. Zu welchem Ende wurde er abgesandt? um der Versammlung der Reichsstände vermöge der Königlichen Convocatorien beizuwohnen. Was verlangten diese Convocatorien? dafs die Stände sich versammeln, Repräsentanten wählen und dieselben bevollmächtigen sollten, Anträge zu machen, Rath zu geben, Vorstellung zu thun, beizustimmen; alles dies nach der von den Committenten erhaltenen Vollmacht. Ein Deputirter war also nichts anders als ein Spezial-Mandatar, der in dem ihm aufgetragnen Geschäft mit

mehr oder weniger Freiheit zu Werke geht, je nachdem der Grad des Vertrauens, das man ihm schenkt, gröfser oder geringer ist.

Nun handelt aber ein Mandatar, welcher seine Vollmacht übertritt, als ein Pflichtvergefsner: und, wenn er diese Vollmacht beschworen hat, so wird ihn jeder ehrliche Mann als einen Meineidigen betrachten.

Der gröfste Theil der Mandate enthielt alles, was nöthig war, um der Macht des Monarchen heilsame und billige Schranken zu setzen. Die allgemein-verbreiteten politischen Ideen hatten auf die Abfassung derselben sichtbaren Einflufs gehabt.

Obgleich der gröfste Theil der Geistlichkeit und des Adels sich für die Beibehaltung der alten Constitution *) erklärte, so

*) Unter der alten Constitution verstanden sie, so viel sich aus den Mandaten abnehmen läfst, vornehmlich folgende beide Artikel: 1, die höchste Macht im Staat befindet sich in den Händen des Monarchen. 2, Es giebt drey von einander abgesonderte Stände (*ordres*) in Frankreich, deren freie und abgesonderte Deliberation auf dem Reichstage, die allgemeine und individuelle Frei-

verlangte doch die Majorität der Mandate beider Stände nichts desto weniger eine Versammlung, die einen nothwendigen Bestandtheil der französischen Regierungsform ausmachen, Taxen auf eine bestimmte Zeit bewilligen, und die gesetzgebende Macht mit dem Kö-

heit des Bürgers allein sichern, und einem Jeden im Staat den Genuß seiner Rechte verbürgen kan.

Da nun aber alle diejenigen, welche in diese beiden Artikel die unerschütterliche Constitution des Reichs setzten, zugleich die neuen (wenigstens doch vorher nie in dem damals anerkannten Grade besessnen) Prärogativen der Ständerversammlung, nemlich, das Recht bey der Gesetzgebung zu concurriren, die Befugniss jede Abgabe zu sanctioniren, und die regelmässige Wiederkehr, ausdrücklich, und als schlechthin nothwendige Bedingungen einer guten Verfassung annahmen (wovon sich gerade aus solchen Mandaten der Geistlichkeit und des Adels, die am deutlichsten für die Aufrechterhaltung der alten C o n s t i t u t i o n sprachen, sehr häufige Beweise anführen liessen) so scheint es mir äußerst klar, daß die Verfasser der Mandate der privilegierten Stände von dem Einfluß jener neuen Prärogativen auf die Staatsverfassung keinen deutlichen Begriff hatten. Denn hätten sie diesen gehabt, so mußten sie einsehen: 1, daß die höch-

nige theilen sollte. Sie verlangten überdies die Entwerfung einer Urkunde, in welcher alle Fundamentalgesetze enthalten wären *); die Unverletzlichkeit der Deputirten in Rücksicht auf Rede und Votum in der Versammlung, und die Responsabilität der Minister, in Ansehung deren jedoch weder

ste Macht künftighin nicht mehr in dem bisherigen Sinne des Worts in den Händen des Königes bleiben, und 2, daß die Absonderung der Stände in Rücksicht auf die Deliberationen der gesetzgebenden Versammlung, wenn sie nicht ganz wegfallen sollte, schlechterdings auf dem bisherigen Fuß nicht subsistiren konnte. — Sie mußten also keinesweges eine unveränderte Beybehaltung der alten Constitution, und doch gleich darauf Prärogativen, die mit dieser Forderung unvereinbar waren, verlangen, sondern lieber sorgfältig prüfen, und dann mit Bestimmtheit festsetzen, wieviel von jener alten Constitution bey der Errichtung einer neuen (der nicht mehr auszuweichen war) zum Grunde gelegt werden sollte.

G.

*) Die Mandate, die dies verlangten, hatten sämmtlich die alten Fundamental-Gesetze (*les loix anciennes et fondamentales*) im Sinn. Wie wenig der Wunsch, diese alten Gesetze in ihrer Reinigkeit

die Classen der Vergehungen, noch die Formen der Anklage und des Urtheils näher bestimmt wurden.

Die wichtigen Einschränkungen, deren wir eben erwähnt haben, abgerechnet, erkannten alle Mandate die Macht des Königes als vorher-existirend an. Er hiefs mit Recht der Souverain, und seine getreue Unterthanen liefsen es sich nicht einfallen, ihm Prärogativen zu verleihen, ihm, wie man sich nachher ausdrückte, ein Geschenk mit der Krone zu machen. Sie wollten seine Rechte näher bestimmen, nicht jetzt erst einführen; die Mißbräuche abschaffen, nicht den Thron zertrümmern. Kein Gesetz sollte ohne seine freie Beistimmung gegeben wer-

zu erhalten mit den neu-erworbnen Rechten der Ständerversammlung stimmte, ist in der vorigen Note schon bemerkt worden. Ausserdem liefs sich hier noch die Frage aufwerfen: worin denn eigentlich die Fundamental-Gesetze der französischen Monarchie bestanden? eine Frage, deren Beantwortung einen Publizisten im Jahr 1789, welchem System er auch ergeben seyn mochte, in eine nicht geringe Verlegenheit setzen mußte. G.

den. Seine Person war geheiligt. Er behielt das Recht, alle Stellen zu besetzen, alle Arten von Belohnungen auszutheilen, und Verbrecher zu begnadigen. Er blieb das Oberhaupt der Armeen und der Flotten; er allein entschied über Frieden und Krieg: mit einem Worte, man wollte die monarchische Verfassung beibehalten.

Eben so enthielt der größte Theil der Mandate jedes Standes die Mittel zur Abstellung der Mißbräuche, und zur Verbesserung der Lage des Volks. Man fand darin die Abtragung der Staatschuld, die Revision der Civil- und Criminal-Gesetze, die Errichtung der Versöhnungs-Commissionen, eine Veränderung in der Art und Weise, die Richterstellen zu besetzen, die Responsabilität der Tribunäle, die sich in Zukunft nur mit richterlichen Funktionen allein beschäftigen sollten, die Gleichheit der Strafen ohne Rücksicht auf den Stand des Verbrechers, die Aufhebung der Käuflichkeit der Aemter, der außerordentlichen Commissionen, der geheimen Verhaftsbefehle, der Abgabenprivilegien, der innern Zölle, der Salzsteuer, der Aiden, der Frohndienste, die Vermehrung des Ge-

halts der Pfarrer, die Zulassung der Bürger aus allen Classen zu allen Civilämtern, die Abkäufllichkeit der Zwangspflichtigkeiten und der persönlichen Lehndienste, die Wahl der Municipalbeamten, die Festsetzung aller Ausgaben der Regierung — als Hauptartikel einer nothwendigen Reform des Staats aufgeführt.

Wäre nach Ständen deliberirt worden, so hätte man alle diese Vortheile eingebüßt, weil sich die Stände nicht mit gemeinschaftlichen, sondern mit wechselseitig-ausschließenden Forderungen beschäftigt haben würden, und weil die Mehrheit der Mandate des Adels und der Geistlichkeit die Trennung und die Unabhängigkeit der Stände, als eine unwandelbare Grundveste der Constitution betrachtete.

Sobald man vereint deliberirte, und die Mandate aller Stände zu Rathe ziehen wollte, konnte man verschiedne sehr heilsame Gesetze, welche die Mandate jedes einzelnen Standes nicht angaben, daraus entnehmen. Die Mehrheit der gesammten Mandate forderte für die Ständeverammlung das Recht, die Formen des Reichstages auf die Zukunft, ohne an die alte Organisation desselben ge-

bunden zu seyn, festzusetzen; ferner, den Loskauf aller Lehnrechte, die Freiheit der Presse, die Abschaffung der militärischen Conscriptio; die Fähigkeit aller Bürger, nicht allein zu den Civil-, sondern auch zu den Militär-Posten zu gelangen; die Aufhebung der herrschaftlichen Jurisdictionen, des Lehn-geldes, der Annaten, der unnützen Klöster; eine Veränderung in dem System der Apaganen; die Toleranz aller Religions-Sekten, deren Prinzipien nicht mit der bürgerlichen Ordnung stritten, ohne doch der Religion des größten Theils der Bürger die einmal angenommenen Vorzüge zu rauben. Die Mehrheit der Mandate überliefs dem Monarchen eine für die Königliche Autorität und für die öffentliche Ordnung sehr wesentliche Befugniß, nemlich, provisorische Gesetze in der Abwesenheit der Reichsstände zu machen. Endlich hatte man den Deputirten gänzlich frei gestellt, zu allem, was den ihnen vorgeschriebnen Grundsätzen nicht zuwider, und dem allgemeinen Besten zuträglich war, ihre Einwilligung zu geben.

Ungeachtet der weisen Dispositionen, die wir hier angeführt haben, sind die Mandate

von 1789 dennoch ein neuer Beweis, sowohl von der mit Spezialvollmachten verknüpften Gefahr *), als von den Fehlern der Repräsentation nach Ständen. Sehr viele Mandate enthielten Artikel, welche das dem Könige unentbehrliche Ansehen nothwendig entkräften mußten. Man verlangte die allgemeine Einführung der Provinzialstände; man wollte die Form derselben nach der Form der Reichsstände modelliren, wodurch sie offenbar zu viel Macht erhalten hätten, wodurch die Provinzen isolirt, Einheit und Zusammenhang, ohne welche eine monarchische Regierung nicht bestehen kan, aufgehoben worden wären. Man wollte ihnen nicht allein die Erhebung der Auflagen, sondern auch die Verwendung des Ertrages derselben anvertrauen, folglich die Einkünfte des Reichs gänzlich in ihre Hände geben, und ihnen freistellen, sie zurück zu halten, wenn der Monarch nicht nach ihrem Willen verfuhr. Sie wären überhaupt nicht abhängig genug vom Throne

*) Eine weitre Ausführung dieser Materie findet sich in dem Zusatz Nro. III dieses Bandes. G.

gewesen, und man schien sie bloß den Reichsständen unterordnen zu wollen *).

Man überschritt ferner die Grenzen der Billigkeit und Bescheidenheit, indem man in den Mandaten die Veräußerung der Königlichen Domainen verlangte, indem man den

*) Die Mandate des Adels von Paris, Rheims, Nemours u. a. m. lauteten ausdrücklich dahin „daß die Reichsstände allein über die gegen die Provinzialstände geführten Beschwerden entscheiden sollten.“ — Wenn in den Intervallen zwischen den Reichsversammlungen dringende Geld-Bedürfnisse entstehen, soll die Regierung sich an die Provinzialstände wenden“ sagt das Mandat der Deputirten von Agenois. — Man wollte ihnen sogar ein den ehemaligen Ansprüchen der Parlamenter ähnliches Recht in Ansehung der öffentlichen Verordnungen beilegen, indem ihnen „alle Edikte, Declarationen und Patente, ehe die Parlamenter sie eintrügen, zugesandt werden sollten — — — — um ihre etwanigen Widersprüche dagegen zu hören.“ Hierin kamen die Oberamtschaften von Orleans, Limoges, Peronne und noch viele andre überein, wobey ich geflissentlich nur immer die Mandate des Adels vor Augen habe. G.

Deputirten auftrag, die sämmtlichen Pensionen zu revidiren, und die, welche sie ungerecht fanden, aufzuheben oder herabzusetzen, anstatt dafs blofs im Allgemeinen die Summe, welche man zur Bestreitung dieser Ausgabe hinreichend glaubte, hätte bestimmt werden sollen *).

*) Es giebt vielleicht keinen anti-monarchischen Grundsatz, der nicht in irgend einem Mandate zu finden gewesen wäre. Hier nur etliche Artikel zur Probe: Verschiedne Mandate des dritten Standes sprachen dem Könige allen Antheil an der gesetzgebenden Macht ab ⁽¹⁾: in einigen Mandaten der Geistlichkeit war davon die Rede, dafs man dem Könige Personen, die sich zu seinem Conseil schickten, vorschlagen sollte ⁽²⁾: mehrere Mandate der verschiedenen Stände brachten die Errichtung einer National-Casse unter Aufsicht einer Commission der Stände in Antrag ⁽³⁾: viele verlangten die ununterbrochne Fortdauer der Ständerversammlung ⁽⁴⁾: andre wollten, dafs sie sich nach Belieben ajourniren und prorogiren, und dafs der König nicht die Macht haben sollte, sie zu entlassen ⁽⁵⁾. Der Adel verlangte in mehr als einem Mandat, dafs der Monarch gar keinen Einfluß auf die Abgaben haben, dafs jede Verordnung über die

Die Aufrechthaltung des Königlichen Ansehens war nicht der einzige Gegenstand, über welchen

sen Punkt im Nahmen der Nation promulgirt werden möchte ⁽⁶⁾. Selbst in Rücksicht auf das Militär kamen seltsame Neuerungen zum Vorschein. Eine große Anzahl von Mandaten forderte eine unveränderliche Militär-Constitution ⁽⁷⁾: nach einigen sollten die Provinzial-Stände die Subjekte zu den Unter-Lieutenants-Stellen vorschlagen ⁽⁸⁾: es gab sogar eins, welches anrieth, die Constitution der Armee durch Offiziere und Unter-Offiziere, welche die Corps wählen sollten, abfassen zu lassen, und den Entwurf den Reichsständen zur Bestätigung vorzulegen ⁽⁹⁾. M.

Es schien mir der Mühe werth, zu diesen von M. angeführten Artikeln die Beweisstellen der Mandate aufzusuchen. Folgende werden am besten zur Erläuterung dienen können. (1) „Die gesetzgebende Macht gehört der Nation: die ausübende Macht dem Könige: es wäre sehr heilsam, wenn die richterliche von beiden andern schlechterdings getrennt werden könnte“ (Mandat des dritten Standes von Etampes.) — (2) „Es wäre sehr zu wünschen, daß der König sich auf die Bitte der Reichsstände gefallen liesse, eine gewisse Anzahl aufgeklärter Männer, welche sie (die Stände) ihm empfehlen würden, in sein Conseil auf-

welchen man in den Mandaten gefährliche Ideen antraf. Wenn die Stände abgesondert deliberirt hätten, würden ihnen diese Mandate

aufzunehmen.“ (Geistlichkeit von Mantes und Meulan.) (3) „Es soll ins künftige zwey Nationalcassen geben: die eine, die bloß zur Bezahlung der Staatschuld bestimmt wird, die andre, aus welcher die Ausgaben für die Departements, für die Person des Königes u. s. f. genommen werden: alles unter der Aufsicht und Verwaltung der Nation“ — (Dritter Stand von Paris) — „Die Administratoren der Nationalcasse müssen den Reichsständen Rechenschaft ablegen“ (Dritter Stand von Clermont-Ferrand) — (4) „Die periodische Wiederkehr der Reichsstände ist nicht hinlänglich: wenn sie nicht beständig versammelt seyn sollen, so muß wenigstens in den Zwischenräumen ihrer Wirksamkeit eine dreyfache Nationalversammlung, in ununterbrochener Aktivität bleiben“ (Dritter Stand von Mantes und Meulan) — (5) „die Periodicität der Reichsstände muß so sicher und unumstößlich seyn, daß die jedesmalige Versammlung derselben am Ende ihrer Sessionen die Zeit und den Ort ihrer Wiederkehr bestimmen darf, und daß zur bestimmten Zeit die Provinzen ohne weitere Anfrage ihre Deputirten ernennen, und an den vorgeschriebnen Ort abschieken können.“ (Dritter Stand von Nevers) — (6) „Der

Stoff genung zu Streitigkeiten gegeben, und vielleicht die Versammlung von 1789 der Versammlung von 1614 ähnlich gemacht haben.

Adel der Provinz Artois verlangt, daß in Zukunft die Verordnungen, welche Abgaben betreffen, nicht in der Form allgemeiner Landesgesetze“ (also nicht im Namen des Königs) abgefaßt werden sollen. Der Nation allein kömmt es zu, in einer Deliberation, worin sie über einen Theil ihres Eigenthums gebietet, das Wort zu führen.“ (Adel von Arras) — (7) „Es muß endlich eine feste und bleibende Militär - Constitution errichtet werden, und das Avancement durchgehends nach Vorschriften, und nicht nach Willkühr, geschehen.“ (Adel von Orleans, Vermandois, Chalons-sur-Marne u. s. f.) — (8) „Alle Unter-Lieutenants-Stellen sollen vom Könige auf den Vorschlag der Provinzial - Stände besetzt werden.“ (Adel von Ponthieu) (Merkwürdig ist es, daß eben dieses Mandat, welches dem Könige eine ganz unentbehrliche Prærogative rauben wollte, darauf bestand, daß kein anderer als ein Adlicher zu einer Unter-Lieutenants-Stelle gelassen werden sollte) — (9) „Es muß eine neue Militär-Constition von Generalen, Offizieren, und Unteroffizieren, welche die militärischen Corps zu erwählen haben, entworfen, — — und nachher von den Reichsständen genehmiget werden“ (Adel von Rheims.) G.

Der größte Theil der Mandate der Geistlichkeit trug auf die Errichtung einer geistlichen Commission zur Prüfung aller Bücher vor der Publikation derselben an. Sie setzten der Duldung der Nicht-Katholiken zu enge Schranken, verlangten, daß die Ehen zwischen Katholiken und Protestanten verboten werden sollten *), und sprachen für die Beibehaltung

P 2

*) Die Intoleranz, die fast aus allen Mandaten der Geistlichkeit hervorleuchtet, formirt einen sehr auffallenden Contrast gegen die liberalen Grundsätze, welche man über den Punkt der Religion in den Mandaten der andern Stände überall, und gegen die, oft mehr als zu sehr, neologischen Principien in Rücksicht auf die Staatsverfassung, welche man nicht sparsam in ihren eignen findet. — „Unter der Toleranz aller Sekten soll nicht verstanden werden, daß man ihnen jemals öffentliche Religions-Uebungen verstatten wollte“ sagt das Mandat der Geistlichkeit von Dijon. Die Ehen zwischen Katholiken, und Protestanten, das Taufen der Kinder an andern Orten als den (katholischen) Pfarrkirchen, das Patronats-Recht protestantischer Gutsbesitzer, und mehrere ähnliche ganz natürliche Befugnisse der Nicht-Katholiken waren der Geist-

der Klöster *). Sie untergaben die öffentliche Erziehung auf eine zu ausschließende Art der geistlichen Autorität **). Sie behiel-

lichkeit in den meisten Provinzen ein Dorn im Auge. Beynahe alle Wahlversammlungen aber erklärten sich ausdrücklich und zum Theil sehr heftig gegen das Edikt vom Monat November 1787 (S. Th. I. S. 320) wodurch den Protestanten der völlige Genuß der bürgerlichen Rechte versichert worden war. G.

*) Hierin gingen einige Mandate so weit, daß sie sogar darauf antrugen, die Bettelorden dadurch, daß man ihnen einige Grundstücke beilegte, auf eine ehrenvollere Art als bisher zu ernähren.

G.

**) Einige Stellen aus dem Mandat der Geistlichkeit von Lyon sind in dieser Rücksicht merkwürdig. z. B. „Die Geistlichen müssen vorzugsweise die öffentliche Erziehung leiten. Der glückliche Erfolg, mit welchem eine gelehrte geistliche Gesellschaft, deren Aufhebung man dieserhalb nicht genugsam bejammern kan, seit langer Zeit die Schulen dieses Landes dirigirt hat, und die offenbare Superiorität aller Lehr-Anstalten, welche den geistlichen Congregationen anvertraut sind, beweisen, was die Nation von der Frömmigkeit, dem Eifer und den Talenten

ten sich alle Privilegien vor, die nicht auf Abgaben Bezug hatten, und suchten diese Privilegien sogar noch zu erweitern, indem sie für die Geistlichkeit und den Adel den ersten Rang in den Munizipalitäts-Collegien verlangten.

Der größte Theil der Mandate des Adels wollte die Privatjurisdictionen, die abgesonderte Repräsentation aller Adelichen, und verschiedene sogenannte Privilegien, als, das ausschließende Recht, die Orden zu tragen, bewaffnet zu gehen, und Lehne, ohne Entrichtung einer Taxe zu besitzen, beibehalten wissen. Verschiedne Mandate dieses Standes schränkten die Fähigkeit zu einer Offizierstelle zu gelangen, auf die Edelleute ein *), und schlugen Erziehungsanstalten für den armen Adel vor. In vielen wurde behauptet, daß die Adelichen allenthalben denselben Rang

des geistlichen Standes zu erwarten hat“ (S. 24) — Nicht allein die öffentlichen Frei-Schulen, sondern auch die von Privatleuten gestifteten Erziehungs-Anstalten, sollen der geistlichen Autorität untergeordnet seyn. (S. 25.)“ G.

*) S. vorhin S. 226 Note.

haben müßten, der ihnen bis dahin in der Ständerversammlung eingeräumt worden war: man blieb also bey der Voraussetzung, daß Geburt mehr gelte, als eine reelle Würde im Staat. In sehr vielen wurde gegen den Vorschlag, die Gutsherrn für die Grundrenten ein für allemal von den Unterthanen entschädigen zu lassen, protestirt.

Bey dem allen ist es augenscheinlich, daß die bey weitem größte Anzahl der Mandate, wenn man einige Artikel ausnimmt, in Grundsätzen abgefaßt waren, welche, verglichen mit den nachmaligen Deliberationen der Deputirten, durch ihre gemäfsigte Stimmung in Erstaunen setzen. Die Ursach davon war, daß man damals die Gemüther des Volks noch nicht gänzlich vergiftet hatte, daß nur sehr wenige Wahlversammlungen unter dem Einfluß des niedrigsten Pöbels standen, vorzüglich aber daß der Monarch noch den größten Theil seiner Macht besaß.

Die Wahl der Deputirten fiel eben so aus, wie die Abfassung der Mandate, das heißt, sie trug allenthalben den Stempel der

Localstimmung. An einigen Orten ernannte man Männer, die für die Prärogativen des Adels und der Geistlichkeit leidenschaftlich eingenommen waren; an andern fiel die Wahl auf brennende Neuerungsfreunde, welche ihrem unbändigen Stolze, durch die Hoffnung, alles um sich her gleich zu machen, schmeichelten, oder Tugend und Laster mit einem und demselben Auge ansahen. Da, wo die Wähler gerecht und vorsichtig verfahren, gelang es nur wenig Ehrsüchtigen, sich durch Heucheley Stimmen zu verschaffen. Ganz anders verhielt es sich in einer großen Provinz, wo die Edelleute jeder Veränderung, welche die Bürgerlichen wünschten, mit Heftigkeit widerstrebt, wo sie im Uebermaße des Verdrusses, den ihnen die doppelte Repräsentation verursachte, geschworen hatten, keine Deputirte zum Reichstage zu schicken. Hier wurden die Repräsentanten des dritten Standes mitten in einer fürchterlichen Gährung ernannt, und begaben sich, das Herz voll Wuth und Rachsucht, auf den Schauplatz, wo sie nicht genugsam eilen konnten, gegen alles, was den Namen des Adels führte, den Krieg zu erklären, um nur die, von

welchen sie sich beleidiget glaubten, nicht zu verfehlen *).

Was ich jetzt sagen werde, wird vielleicht manchen Leser befremden, ist aber nichts desto weniger vollkommen wahr. Eine überaus große Anzahl von Deputirten bey der Ständerversammlung von 1789 hing, trotz ihres Abscheus gegen die Mißbräuche, dem Könige an, war entschlossen, ohne den freien Beitritt des Monarchen keine Reform zu unternehmen, und von den Gefahren, in wel-

*) Es ist hier von der Provinz Bretagne die Rede, wo gerade zu der Zeit, da die Wahlen vor sich gehen sollten, zwischen dem Adel und den Bürgerlichen blutige Auftritte erfolgten. Die Repräsentanten des dritten Standes dieser Provinz gehörten fast sämmtlich unter die heftigsten Demokraten der National-Versammlung, und wurden aus Haß und Erbitterung gegen ihre adelichen Landsleute, (wozu sich freilich eine ansehnliche Portion von politischer Schwärmerey gesellte) die Anstifter vieler unglücklichen Begebenheiten. Sie waren es die, von Chapelier, Glezen, und Blin, angeführt, jenen aufrührerischen Clubb errichteten, der die erste Grundlage des Clubbs der Jakobiner gewesen ist. G.

che ein übertriebener Hang zu Neuerungen führte, innig überzeugt. Hätten sie ihre Deliberationen in der Stille, und fern von allen Volks-Convulsionen betrieben, so wäre Frankreich gerettet worden.

Herr Burke, dem es an einigen Stellen seines geistreichen Werks über die Revolution an gründlichen Nachrichten über gewisse Seiten unsrer damaligen Lage gefehlt zu haben scheint, versichert, „dafs ihn, nachdem er einmal die Liste der Deputirten des dritten Standes gelesen hatte, kein Unglück, welches Frankreich getroffen, in Erstaunen gesetzt habe“. Nichts fiel ihm in dieser Liste so unangenehm auf, als die überaus grofse Anzahl von Juristen, unter welchen er sich vergebens nach Mitgliedern der höhern Tribunale umsah. — Aber Herr Burke wufste vermuthlich nicht, dafs die, welche die hohen Richterstellen in Frankreich bekleideten, nicht zum dritten Stande zu gehören, dafs sie einen Theil des Adels auszumachen glaubten, dafs alle Edelleute eine abgesonderte Repräsentation verlangten, und dafs folglich den übrigen Bürgern nicht zuzumuthen war, ihnen ein ausgezeichnetes Vertrauen zu schen-

ken. Die Repräsentation des dritten Standes war so gut gerathen, als man es bey der einmal herrschenden Verfassung nur immer erwarten konnte *); so gut als sie nur irgend

*) Man hat folgende Berechnung über die Classification der Deputirten nach ihrer bürgerlichen Qualität angestellt: Zwey Hundert Sechzehn Advokaten; Hundert zwey und sechzig Justitz-Bediente; Hundert sechs und siebenzig Bürger, Kaufleute und Landwirthe; zwey Geistliche; sechzehn Aerzte und Adelige. M.

Ob ich gleich gestehen muß, daß mir der Anblick dieses Verzeichnisses Mounier's Behauptung „die Repräsentation des dritten Standes sey so gut gerathen, als es unter den damaligen Umständen möglich war“ äußerst wankend macht, so wage ich es doch nicht, ihm hierin förmlich zu widersprechen. Ueber seine Beschwerde gegen Burke aber muß ich folgendes erinnern:

Burke bleibt, wenn er von der Beschaffenheit der Repräsentanten des dritten Standes spricht, bey dem Eindruck stehen, den die Liste derselben auf ihn gemacht hatte, ohne zu entscheiden, ob das, was ihn bey dieser Liste in Erstaunen setzte, den Dispositionen der Wähler, oder den Formen der französischen Staatsverfassung zuzuschreiben war. Beides hatte (wenn auch M. dies nicht gern zuge-

gerathen kan, sobald die Wahlen in abgesonderten Classen geschehen. Herr Burke hat zu große Einsichten, um nicht zuzugeben, daß unsre Deputirten-Versammlung für die

ben möchte) Theil daran: und auf jeden Fall war die Wirkung dieselbe, die Ursach mochte seyn welche sie wollte. Burke raisonnirte bloß über das charakteristische von jener, und ließ sich auf diese wenig oder gar nicht ein.

Indessen hat er Mounier's Vorwurf dadurch einigermaßen verdient, daß er nicht bestimmt genug erklärte, vielleicht auch nicht sorgfältig genug untersucht hatte, in wie fern Frankreich „alle Materialien zu einer guten Constitution“ (wie ersagt) „in seinen alten Ständen finden konnte.“ Hätte Burke in diese Untersuchung tiefer eindringen wollen, so würde er bald entdeckt haben, daß jene ihm so anstößige Liste, ohne den nachtheiligen Einfluß, welchen die Privilegien der alten Stände auf das ganze Repräsentations-System hatten, ganz anders ausgefallen seyn würde, und daß man mit der alten französischen Verfassung sehr wesentliche Veränderungen vornehmen mußte, um (wie er sich an einem andern Orte ausdrückt) „die Anlagen welche sie darbot, zu einer brittischen Constitution auszubilden.“

G.

Sicherheit des Throns und für das allgemeine Beste unendlich wohlthätiger gewesen seyn würde, wenn zu einer Stelle in derselben, (wie in England), Niemand ohne den Besitz ansehnlicher Grundstücke berechtigt gewesen wäre, wenn es bey den Wahlen zwischen Adel und Bürgerlichen keinen Unterschied gegeben, und wenn der Edelmann keine Prärogativen gehabt hätte, die ihn um das Vertrauen der Wählenden bringen konnten.

Z u s ä t z e.

I.

Ueber die Organisation der Stände-Versammlung von 1789.

Seit hundert fünf und siebenzig Jahren hatte man in Frankreich keine Ständeversammlung gesehen. In diesem langen Zeitraum hatten sich die wesentlichsten Veränderungen in allen bürgerlichen und politischen Verhältnissen zugetragen. Es war keinesweges zu verwundern, daß sich über die Organisation einer solchen Versammlung, sobald man an der nahen Wirklichkeit derselben nicht mehr zweifeln durfte, sehr verschiedene Meinungen einfanden.

Man konnte bey dieser Organisation auf dreyerley Art zu Werke gehen:

1. So, daß man die Form der letzten Reichstage (von 1560, 1576, 1588, 1614) zum Grunde legte, das heißt, die Deputirten der drey Stände abgesondert deliberi-

ren, und alsdann, entweder einen Stand durch zwey binden, oder zwey durch einen zurückhalten liefs, oder endlich den König als souverainen Richter über ihre Beschlüsse erkannte. — Ohne sich in Ansehung dieser letzten Punkte zu erklären, wahrscheinlich ohne sich selbst darüber Rechenschaft geben zu können, war der größte Theil des Adels und der Geistlichkeit, und mit ihnen alle diejenigen, die aus übertriebner Gewissenhaftigkeit, von dem, was sie die alte Constitution nannten, und was sie in der getrennten Deliberation der Stände zu erblicken glaubten, nicht abzugehen wagten, dieser Organisation der Ständerversammlung eifrig zugethan.

2. So, daß die drey Stände vereint deliberirten, und die Stimmen nach Köpfen (nicht nach Ständen) gezählt wurden — Diese Form wünschten neunzehn Zwanzigtheile aller über diesen Gegenstand nachdenkenden Einwohner von Frankreich. Nachdem Necker dem dritten Stande eine doppelte (d. h. der Anzahl der Repräsentanten aus den beiden übrigen Ständen zusammen genommen gleiche) Repräsentation ausgewirkt hatte,

hatte, gesellte sich zu dem Wunsche die gerechte Hoffnung, diese Form realisirt zu sehen.

3. So, daß man durch eine künstliche Constitution der absoluten Trennung und der absoluten Vereinigung auswich. — Dies letztre war das System einiger wenigen Männer von scharfem Blick in die Zukunft, tiefen Einsichten, und wahrem Patriotismus. Bey der nähern Erörterung wird sich zeigen, daß und warum es ein schöner Traum geblieben ist.

I.

Mounier hat im vierzehnten Kapitel dieses Werks über die schädlichen Folgen einer nach Ständen abgesonderten Nationalrepräsentation so eindringend und so ausführlich gesprochen, daß ich nicht nöthig habe, diese Materie hier weitläufig abzuhandeln. Wenn eine solche Verfassung auf die Dauer auch möglich gewesen wäre, so konnte sie doch nie ersprießlich für Frankreich werden. Zum Glück hätte sie sich, unter jeder Voraussetzung, frühzeitig selbst zerstört.

II.

Q

Ist aber eine nach Ständen abgesonderte Repräsentation zu den gewöhnlichen Zwecken der Gesetzgebung, und zu den alltäglichen Geschäften des Staats *) nicht einmal brauchbar, wie kan man sich ihrer da bedienen, wo es auf Angelegenheiten von noch höherm Interesse als die Gesetzgebung selbst, und auf Geschäfte und Verhältnisse von einer ganz außerordentlichen Beschaffenheit ankömmt?

Es läßt sich nicht begreifen, wie drey abgesondert deliberirende Stände ein so schweres, vielseitiges, und kunstreiches Werk als eine Constitution für Frankreich war, jemals zu Stande gebracht hätten. Um es nur aufzurichten, wenn es auch weit von jeder Art von Vollkommenheit entfernt geblieben wäre, mußte doch eine Einheit in der Erfindung und Ausführung herrschen, die mit dem Begriff von drey nach ganz verschiednen Grundsätzen operirenden, und von ganz entgegengesetztem Interesse geleiteten Versammlungen unvereinbar ist. Die abgesonderten Stände

*) Aus diesem Gesichtspunkt wird sie in dem vorhin angeführten vierzehnten Kapitel nur betrachtet.

hätten nie eine Constitution, vielweniger eine gute hervorgebracht.

Um das letzte zu vollbringen, mußte (außer tausend andern Erfordernissen) ein Heroismus der Selbstverläugnung sie besee-
len, den man selten unter einzelnen Men-
schen, noch seltner bey großen von einem
Corporationsgeiste durchdrungenen Gesellschaf-
ten findet, und auf den man niemals Rech-
nung machen darf. Eine der ersten Opera-
tionen, welche die Stiftung einer guten Con-
stitution unnachlässlich forderte, war gerade
— die Aufhebung der Deliberation nach Stän-
den. Diese blieb unmöglich, so lange die
privilegirten Stände sich auch zu einem An-
theil an der Gesetzgebung privilegiert glaub-
ten. Sie hätten sich also und zwar gerade
in dem ersten Augenblick, wo von einem
wahren Gesetzgebungsrecht der Reichsstände
die Rede seyn konnte *), in ihrer legislati-

Q 2

*) Es ist im Laufe des gegenwärtigen Werkes
oft bemerkt worden, was es mit dem Gesetzge-
ben der sämtlichen ehemaligen Ständeversamm-
lungen für Bewandniß hatte.

ven Qualität selbst vernichten, und den Grund zu einer Ordnung der Dinge legen müssen, worin vielleicht kaum dreyßig oder vierzig der Individuen, aus welchen die Repräsentantenhäuser der beyden obern Classen bestanden, eine Stimme in den Staatsgeschäften behalten hätten *). Ist es wahrscheinlicher, daß die Mehrheit einer durch alte Vorurtheile, durch lange-genofsne Prärogativen,

*) Dem sachkundigen Leser wird es deutlich seyn, daß dies auf die Errichtung eines Ober- und Unterhauses zielt. Wollte man dagegen einwenden, die Mitglieder der privilegierten Stände würden, wenn auch nur wenige unter ihnen ins Oberhaus kommen konnten, doch die Hoffnung, zu Repräsentanten im Unterhause gewählt zu werden, nicht verloren haben, so bitte ich zu erwägen, daß bey der einmal eingewurzelten Abneigung gegen die höhern Stände vermuthlich viel Zeit verflossen wäre, ehe die Nicht-Adelichen, die doch in den Wahlversammlungen immer die Mehrheit ausgemacht hätten, sich entschlossen haben würden, Adelige zu wählen. Uebrigens ist dies auch nur ein Neben-Argument. Denn für den bloßen Ehrgeitz ist es immer etwas ganz anders, Mitglied eines gesetzgebenden Standes, oder zufälliger Deputirter in einer Repräsentantenkammer zu seyn.

durch mächtiges Interesse geblendeten, durch die drohende Gefahr eines herannahenden Unterganges geschreckten, durch manchen beleidigenden Schritt einer furchtbaren Gegenpartey erbitterten Versammlung Heldenthaten dieser Art verrichten, oder dafs sie vielmehr, so edel und grofsmüthig auch ein Theil ihrer Mitglieder gesinnt seyn mag, so aufrichtig sie alle das allgemeine Beste (nur nicht durch ihren Ruin erkaufte) wünschen mögen, gehen wird, wohin Menschlichkeit und Leidenschaften sie rufen?

Jedermann weifs, dafs die abgesonderte Deliberation den gesetzgebenden Reichstag, von welchem Frankreichs Wiedergeburt ausgehen sollte, eröffnete. Diese Form hat also ihre Probe abgelegt. Was war das Resultat? Aufser ihrer eignen baldigen Vernichtung, Zwietracht so lange sie existirte, gänzliche Vergessenheit des Hauptzwecks, absolute Stokung in dem wichtigsten aller Geschäfte, eine verderbliche Eilfertigkeit auf der einen, eine unglückschwangre Unthätigkeit auf der andern Seite, gränzenlose Cabalen und Gegen-Cabalen, eine schwarze feindselige Stimmung der Gemüther, heimtückische, abge-

schmackte, tyrannische, tollkühne Mafsregeln am Hofe; Unzufriedenheit, Murren, geheime Gährung, offene Rebellion unter dem Volke; und zuletzt — um alles zu krönen — jenes Ungeheuer einer National - Versammlung, das beispiellos und einzig in der Geschichte stehen würde, wenn es nicht andre Ungeheuer erzeugt hätte, an welchen alle menschliche Critik verzagen, und alles menschliche Erstaunen müde werden mufs.

II.

Die, welche der abgesonderten Deliberation nach Ständen abgeneigt waren, und aufser ihr entweder nichts andres kannten, oder nichts andres kennen wollten, oder endlich nichts andres für ausführbar hielten, als die gemeinschaftliche Deliberation der Stände, setzten das Heil und die Wohlfahrt des Reichs in die doppelte Repräsentation des dritten Standes, in das Votiren nach Köpfen, in eine einzige, ungetheilte gesetzgebende Versammlung.

Mounier gehörte in die letzte Unterabtheilung dieser Classe. Es ist gewifs, dafs ihm die Folgen des Projekts, welches er aus

allen Kräften zu befördern suchte, nicht ganz entgangen waren: es ist aber eben so gewiß, daß er sie nicht in ihrer vollen Stärke fühlte, daß er sich durch Sicherheitsgründe beruhigen, und durch Hoffnungen hinreißen liefs, die nur auf ein Gemüth, das schon mit Wärme an seinen Meinungen hing, Eindruck machen konnten.

Ich unternehme es nicht, alle Gefahren zu schildern, denen die Nation und der König durch die vereinte Deliberation in einer ungetheilten Ständerversammlung ausgesetzt ward. Da sich im Verfolg dieses Werkes Veranlassungen genung finden werden, die Verderblichkeit einer solchen Organisation aus mehr als einem Gesichtspunkte praktisch darzustellen, so will ich hier nur einige einleuchtende, von Mounier ganz übergangne vielleicht in dem critischen Zeitpunkt überhaupt zu wenig beachtete Wirkungen derselben berühren. Weil diese Wirkungen in der Natur der Sache liegen, mit ihrer Ursach nothwendig verknüpft waren, und einem unbefangnen Nachdenken schlechterdings einleuchten mußten, so glaube ich nicht, daß es die unbillige Forderung einer Prophetengabe in sich schließt, wenn ich es für unbegreif-

lich erkläre, wie Männer von geübtem Geiste einem System, dessen Tendenz so leicht zu berechnen war, mit Vertrauen, und sogar mit Freudigkeit entgegen gehen konnten.

1. Es fehlt dem Staat, sobald einer einzelnen nur durch sich selbst controlirten Versammlung das Geschäft der Gesetzgebung übertragen wird, gänzlich an einer Bürgschaft für die Weisheit und Güte der Gesetze.

Eine Versammlung, die sich bewußt ist, daß ihr Wille Gesetze macht, nimmt bey ihren Beschlüssen nur allzu leicht auf nichts als ihr augenblickliches Wohlgefallen Rücksicht. Wer durch die Macht der Beredsamkeit, oder durch den Einfluß der Cabalen der Mehrheit ein Gesetz angenehm zu machen weiß, ist fast immer seines Sieges gewiß. Dagegen führt die Besorgniß, gesetzlichen und unüberwindlichen Widerstand zu finden, zur Vorsicht, zur Ueberlegung und zu einer weisen Langsamkeit. Das Bewußtseyn alles wagen, und seine Meinungen keiner Revision unterwerfen zu dürfen, giebt den Leidenschaften freien Spielraum. Eilfertigkeit ist allemal der Charakter der Deliberationen

einer solchen Versammlung. Umsonst sucht man sie dagegen durch die Form, welche man diesen Deliberationen vorschreibt, zu sichern: eine Versammlung die selbst Gesetze giebt, können alle frühern Gesetze und Vorschriften nicht aufhalten: und Formen sind leere Worte, sobald sie keine andre Stütze haben, als die Willkühr dessen, der sie beobachten soll.

Wenn eine unbeschränkte, und in sich selbst vollendete Versammlung schon als Gesetzgeberin in einem völlig-eingerichteten Staate gefährlich seyn würde, welch ein Unternehmen ist es, einer solchen Versammlung die Errichtung einer Constitution anzuvertrauen! Jeder Irrthum, in den sie verfällt, jeder leidenschaftliche Fehltritt, jeder übereilte und flüchtige Beschluß zieht hier unabsehbliche Folgen nach sich. Eine einzige fehlerhafte constitutionelle Vorschrift legt den Grund zu hundert fehlerhaften und schädlichen Gesetzen: ein geringscheinender Mißgriff kan gränzenlose Verwirrung herbeyführen: der Rausch einer Stunde kan dem Staat auf lange Jahre Elend und Zerrüttung bereiten.

Wer den Charakter der französischen Nation, wer die durch mannichfaltige Vorfälle bewirkte exaltirte Stimmung der Gemüther gegen das Ende des Jahres 1788, wer den herrschenden Geist der Unruhe und der Neuerung, durch tausend verführerische Schriften genährt, wer alle die Umstände, welche den bevorstehenden Reichstag veranlaßt hatten, überdachte, — konnte der, ohne zu zittern, das Schicksal des französischen Reichs den Deliberationen und Entscheidungen einer einzigen, ungetheilten Versammlung anvertrauen?

2. Das Verhältniß zwischen dieser Versammlung und dem Könige mußte immer so ausfallen, daß die Sicherheit des Throns und die Wohlfahrt der Nation die größte Gefahr dabey litt.

Es war von sehr wichtigen Folgen für Frankreich, ob dieses Verhältniß durch die, in deren Macht es stand, zum voraus genau bestimmt werden, oder ob es seinem eignen Laufe überlassen bleiben sollte. Ganz gefahrlos konnte es nie seyn. Im ersten Fall mußte zwischen dem Könige und der Versammlung der Zustand eines regelmässi-

gen, im letzten der Zustand eines tumultuarischen Krieges eintreten.

Allerdings wären die von der vereinten Deliberation der Ständerversammlung unzertrennlichen Uebel beträchtlich vermindert worden, wenn das Ministerium, wie Pflicht und Klugheit forderten, auf einer Seite der Macht dieser Versammlung, kenntliche, vernünftige, dem einmal anerkannten Zweck derselben angemessne Gränzen gesetzt, und auf der andern Seite die Form, die Bedingungen, und die Wirksamkeit der verlichenen sowohl als der versagten Einwilligung des Königes in ihre Beschlüsse aufs genaueste bestimmt hätte. Ich behaupte aber, daß Krieg zwischen dem Könige und den Repräsentanten, auch wenn dieses geschah, unvermeidlich war. Das Ansehen und die Gewalt einer Versammlung, welche constitutionelle Gesetze für das französische Reich entwerfen sollte, konnte nicht geringe, konnte in der öffentlichen Meinung, dem letzten Fundament alles Ansehens und aller Gewalt, durchaus nicht viel geringer seyn, als die, welche der König bis dahin genossen hatte. Wie liefs sich wohl zwischen zwey Prinzipien von ungefähr gleicher Kraft die

auf einen und denselben Gegenstand in entgegen gesetzter Richtung wirkten, Harmonie erwarten? Das wesentliche der Bestimmung des gesetzgebenden Körpers lag in einer fortschreitenden Thätigkeit, das wesentliche Geschäft des Monarchen in einem gemessnen Widerstande. Er mußte erhalten, jener mußte schaffen, und auf Unkosten des alten schaffen. Ein solches Verhältniß, ohne eine dritte, entweder neutrale oder mit beiden kämpfenden verschwisterte Kraft, die den Eifer der thätigen mildern, die Trägheit der widerstehenden überwinden hilft, führte, wie kunstreich es auch abgewogen seyn mochte, nie zum Endzweck, gar leicht aber, wenn im Getümmel des Kampfes die Regeln, die man ihm vorgeschrieben hatte, vergessen wurden, zu einer allgemeinen Zerstörung.

Wenn aber nun gar eine schwache und kurzsichtige Regierung am Steuerruder einschlummerte, oder einen zerbrechlichen Anker auswarf, indess der furchtbarste Sturm dem lekken Fahrzeuge entgegen tobte; wenn ein verblendetes Ministerium den Zufall oder die Willkühr seiner Feinde die Gränzen zwischen der Königlichen Macht und der auf-

keimenden Macht einer National-Versammlung ziehen liefs, wenn dies Ministerium, unbekümmert um das Schicksal des Reichs, oder unfähig es zu lenken, weder Form noch Regel, weder Berührungspunkte noch Schranken festsetzte — welcher Erfolg war dann von der vereinten Deliberation zu erwarten? Mich dünkt, es giebt nur eine einzige Antwort auf diese Frage: Entweder ein langwieriger und unglücklicher, für alle Parteyen unglücklicher Streit, oder eine baldige und vollständige Unterjochung eines kämpfenden Theils durch den andern, das heifst, in kurzem — kein Thron, / oder keine National-Versammlung mehr.

Es ist im höchsten Grade zu verwundern, dafs nicht von dem Augenblick an, da die Neutralität des Ministeriums in Ansehung der Form des Reichstages entschieden war, alle denkende Köpfe von Frankreich in diesem Raisonnement übereinkamen. Mounier, der demselben unmöglich ganz ausweichen konnte, wiegte seine Skrupel über diesen Punkt mit einigen unhaltbaren Tröstungen zur Ruhe. Er meinte, die Nothwendigkeit der freien Beistimmung des Königes,

(die doch durch nichts gesichert war, und die der Faktionsgeist mit einem Hauche wegbliess), die Bedingungen der Wahlfähigkeit (die ganz anders ausfielen als er sie gewünscht hatte), der Einfluß des Königes auf einzelne Mitglieder (der eine übermächtige Mehrheit erbittern, aber nicht besiegen konnte) würden dem unaufhaltbaren Strom entgegen arbeiten; er bildete sich ein, daß darum, weil in seiner Provinz Ruhe und Anstand bey den vereinten Deliberationen geherrscht hatte, Ruhe und Anstand auch von den Deliberationen einer Versammlung von zwölfhundert Menschen, die nahe bey Paris ihre Sitzungen hielt, nicht weichen, besonders aber, daß die Tugenden und Aufopferungen des Königes in der Liebe und Dankbarkeit aller Bürger ihren Lohn, folglich auch seine Macht darin ihre Schutzwehr finden würde. Er war uneingedenk jener wichtigen praktischen Lehre, die er uns selbst vorträgt, die aber vielleicht die Revolution erst recht tief in sein Gemüth gesenkt hatte: „daß man nie „anders als nach den Leidenschaften der Menschen calculiren muß, und daß es die gefährlichste aller Schimären ist, auf die Hoff-

„nung der Tugend und Vaterlandsliebe der
„Bürger eine Staatsverfassung zu gründen“.

3. Es liefs sich schlechterdings nicht erwarten, dafs eine vereint-deliberirende Versammlung Frankreich eine gute Constitution geben würde.

Erstlich befanden sich in einer solchen Versammlung alle die Mitglieder der privilegierten Stände, um deren Willen die abgesonderte Deliberation (mit allem Recht) für höchst gefährlich gehalten ward, nemlich alle diejenigen, denen ihre Privilegien lieber als das Wohl des Vaterlandes waren, und die also gegen eine Constitution, welche diese Privilegien angegriffen hätte, aus allen Kräften streiten mußten. Es liefs sich zwar voraussehen, dafs diese Parthey eine entschiedne Stimmenmehrheit gegen sich haben, zugleich aber auch, dafs sie ihren Gegnern nicht gerade einen unblutigen Sieg lassen, dafs sie sich bis in die letzte Verschanzung verteidigen würde. Das Feld, worin eine friedliche Constitution aufblühen sollte, mußte also auf jeden Fall der Schauplatz eines erbitterten Gefechtes werden.

Zweitens. Es war nicht schwer vorher zu sehen, daß, sobald es auf die Vernichtung der privilegierten Stände in ihrer gesetzgebenden Qualität ankam, ein großer und im Ganzen gut gesinnter Theil der Mitglieder dieser Stände mit jenen, die nichts verlieren wollten, gemeinschaftliche Sache machen würde. Der Patriotismus hat seine Grade. Mancher Edelmann hatte seine Abgaben-Privilegien mit Freudigkeit aufgeopfert, und ward ein Widersacher aller Reform, weil die Kammer des Adels, die letzte Hoffnung seines Standes, angetastet werden sollte.

Drittens. Der Fall, daß übertriebne Ideen und schimärische Systeme die Oberhand in dieser Versammlung gewannen, war ein möglicher, und für einen guten Beobachter gewiß kein unwahrscheinlicher Fall. Auf diesen Fall mußte eine neue Opposition von Seiten aller nüchternen und gemäßigten Mitglieder entstehen.

In den Streitigkeiten zwischen diesen verschiedenen Parteyen gab es nun bey dem gänzlichen Mangel aller vorgeschriebnen Formen durchaus keinen Schiedsrichter und keinen

nen Friedensmittler. Die nothwendige Folge war also hier, wie in dem Verhältnisse der Versammlung zum Monarchen, daß entweder ein endloser Kampf Statt haben, oder eine Parthey die andre zur Annahme ihrer Beschlüsse zwingen mußte. Daß beides nicht ohne Einfluß auf die Constitution, die aus diesem Partheyen-Gefecht hervorgehen sollte, seyn könnte, war einleuchtend, und wie es darauf wirken würde, kein schwer zu lösendes Problem.

Wir haben bis hieher die Minorität der Versammlung im Widerstande gegen die Majorität betrachtet. Nun bleibt noch ein überaus wichtiger Punkt übrig.

Viertens. Es ließ sich nicht bloß vermuthen, sondern mit vollkommener Gewißheit berechnen, daß die Majorität dieser vereinten Versammlung aus einem Theil der Mitglieder der privilegierten Stände und aus dem (bey weitem) größern Theil der Mitglieder des dritten Standes bestehen würde. Der dritte Stand war also das entscheidende Moment in derselben. Um eine gute Constitution einzuführen, hätte in Zu-

kunft *) die Repräsentation dieses Standes von einem Senat, zu welchem freilich dem Verdienst aus allen Classen der Zugang offen seyn mußte, den aber doch nur wenige betreten konnten, und in welchem überdies eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Personen der höhern Stände gesessen hätte, controllirt werden müssen. War es erlaubt zu hoffen, daß eben die, welche sich fähig hielten, ohne irgend einen Beystand und ohne irgend ein heilsames Gegengewicht eine Constitution zu machen, sich oder ihres Gleichen nicht zutrauen würden, allein Gesetze zu geben? Daß zwanzig oder dreyßig herrschsüchtige und rastlose Individuen, welche jene allmächtige Majorität regierten, die Aussicht, künftig noch uneingeschränkt zu gebieten, fahren lassen würden, um ein gesetzgebendes Oberhaus, worin vielleicht kein einziger von ihnen eine Stelle erhalten hätte, zu constituiren? Daß diese präponderirenden Mit-

*) Denn daß auch schon die constituirende Versammlung in zwey Kammern getheilt seyn mußte, soll erst durch das hier angestellte Raisonnement dargethan werden.

glieder mitten im Laufe ihrer ununterbrochenen Siege über die Königliche Macht (die ihrem Ehrgeitz ein unermessliches Feld eröffnet hatten) stillstehen, und um den gedemüthigten Thron ein festes Lager gegen ihre eignen Fortschritte schlagen würden? Ward alles dies wahrscheinlicher, wenn man sich diese siegende Partey vom langen Kampfe mit einer heftigen Opposition erhitzt, und von Haß und Rachgier in einer Bahn, die aus Ehr- und Gewinnsucht betreten wurde, angefeuert dachte.

Diejenigen also, welche Mounier tadelten, weil er sich einbilden konnte: Eine Kammer würde deren zwey in Vorschlag bringen — hatten ihre Rechnung mit gründlicher Sachkenntniß gemacht. So wie man ungescheut prophezeyen durfte, daß die abgesonderte Deliberation der drey Stände nie eine Constitution ins Werk richten würde, so konnte man, nach einer Uebersicht aller Umstände, in denen sich Frankreich damals befand, mit Sicherheit voraussagen, daß die vereinte Deliberation der Stände nie eine gute Constitution bereiten würde.

III.

Wenn weder durch die abgesonderte, noch durch die vereinte Deliberation der Zweck der Ständerversammlung und Frankreichs Wohlfahrt zu erreichen war, so blieb nur Eins noch übrig: man mußte dem Reichstage eine solche Form geben, daß beide vermieden wurden.

Es kömmt hier nicht darauf an, einen umständlichen Abriss der Constitution, welche die Ständerversammlung vor jenen beiden Klippen retten konnte, zu entwerfen. Es ist hinreichend zu bemerken, daß die Natur der Aufgabe folgende drey Bedingungen der Auflösung in sich schloß:

1. Es mußte eine Repräsentation gefunden werden, in welcher sich alle Stände vereinigten. Von Repräsentanten eines besondern Standes mußte nicht mehr die Rede seyn.

2. Neben dieser Repräsentation mußte unter dem Namen eines Senats, einer obern Kammer, eines Oberhauses, oder unter welchem Namen es sonst seyn mochte, ein eigenthümlich-organisirtes Corpus existiren, welches die constitutionellen Vorschläge der

Repräsentanten prüfte, wenn es damit einverstanden war, genehmigte, wenn sie mit dem allgemeinen Besten stritten, verwarf, das Gleichgewicht zwischen der Repräsentationskammer und dem Throne hielt, und dadurch, daß einem Zwiste zwischen beiden von fern vorgebeugt ward, die Harmonie des Ganzen beförderte, und den Uebergang von der alten Verfassung zur neuen ebnete.

3. Dieses obre Haus mußte, um seinem Zweck zu entsprechen, ein von dem Interesse des Repräsentantenhauses verschiednes (wenn gleich nicht demselben entgegen gesetztes) Interesse, und einen von dem Charakter des Repräsentantenhauses verschiednen Charakter haben, folglich aus andern Elementen bestehen, und auf andre Art formirt werden, als jenes *).

*) Man wird mir sogleich den Einwurf machen: diese Bedingungen konnten nicht ausgeführt werden, ohne daß man die ganze alte Verfassung des Reichstages auf einmal über den Haufen warf. Ich antworte: allerdings verhielt es sich so! aber die alte Verfassung war durch die neuen Prärogativen, die man der Ständerversammlung zugedacht hatte, schon so gut als aufgehoben: es kam also bloß darauf an, ob man

Die nähere Ausführung dieser Bedingungen hing von einer auf die genaueste Kenntniß aller Umstände und Verhältnisse gegründeten reiflichen Ueberlegung ab. Vielleicht konnte sie auf mehr als eine Weise mit Vortheil geschehen. Es war überhaupt weniger wichtig, wie eine solche Präliminar-Constitution eingerichtet wurde, als, daßs sie nur unter irgend einer Form zu Stande kam.

Nach allem, was von der Schädlichkeit der Deliberation nach Ständen, und der Deliberation in Einer Versammlung gesagt wor-

freimüthig und consequent genug seyn wollte, auch ohne alle Umschweife Formen, die sich zu diesen großen Prarogativen schickten, und die daraus zu besorgende Gefahr minderten, einzuführen, oder ob man es besser fand, durch eine thörichte Mischung veralteter Formen mit neuen Rechten und Verhältnissen, alles aufs Spiel zu setzen.

Uebrigens versteht es sich von selbst, daßs den obigen Bedingungen in ihrer ganzen Reinigkeit nicht anders Genüge geleistet werden konnte, als wenn man sie noch vor der wirklichen Berufung der Stände auszuführen gewagt hätte. Sobald einmal Deputirte der drey Stände gewählt waren, ward dies unmöglich. Immer aber konnten sie noch zum Theil ausgeführt werden. Das

den ist, wäre es überflüssig den Nutzen der Constitution, von welcher ich hier rede, auseinander zu setzen. Fast alle Argumente, welche die Fehlerhaftigkeit jener beiden Methoden aufdecken, zeigen zugleich die Vortreflichkeit von dieser; und, was uns von der Wahl zwischen zwey grossen Uebeln befreit, kan nie ein unbeträchtliches Gut seyn. Nur die einzige Bemerkung will ich hinzufügen, daß es gewiß kein geringer Gewinn für Frankreich gewesen wäre, in der Form der constituirenden Versammlung gleich das Vor-

Ministerium durfte sich nur geradezu für die vereinte Deliberation, welche eine grofse Majorität der Nation wünschte, erklären, und alsdann aus den zwölf hundert Deputirten ein Oberhaus von Hundert oder Hundert funfzig Personen constituiren. Wenn dieses auch nicht ganz geleistet hätte, was einzweckmäfsig organisirtes (was z. B. schon das von Mounier S. 140-158 vorgeschlagne) leisten konte, so würde es doch sicher viel Gutes bewirkt, und viel Böses verhindert haben. Bey der Auswahl hätte man auf grofse Land-Eigenthümer und auf Männer vom entschiedensten Verdienst und von grossendurch Erfahrung ausgebildeten Talenten sehen, da Wort Cabale hätte, so lange diese Auswahl wahrte, gänzlich aussterben müssen.

bild der Form aller künftigen gesetzgebenden Versammlungen zu besitzen.

Von selbst konnte sich diese heilsame Constitution nicht bilden. Die Reichsstände die noch nicht vorhanden waren, konnten sie, wenn sie auch darüber einig gewesen wären, nicht schaffen. Die Wahlversammlungen konnten es eben so wenig. Die meisten unter ihnen schrieben in den Mandaten, welche sie ihren Deputirten gaben, die gemeinschaftliche Deliberation vor, weil sie kein bessres Mittel wußten, der abgesonderten zu entgehen. Es blieb Niemand im Reiche übrig, den wohlthätigen Plan auszuführen, als der König.

Dafs er dazu berechtigt war, kostet keinen mühsamen Beweis. Seit anderthalb Jahrhunderten war an Ständeversammlungen nicht gedacht worden. Der König rief sie wieder aus dem Nichts hervor. Er that wet mehr: er willigte darein, dafs sie forthin bey der Gesetzgebung, und bey der Einführung aller Abgaben eine Hauptstimme haben, dafs sie zu festgesetzten Zeiten berufen werden, und folglich (was bis dahin nie der Fall gewesen war) einen wesentlichen Bestandtheil der Staatsverfassung ausmachen sollten. Er

war also der wahre Stifter dieser neuen Versammlungen, die mit den vorhergehenden gerade soviel Aehnlichkeit hatten, als das heutige Parlament von England mit dem, was man im elften und zwölften Jahrhundert in diesem Lande so nannte. Nichts wäre widersinniger gewesen, als dem Urheber eines neuen Instituts die Regulirung desselben untersagen zu wollen. Die Provocation auf die alten Formen konnte in jeder Rücksicht nicht gelten. Diese Formen waren ohnedies einem sehr grossen Theile der Nation verhasst: das Publikum hatte theils mit Gleichgültigkeit, theils mit äusserstem Wohlgefallen die Uebertretungen derselben betrachtet, welche in der Ausdehnung der adelichen Repräsentation auf alle Edelleute, in der Einführung einer doppelten Repräsentanzahl des dritten Standes, in der Zuziehung der niedern Geistlichkeit zur Wahlfähigkeit für den geistlichen, lagen.

Ohne Schwierigkeiten hätte freilich ein solches der Nation gänzlich fremdes politisches System nicht eingeführt werden können. Es gehörte allerdings grosse Thätigkeit, und grosse Kunst dazu, zugleich die Anhän-

ger der getrennten und die Anhänger der vereinten Deliberation zu überwinden, die privilegierten Stände zur Aufopferung eines kostbaren Privilegiums, die Majorität der Nation zur Zufriedenheit mit einem Institut, das ihr vielleicht auf den ersten Anblick verdächtig gewesen wäre, zu stimmen, besonders aber die Ueberzeugung von der Güte einer so grossen und unerwarteten Neuerung so schnell und kraftvoll, als es die damalige dringende Lage verlangte, auszubreiten *).

Gleichwohl war es nicht unmöglich, diese Schwierigkeiten zu übersteigen. Mounier giebt selbst Methoden dazu an **). Verschiedene ausgezeichnete Köpfe hatten sich längst mit der Idee von der Nothwendigkeit eines Oberhauses bekannt gemacht. Bergasse, La Luzerne (Bischof von Langres), der Graf Lauragais, u. a. m. hatten sie in eigenen Schriften dargethan. Unmöglich konnten

*) Eine der Haupt-Schwierigkeiten bey jeder Ausführung dieses Plans wäre die grosse Menge unbefriedigter Competenten gewesen, die man bey der geringen Anzahl hoher (legislativen) Aemter vielleicht in gefährliche Feinde verwandelt hätte.

**) Im siebzehnten Kapitel.

diese Schriften ohne alle Wirkung auf die öffentliche Meinung bleiben. Wenn der König und das Ministerium mit Freimüthigkeit und Würde auf die Seite dieses neuen Plans getreten, wenn sie bey der Ankündigung und Ausführung desselben mit strenger, unverkennbarer Sorgfalt für das allgemeine Beste zu Werke gegangen wären, wenn sie es der ganzen Nation fühlbar gemacht hätten, daß dies der sicherste Ausweg aus einer höchst gefährlichen Crise war — wer vermag zu bestimmen, was der Erfolg eines solchen Unternehmens gewesen seyn würde!

Verdienten aber die Schwierigkeiten, die sich diesem Plan entgegen stellen konnten, schlechthin-unüberwindlich zu heißen, alsdann (nicht wie Mounier sagt, sobald die Verderblichkeit der vereinten Deliberation bewiesen war) trat der Fall ein, wo jeder aufgeklärte und redliche Bürger der Ständeversammlung entsagen, und, um sie realisirt zu sehen, günstigere Zeiten abwarten mußte.

Ich weiß sehr wohl, daß man aus einem gewissen Gesichtspunkte alles hier Gesagte als Hirngespinnst vorstellen kan: ich weiß, daß die Ständeversammlung aus verschiedenen Ur-

sachen unvermeidlich geworden war, daß die Regierung, um ihre Bedürfnisse gehoben, die Nation, um ihre Hoffnungen erfüllt zu sehen, diese Versammlung in jeder Gestalt, um jeden Preis, und auf jede Gefahr zu Stande gebracht hätte, daß beynahe die Totalität des französischen Volks die vereinte Deliberation begehrte, daß der König und das Ministerium die Form des Reichstages dem Zufall überließe, und daß unter zehntausend Menschen in Frankreich kaum einer, wenn er darum befragt worden wäre, der bevorstehenden Versammlung die Constitution gegeben hätte, von deren Vorzügen ich bisher geredet habe: — alle diese Umstände aber können die Richtigkeit des hier angestellten Raisonnements (wenn sonst nichts dagegen zu erinnern ist) nicht anfechten, können die Behauptung, daß es nur ein einziges Mittel gab, um die Staatsveränderung, die sich in Frankreich zutrug, wohlthätig für die Nation zu machen, durchaus nicht umstoßen: sie beweisen bloß, daß in Frankreich zwischen dem Ziel, nach welchem alles strebte, und der Fähigkeit es zu verfolgen, zwischen der Masse politischer Aufklärung, die in der

Nation herrschte, und den kühnen Erwartun-
gen, die sie hegte, ein auffallendes Misver-
hältniß obwaltete, und daß das feindliche
Schicksal dieses Landes nur eine ganz geringe
Anzahl erleuchteter Bürger den Pfad zum
Heil entdecken liefs, indess die überwiegende
Menge der übrigen sich in zwey verschiedne
aber gleich gefahrvolle Abgründe verlor.

II.

Von den Fehlern, welche das Ministerium vor der
Versammlung der Reichsstände beging.

Die französische Revolution ist eine Begebenheit, deren erster Grund seit Jahrhunderten gelegt war. Auf der einen Seite hatte die glänzende Größe, zu der Ludwig XIV sich und sein Reich erhob, und die Verschwendung, in welche Minister und Favoritinnen Ludwig den XV zogen, die Verlegenheit vorbereitet, der Ludwig XVI, anfänglich durch unwirksame Palliativ-Mittel, und endlich durch die Berufung der Reichsstände ein Ende machen wollte: auf der andern Seite hatte der allgemeine Hang zu den Wissenschaften, den Ludwig XIV aus Ehrgeitz beförderte, seine Nachfolger wenigstens nicht unterdrückten, nach und nach den Geist und die Gewohnheit des Prüfens, des Nach-

forschens und des Philosophirens über alle Gegenstände verbreitet, und dadurch bey einem höchst schätzbaren Theile der Nation gesunde Begriffe über die Zwecke und Pflichten der Regierung, bey einem höchst gefährlichen schwärmerische Ideen über seine Rechte, und über alle gesellschaftlichen Verhältnisse erzeugt.

Für den aufmerksamen Leser wird es kaum der Anmerkung bedürfen, daß es nicht die Hauptabsicht des gegenwärtigen Werkes war, die entferntern Ursachen der Revolution aufzusuchen. Es sollten hier vorzüglich die unmittelbaren Veranlassungen derselben angegeben, es sollte vorzüglich gezeigt werden, welche ungünstige Umstände sich vereinigten, um Frankreich der Wohlthaten, die es aus der Versammlung der Stände schöpfen konnte, zu berauben.

Unter diesen ungünstigen Umständen nehmen die Fehler des Ministeriums einen sehr ausgezeichneten Platz ein. Ich spreche hier nicht von jenem blinden, heillosen Ministerium, welches in den ersten Tagen des July 1789 die Annäherung der Armee gegen Paris,

und die Verabschiedung der bey dem Volk beliebten Minister beschloß, welches der Revolution ihre letzte Reife, der Königlichen Macht den letzten Todesstoß gab. Ich weiß nicht, ob es erlaubt wäre, über Fehler zu klagen, wo von Rasereyen, wie diese waren, die Rede ist. Ich spreche von dem Ministerium, welches die letzte Hand an die Berufung der Reichsstände legte, und von welchem die Form, die die Versammlung derselben haben sollte, abhing.

Mounier hat zwar schon, so wie sich die Gelegenheit darbot, verschiedne von den Fehlern, deren sich dieses Ministerium schuldig machte, kürzlich berührt, manchmal auch umständlicher erörtert. Es ist aber für die Geschichte jenes merkwürdigen Zeitraums wichtig, und zur vollständigen Kenntniß der Ursachen, welche Frankreichs Unglück bewirkten, nothwendig, diese Fehler in einer ausführlichen Entwicklung zusammen zu stellen, um das ganze Gewebe derselben, das in der letzten Hälfte des Jahrs 1788 und in der ersten des Jahrs 1789 auf das Schicksal des Königes und der Nation einen so entscheidenden

scheidenden Einfluß hatte, mit einem Blick übersehen zu können.

Ein billiges, gegen Irrthümer und Schwachheiten nachsichtiges, und gegen den moralischen Werth des Menschen nicht gleichgültiges Gemüth, wird sich schwerlich ohne eine gewisse Betrübniß erinnern können, daß von dem, was das Ministerium, welches hier angeklagt werden soll, that, bey weitem der größte Theil auf die Rechnung eines einzigen Ministers kömmt, eines Mannes, der aus allen den Ungewittern, die um sein Haupt tobten (und die er selbst zusammen ziehen half) den Ruf der Rechtschaffenheit, der Lauterkeit der Absichten, der Treue gegen seinen König und gegen die Nation, deren Angelegenheiten ihm anvertraut waren, in einem Grade, in welchem man ihn unter großen bürgerlichen Unruhen selten aufrecht zu halten pflegt, rettete. Es ist traurig, einen solchen Mann als Miturheber der schrecklichsten Zerrüttungen angeben zu müssen, die Europa seit Jahrhunderten erlebt hat. Die historische Wahrheit kan sich aber da, wo es auf die Erklärung einer großen Begebenheit ankömmt, um Nebenurtheile über persönli-

che Eigenschaften der Handelnden nicht kümmern; und es würde nie zu begreifen seyn, wie ein durch hohes Alter, ausgebreitete Gewalt, und schwärmerische National-Verehrung so festgegründeter Thron in so kurzer Zeit sinken konnte, wenn man sich nicht von dem Verfahren derer, die ihm in dem kritischen Zeitpunkt zur Stütze dienen sollten, eine vollständige, und, so zu sagen, anschauliche Vorstellung zu verschaffen suchte.

Ich glaube jetzt schwerlich noch auf großen Widerspruch rechnen zu müssen, wenn ich behaupte, daß Necker schlechterdings nicht dazu gemacht war, den höchsten Posten im Staate zu bekleiden *). In einer untergeordneten Station würde er, wenn er auch einen sehr weitläufigen Wirkungskreis gehabt hätte, mit dem treflichsten Erfolge und mit unbeflecktem Ruhme gearbeitet haben. Ob er sich zum Oberadministrator der französischen Finanzen schickte, ist eine Frage, deren Untersuchung hieher nicht gehört.

*) Nie fand die bekannte Bemerkung

Tel brille au second rang, qui s'éclipse au premier,
eine richtigere Anwendung, als bey diesem Minister.

So viel scheint indessen ausgemacht zu seyn, daß er bey aller seiner Reinigkeit, Ordnungsliebe, Sachkenntniß, und Neigung zur Reform, nie den Muth hatte, eine radicale Verbesserung des Finanzwesens in Gang zu bringen, oder auch nur vorzuschlagen; daß viele der nützlichsten Operationen, die er mit einiger Geschmeidigkeit und Weltklugheit durchgesetzt hätte, scheiterten, weil ein gewisses verschlossnes, pedantisches, zurückstossendes Wesen, wovon er sich nie losmachen wollte, die meisten von denen, die ihn unterstützen konnten, in seine Gegner verwandelte, und daß vom Anfang seines öffentlichen Lebens an eine unbegranzte Eitelkeit auf alle seine Tugenden einen dunkeln Schatten warf *).

S 2

*) Nichts hat dem Manne empfindlicher geschadet, nichts so sehr dazu beigetragen, ihm sogar die Verachtung eines großen Theils seiner Zeitgenossen zuzuziehen, als diese unselige und allgegenwärtige Eitelkeit. Sie gab seinen Feinden eine erwünschte Gelegenheit, sein unstreitiges Verdienst in ungerechtem Maße herabzusetzen, sie verbitterte ihm den Genuß des Guten, das er während seiner ersten Administration unläugbar gestiftet hat; sie

Unbegreiflich aber ist es, wie Frankreich im Taumel der Freude über Necker's Zurückberufung im Jahr 1788 den gewaltigen Unterschied zwischen seiner vormaligen, und seiner neuen Bestimmung überse-

führte ihn früher, als es sonst geschehen wäre, bloß weil man ihm einen Platz im Staatsrath verweigerte, von dieser ihm so werthen Administration ab.

Der Schauplatz, wo sich diese Schwachheit am auffallendsten zeigt, und wo er sie gewissermaßen verewiget hat, sind seine litterarischen Produkte. Alle Welt kennt sie, und die Beweise für diese Anmerkung strömen jedem Gedächtnisse zu, sobald man sie nur nennt. Ich wage es zu behaupten, daß die Einleitung zu dem in so mancher Rücksicht schätzbaren Buche: *De l'Administration des Finances en France* als Erzeugniß einer unermesslichen Eitelkeit betrachtet, in der Geschichte und Litteratur ohne Beispiel ist. Sie läßt sich mit dem unbescheidensten, das der eitle Cicero zu seinem eignen Lobe sagte, sie läßt sich mit dem verwegensten, das der eitle (aber doch in seiner Art einzige) Rousseau von sich selbst träumte oder dichtete, in keine Vergleichung stellen.

Das schlimmste bey der Sache war, daß Necker selten eine Staatschrift abfassen konnte, ohne sein Ich dabey ins Spiel zu bringen. Sehr merk-

hen konnte. Während seiner Administration in den Jahren 1777 bis 1781 hatte er mit nichts als mit den Finanzen zu thun: und selbst in diesem Fache durfte er nicht ganz uneingeschränkt schalten, weil sein Beförde-

würdig ist in diesem Betracht der Schluss des berühmten Berichts vom 27ten Dezember 1788, welcher die doppelte Repräsentation des dritten Standes entschied. Er setzt hier den Fall, daß ein beträchtlicher Theil der Nation über diesen Vorzug des dritten Standes in Murren ausbräche, daß große Unruhen im Reiche entstanden, daß man den König zwingen wollte, den ganzen Plan der Ständerversammlung aufzugeben, daß sein Wille nicht mehr wirksam genug wäre, die Hindernisse zu überwinden: — „Welchen Rath,“ sagt er nun „würde ich Ewr. Majestät in dieser schrecklichen Lage geben können? nur Einen und das sollte der letzte seyn: sogleich den Minister aufzuopfern, der den meisten Antheil an dem gegenwärtigen Beschlusse gehabt hat.“

Und mit diesem elenden Theater-Streich endigt dies wichtige, dies unglücksfchwangre Dokument, gerade als wenn es nur darauf angekommen wäre, den Minister der den meisten Antheil an jenen (populären) Beschlusse gehabt hatte, recht tief in alle Gemüther einzuprägen.

rer (und nachher sein Gegner) Maurepas, der sogar den Titel eines Präsidenten des Finanz-Raths führte, sich die Oberaufsicht über dieses, so wie über alle Staatsgeschäfte anmaßte. Andre Angelegenheiten kamen gar nicht in seine Hände: er war nicht einmal Mitglied des Staats-Raths, worin sie verhandelt und entschieden wurden.

Zu einer viel höhern Rolle ward er im Jahr 1788 ausersehen. Er ward, wenn er gleich diesen Titel nicht annahm, wirklicher Prinzipal-Minister von Frankreich. Er ward es zu einer Zeit, wo nur ein unerschütterliches — ich möchte fast sagen, ein unverzeihliches — Vertrauen auf eigne Kräfte den Muth, diese Stelle auszufüllen, eingeben konnte. Es erwarteten ihn Geschäfte von ganz ungewöhnlicher Größe und Schwierigkeit, tief-verwickelte, chaotische, unübersehliche Geschäfte, solche, vor denen der Verstand eines Sully und die Schlaugigkeit eines Richelieu gebebt haben würde.

Sobald man an der Zusammenkunft der Reichsstände nicht mehr zweifeln durfte, ward es durch die Ausprüche der Parlamenter, durch die Stimme des gesammten Publikums

und durch den Beitritt des Monarchen unterschieden, daß sie nicht so unnütz, als alle vorigen Versammlungen dieser Art, ausfallen sollte. Als Necker das Ministerium übernahm, betrachtete man schon die Zuziehung der Stände bey der Anordnung der Auflagen, den Antheil derselben an der Gesetzgebung und ihre periodische Wiederkehr, als ausgemachte, von ihrer Existenz unzertrennliche Attribute derselben. Bald nachher wurden sie von der Regierung als solche anerkannt.

Der Augenblick war nun gekommen, wo es für einen, seinem mißlichen Posten gewachsenen Minister kein dringenderes, so zu sagen, kein anderes Geschäft gab, als (ohne Treulosigkeit gegen das Interesse des Volks) die Ständerversammlung dergestalt zu constituiren, daß die Königliche Macht dabey nicht zu Grunde ging. Die bloße Theorie mußte einem einsichtsvollen Minister sagen, daß es unumgänglich nöthig war, den Thron sicher zu stellen, sobald Reichsstände mit den eben erwähnten Prärogativen, und mit einer Menge andrer, die ihnen hier noch zugedacht waren, existiren sollten. Die Wichtigkeit dieser einfachen Lehre wurde täglich praktisch be-

stätiget. Das bloße Vorgefühl der Reichsstände hatte das Ansehen des Monarchen in der öffentlichen Meinung merklich herungesetzt. Ein Schwarm verwegener Schriften predigte die Grundsätze einer neuen Staatsphilosophie, die alles was alt hieß, so wohlthätig es auch seyn mochte, Mißbrauch und Tyranney, alles was neu zu seyn schien, wenn es auch tollkühn und verderblich war, Reform und Freiheit nannte. Verschiedne Prinzen vom Geblüt hatten gegen diese schamlose Lizenz Vorstellungen gethan, ohne gehört zu werden: Männer, die zugleich die Rechte der Nation und die Rechte des Throns mit wahren Patriotismus umfaßten, gerieten in die tiefste Bestürzung: selbst einige der eifrigsten Beförderer der Ständeversammlung und sogar der vereinten Deliberation, blieben nicht blind für die Annäherung eines neuen Uebels, und warnten vor demokratischen Excessen. — Im Anfange des Jahres 1789 behauptete man schon in Broschüren, die unter die gemäßigten gerechnet wurden, „daß alle gesetzgebende Gewalt der Nation gehörte, und daß man dem Könige nur allein die ausübende lassen müsse.

Man vergesse nicht, daß in diesem gefährlichen und furchtbaren Zeitpunkt Necker der einzige war, der dem Könige durch klugen Rath und kluge Mafsregeln helfen konnte. Alles wendete sich von dem Throne ab. Der dritte Stand war von seinen Schriftstellern und Winkellehrern dahin gebracht, daß er sein Heil lieber in seiner eignen Stärke als in der Gerechtigkeit und Güte des Monarchen suchen wollte: auch hatten natürlicher Weise die neuen Prinzipien nirgends so starke Fortschritte gemacht, als in diesem Stande. Die privilegirten Stände konnten der Regierung nicht sehr zugethan seyn, weil sie die Vorzüge, die man dem dritten Stande bereitete, ungern, und bey dem neuen vom Hofe begünstigten System, keinen Vortheil für sich sahen. Die Prinzen waren fast sämmtlich, obgleich aus verschiedenen Ursachen, mißvergnügt. Necker besafs in so hohem Grade das Vertrauen des Königes, daß Calonne in einem Briefe vom 5ten April 1789 dem Könige vorwerfen durfte, „er habe diesen Minister seinen Erretter und seinen Gott genannt“. Alles also, was zum Besten des Thrones geschehen konnte, mußte von Necker

ausgehen, welcher überdies der einzige von denen, die damals den König umgaben, war, dessen Unternehmungen auf die allgemeine Gunst der Nation rechnen durften.

Wir wollen nun übersehen, was der Minister vom August 1788 bis zum May 1789 in Rücksicht auf die Ständerversammlung gethan, und was er zu thun unterlassen hat.

1. Er vernachlässigte gänzlich, dem Reichstage eine Constitution zu geben, welche zugleich den Gefahren der vereinten und den Gefahren der abgesonderten Deliberation vorbeugen konnte.

Eine Constitution der Ständerversammlung, die Frankreich vor allen Gefahren bewahrt hätte, war (wie schon in der vorigen Abhandlung gezeigt worden ist) ein schweres Werk: es blieb aber immer möglich, dies Werk auszuführen: und es läßt sich kaum berechnen, wieviel ein Minister, der den Werth und die Nothwendigkeit desselben lebhaft fühlte, der es ernsthaft wollte, und der das allgemeine Zutrauen einmal erworben hatte,

mit Klugheit und Geschicklichkeit ausgerichtet haben würde.

Was aber hier eigentlich Tadel verdient, ist, daß Necker eine solche Constitution nicht einmal versucht, daß er nie den Wunsch, sie realisirt zu sehen, geäußert hat, daß nicht einmal die Idee davon, ob sie ihm gleich durch Schriften näher gerückt ward, in der Reihe seiner Ideen über eine Verfassung für die Reichsstände, einen Platz gehabt zu haben scheint.

Es giebt für sein gänzlichcs Stillschweigen in Ansehung dieses Punkts keine andre Erklärung als die, daß er entweder über die Gefahren der abgesonderten, oder über die Gefahren der vereinten Deliberation oder gar über beide, nicht gehörig nachgedacht haben muß: ein Vorwurf für einen Minister in seiner Lage, der nur durch einen einzigen an Härte noch übertroffen wird, nemlich durch den, daß er für eine von jenen fehlerhaften Formen schon leidenschaftlich eingenommen gewesen wäre.

Man hat um so mehr Ursach, sich über dieses Stillschweigen zu verwundern, weil Necker die brittische Constitution kannte

und ehrte. Er war von den Vorzügen dieser Constitution so sehr überzeugt, daß er bald nachher eine Lobrede auf dieselbe verfertigte *): und in der langen Zeit, in welcher er über die Ständerversammlung und über die Situation des Königes meditiren konnte, fiel es ihm nie ein, nur etwas der brittischen Verfassung ähnliches in die Form jener Versammlung zu bringen!

2. Er führte die doppelte Repräsentation des dritten Standes ein, ohne die Deliberation nach Köpfen damit zu verbinden.

*) In seinem Buche: *Du pouvoir executif*. Er sagt (Vol. I c. 3) mit vieler Wahrheit: „das Modell nach welchem die Nationalversammlung arbeiten mußte, lag ihr zu nahe: und dies war unser Unglück: es hätte nicht an den Ufern der Themse existiren müssen u. s. f.“ In dem Abschnitt: Ueber die Constitution der gesetzgebenden Macht. (Vol. I c. 4) berührt er fast alle Argumente, deren man sich nur bedienen kan, um die Heilsamkeit und um die Nothwendigkeit zweyer gesetzgebender Häuser darzuthun. Er sagt ausdrücklich: „Der Entschluß, die Theilung der gesetzgebenden Macht in zwey Kammern zu verwerfen,

Wenn Necker die Deliberation nach Köpfen zugleich mit der doppelten Repräsentation des dritten Standes angekündigt hätte, so würde er zwar den Vorwurf, den man allen denen machen kan, welche die Vereinigung der Stände in Einem Hause für unschädlich hielten, ebenfalls, und zwar als hochverantwortliche, handelnde Hauptperson in verdoppeltem Maße verdienen: aber es würde doch wenigstens Sinn und Zusammenhang in seiner Verfügung gewesen seyn. Jetzt erscheint sie uns wie ein unerklärbares Räthsel.

Die doppelte Repräsentation des dritten Standes war ohne die Deliberation nach Köpfen

und die einzelne ungetheilt deliberirende Versammlung vorzuziehen, galt so viel als eine Declaration, dafs man den Leidenschaften den Vorrang vor der Weisheit geben wollte“.

Wenn man auch annehmen will, dafs Necker vieles, was er in diesem Buche schrieb, erst während der Revolution gelernt hat, (welches ihm Niemand zur Sünde anrechnen wird) so kan man doch unmöglich voraussetzen, dafs er die ersten Prinzipien jener Theorie, und dafs er die Grundzüge der brittischen Verfassung im Jahr 1789 nicht eben so gut als im Jahre 1792 gekannt haben sollte.

eine völlig unnütze Wohlthat. Sobald nach Ständen deliberirt wird (es mag Unanimität oder Pluralität dieser Stände das Gesetz machen) kan es einem einzelnen Stande ziemlich gleichgültig seyn, aus wieviel Personen er besteht. Seine Situation muß sogar in gewisser Rücksicht schlimmer werden, je größer seine Kopfzahl wird. Gesetzt, ein jeder Stand hätte 250 Deputirte gehabt; so machten 126 Stimmen die kleinste Majorität in einem jeden aus: entschied nun die Pluralität der Stände (zwey gegen einen) so wurde der dritte Stand, wenn sich die beiden ersten gegen ihn vereinigten, allemal durch eine wahre Stimmen- nicht bloß Stände - Mehrheit überstimmt: denn die kleinste Majorität der beiden Stände gab immer zusammen 252 Stimmen, mithin immer 2 mehr als die sämtlichen Stimmen des dritten Standes, selbst auf den Fall, daß unter diesen Unanimität Statt hatte. — Nehmen wir dagegen die doppelte Repräsentation des dritten Standes an, so erhalten wir ein ganz andres Resultat. Nun hat der dritte Stand (z. B.) 500, jeder andre 250 Stimmen: die kleinste Majorität dieser beiden in ihrer

Vereinigung bleibt 252; und die Folge ist, daß nun die 500 Repräsentanten des dritten Standes, wenn sie einmüthig sind, von einer halb so großen Anzahl Deputirten der übrigen Stände überstimmt werden *).

Eben, weil diese seltsame Wohlthat, sobald sie isolirt blieb, völlig fruchtlos war, wurde es bald die allgemeine Meinung in Frankreich, daß sie nur der Vorläufer der

*) Ich weiß sehr wohl, daß dieses Ueberstimmtwerden einer größern Anzahl durch eine kleinere auch im Englischen Parlament, daß es allenthalben wo zwey Häuser unter ähnlichen Bedingungen, wie in England, deliberiren, Statt finden kan; ich weiß auch daß es kein Umstand von großer Erheblichkeit ist, und daß es gegen die übrigen Nachtheile der Deliberation nach Ständen eben so wenig in Anschlag gekommen wäre, als es gegen die überwiegenden Vorzüge der Brittischen Verfassung nur irgend in Rechnung gebracht werden kan. Mich dünkt aber, daß sich die entschiedne Widersinnigkeit der Neckerschen Prozedur nicht deutlicher zeigen laßt, als indem man darthut, daß selbst das einzige, wodurch sie einen Unerfahrenen blenden konnte — die Zahl — nicht einmal zum Vortheil derer ausschlägt, die sie begünstigen sollte.

Deliberation nach Köpfen seyn sollte, welche eine große Majorität der Nation sehnsuchtsvoll wünschte. Wenn selbst Männer, wie Mounier, in diesen Irrthum verfallen konnten, dürfen wir uns wundern, daß der große Haufe ihn annahm, daß er geradehin glaubte, die Deliberation nach Köpfen sey durch die doppelte Repräsentation schon bewilliget, und daß er, als nachher die Ständerversammlung sechs Wochen lang zögerte, zu der vereinten Deliberation überzugehen, sein Recht verletzt, und sich zu Klagen, endlich gar zum Aufstande befugt wähnte?

Man muß den Schlüssel zu diesem unbegreiflich-scheinenden Verfahren in Necker's Charakter suchen. Die Erklärung, welche seine Feinde davon geben, widerlegt sich beynahe von selbst *). Nie konnte Necker sich

*) Schon Calonne nannte ihn „einen Mann, der zwischen zwey entgegen gesetzten Parteyen hin und her schwankt, durch listige Umschweife und verfängliche Wendungen sich einen allgemeinen Einfluß zu verschaffen sucht, den dritten Stand als den zahlreichsten, stärksten und ausgelassensten gegen die beiden andern Stände aufwiegelt,

sich vom Ehrgeiz verleiten lassen, ein Verräther seines Königes und ein vorsätzlicher Anstifter bürgerlicher Kriege zu werden. Auch wäre sein Betragen, wenn er diese Absicht gehabt hätte, durchaus unvernünftig gewesen. So wie der dritte Stand nur der Augen bedurfte, um in seinem Bericht vom 28ten Dezember zu finden, daß er die Deliberation nach Köpfen nie einführen würde, so bedurften die privilegierten Stände ebenfalls nur der Augen, um darin zu lesen, daß er diese Deliberation wünschte. Mit den höhern Classen hatte er es folglich hiedurch (wenn es nicht längst vorher

gelt, und sich doch zugleich durch Ausdrücke, die so dunkel und zweydeutig sind, daß sie ihm die Schande sich zu widersprechen ersparen, das Ansehen eines Freundes der privilegierten Stände giebt. „(*Seconde Lettre de Calonne au Roi, 5ten Avril 1789. p. 18*). — In der Folge ward es noch ärger: die Emigrirten legten ihm Absichten zur Last, die sich, ohne in Absurditäten zu fällen, nicht denken lassen: in vielen ihrer Schriften wird Necker als einer von den ausgezeichneten Bösewichtern behandelt, die aus Raubsucht oder Ehrgier muthwillig Staaten zu zertrümmern und Nationen unglücklich zu machen suchten.

geschehen wäre) auf immer verdorben. Er suchte also die Gunst des Volks. Aber warum that er nicht kühnere Schritte, wenn er nach diesem Ziele strebte? Warum erklärte er nicht offner seinen und des Volks Feinden den Krieg? warum setzte er nicht zum wenigsten das, worüber ihm das ganze Reich Beyfall zugejauchzt hätte, die Deliberation nach Köpfen fest?

Es bleibt nur Eine Auslegung übrig. Necker war zu unentschlossen, zu feige, zu kraftlos, um irgend einen Plan für die Zukunft zu entwerfen. Er zitterte, seinen Ruhm aufs Spiel zu setzen: er wollte nicht die Gunst des Hofes, er wollte nicht die Gunst des Publikums verscherzen. Er meinte, die Schwierigkeiten würden sich alle von selbst heben, die Stände recht friedlich von selbst organisiren: er schmeichelte sich höchst wahrscheinlich, daß durch die doppelte Repräsentation des dritten Standes, wenn einmal der Reichstag zusammen war, die vereinte Deliberation bewirkt werden, und daß aus dieser eine glückliche Constitution für Frankreich hervorgehen würde, von welcher er sich in den Träumen seiner Eitelkeit schon als

den Urheber lobpreisen hörte. Necker's Schwachheit, und kein bösesartiges Projekt, war die Quelle dieser abgeschmackten und verderblichen Mafsregel.

3. Er liefs die niedere Geistlichkeit an der Wahl der Ständischen Deputirten Theil nehmen.

Der Einflufs, den dieser Umstand auf den Gang der Deliberationen in der National-Versammlung, und dadurch auf das Schicksal des Reichs gehabt hat, ist auferordentlich grofs. Nach einem gewifs nicht zu hohen Ueberschlage schätze ich die Anzahl der Pfarrer (*curés*), die Mitglieder der Versammlung wurden, auf mehr als hundert und siebenzig. Sie machten also die Majorität der geistlichen Repräsentanten aus. Verlohnnte es sich der Mühe, so oft und viel von Achtung gegen die alten Formen und Gebräuche zu sprechen, wenn man sie zwar dem Nahmen nach beybehalten, in der That aber so schreyend übertreten wollte? War dies der geistliche Stand, so wie man sich ihn auf allen ältern Reichstagen dachte? War diese unge-

heure Abweichung von der bisherigen Observanz nicht ein klarer Beweis, daß das Ministerium sich alles erlauben durfte? Konnte die Geistlichkeit, wenn man sie als Stand bey der Convocation gänzlich übergangen, wenn man einen Senat errichtet, und einigen ihrer vornehmsten und verdientesten Glieder Plätze darin angewiesen hätte, mehr berechtiget seyn zu klagen, als jetzt, da man sie in ihrer ständischen Qualität bloß fortdauern ließ, um sie durch sich selbst zu Grunde zu richten?

Man kan die Zulassung der niedern Geistlichkeit mit gutem Grunde als einen Kunstgriff zur Verstärkung der Macht des dritten Standes betrachten. Denn was waren diese hundert siebzig unbemittelte Pfarrer anders, als hundert siebzig Deputirte, die mit dem größten Theil der Deputirten jenes Standes ein völlig gleiches Interesse hatten? Wenn sie ihrem Vorthail nachgingen, so mußten sie die Bischöfe, mit denen sie dem äußern Scheine nach zu einem Stande gehörten, nicht unterstützen, sondern ihnen entgegen wirken. Es ist nur allzubekannt, in welchem Grade viele unter ihnen diese Maxime be-

folgten. Kaum haben die größten Schwärmer, und die ränkevollsten Köpfe des dritten Standes, der Königlichen Macht, dem Eigenthumsrecht der höhern Classen, und besonders dem Ansehen der Geistlichkeit und der Würde der Religion so empfindlichen Schaden zugefügt, als einige von jenen, zu Gesetzgebern so wenig qualifizirten Geistlichen, die Necker einer Versammlung, in der so große Angelegenheiten erwogen werden sollten, beygesellen konnte.

Die Entschuldigungen, die er selbst für diesen Entschluß anführt *), sind von keiner Erheblichkeit. Er sagt, die Wahlfähigkeit der Pfarrer hätte auf einem Ausspruch der Notabeln, eben dem, welcher alle Adlichen, sie mochten Gutsbesitzer seyn oder nicht, zu den Wahlversammlungen rief, beruht. Gesetz aber, er hätte es nicht wagen dürfen, von diesem Ausspruch abzugehen, wer konnte ihm denn wehren, denselben zu limitiren, und zu modifiziren? Jedermann mußte einsehen, daß es eine unendlich größere, eine unendlich wichtigere Neuerung war, alle Geist-

*) *Sur l'administration de Mr. Necker. p. 54 sqq.*

liche, als alle Edelleute zur Wahl zu ziehen. Niemand hätte ihn also tadeln dürfen, wenn er entweder gewisse Bedingungen mit der Wahlfähigkeit der niedern Geistlichen verknüpft, oder ihre Anzahl festgesetzt, und dadurch wenigstens bewirkt hätte, daß sie nicht die Majorität ihres Standes werden, und zu einem nachtheiligen Einfluß auf die Beschlüsse desselben gelangen konnten.

4. Er gestattete zu den Wahlversammlungen des dritten Standes jedem, der über 25 Jahr alt war, und in einer Abgabenrolle stand, ohne irgend eine andre Qualifikation zu verlangen, den Zutritt.

Wenn man es zu weitläufig, oder wenn man es unpolitisch fand, die Befugniß zu wählen, durch Bedingungen einzuschränken, so hätte man doch schlechterdings nicht anstehen sollen, die Fähigkeit, gewählt zu werden, einer zweckmäßsig bestimmten Qualifikation zu unterwerfen. War es je nöthig, zu Repräsentanten bey einer gesetzgebenden Versammlung durchaus nur Eigenthümer,

und zwar zur vollständigen Sicherheit nur Grundeigenthümer zu ernennen, so mußte es der Fall in Frankreich seyn. Selten hatte eine Versammlung über wichtigere Gegenstände zu entscheiden gehabt, als die waren, welche die Entscheidung der Reichsstände erwarteten. Es kam unter andern Hauptgeschäften auf eine ganz neue Regulirung des Finanzsystems, nicht sowohl auf einzelne neue Abgaben, als auf neue Grundsätze in Ansehung aller Abgaben, es kam auf die interessantesten Verfügungen über einen Theil des Vermögens der sämtlichen Bürgerclassen an. War es möglich, Angelegenheiten von dieser Art mit der vollkommensten Sorglosigkeit Leuten, die selbst nichts besaßen, die also bey den ungerechtesten Beschlüssen eher gewannen als verloren, und bey den gewagtesten Neuerungen keine Besorgniß fühlten, zu überliefern? War es mit der Pflicht eines Oberaufsehers der Nationalwohlfaht vereinbar, die Wahl der Deputirten so sehr ihrem eignen Laufe zu überlassen, daß zwey hundert sechzehn Advokaten, als Repräsentanten des dritten Standes auftreten konnten?

Allerdings entsprang aus der bisherigen schlechten Verfassung der französischen Reichstage dies wichtige Hinderniß einer guten Repräsentation, daß der Adel, der fast alle große Güterbesitzer in sich schloß, einen eignen Stand bildete, und daß der dritte Stand entschiedne Abneigung fühlte, einen Adlichen, wenn er sich auch wirklich darum bewarb, zum Deputirten zu wählen. Die Anzahl der Begüterten, und besonders der Grundbesitzer, die den dritten Stand repräsentiren konnten, ward durch diesen Umstand sehr eingeschränkt. Nichts desto weniger blieben noch immer vermögende Männer genug, und selbst viele Eigenthümer von Grundstücken im Schoofse dieses Standes, und Necker durfte nur, wenn er auf dieser Seite wirken und doch, um die damalige Stimmung der Gemüther zu schonen, keine Classe gänzlich ausschließen wollte, durch ein Reglement zwischen denen, die gar nichts, denen, die Vermögen bis auf eine gewisse Summe besaßen, und endlich denen, die Ländereyen inne hatten, eine solche Proportion vorschreiben, daß das Uebergewicht bey der Deliberation in die Schale der Eigenthümer fallen mußte.

Bey dieser so überaus heilsamen, so wesentlich nöthigen, und doch so ganz vernachlässigten Operation band ihm kein Beschlufs der Notabeln die Hände. Er beklagt sich in einer spätern Schrift selbst *), daß sie das Eigenthum nicht zu einer Bedingung der Wahlfähigkeit gemacht hätten. Aber was

*) „Ich habe es oft bedauert“ sagt er „daß „die Notabeln von 1788 nicht aus dem Eigenthum „eine Bedingung, um zu der Ständerversammlung „gewählt zu werden, gemacht hatten. Ich glaube gewiß, der König würde diesen Vorschlag „gut geheissen haben; sie sind aber, im Gegentheil „leichter als es sonst geschah, wenigstens in An- „scheidung der Wahl der Edelleute (?) zu Werke „gegangen.“ *Du pouvoir exécutif. Vol. I c. 4.* — Wenn man diese auffallende Stelle lieset, so sollte man glauben, die ganze Form der Ständerversammlung habe von den Notabeln abgehangen, oder die Notabeln wären gar selbst eine gesetzgebende Versammlung gewesen. Wer aber weiß, daß sie bloß berufen wurden, um Rath zu geben, wird sich durch diese Sprache nicht täuschen lassen, und den Minister, der hier so ganz bey Seite tritt, als wenn Er bloß auszuführen gehabt, was die Notabeln beschlossen hatten, der sich begnügt zu bedauern, wo er handeln durfte, von seiner Responsabilität nicht entbinden.

hielt denn den allgemein beliebten Minister, der die doppelte Repräsentation des dritten Standes gegen eine sehr große Majorität der Notabeln eingeführt hatte, ab, Vorschriften über einen Gegenstand zu geben, über welchen die Notabeln gar nichts festgesetzt hatten?

5. Er genehmigte, daß den Repräsentanten aller Stände Spezial-Mandate ertheilt wurden.

Ich will diesen Punkt hier nicht weiter auseinander setzen, weil bald nachher von der Natur und den Wirkungen dieser Mandate ausführlicher gehandelt werden soll. Auch hierin hatten die Notabeln nichts vorgeschrieben. Es hing von Necker ab, sie zu begünstigen oder ihnen auszuweichen: und es ist also der Gegenstand eines gerechten Vorwurfs, wenn er dasjenige wählte, was die Zwietracht anfachen, die Verwirrung vergrößern, und die Ausichten auf einen glücklichen Erfolg der Ständerversammlung vermindern mußte.

6. Er suchte sich nicht den geringsten Einfluß, weder auf

die Wahlen, noch auf die gewählten Deputirten zu verschaffen.

Man muß nie aus den Augen verlieren, daß es für den Minister damals nichts dringenderes gab, als den Thron gegen die Gefahren, die ihm drohten, durch jedes erlaubte Mittel sicher zu stellen.

Necker galt alles in Frankreich. Ohne zu niedrigen Cabalen, ohne zu Bestechungen und andern verwerflichen Künsten seine Zuflucht zu nehmen, konnte es ihm, wenn er seine ganze Thätigkeit aufbieten wollte, nicht sehr schwer werden, einem Theil der Wahlen eine zugleich für die Krone und für das allgemeine Beste heilsame Richtung zu geben. Welch ein Gewinn war es für seinen Monarchen, welch ein Glück für Frankreich, wenn es ihm gelang, zwanzig oder dreißig Individuen (die Urheber alles Bösen) von der Repräsentation zu entfernen!

Eben so wenig als er einen Versuch gemacht hatte, Einfluß auf die Wahlen zu erlangen, gab er sich die geringste Mühe, mit den Gewählten in Verbindung zu treten, ihre Fähigkeiten und ihre Neigungen zu erfor-

schen, oder sich ihrer zu irgend einem guten Zweck zu bedienen. Unter seinen Augen bildeten sich zu Versailles jene bedenklichen Zusammenkünfte demokratisch-gesinnter Deputirten, die den ersten Grund zum Clubb der Jakobiner gelegt haben. Unter seinen Augen wurden Anschläge gegen die Macht des Königes, und gegen die Prärogativen der höhern Stände geschmiedet. Er erwarb sich selbst keine Freunde, dem verlassnen Monarchen keine Anhänger. Er suchte weder die Guten durch Motive des allgemeinen Wohls, noch die Bösen durch Motive ihres eignen zu gewinnen *).

*) Höchst merkwürdig ist eine hieher gehörende Anekdote, die Malouet, ein Mann dessen Glaubwürdigkeit nicht bezweifelt werden kan, in seinen Briefen (welche als der dritte Theil seiner *Opinions* herausgekommen sind) erzählt. Jedermann weiß, von welchem Gewicht Mirabeau in der Revolution war. Dieser, eigentlich nie anti-monarchisch gesinnte Mann, den man schon vor der Ständerversammlung mit leichter Mühe zu einem Verteidiger des Throns anwerben konnte, äußerte noch am Ende des Monat May (1789) gegen Malouet, „dafs er eine fürchterliche Erschütte-

Nichts beweiset, wie mich dünkt, einleuchtender, daß Necker nie einen Plan entworfen hatte. Es ist unmöglich, daß der, welcher große Zwecke vor sich hat, gleichgültig gegen die Zuneigung derer sey, die seine Absichten befördern oder hintertreiben können. Wer Menschen kennt, wird sich überhaupt nicht thörigter Weise einbilden, daß wichtige Projekte, und wenn sie noch so wohlthätig sind, von selbst ihren Weg

nehmung besorge, daß er die monarchische Verfassung in Gefahr glaube, daß er diese Verfassung aufrecht halten zu können wünsche, und daß er dieserhalb die Absichten der Minister näher kennen lernen möchte.“ Malouet, der mit Necker und Montmorin in Verbindung stand, brachte es mit äußerster Mühe dahin, daß der erstre sich zu einer Conferenz mit Mirabeau entschloß. „Die Conferenz“ sagt Malouet „kam zu Stande; Mirabeau aber fand sich getäuscht. Er war gekommen, um zu hören, und man schien bloß darauf gerechnet zu haben, daß er sprechen sollte. Er erwartete die Mittheilung eines Plans: und höchst wahrscheinlich hatte man keinen Plan. Die Unterredung war trocken und kurz; er ging unzufrieden davon, und sagte mir beym Eintritt in den Versammlungsfaal: Dazu bringt man mich

gehen. Ein Minister, der einen Staat regieren, oder der ihn gar reformiren will, muß eine Partey haben.

Außer den allgemeinen Wirkungen, welche diese grobe Vernachlässigung einer der ersten Klugheitsmaximen auf das Interesse des Königs gehabt hat, war es noch eine besondere nachtheilige Folge derselben, daß selbst das einzelne Gute, welches Necker in der National-Versammlung hätte stiften können, nun gänzlich verloren ging. Sobald nur der

nicht zum zweitenmale: aber sie sollen an mich denken. Er hat nur zu sehr Wort gehalten. Mein Umgang mit ihm hatte hier ein Ende, und zwey Jahre lang wurde kein Wort unter uns gewechselt: kurz vor seinem Tode aber, da er von mir eine Erklärung über sein Betragen während der Revolution verlangte, erinnerte er mich an diesen Vorfall, und äußerte Gesinnungen gegen mich, die ich, um bey andern Glauben zu finden, ohne Beweise und Zeugen nicht zu wiederholen wage.“ — Zu wie viel wichtigen Betrachtungen giebt diese Erzählung Anlaß! Wie leicht hätten die Begebenheiten in Frankreich eine ganz andre Wendung nehmen können, wenn man sich nur einige Mühe gegeben hätte, sie zu lenken!

erste Rausch der Verehrung, die mehr sein Name als sein Betragen in der letzten Periode erzeugte, vorüber war, und kühne Demagogen es wagten, seine Verdienste herabzuwürdigen, fand sich Niemand, der ihn oder seine Anträge in Schutz genommen hätte. Sein Ansehen sank mit einer Schnelligkeit, von der es wenig Beispiele in der Geschichte des menschlichen Glückswechsels giebt; er verließ das Land, unbedauert, beynahe unbedacht; und als er sich über eine Mißhandlung, die ihm auf der Gränze widerfuhr, beklagte, ging die National-Versammlung zur Tagesordnung über.

Wenn Necker für die Ständerversammlung eine zweckmäßige Form ausgesonnen, wenn er die Artikel, über welche diese Versammlung berathschlagen sollte, durchdacht, wenn er ihr in ihrem großen Geschäft vorgearbeitet, wenn er alsdann den Theil der Deputirten, welcher der Ordnung zugethan, und übertriebenen Neuerungen abgeneigt war, in dieser guten Stimmung zu unterhalten, und eine gewisse Anzahl schwärmerischer Köpfe oder schwankender Gemüther auf seine Seite zu ziehen gewußt hätte — so konnte

für die gute Sache, d. i. für die Errichtung einer vernünftigen Staats-Constitution alles gethan werden. Nachdem er aber die Form dem Schicksal überlassen hatte, war er unweise genug, sich auch um den Stoff nicht bekümmern zu wollen.

7. Er bestimmte weder die Grenzen der gesetzgebenden Macht der Versammlung, noch die Art und Weise, wie der König die seinige in Rücksicht auf die Vorschläge der Repräsentanten ausüben sollte.

Dieser Klagepunkt ist der härteste von allen *). Die andern Fehler, die Necker beging, haben das Königliche Ansehen mittelbar,

*) Ich habe mich oft gewundert, daß die (freilich nicht zahlreichen) Schriftsteller, welche mit Gründlichkeit über den Ursprung und die Veranlassungen der Revolution geschrieben haben, auf diesen Haupt-Umstand nicht mehr Gewicht legen. Er hat, meines Erachtens, soviel als nur irgend ein andrer einzeln betrachtet, zu Frankreichs Unglück beigetragen.

telbar, dieser hat es unmittelbar gestürzt.

Wer nicht durch das Studium der französischen Geschichte bereits davon belehrt war, den werden mehrere Bemerkungen im gegenwärtigen Werke hoffentlich überzeugt haben, daß die Reichsstände in Frankreich nie einen wahren Antheil an der Gesetzgebung hatten. Der König war also vermöge eines (von Niemanden ihm streitig gemachten) Besitzes von vielen Jahrhunderten alleiniger Gesetzgeber: ihm stand es zu, die Prärogativen zu bestimmen, welche die Reichsstände von 1789 vor allen, die sich jemals versammelten, auszeichnen sollten.

Diese Prärogativen aufs genaueste festzusetzen, hätte eins von Necker's ersten Geschäften bey seinem Eintritt ins Ministerium seyn müssen: gerade diesem Geschäft aber unterzog er sich nie. Er betrug sich so, als wenn man die neuen Befugnisse der Ständerversammlung errathen, nicht authentisch erfahren sollte. Es ist wahr; zu der Zeit, da sie sich versammelten, betrachtete man als allgemein-anerkannte Prinzipien, daß sie einen Antheil an der Gesetzgebung

haben, daß ohne ihre Zuziehung keine Auflagen gemacht, daß sie zu bestimmten Zeiten zusammen kommen, daß sie eine gesetzliche Aufsicht über das Betragen der Minister führen würden. Alle diese Punkte aber, fanden sich nur hin und wieder in Königlichen Verordnungen und Deklarationen zerstreut; nie waren sie in ein förmliches Reglement und in Vorschriften von unzweideutigem Sinn gefaßt worden. Sie konnten überdies auf hunderterley Art ausgelegt und ausgedehnt, vergrößert und verkleinert werden: der König und sein Minister mußten schlechterdings den Umfang und die eigentliche Bedeutung dieser neuen Vorrechte festsetzen.

Vor allen Dingen aber mußte mit der skrupulösesten Genauigkeit angegeben werden, wieviel von der gesetzgebenden Macht der Monarch, der die Stände daran Theil nehmen lassen wollte, für sich behielt, und auf welche Weise aus den Anträgen der Ständerversammlung, die vor dem Monat May Niemand (einige schwärmerische Schriftsteller ausgenommen) für allein-befugt zur Gesetzgebung gehalten hatte, Gesetze werden sollten. Zu diesem Ende mußte aufs feyer-

lichste erklärt werden, „dafs der König sich das Recht vorbehalte, die Vorschläge der Stände in die reiflichste Ueberlegung zu nehmen, und, so wie es das Resultat dieser Ueberlegung mit sich brächte, zum Gesetz zu erheben oder zu verwerfen“ *). Ausserdem mußten die Kennzeichen, an welchen der König den wahren Willen der Versammlung erkennen **), die vorläufigen Bedingungen, unter welchen er ihren Beschlüssen beistimmen, selbst die äufsere Form, in welcher er diese Beschlüsse sanctioniren wollte, umständlich bekannt gemacht werden.

U 2

*) Man glaube nicht etwa, dafs mit einem solchen Vorbehalt der König die Entstehung einer guten Constitution verhindern konnte. Wenn dies auch wirklich (wie es gewifs nicht war) seine Absicht gewesen wäre, so konnte er sie nicht ausführen, weil durch das, was er bereits den Ständen bewilligt hatte, der Grund zur Constitution unwiderbringlich gelegt war.

**) Man konnte z. B. für nöthig halten, nicht eine einfache Majorität (von Einer oder zwey Stimmen) sondern eine qualifizierte, etwa die Einstimmigkeit von zwey Drittheilen der Mitglieder zu einem gültigen Beschlufs zu verlangen. u. s. f.

Wenn die alten Gesetze und die alten Formen noch gegolten hätten, so konnte man freilich eines besondern Reglements in Ansehung dieser Verhältnisse überhoben seyn. Wie wäre es einer ältern Versammlung der Reichsstände nur eingefallen, ohne des Königes Bestätigung Gesetze zu geben! Aber die Zeiten hatten sich unendlich geändert. Die Deputirten kamen nicht zusammen, um Klage-Protokolle (*doléances*) vorzulesen, und unnütze Memorialie (*cahiers*) einzureichen. Die Nation erwartete eine Constitution aus ihren Händen: der König hatte ihnen Rechte beigelegt, die diesem großen Beruf angemessen waren; die Stimme des Publikums bereitete ihnen eine außerordentliche Macht vor: die vereinte Deliberation, die das Ministerium ahndete (und der Necker mit Wohlgefallen entgegen sah) mußte dieser Macht einen unübersehblichen Zuwachs schaffen: dem Kurzsichtigsten konnte es nicht entgehen, daß sie, auch bey den besten Dispositionen, dem Königlichen Ansehen furchtbar werden würden. Wenn man ihnen nun keine gesetzlichen Grenzen vorschrieb, so berechtigte man sie im voraus, ihren Willen

und ihre Gewalt als die einzigen Gränzen ihrer Befugniß anzusehen.

Man wird vielleicht einwenden: eine Declaration, welche das Verhältniß zwischen dem Monarchen und der Ständerversammlung aufs genaueste bestimmte, wäre ein schwacher Damm gewesen, wenn die letztere einmal, von der ganzen Macht des Volkes unterstützt, die Prärogativen des Throns angegriffen, und ihre eignen Beschlüsse, ohne sie der Revision des Königes zu unterwerfen, geradehin für Gesetze erklärt hätte. Diese Einwendung aber verliert ihre Kraft, wenn man sich auf einen Augenblick die ganz veränderte Lage der Sachen denkt, die bey andern Mafsregeln des Ministeriums Statt gefunden hätte. Erschien im Anfange des Jahres 1789 wo die gesetzgebende Macht des Königes noch allgemein anerkannt wurde, eine solche Declaration, so würde man sich daran gewöhnt haben, sie als ein Grundgesetz für die Ständerversammlung anzusehen. Wollte diese also ihre ersten Befugnisse überschreiten, so mußte sie, um nicht den Vorwurf eines gesetzwidrigen Verfahrens auf ihre Handlungen zu laden, gleich damit anfangen, daß sie

dieses Grundgesetz förmlich aufhob: dies hätte sie so leicht *) nicht gewagt: es ist ohne

*) Um sich hievon zu überzeugen, darf man nur auf das Betragen merken, welches die Nationalversammlung, obgleich keine Spur eines solchen Grund-Gesetzes existirte, und nachdem sie bereits einige Monate lang im Besitz einer außerordentlichen Macht gewesen war, in Rücksicht auf die Nothwendigkeit der Königlichen Genehmigung ihrer constitutionellen Decrete, wirklich beobachtet hat.

Unstreitig waren seit dem Monat July die meisten Mitglieder der Meinung, daß sie zugleich das Recht und die Kraft hatten, die Constitution ohne den Beitritt des Königes zu entwerfen. Diese unglückliche Idee war das Produkt der Unbestimmtheit worin man einen so wichtigen Punkt gelassen hatte, und jener nur allzu bekannten Vorfälle, welche eine überwiegende Gewalt in die Hände der Nationalversammlung lieferten. Nichts desto weniger ging man, als es zuerst hierüber zur Sprache kam, mit einer merkwürdigen Zurückhaltung und Schüchternheit zu Werke.

In der Sitzung vom 11ten September warf man mitten unter den Debatten über das Recht des Königes, die Entwürfe zu den gewöhnlichen Gesetzen zu verwerfen (welches man sein Veto nannte) die Frage auf: Kan der König der Constitution seine Einwilligung verwei-

allen Vergleich sicherer und bequemer, von Usurpation zu Usurpation zu schreiten, wo

gern? eine Frage, welche die Nationalversammlung, wenn sie in ihrer Usurpation entschlossen und methodisch verfahren wollte, gleich Anfangs aburtheilen und verneinen mußte. Mounier und Freteau brachten es durch Gründe von entgegengesetzter Art dahin, daß die Entscheidung dieser Frage ausgesetzt wurde.

In der Sitzung vom 14ten September verlangte Barnave, daß man alle Deliberation so lange unterbrechen sollte, bis man die Königliche Sanction der Beschlüsse vom 4ten August (über die Lehnrechte) erhalten, oder festgesetzt hätte, daß es derselben nicht bedürfe. Mirabeau erklärte bey dieser Gelegenheit deutlich, daß er die Constitution ohne Bestimmung des Königs vollständig glaubte, billigte es aber zugleich, daß man über diese Materie noch einen heiligen Schleyer geworfen habe. Auch fiel der Beschlufs auf Barnave's Motion so aus, daß die Hauptfrage nicht förmlich entschieden, sondern bey Seite gesetzt wurde.

Am 18ten September theilte der König seine Anmerkungen und Bedenken über die ihm vorgelegten Artikel mit. Chapelier wagte es vorzuschlagen, „daß man vom Könige unverzüglich die uneingeschränkte Sanction der Decrete, worunter man hier bloß die Promulgation derselben verstehe, verlangen sollte.“ Dieser Vorschlag,

die Gränzlinie des Erlaubten und Unerlaubten schwankend und dunkel ist, als gegen eine

von wichtigen Mitgliedern unterstützt, geht doch nur mit sehr mildernden Modificationen durch, und Pethion drückt sich in der Debatte noch zweifelhaft über die absolute Befugniß der Versammlung aus. „Es ist eine große Frage“ sagt er „ob der König auch den Gesetzen der gegenwärtigen Repräsentanten, welche eine constituirende Macht besitzen, seine Beistimmung verweigern darf.“

Am 1ten Oktober that die demokratisch-gesinnte Partey den Vorschlag, „das Projekt über die vorläufige Regulirung des Finanz-Systems, welches Necker so eben vorgetragen hatte, mit den bereits decretirten Constitutions - Artikeln zu verbinden, und dem Könige beides zur Sanction vorzulegen.“ Dies hieß die Annahme des Königes erpressen. Einige Royalisten verlangten nun die förmliche Discussion der Frage: Ist die Sanction des Königs zur Constitution nöthig? — Man wich dieser Discussion abermals aus; das vorgeschlagne Decret aber ging durch.

Der König stimmte den ihm zugesandten Decreten nur unter gewissen Einschränkungen bey. Der Brief, den er dieserhalb an die National-Versammlung schrieb, wurde am Morgen des fünften Oktobers gelesen. Er schien das Signal zum Sturm zu seyn. Jetzt legten die Feinde des Throns zum erstenmale alle Mäßigung ab. Jetzt

klare Vorschrift anzurennen, und eine bestimmte Verfassung über den Haufen zu werfen.

Die Gefahr, welcher die Königliche Würde durch die Gleichgültigkeit des Ministers in Ansehung dieses großen Gegenstandes ausge-

wagte Robespierre auszurufen: „Es ist Zeit daß der heilige Schleyer zerrissen werde: keine Macht auf Erden darf sich den Wünschen der Nation widersetzen: die Constitution bedarf keiner Sanction: es steht nicht bey der executiven Macht sie anzunehmen oder zu verwerfen“. Und Pethion setzte hinzu: „Was bewog Euch einen Unterschied zwischen gewöhnlichen Gesetzen und constitutionellen Gesetzen zu machen? Der Mandatar der Nation muß nach den Vorschriften regieren, die sie zu geben für gut findet“

Unter dem Läuten der Sturmglocken, dem Lärm der Trommeln, dem Geschrey der Menge, welche die Ankunft der Pariser Armee in Versailles verkündigten, ward nun der Beschluß gefaßt „dem Könige die decretirten Constitutions-Artikel zur einfachen und unbedingten Sanction vorzulegen,“ und mitten unter den Greueln jener fürchterlichen Nacht, mußte Ludwig XVI sich zu dieser schrecklichen Sanction (gleichsam dem letzten Abschiede von seiner gesetzgebenden Gewalt) entschließen.

setzt ward, war offenbar unermesslich. Wagte es die Versammlung (ein Fall, der sich sogar ohne die Begebenheiten vom Monat July denken liefs) ein einzigesmal zu sagen: es ist nicht nöthig, dafs der König zu diesem oder jenem Beschlufs seine Einwilligung gebe, so war in einem Augenblick eine Revolution vollbracht, die Souverainität in ihren Händen, und der König ihr Sklave. Denn durfte sie dies einmal ungestraft sagen, so durfte sie es öfter, und der Weg zu der Maxime: „dafs die Sanction des Monarchen überflüssig sey“, war gebahnt. Nun konnten also die Reichsstände, die der König berufen hatte, um unter seiner Aufsicht zu arbeiten, eine Constitution entwerfen, worin der König zu einer blofsen Figur, zu einer politischen Null herabgewürdiget ward. — Es ist eben so unnütz als traurig hinzu zu setzen, dafs dies der wirkliche Gang der Begebenheiten gewesen ist. Schritt vor Schritt verlor der Monarch das Recht eines obersten Gesetzgebers bis auf die letzte Spur desselben. Die National-Versammlung ging immer weiter und weiter, da sie das Feld allenthalben offen fand. Man kan in der That sagen, dafs sie sich auf

einen leeren Thron setzte; denn ein König, der zwölfhundert Volks-Deputirte zusammenruft, und ihnen zur Instruction giebt: „Thut was Euch gelüstet“ — ist von einem Könige, der (wie Jakob II) sein Reich verläßt, wenig unterschieden.

Es scheint etwas unerklärbares darin zu liegen, daß keiner der Prinzen, keiner der übrigen Minister, kein einziger von allen, die den König umgaben, das, was Necker vernachlässigte, zu ergänzen suchte, und mit äußerstem Nachdruck auf eine Gränzbestimmung dieser Art drang. Man begreift aber, weshalb dieses nicht geschah, wenn man sich erinnert, daß die Großen und die Hofleute fast durchgehends die Deliberation nach Ständen wünschten, und die Hoffnung, diese Deliberation werde die Oberhand gewinnen, bis auf den letzten Augenblick nährten. Nun ist nicht zu läugnen, daß es unter dieser Voraussetzung viel weniger nöthig war, die Rechte der Stände und die Rechte des Königes scharf zu bestimmen, als unter der Voraussetzung der vereinten Deliberation. So gewiß man darauf rechnen konnte, daß die drey Stände sich nie zu einem großen und guten Zwecke

vereiniget hätten, eben so sicher war man, daß sie nie ein so freches Wagestück, als die gänzliche Vernichtung der Königlichen Gewalt, unternehmen würden. Drey beständig streitende Häuser, die eines Schiedsrichters und eines Beystandes bedurften, wären nie darauf gefallen, die Gesetzgebung in ihrem zerrissnen Schoofse zu concentriren. So raisonnirten die Anhänger des alten Systems. Wer sich einmal von der Dauerhaftigkeit dieses Systems überreden konnte, verfiel in keine Inconsequenz, wenn er den Thron ohne eine neue Umwallung hinreichend befestiget glaubte. Ein Minister aber, der Frankreich zu einer neuen Verfassung rief, eine solche Verfassung nahe sah, der sie wünschte, der sie selbst beförderte, dem der Einfluß, welchen sie auf den Monarchen haben mußte, schlechterdings nicht entgehen konnte, und der dennoch nichts für diesen Monarchen that — wie rettet, wie entschuldiget man diesen?

Wahrscheinlich war die Quelle von Nekker's seltsamen Verfahren folgende: er bemerkte eine große Gährung in allen Köpfen, und eine ungewöhnliche Aufmerksamkeit auf

alle Operationen der Regierung. Er fürchtete, durch jeden Schritt, den er zum Besten des Königes that, den König (und sich selbst) zu compromittiren. Um nicht auf einer Seite in eine Grube zu fallen, die nur mit äußerster Mühe und Geschicklichkeit zu umgehen war, blieb er lieber still auf seinem Platz stehen, und verschloß Augen und Ohren gegen eine Wasserfluth, die von der andern auf ihn zu brausete. Seiner einmal angenommenen Maxime, alles sich selbst zu überlassen, getreu, wartete er in unverantwortlicher Sorglosigkeit ab, ob es dem Reichstage belieben würde, dem Könige einen Theil seiner Prärogativen zu lassen, oder die Macht desselben unter die Macht des Landamans von Unterwalden *) herabzusetzen.

8. Er ging von seiner unthätigen Neutralität, auch nachdem er die Mandate der Deputirten gesehen hatte, nicht ab.

*) Eine Vergleichung, die uns Necker selbst einige Jahre nachher an die Hand gegeben hat. *Du pouvoir exécutif. Vol. II. c. 6.*

Da hier nicht eigentlich von einem abgesonderten Fehler, sondern nur vom Beharren in einem fehlerhaften System die Rede ist, so werde ich über diesen Punkt kurz seyn können.

Man sollte glauben, der bloße Anblick der Mandate hätte den Minister auf einmal aus seinem Schlummer reissen müssen. Hier sah er deutlich, daß über die wichtigsten Gegenstände Spaltungen in der Nation existirten, daß ein Theil der Wahlversammlungen seine Deputirten zur Aufopferung, ein anderer die seinigen zur strengsten Aufrechterhaltung eines und desselben Privilegiums bevollmächtigt, daß ein Theil die Deliberation nach Ständen, der andre die Deliberation nach Köpfen als unnachlässliche Bedingung aller Operationen der Stände verlangt hatte. Hier sah er ferner, daß Ideen, welche auf absolute Umkehrung und weitverbreitete Zerstörung ausgingen, Ideen deren Ausführung die Sicherheit des Monarchen, so wie die Sicherheit des letzten Eigenthümers bedrohte, schon aus den Büchern ins praktische Leben übergegangen waren, und daß nicht jeder Repräsentant, den Geist der Mäßigung, der Ord-

nungsliebe, und der Gerechtigkeit mit in die Versammlung bringen würde.

Alles dies wirkte keine Veränderung in Necker's System. Der gleichgültigste Zuschauer in irgend einem Winkel von Europa konnte der Eröffnung eines Schauplatzes, wo das Schicksal eines großen Reichs entschieden werden sollte, nicht unthätiger entgegen sehen: er liefs die Repräsentanten der drey Stände gleich als wäre es auf ein Lustgefecht angesehen, gegen einander los, ohne auch nur den entferntesten Fingerzeig zur Bestimmung ihres Verhältnisses zu geben. Erst nachdem sechs Wochen unter beständigen Kämpfen verflossen, nachdem alle Gemüther aufs höchste erbittert, die Hauptstadt und die Provinzen schon in schrecklicher Gährung waren — fiel es ihm ein, die vereinte Deliberation anzurathen.

Es ist in Büchern und im gemeinen Leben tausendmal als etwas sehr wunderbares ausgerufen worden, daß eine dem Anschein nach so wohl hefestigte Regierung, als die

alte französische war, in wenig Tagen, oder gar in wenig Stunden, gänzlich gestürzt werden konnte. Wenn man die Catastrophe, die diesen Umsturz vollendete, isolirt, hat sie allerdings etwas wunderbares und imponirendes in sich. Sobald man aber erwägt, daß in dem äußerlich glänzenden Gebäude der französischen Monarchie schon längst-sinkende Parthien, morsche Stellen, und Risse die auf einen nahen Fall deuteten, zu finden waren, und dann mit Erstaunen sieht, daß die, welche dies zerrüttete Gebäude in einem Zeitpunkt, wo es von Grunde auf ausge bessert werden, oder völlig untergehen mußte, durch Weisheit und Kunst erhalten und stützen sollten, das Gerüst zu seiner völligen Zerstörung aufrichten halfen — erkennt man ohne Schwierigkeit, daß es unter die Wunder hätte gerechnet werden müssen, wenn der französische Thron nicht zu Grunde gegangen wäre.

Hätte Ludwig XVI bey seinen edeln Absichten, bey seinen wohlwollenden Wünschen, einen Mann von hohem Geist, von Kraft und Entschlossenheit zum Rathgeber gehabt — wie überaus glücklich konnte Frankreich

reich werden! Das Verhängniß führte ihm einen Minister zu, der ihm im Ganzen zu ähnlich war, um brauchbar für ihn zu seyn. Unendlich viel mehr als Rechtschaffenheit und ein mittelmäßiger Verstand wurde erfordert, um die Aufgaben zu lösen, welche das Tagewerk eines Prinzipal-Ministers in jener beispiellosen Crise der Jahre 1788 und 1789 werden mußten. Es erregt ein höchst unangenehmes Gefühl, in einem Augenblick, wo tausend schlummernde Kräfte erwachten, wo der Genius einer geistreichen aufgeklärten, gebildeten Nation in seiner ganzen Macht aufstand, wo Leben und Tod, glänzende Nationalglückseligkeit und unübersehliches Verderben auf dem Wurfe standen — einen Mann von gewöhnlichem Kopfe und schwachem Charakter an der Spitze der Staatsverwaltung zu erblicken.

Außer dem Einfluß, den Necker's persönliche Eigenschaften auf sein Betragen hatten, läßt sich noch manches darin aus dem Umstände erklären, daß er die wahre Lage des Staats im Anfange des Jahrs 1789, und den wahren Umfang der in den Gemüthern vorgegangnen Revolution nicht kannte. Hier irrte er freilich (obgleich viel verantwortli-

cher als irgend ein anderer) mit mehrern der besten Beobachter. Es schien eine Periode gekommen zu seyn, wo jede moralische und politische Berechnung fehlschlagen, und aller menschliche Scharfsinn zu Schanden werden sollte. Besonders aber schienen die Gutgesinnten mit Blindheit geschlagen; selbstsüchtige Bösewichter, Ränkestifter und Fakti-

nisten waren die einzigen, die einen richtigen Blick in die eigentliche Tiefe der Umwandlung, und in die wahrhaft neue Situation des Landes gethan hatten, welches nur allzubald ihre Beute werden sollte.

III.

Von der Schädlichkeit der Spezial-Mandate
in einer repräsentativen Staatsverfassung.

Die Frage: ob es in einem Staate, wo die Nation Repräsentanten wählt, besser sey, diesen Repräsentanten Spezial-Mandate, oder bloß allgemeine Vollmachten zu ertheilen — verdient aus mehr als einer Ursache eine nähere Erörterung.

Der letzte Zweck einer Repräsentationsverfassung kan und muß kein andrer seyn, als der, den Gesetzen des Staats die größte Vollkommenheit, deren sie fähig sind, zu verleihen. Soll dieser Zweck erreicht werden, so müssen die Gesetze weder ein einzelnes Individuum, noch einen einzelnen Distrikt auf Rechnung des Ganzen begünstigen; sie müssen gerecht, für alle Bürger gleich, für alle Theile des Staats verbindend seyn. Die Aufmerksamkeit auf das, was das besondere

Interesse dieser oder jener Volksklasse verlangt, die Milderung einer strengen Vorschrift durch Behutsamkeit und Billigkeit in der Anwendung, die Entschädigung derer, die für das Wohl des Ganzen leiden, die Unterstützung verunglückter Bürger, die Veranstaltungen zur Aufnahme hilfsbedürftiger Provinzen: — dies alles sind Geschäfte der Staatsverwaltung, nicht der Gesetzgebung.

Das Gesetz soll der Ausdruck des allgemeinen Willens seyn, d. i. das Resultat, welches sich aus einer Deliberation der Gesamtheit der Bürger, wenn sie mit deutlicher Einsicht in den Gegenstand, von aller Privatneigung und Leidenschaft frei, darüber zu Rathe gehen könnten, ergeben würde. Um ein solches Resultat (in so fern sich überhaupt dazu gelangen läßt) zu erhalten, ist es nicht allein unnöthig, sondern sogar dem Endzweck widersprechend, diejenigen, welche jene Gesamtheit der Bürger repräsentiren sollen, von einzelnen und abgesonderten Sectionen des Volks mit bestimmten, auf Localverhältnissen, individuellen Wünschen und individuellen Bedürfnissen gegründeten Instructionen versehen zu lassen. Wenn eine gesetz-

gehende Versammlung ihrer Bestimmung gemäß constituirte werden soll, muß jedes Mitglied derselben ein Repräsentant des Ganzen *), nicht dieser oder jener Provinz, dieser oder jener Classe seyn; und die, welche ihn zu diesem erhabnen Posten ausersehen, dürfen ihm keinen andern Auftrag geben, und keinen andern Eid vorlegen, als den: „die Gerechtigkeit und das allgemeine Beste unablässig vor Augen zu haben.“

Verschiedne Staaten sind indessen der Meinung gewesen, daß ein solches allgemei-

*) Obgleich in England der wesentliche Unterschied Statt findet, daß die Mitglieder des Oberhauses, (sobald man auf die äußere Form sieht) eigentlich nur sich selbst repräsentiren, und ihre Stellen von Rechtswegen (*in their own right*) bekleiden, die Mitglieder des Unterhauses aber durch den freyen Entschluß eines kleinern oder größern Distrikts gewählt werden, und also ursprünglich Deputirte dieses Distrikts sind, so hat doch dieser Unterschied auf die allgemeine Idee, die man sich von einem Parlaments-Gliede macht, nicht den geringsten Einfluß; der Lord repräsentirt so wenig sich selbst oder seine Besitzungen allein, als der ins Unterhaus gesendete seine Wähler, seine Stadt oder Grafschaft: beide sind Repräsentanten der Nation.

nes Mandat zur Sicherheit der Committenten nicht hinreichend sey, daß es die Deputirten in zu große Unabhängigkeit, die einzelnen Bestandtheile des Staats in zu große Gefahr setze, und daß es den Weg zu einem willkührlichen Verfahren der Repräsentanten-Versammlung bahne. Sie haben daher nöthig gefunden, die Deputirten durch Spezial-Mandate von den Wünschen und Forderungen jeder Section des Volks näher unterrichten und auf diese Weise ihren Operationen einen bestimmten Gang vorzeichnen zu lassen.

Eigentlich ist zur Würdigung dieser Methode genung geschehen, sobald man erwiesen hat, daß der reine Begriff der Gesetzgebung im Staat den Begriff einer besondern Vorschrift für ein einzelnes Mitglied des gesetzgebenden Corpus ausschliesse — Die Schädlichkeit der Spezial-Instructionen läßt sich indessen auch noch von andern Seiten darthun, und es ist der Mühe werth, tiefer in diese Materie einzudringen, da alles was zur Aufklärung derselben beitragen kan, die Idee von einer Repräsentations-Verfassung überhaupt berichtigen und ausbilden hilft.

1. Spezial-Mandate sind schädlich, weil sie eine Deliberation der Wahlversammlungen voraussetzen.

Eine Repräsentations-Verfassung, sie sey übrigens monarchisch oder republikanisch, ist keine reine Demokratie. In dieser ist das Volk selbst, (wenigstens der Theil desselben, dem das Bürgerrecht zusteht) Gesetzgeber: in jener wird die Vollmacht, Gesetze abzufassen, Abgeordneten, auf welche das Volk ein ausgezeichnetes Vertrauen setzte, übertragen.

Repräsentations-Verfassungen haben ihren Ursprung entweder der absoluten Unmöglichkeit einer Deliberation des gesammten Volks, oder der Ueberzeugung zu danken, daß große vermischte Massen von Menschen die Eigenschaften, welche bey einem Gesetzgeber unentbehrlich sind, selten oder nie besitzen. Ein Staat, worin man die Bürger nach Millionen zählt, muß sich entschließen, seine Gesetze durch Repräsentanten verfertigen zu lassen. Eine Republik von fünf oder sechs tausend Stimmberechtigten, wo eine allgemeine Deliberation wenigstens nichts Unmögliches wäre, kan demohnerachtet ein-

sehen, daß zwey hundert Auserwählte den letzten Endzweck des Staats sicherer und kräftiger befördern werden, als die colossalische Versammlung einer ungesichteten, buntscheckigen, zu den hohen Funktionen der Gesetzgebung so wenig erzognen Menge.

Hat sich aber einmal Nothwendigkeit oder Weisheit gegen die Berathschlagung des gesammten Volks erklärt, so wäre nichts widersinniger, als einzelnen Sectionen ein Recht beyzulegen, wovon in ihren Händen nicht leicht ein guter Gebrauch zu erwarten ist. Wenn eine ganze Nation auf dem Forum erscheint, so muß wenigstens, wie fehlerhaft auch der Gang ihrer Verhandlungen ausfallen mag, Einheit in ihren Beschlüssen seyn. Deliberirende Sectionen hingegen sind als Werkzeuge einer absichtlich veranstalteten Zwietracht anzusehen. Ein so organisirter Staat ist eine vervielfachte, mit allen ihren Mängeln vervielfachte Demokratie. Da Wahlversammlungen immer nur auf kurze Zeiten eingeschränkt sind, so würde man bey ihnen vergeblich Zusammenhang und Reife in irgend einer von den schweren Operationen erwarten, welche die Befugniss zur De-

liberation ihnen unvermeidlich auflegt. Das Gute das sie stiften können, ist immer nur zufällig, unsicher, und begränzt: desto zuverlässiger verbreiten sie überall den Geist der Unruhe, der Neuerungen, des Eigendünkels, der rastlosen Tadelsucht, und eine allgemeine Begierde an der Regierung Theil zu nehmen, womit kein wohleingerichteter Staat, folglich auch kein repräsentativer bestehen kan.

Spezial-Vollmachten der Deputirten setzen deliberirende Wahlversammlungen voraus: alles Uebel, was diese nach sich ziehen, ist also eine nothwendige Folge von jenen.

2. Spezial-Vollmachten sind unnütz, weil die, welche sie entwerfen, weder die Gegenstände, womit sich die gesetzgebende Versammlung beschäftigen, noch den Gang, welchen sie bey ihren Verhandlungen darüber nehmen wird, vorher wissen oder bestimmen können.

Es ist unmöglich, daß eine Section eines großen Reichs von den Bedürfnissen aller andern unterrichtet sey. Es ist höchst wahrscheinlich, daß ihr, indem sie das Mandat

für ihre Repräsentanten abfaßt, mancher Gegenstand von großer Wichtigkeit, weil sie selbst zufälliger Weise nur wenig Interesse daran hatte, nicht gegenwärtig seyn wird. Noch viel weniger kan sie voraussehen, welche neue Angelegenheiten in der Periode, wo die Repräsentanten versammelt sind, zur Sprache kommen werden. Eine jede Spezial-Instruction muß also ihrer Natur nach unvollständig, und wird oft bis zur völligen Nullität unvollständig seyn.

Selbst das aber, was eine einzelne Section des Staats über diese oder jene Materie vorschreibt, muß in den meisten Fällen mangelhaft gerathen, weil sie nicht vorausszusehen vermag, wie der Gang und die Richtung der Deliberation in der gesetzgebenden Versammlung ausfallen wird. Sie kan ihren Deputirten z. B. aufgeben, die Verwandlung gewisser persönlichen Dienste in Geldabgaben zu verlangen, und die Bedingung, unter welcher dieselbe geschehen soll, hinzufügen. Wenn nun aber die Discussion die Frage: Sollen diese Dienste ohne alle Bedingung abgeschafft werden? — herbey zieht, was ist nun die Richtschnur der Deputirten jener Section?

3. Sie sind mit einer monarchischen Repräsentations - Verfassung absolut-unvereinbar.

Sobald Spezial-Mandate nicht ein leeres Spielwerk seyn sollen, müssen die Commit-
tenten von ihren Repräsentanten Verantwor-
tung fordern können. Gesetzt also auch, man
hätte in einem Staat, wo dergleichen Man-
date üblich waren, eingeführt, daß das, was
die Majorität der Repräsentanten mit Beistim-
mung des Monarchen beschließt, ohne sich
an den Widerspruch einzelner Mandate zu
kehren, Gesetz fürs Ganze seyn soll (und es
wird sich bald zeigen, welche Schwierigkei-
ten auch diese Anordnung haben würde)
so muß wenigstens die Section, deren Wil-
len durch das neue Gesetz Gewalt angethan
wird, ihre eignen Mandatarien darüber zur
Verantwortung ziehen können, weil sonst das
ganze Recht, bestimmte Vorschriften zu er-
theilen, nicht mehr der Ausübung werth seyn
würde *).

*) Nach Rousseau sollten die einzelnen Sec-
tionen sogar das Recht haben, ihre Mandatarien,
wenn sie nicht ihren Instruktionen gemäß verfahr-

Nun läßt sich aber in einer monarchischen Verfassung eine solche Befugniß der Volkssectionen in Ansehung ihrer zur Gesetzgebung abgeordneten Mandatarien nicht denken, ohne daß man das Ansehen des Thrones nicht nur, sondern auch das Ansehen der gesetzgebenden Versammlung selbst unwiderbringlich verloren zu geben, und eine offenbare Demokratie einzuführen geneigt sey.

4. Sie sind in jeder, auch in einer republikanischen Repräsentations-Verfassung unzulässig, weil sie in sehr vielen Fällen einen gemeinschaftlichen Beschlufs unmöglich machen, und denselben durchgehends äußerst erschweren.

Die Methode, den Beschlufs einer deliberirenden und votirenden Versammlung auf absolute Stimmen-Mehrheit *) auszu-

ren hatten, enthaupten zu lassen. (S. oben S. 211. Note) — So sehr hielt er Spezial-Instruktionen und strenge Responsabilität für unzertrennlich!

*) Absolute Stimmen-Mehrheit wird da verlangt, wo es das Regulativ einer Versammlung ist, daß Eine Stimme mehr als die Hälfte der sämtlichen Stimmen entscheidend seyn soll. Re-

setzen, ist nicht bloß die vernünftigste, sondern aus einem gewissen Gesichtspunkt betrachtet, die einzig-brauchbare, um zum Zweck zu gelangen. Diese Methode wird in sehr

relative Stimmen-Mehrheit würde gelten, wenn unter 20 Votirenden, 8 für einen Ausschlag, 6 für einen andern und 6 für einen dritten sich erklärten, und nun die ersten als die wahre Majorität angesehen würden. Eine solche Methode könnte allenfalls noch bey einer bloßen Wahl (z. B. des Präsidenten oder eines andern Offizianten der Versammlung) Statt finden, obgleich auch hier absolute Stimmen-Mehrheit (von 20 wenigstens 11) zweckmäßiger ist. Wie aber durch relative Stimmen-Mehrheit ein Gesetz entstehen soll, ohne daß in allen Fällen die Minorität der Majorität es vorschreibe, läßt sich nicht begreifen. Denn wenn von 20 Deliberirenden 6 den Ausschlag A. 6 den Ausschlag B, und 8 den Ausschlag C. verlangen, und A sowohl als B mit C in Widerspruch steht, so müssen, sobald die 8 entscheiden sollen, 12 das Gesetz von ihnen annehmen.

Freilich giebt es Fälle, wo auch die Entscheidung einer absoluten Stimmenmehrheit eine gewisse Härte mit sich zu führen scheint, z. B. wenn 11 das Gesetz für 9 aussprechen. Ich sage aber ausdrücklich, sie scheint: denn hier ist nichts wahr und wesentlich, als die Güte des Gesetzes

vielen Fällen mit Spezial-Mandaten unvereinbar seyn.

Wir wollen den Fall annehmen, eine gesetzgebende Versammlung bestände aus den Deputirten von 20 Sectionen, und einer von

selbst. Der Wille des Staates, in welcher Form er auch ausgedrückt werde, wird und muß allemal dem Privatwillen einer Menge von Individuen widersprechen. Daran liegt aber nichts, wenn nur der Wille des Staats zugleich der wahre allgemeine Wille (S. Th. I. S. 274) oder wenigstens von allen in einem gewissen Fall denkbaren Entscheidungen diejenige ist, worin sich das meiste von jenem allgemeinen Willen befindet.

Der wahre Vorzug einer Repräsentations-Verfassung, worin keine Spezial-Mandate gelten, und wo absolute Stimmenmehrheit die Beschlüsse angiebt, ist der, daß die Deliberation darin am wenigsten gefesselt, und die meiste Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, den allgemeinen Willen zu erforschen. — Wer indessen auch nur auf die äußere Form einen Werth setzt, der wird sich natürlicher Weise lieber von der Majorität als von der Minorität derer, die seines Gleichen sind, binden lassen: wer aber wahre Majorität verlangt, muß die absolute begehren, und wer diese begehrt, die Spezial-Mandate verwerfen. Sie können also in keiner Rücksicht Gnade finden.

den Gegenständen ihrer Deliberation wäre, um bey dem obigen Beispiel stehen zu bleiben, die Verwandlung persönlicher Dienste in Geldabgaben. Wer nur einigermaßen über die Sache nachdenken will, wird darin ohne viele Mühe Stoff zu zehn, und vielleicht zu mehrern ganz von einander verschiednen Instructionen finden. Gesetzt also, zwey von den 20 Sectionen hätten Aufhebung der Dienste ohne alle Schadloshaltung, zwey andre — Aufhebung der Dienste mit einer von den Herren zu bestimmenden Entschädigung, zwey — Aufhebung nach einem gesetzlichen Tarif, bey welchem der gewöhnliche Satz des Arbeitslohns zum Grunde läge, zwey — einen Tarif nach neuen für den Unterthan vortheilhaften Sätzen, zwey — einen andern nach einem für die Gutsbesitzer zuträglichen Maßstabe — u. s. f. — zur Vorschrift erhalten, was soll hier Gesetz, oder vielmehr, was soll hier nur die erste Grundlage einer zum Gesetz führenden Deliberation werden? Niemand kan behaupten, daß dies eine durchaus willkürlich-erdichtete Hypothese sey, weil sich Gegenstände denken lassen, wobey die Localität noch größere Differenzen bewirken, und

vielleicht jeder einzelnen Section ein eignes Mandat eingeben würde.

Wenn aber auch (wie es sich wol selten ereignen möchte) der Fall der allereinfachste wäre, der außer der absoluten Unanimität Statt finden kan, so würden die Schwierigkeiten doch immer nicht verschwinden. Wir wollen uns vorstellen, von jenen 20 Sectionen hätten 12 schlechthin die Abschaffung und 8 schlechthin die Aufrechthaltung der Natural-Dienste verlangt. Soll hier die Majorität entscheiden? Nicht anders, wenn die Verfassung des Staats es so will, und wenn es überhaupt zu einer Entscheidung kommen soll *). Aber wozu helfen nun die Spezial-Instructionen der acht überstimmten Deputirten? Etwa den Sieg der Majorität glänzender, und die Niederlage der Minorität empfindlicher zu machen? — So lange einzelne
Ab-

*) In Staatsverfassungen, wo dies System in seiner vollen Stärke und Consequenz herrscht, begiebt man sich der Entscheidung ganz, wenn nicht alle Instructionen gleichlautend sind. Die Grille einer einzigen Section kan also den Staat um das wohlthätigste Gesetz bringen.

Abschnitte der Nation ihren Willen nicht bestimmt und förmlich erklären, kan man immer noch präsumiren, daß das, was die Majorität der Repräsentanten beschließt, der Wille Aller seyn wird. Findet eine solche Präsumtion aber noch Statt, wenn Zwey Fünftheile der Sectionen das Gegentheil ausdrücklich bekannt gemacht haben?

Das System der Spezial-Mandate hat unter keiner andern Voraussetzung einen Sinn, als unter der, daß es der Minorität der Sectionen oder ihren Deputirten frei bleibe, gegen Beschlüsse, die mit ihren Instructionen nicht übereinstimmen, zu protestiren. Steht dieses Recht aber einmal der Minorität zu, so hält es äußerst schwer oder vielmehr, es ist unmöglich, zu bestimmen, wie viel oder wie wenig unter dem Ausdruck: Minorität, zu verstehen seyn soll. Wenn drey Sectionen protestiren dürfen, warum sollen zwei diese Befugniss nicht haben? Warum soll eine einzige gezwungen werden können, sich einem Gesetz zu unterwerfen, welches sie, noch ehe ihr die Gesinnungen ihrer Mitbürger bekannt waren, feyerlich gemißbilliget hatte?

Das individuelle Veto ist daher das letzte Ziel, worauf alle Repräsentations-Systeme, in denen Spezial-Mandate gelten, mittelbar oder unmittelbar führen *). Nur da, wo Jeder protestiren darf, ist es der Mühe werth, daß Jeder seine Meinung zum voraus bekannt mache. Aerger aber kan man ein politisches System wohl nicht tadeln, als wenn man beweiset, daß es mit dem individuellen Veto, welches der Tod einer jeden Staatsverfassung seyn muß, zusammenhängt.

*) Rousseau ist in diesem Punkt äußerst inconsequent, indem er (bey seinen Vorschlägen über die Verfassung von Pohlen) das Veto abgeschafft, und doch die Spezial-Instructionen, und das Recht der Landtage, die Nunzien nach diesen Spezial-Instructionen zu richten, beibehalten, und noch verstärkt wissen will. — Dies abgerechnet, ist seine Vorliebe für die Spezial-Mandate mit seinem politischen System vollkommen vereinbar. Er kündigt sich allenthalben als einen erklärten Feind der Repräsentations-Verfassung an: ihm war es also erlaubt, einer Methode, welche mit dieser Verfassung im offenbaren Widerspruch steht, das Wort zu reden.

*

*

*

Wenn wir einen Blick auf einige von den Staaten werfen, in welchen eine Repräsentations-Verfassung eingeführt ist, so werden sich die hier gemachten Bemerkungen durch glückliche und unglückliche Erfahrungen bestätigt finden.

Hoffentlich wird darüber nur Eine Stimme seyn, daß unter allen Monarchien England, und unter allen Republiken der Amerikanische Freystaat das vollkommenste, bisher realisirte Repräsentations-System besitzen. In beiden giebt es keine Spezial-Mandate *).

Y 2

*) Im allgemeinen Congress eines Staaten-Bundes wären Spezial-Mandate noch am ersten zu entschuldigen, weil dort die Repräsentanten eigentlich Abgesandte einzelner, für sich souverainer Staaten sind. Gleichwohl haben die Provinzen, welche die Amerikanische Föderation ausmachen, die Spezial-Mandate, mithin auch ihr individuelles Veto, der einzigen Methode, zu einer guten allgemeinen Gesetzgebung zu gelangen, aufgeopfert.

Schweden hat eine aus vier Ständen bestehende, in mehr als einer Rücksicht sehr unvollkommene Repräsentation. Die Deputirten erhalten aber keine Spezial-Mandate. Hätten sich diese in gewissen Perioden der Schwedischen Geschichte zu andern Quellen der Verwirrung gesellt, so würde dies Land wahrscheinlich das Schicksal von Pohlen gehabt haben.

Das deutsche Reich ist ein großer Staaten-Verein, dessen gesetzgebende Versammlung aus den Abgesandten der Regenten eines jeden einzelnen Staats besteht. Dafs hier die Deputirten Instructionen erhalten müssen, liegt in der Natur der Sache, und ist für das allgemeine Beste um so nöthiger, da die Verbündeten einander an Rang und Macht sehr ungleich sind. Nichts desto weniger hat man auf dem Reichstage Stimmen-Mehrheit zum Gesetz der Deliberationen gemacht *). Die Vereinigung dieser bei-

*) Wo Ausnahmen davon Statt finden, es mögen nun gesetzlich-bestätigte seyn, wie, bey Religions-Sachen, bey der *Itio in partes* u. s. f. oder

den Momente hat ihre ganz eignen Schwierigkeiten; und wenn sich gleich bey dieser so seltsam gemischten und zusammen gefügten Constitution aus wichtigen Gründen hierin nichts ändern läßt, so liefern doch die Verhandlungen des Deutschen Reichstages durch ihre außerordentliche Langsamkeit, und oft durch ihre gänzliche Unfruchtbarkeit einen Beitrag zur Bestätigung des vorhin erwiesenen Satzes.

solche die auf bloßen Präscriptionen beruhen, wie bey Steuer- und Contributions-Angelegenheiten, da nehmen die Deliberationen des Reichstages (die im gewöhnlichen Laufe der Dinge mit den Verhandlungen in einer förmlichen Repräsentations-Verfassung weit mehr Aehnlichkeit haben) gemeiniglich den ganzen Charakter einer Negotiation zwischen freyen und unabhängigen Staaten an, und ziehen sehr oft die Folgen, welche das individuelle Veto nach der obigen Entwicklung immer begleiten müssen, nemlich effektive Protestationen nach sich. So bezahlen z. B. gewisse Reichstände diese oder jene Steuer nicht, wenn sie in den Beschlufs, wodurch sie festgesetzt wird, nicht willigten.

In keinem Lande hat sich die Theorie der Spezial-Instructionen so rein erhalten, in keinem hat sie aber auch ihre nachtheiligen Folgen so unverkennbar gezeigt, als in Pohlen. — Die Königs-Wahl, und das Veto der Nunzien (eine Folge der Instructionen derselben und der alten Verfassung der Landtage) sind als die beiden Hauptquellen des tiefen Verfalls anzusehen, in welchem sich dieses unglückliche Land befindet *).

*) Rousseau, dessen Buch über die Constitution von Pohlen wie ein Fiebertraum eines geistreichen Kopfes zu betrachten ist, hielt beides für die Stützen der Pohnischen Freiheit! — Mably verwarf doch wenigstens das Veto, ob er es gleich aus blindem Hasse gegen die Könige der zu großen Macht des Pohnischen Throns zuschrieb, daß dieses Privilegium so lange bestanden hätte!! — Es verdient bemerkt zu werden, daß die Pohnische Constitution vom Jahr 1791. sowohl die Wahl zum Thron, als das Veto abschaffte, und dabey (ganz im Geiste einer gesunden Politik) feyerlich erklärte, „daß forthin jeder Deputirte beym Reichstage als Repräsentant der ganzen Nation angesehen werden sollte.“ Wenn jene Constitution auch sonst nichts Gutes gestiftet

In Frankreich hatten die Deputirten der drey Stände, so oft sie sich seit Philipp des Schönen Zeiten versammelten, Instructionen von ihren Committenten erhalten. Diese Instructionen waren nicht allein vollkommen unchädlich, sondern auch, wenn man auf den wahren Charakter der ältern Ständerversammlungen Acht hat, durchaus nothwendig. Es ist ein bloßer Mißbrauch des Wortes, diese Versammlungen gesetzgebende zu nennen. Der König war der einzige Gesetzgeber in Frankreich. Die Ständischen Deputirten wurden bloß berufen, um in einzelnen Angelegenheiten Rath zu geben, um Hülfquellen nachzuweisen, und um die Beschwerden der Provinzen, die man zu Steuern geneigt machen, oder erhalten wollte, vorzutragen. Hier war weder von Stimmenmehrheit, noch vom Veto die Rede. Der König und sein Conseil entschieden alles. Die Protokolle der Deputirten hätte, so müßte sie durch diese Punkte allein den Grund zu einer bessern Ordnung der Dinge gelegt haben.

ten waren höchstens nur der Stoff, aus dem eine höhere Macht, welche sie nach Belieben annehmen oder verwerfen konnte, Gesetze bildete. Um diesen Stoff liefern, um den Zustand und die Bedürfnisse der Provinzen schildern zu können, mußten die Deputirten nothwendig mit einer besondern Instruction versehen seyn; und da sie schlechterdings nichts definitiv beschließen durften, so lag auch wenig daran, ob ihre Instructionen mit einander übereinstimmten, oder nicht *).

Es war schon ein ganz außerordentlicher Fehler, daß das Ministerium bey der Berufung der Stände im Jahr 1789 den ungeheuren Unterschied zwischen dem, was man sonst in Frankreich einen Reichstag

*) Der einzige Fall wo die Ständischen Abgeordneten Spezial-Instructionen in Rücksicht auf Bewilligung neuer Auflagen erhielten und geltend machten, kam bey der Versammlung vom Jahr 1355 (unter dem Könige Johann) vor. Die Geschichte lehrt aber auch, welche Verwirrungen, Spaltungen, und Gewaltthätigkeiten im ganzen Reiche daraus entstanden.

genannt hatte, und dem, was von nun an diesen Namen führen sollte, in Hinsicht auf die Instructionen der Deputirten, so wie auf hundert andre wesentliche Punkte gänzlich über-
sah, oder doch nicht im geringsten zu achten schien. Wenn es das Verhältniß eines bloß supplicirenden Deputirten mit sich brachte, und wenn überdies durchaus nichts gefährliches darin lag, daß ihm seine Committenten ein Mandat (*cahier*) ertheilten: so konnte es doch keinesweges in eben dem Grade gleichgültig seyn, ob ein an der Gesetzgebung in jedem Sinne des Wortes theilnehmender Repräsentant mit einem solchen Mandat versehen oder nicht versehen ward. Es mußte also vor allen Dingen untersucht werden, ob und in wie fern man hier der alten Verfassung folgen, oder von derselben abweichen sollte. Nie ist eine solche Untersuchung vorgenommen worden. Man stellte die Instructionen, so wie das ganze Wahlgeschäft der Willkühr der Bürger und der Gnade oder Ungnade einiger veralteten Formen anheim. So wenig man sich darum bekümmert hatte, ob und wie diese Instructionen entstanden, eben so wenig nahm man

Notiz davon, als sie wirklich vorhanden waren, und schon die Aufmerksamkeit aller Franzosen beschäftigten. Keinem Minister fiel es ein, sie auch nur der geringsten Revision zu unterwerfen, auch nur prüfen zu lassen, ob sie nicht Artikel enthielten, die den als Grundflächen der neuen Staatsverfassung einmal angenommenen Prinzipien geradezu widersprachen, oder andre, welche die Reform, die man zur Absicht hatte, in eine Total-Revolution des Staats verwandeln konnten. Niemand dachte an die unabsehbliche Verwirrung, die daraus entstehen würde, wenn von drey abgesonderten Ständen jeder seinen Deputirten besondere, den Instructionen der andern vielleicht geradezu entgegengesetzte, Instructionen ertheilte. Die Frage, in wie weit die Repräsentanten durch ihre Mandate gebunden oder nicht gebunden werden sollten, wurde niemals erörtert. Man überließ sie, wie andre ähnliche Punkte, der Entscheidung der versammelten Deputirten, das heist, derer, welche ohne von einer solchen Entscheidung schon auszugehen, eigentlich gar nichts entscheiden konnten.

Die Spezial-Mandate der Repräsentanten von 1789 haben ihren nachtheiligen Einfluß auf die Deliberationen aus einer sehr natürlichen Ursach wenig oder gar nicht äußern können. Sie wurden für ungültig erklärt, sobald sich die drey Stände vereinigt hatten. *) — Gleichwohl ist Eine von den bösen Folgen solcher Mandate in vollem Mafse eingetreten. Sie haben den Geschmack an der Politik in so fern sie zum Herrschen führt, die Begierde in einer öffentlichen Sphäre zu glänzen, und die Gewohnheit die wichtigsten Angelegenheiten abzuurtheilen, ehe sie zur rei-

*) Schon am 3ten July ward die Frage über die Gültigkeit der Mandate in der National-Versammlung aufgeworfen, und der Bischof von Autun lenkte durch eine Rede, worin gute Gründe mit Sophistereyen gemischt waren, alle Gemüther gegen diese Mandate. Am 7ten ward die Debatte wieder angeknüpft, und am 8ten beschloß die Versammlung auf Mirabeau's Antrag „dafs über die Spezial-Mandate keine weitere Deliberation Statt finde.“ Von nun an ward ihrer nicht mehr gedacht.

Es ist indessen nicht zu verkennen, dafs diese Mandate in den beiden ersten Monaten der Ständerversammlung vielfältig wirkten, besonders aber dafs sie die Hartnäckigkeit erzeugten, mit welcher

fern Prüfung der dazu Berufnen gelangten, über die französische Nation verbreitet. Wenn keine Spezial-Mandate ertheilt wurden, durften die Wahlversammlungen nicht deliberiren. Und das Deliberiren der Wahlversammlungen war das Signal, ganz Frankreich in einen tumultuarischen Reichstag und sechs oder acht Millionen Menschen in eben so viel Gesetzgeber zu verwandeln.

Wenn das Ministerium diese Wirkungen vorausfah — und es war im Anfange des Jahrs 1789 nicht gar schwer, sie vorauszusehen — so mußte es bey Zeiten, wären auch wirklich die größten Schwierigkeiten damit

manche, vielleicht persönlich anders gestimmte Repräsentanten der höhern Stände, die Absonderung der Deliberation verlangten. Und wie äußerst peinlich mußte damals die Lage eines zugleich gewissenhaften und einsichtsvollen Mannes seyn, dem auf einer Seite ein solches (nun doch einmal vorhandnes) Mandat die Hände band, und der sich auf der andern Seite nicht verschweigen durfte, daß Eintracht, gemeinschaftliche Wirksamkeit und die Erreichung des Zwecks der Ständerversammlung mit der strengen Beobachtung der ihm ertheilten Vorschriften unvereinbar war!

verknüpft gewesen, den Entschluß fassen, die Spezial-Mandate abzuschaffen. Eine einzige mit Klugheit entworfne Verordnung aber, worin man der Nation das Nachtheilige und besonders die Unanwendbarkeit der alten Methode gezeigt, und sie auf das (damals noch so viel vermögende) Beispiel der Engländer aufmerksam gemacht hätte, war hinreichend dies zu bewirken.

Obgleich der größte Theil der im Jahr 1789 ausgefertigten Mandate in Grundsätzen der Mäßigung, der Gerechtigkeit und der Billigkeit abgefaßt ist, obgleich einige darunter vortrefliche Vorschläge enthalten und gründliche Einsichten voraussetzen, so beweisen sie doch im Ganzen hinlänglich, daß die Masse der französischen Nation nicht reif genug war, um ihre eigne Gesetzgeberin zu werden. Der einzige Weg, das schwere Problem einer Staatsreform, zugleich im Einverständniß mit der Sittlichkeit und mit der wahren Politik aufzulösen — die Kunst das Neue in das Alte zu verweben — dieser einzige Weg war Wenigen bekannt, und ward von Wenigen betreten. Die, welche blind am Alten hingen, wußten kein

bessres Mittel, das Alte zu erhalten, als indem sie schlechthin gegen das Neue protestirten. Die, welche enthusiastisch nach dem Neuen strebten, glaubten nicht sichrer gehen zu können, als indem sie das Alte ein für allemal zu Boden warfen. Wahrscheinlich hätte, wenn jene die Oberhand behielten, nie eine wesentliche Verbesserung der französischen Staatsconstitution zu Stande kommen können: die Erfahrung hat gelehrt, daß, da diese den Sieg davon trugen, alles was sie vor sich fanden, das Reine wie das Unreine, das Brauchbare wie das Verdorbne weichen mußte, und daß sie sich zur Strafe für ihre unerhörte Vermessenheit, indem sie ein großes Gebäude zu errichten glaubten, mitten in einem Haufen von Ruinen erblickten.

Inhalt des zweyten Theils.

Dreizehntes Kapitel.

	Seite.
Von den Vorzügen, die der Adel in einer (un- eingeschränkten) Monarchie genießen muß.	3

Vierzehntes Kapitel.

Untersuchung der Wirkungen, welche Reichs- stände, mit abgesonderter Repräsentation der Geistlichkeit, des Adels, und des Volks haben müssen.	19
--	----

Funfzehntes Kapitel.

Folgerungen aus den beiden vorhergehenden Kapiteln.	121
--	-----

Sechzehntes Kapitel.

Unterschied zwischen den beiden Häusern des brittischen Parlaments, und den Kammern des Adels und des dritten Standes, wie man sie in Frankreich vorschlug.	123
--	-----

Siebzehntes Kapitel.

Ueber die Befugniss des Königes, die Form der Ständerversammlung zu bestimmen, und die Schwierigkeiten die er gefunden haben wür- de, wenn er die Form der alten Parlamen- ter dabey zum Grunde gelegt hätte.	133
---	-----



Achtzehntes Kapitel.

Ob es royalistischer gesinnt war, eine Repräsentation nach drey Ständen, oder eine dem Englischen Parlament ähnliche Organisation des Reichstages zu begehren. S. 163

Neunzehntes Kapitel.

Von der doppelten Repräsentation des dritten Standes und den Gründen, welche eine Deliberation nach Köpfen wünschenswertig machten. 174

Zwanzigstes Kapitel.

Ueber den Zusammenhang der doppelten Repräsentation des dritten Standes, und der Deliberation nach Köpfen. 193

Ein und zwanzigstes Kapitel.

Von den Convocatorien, und den durch das Reglement für die Reichsstände vorgeschriebenen Formen. 201

Zwei und zwanzigstes Kapitel.

Von den Mandaten der Wähler und dem Ausfall der Wahlen. 210

Z u s ä t z e.

I. Ueber die Organisation der Stände-Versammlung von 1789. Seite 239

II. Von den Fehlern, welche das Ministerium vor der Versammlung der Reichsstände beging. 270

III. Von der Schädlichkeit der Spezial-Mandate in einer repräsentativen Staatsverfassung. 323



Die in der vorstehenden Nummer des
Verzeichnisses der Bücher, welche
in der Bibliothek der Universität
zu Göttingen aufbewahrt werden

Es ist demnach zu erwarten, dass
die in der vorstehenden Nummer
aufgeführten Bücher, welche
in der Bibliothek der Universität
zu Göttingen aufbewahrt werden

Es ist demnach zu erwarten, dass
die in der vorstehenden Nummer
aufgeführten Bücher, welche
in der Bibliothek der Universität
zu Göttingen aufbewahrt werden

Es ist demnach zu erwarten, dass
die in der vorstehenden Nummer
aufgeführten Bücher, welche
in der Bibliothek der Universität
zu Göttingen aufbewahrt werden

Es ist demnach zu erwarten, dass
die in der vorstehenden Nummer
aufgeführten Bücher, welche
in der Bibliothek der Universität
zu Göttingen aufbewahrt werden

Es ist demnach zu erwarten, dass
die in der vorstehenden Nummer
aufgeführten Bücher, welche
in der Bibliothek der Universität
zu Göttingen aufbewahrt werden

Es ist demnach zu erwarten, dass
die in der vorstehenden Nummer
aufgeführten Bücher, welche
in der Bibliothek der Universität
zu Göttingen aufbewahrt werden





✓

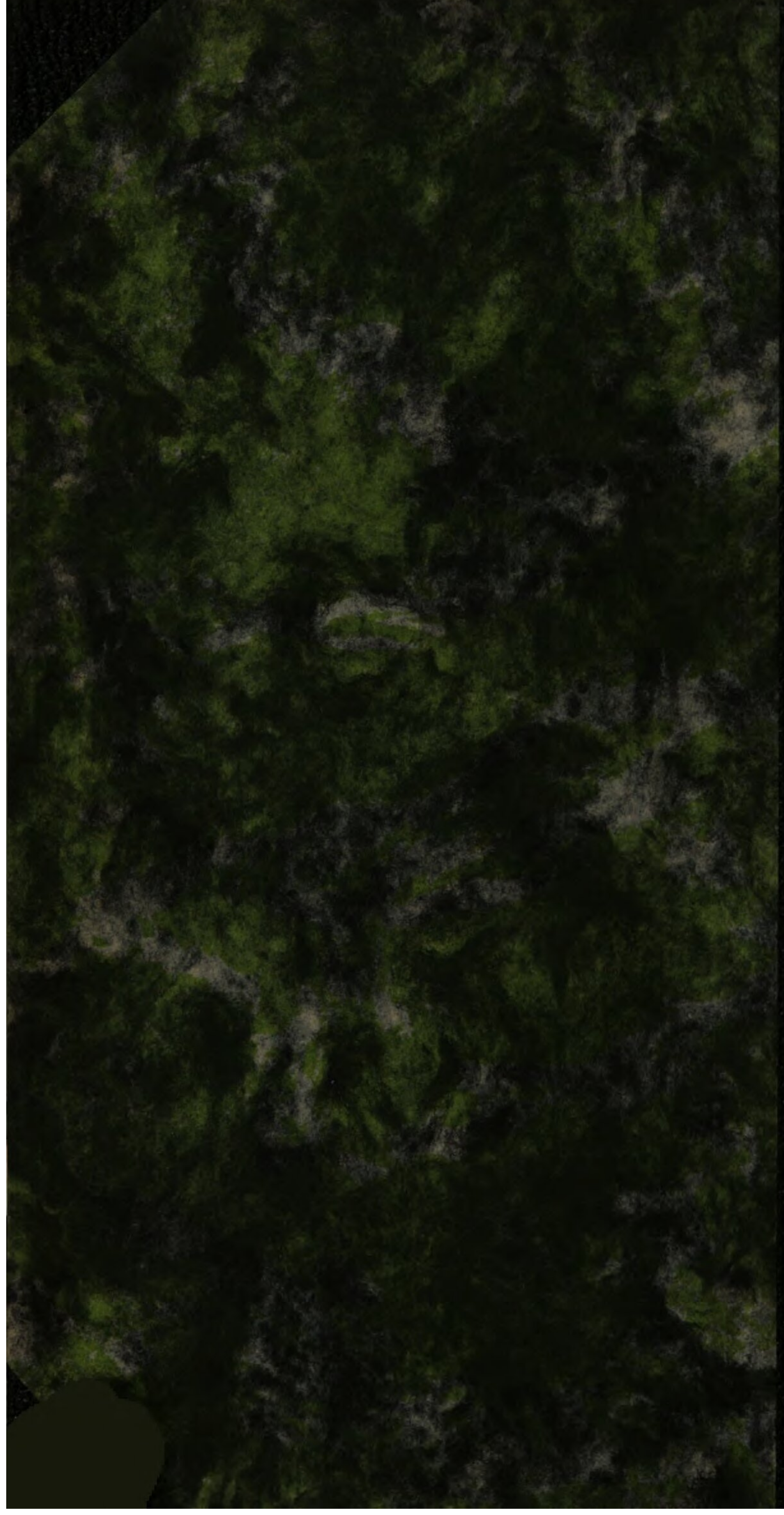
H.v.

Mounier

(2

D

K



Mounier, Jean-Joseph, 1758-1806

Mounier's Entwicklung der Ursachen welche Frankreich gehindert haben zur
Freiheit zu gelangen

Bd.: Zweiter Theil

Berlin 1795

Augsburg, Staats- und Stadtbibliothek -- HV 1286 -2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11254035-0

VD18 9049167